FACIT 30

MSB SPARTAKUS
Beiträge zur marxistischen Theorie und Politik

9. Jahrgang
Preis 2,50 DM

Marxismus contra bürgerliche Ideologie

Probleme und Perspektiven des Hochschulkampfes

FACIT 30

MSB SPARTAKUS

Beiträge zur marxistischen Theorie und Politik

Inhalt:

Editorial 1

Paul Schäfer
Probleme und Perspektiven der Studentenbewegung — zu einigen Fragen revolutionärer Taktik an der Hochschule 3

Karlheinz Heinemann
Marxismus kontra bürgerliche Ideologie — Aufgaben des ideologischen Kampfes an den Hochschulen der BRD 31

Michael Wilmes
Marxismus und bürgerlich-demokratisches Kulturerbe 45

Oskar Neumann
Das Manifest — Wissenschaft von der Zukunft 58

Andre Leisewitz
Marx und Engels zum Verhältnis von Naturwissenschaften und Philosophie 63

Dieter Ewig
Ein Gespenst geht um in der SPD . . . — Der staatsmonopolistische Kapitalismus oder Warum es Johano Strasser „wurscht" ist, „von welchem großen Klassiker das kommt" 72

Kurt Zieschang
Ursachen und Wesen des staatsmonopolitischen Kapitalismus 93

Bericht
Bernd Moldenhauer
Meinungsumfragen als Instrument der Forschungs- und Technologiepolitik — Zum öffentlichen Hearing des parlamentarischen „Ausschusses für Forschung und Technologie und das Post- und Fernmeldewesen" 106

Rezension
Wissenschaft und Gesellschaft in der DDR. Hrsg. P. C. Ludz (Olaf Cless) . .

Impressum

erscheint in der Weltkreis-Verlags-GmbH., 46 Dortmund

Herausgeber: Facit e. V., 53 Bonn, Poppelsdorfer Allee 58 a

Herausgeberkreis: Jürgen Büscher, Klaus Görke, Karlheinz Heinemann, Steffen Lehndorff, Gunther Riechey, Hartmut Schulze, Christoph Strawe

verantw. Redakteur: Karlheinz Heinemann
Redaktionsadresse: Facit e. V., 53 Bonn, Poppelsdorfer Allee 58 a

Bestellungen und Anzeigen an:

Weltkreis-Verlag
46 Dortmund, Brüderweg 16,
Tel. (02 31) 57 20 10.
Postscheck-Kto.: Weltkreis-Verlags-GmbH, Dortmund, PSchA Frankfurt: 20 3290/600

Druck: Plambeck & Co., Neumünster

Editorial

Wenn FACIT mit diesem Heft in veränderter Aufmachung erscheint, so signalisiert das keineswegs eine „Kursänderung" oder dergleichen, wie man es bei Studentenzeitschriften oft als Ergebnis von „Fraktionskämpfen" innerhalb der jeweiligen Redaktionen erleben kann. In der für eine Zeitschrift, die von Studenten herausgegeben wird und die sich wesentlich als ein Organ für den Hochschulkampf versteht, recht langen Zeit des Bestehens hat FACIT seine Redaktionspolitik immer im Hinblick auf seine Funktion bestimmt, in den Kampf der Studenten marxistische Ideologie hineinzutragen, vom marxistischen Standpunkt zur Weiterentwicklung der Strategie und Politik der Studentenbewegung beizutragen.

Diese Funktion muß von der jeweiligen historischen Situation, insbesondere der Studentenbewegung her konkretisiert werden. FACIT war als theoretisch-politisches Organ immer mit der realen Bewegung der Studenten verbunden. Diese Verbundenheit dokumentiert sich in der Auswahl der Themen und dem Inhalt der Artikel, die sich an den Diskussionen und Problemen ausrichten, die tatsächlich in der Studentenbewegung aktuell und wichtig sind, die dort hineingetragen werden müssen. Das drückt sich auch darin aus, daß FACIT versucht, sich weitgehend auf Beiträge zu stützen, die selbst aus den Diskussionen der marxistischen Bewegung in der BRD, insbesondere an den Hochschulen entstanden sind. Seitdem sich die marxistischen Studenten im MSB SPARTAKUS zusammengeschlossen haben, versteht sich FACIT mit ihm besonders eng verbunden.

Die Diskussionen, die unter Marxisten insbesondere um die Politik des MSB und deren Grundlagen, um die Aufgaben des ökonomischen, politischen und ideologischen Kampfes geführt werden, sollen in und durch FACIT vorangetrieben und vereinheitlicht werden. Zugleich soll deren Stand breiteren Teilen der Studentenschaft und allen Interessierten in- und außerhalb der Hochschule vermittelt werden. FACIT versteht sich so als bewußtseinsbildender Faktor, insbesondere in der Studentenschaft.

Die enge Verbundenheit von FACIT mit dem MSB SPARTAKUS schließt in keiner Weise aus, daß auch Autoren in FACIT veröffentlichen, sich an der Diskussion beteiligen, die nicht im SPARTAKUS organisiert sind. Wir wollen vielmehr alle am Marxismus, an der Politik der Marxisten Interessierten in eine lebendige Diskussion einbeziehen. Wir wollen nicht nur ihnen Anregungen geben, sondern erwarten selbst von ihnen Hinweise und Anstöße, eigene Beiträge.

Dieses FACIT-Heft behandelt zentral das recht allgemeine Thema „Marxismus kontra bürgerliche Ideologie" und beschäftigt sich in einem längeren Beitrag mit Fragen der revolutionären Taktik an den Hochschulen. Beides sind Themen, die der zweite Bundeskongreß des MSB SPARTAKUS in den Mittelpunkt seiner Beratungen gestellt hatte. Wir greifen deshalb mit diesem Heft eine aktuelle Notwendigkeit der Studentenbewegung auf.

Mit dem Thema „Marxismus kontra bürgerliche Ideologie" soll auf einige Grundfragen der ideologischen Auseinandersetzung hingewiesen werden. In einigen Beiträgen werden Teilaspekte dieses ideologischen Kampfes, wie er heute an den Hochschulen zu führen ist, vorgeführt. Der Beitrag zu Fragen der Taktik an den Hochschulen soll dem Bedürfnis nach einer vertieften, wissenschaftlichen Ableitung

der aktuellen Politik an den Hochschulen entsprechen. Beides sind Themen, um die die Diskussion fortzuführen notwendig sein wird. Sie werden in dieser oder jener Form in den folgenden Heften wieder auftauchen.
Mit diesem Heft beginnend wollen wir verstärkt versuchen, die Verbindung mit den Studenten und ihren Diskussionen noch unmittelbarer zu gestalten und zu vertiefen. Das heißt für uns konkret, daß wir größeres Gewicht darauf legen werden, Beiträge, die aus der politischen Bewegung selbst stammen, anzuregen und abzudrucken und damit aktivierend auf die theoretische und politische Diskussion in der BRD einzuwirken. Wir werden deshalb qualifizierte Beiträge, die aus den Diskussionen an den Hochschulen und unter Marxisten entstanden sind, dem Nachdruck von ausländischen Publikationen vorziehen. Daraus werden wir kein Dogma machen, so sind wir z. B. der Meinung, daß die Thesen von Kurt Zieschang zu Ursachen und Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die zuerst in „wirtschaftswissenschaft" 2/73 in der DDR erschienen sind, einer breiteren Öffentlichkeit in der BRD zugänglich gemacht werden sollten, da sie einen interessanten Beitrag zur sog. „Stamokap"-Diskussion in der BRD liefern können, insbesondere deshalb, weil sie die Analyse des staatsmonopolistischen Kapitalismus in den allgemeinen Zusammenhang marxistisch-leninistischer Theorie stellen.
Um aber der Funktion gerecht werden zu können, die Diskussion um politisch-theoretische und wissenschaftliche Fragen vom Standpunkt des Marxismus voranzutreiben, sind wir verstärkt auf „Rücklauf" angewiesen. Die Redaktion wartet auf Diskussionsbeiträge zu den veröffentlichten Artikeln, auf Angebote von eigenen Beiträgen, Hinweise für Rezensionen und die Gestaltung der Hefte, Themenvorschläge etc. Nicht nur unter Studenten besteht ein bisher nur unzureichend befriedigtes Bedürfnis, den Austausch und die Zusammenarbeit in der wissenschaftlich-theoretischen Arbeit zu verstärken. Viele Studenten würden gerne – im Rahmen ihrer durch die objektiven Bedingungen beschränkten Möglichkeiten – ihre Seminar- und Examensarbeiten über Themen schreiben, deren Bearbeitung für die fortschrittliche Bewegung, für die Marxisten in der BRD von Bedeutung wäre. Sie würden gern zusammenarbeiten mit Studenten und marxistischen Wissenschaftlern, die vielleicht schon mehr und länger über das gleiche Thema wie sie arbeiten. Es ist im Interesse der marxistischen Bewegung, bessere Möglichkeiten für diese Kooperation zu schaffen. Die Redaktion von FACIT wird dazu das ihr Mögliche beitragen, um so den Fortgang marxistischer Forschungen und Studien zu beschleunigen. Das wird uns natürlich erst möglich sein, wenn wir einen breiten Kreis von Mitarbeitern gewonnen haben. Wir halten das für einen wichtigen Schritt, um auch auf dem Gebiet der ideologischen und theoretisch-politischen Arbeit die Verbindung mit den Studenten zu intensivieren.

Die Herausgeber

Paul Schäfer:

Probleme und Perspektiven der Studentenbewegung – Zu einigen Fragen revolutionärer Taktik an der Hochschule

Aufgabe des folgenden Aufsatzes soll es sein, die etwas vernachlässigte Diskussion über Geschichte und den aktuellen Stand der Studentenbewegung wiederzubeleben, um aus Fehlern und Erfolgen zu lernen. Gerade die hohe Fluktuation unter den Studenten begünstigt, daß wichtige Erfahrungen des antiimperialistischen Kampfes verschüttet werden. Die Aufarbeitung der Probleme der Studentenbewegung ist daher ständige Aufgabe einer marxistischen Studentenorganisation.
Untersucht werden sollen die objektiven Veränderungen in Wissenschaft und Ausbildung im heutigen Kapitalismus, die ja eine der materiellen Grundlagen für die fortschrittliche Bewegung der Intelligenz darstellen. Daraus ist abzuleiten, welche Bildungs- und Hochschulpolitik die herrschende Klasse gegenwärtig verfolgt und welche Kampfbedingungen für die demokratische Bewegung dadurch konstituiert werden.
Schließlich sollen direkt Fragen der Taktik der antiimperialistischen Studentenbewegung und des MSB SPARTAKUS behandelt werden.
Der Aufsatz versteht sich als Beitrag, der Diskussionen über die Probleme der Strategie und Taktik des Hochschulkampfes provozieren soll. Insofern soll er die Weiterführung der Diskussion über das Studentenaktionsprogramm des MSB SPARTAKUS und dessen Verwirklichung unterstützen.

I.

Sicherlich kann die Entstehung einer starken Studentenbewegung in der Bundesrepublik nur erklärt werden durch die insgesamt wachsende Labilität des imperialistischen Systems, durch die wachsende Stärke des realen Sozialismus.
Das Ideal des „freiheitlichen Westens" zerbrach an der Einsicht in die brutale US-Aggression in Indochina, in das Elend und die Armut in den von den imperialistischen Staaten unterentwickelt gehaltenen Ländern. Die Mär vom krisenfreien Kapitalismus, vom „Wirtschaftswunder" endete in der BRD spätestens bei der Rezession 1966/67. Überproduktion, Unsicherheit der Arbeitsplätze, Arbeitslosigkeit waren wieder greifbare Erscheinungen des BRD-Kapitalismus geworden. Zur Bewältigung der Krise sah sich die herrschende Klasse veranlaßt, die rechten sozialdemokratischen Führer zur besseren Integration der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften in die Regierung einzubeziehen – die große Koalition zu bilden. Um für kommende Klassenauseinandersetzungen gerüstet zu sein, wurde der Staatsapparat und seine Unterdrückungsmaschinerie präventiv ausgebaut, wurden Notstandsgesetze beschlossen, die eine Handhabe zur Ausschaltung aller Reste demokratischer Einrichtungen, wie das Parlament und zum Einsatz aller Gewaltmittel gegen die Arbeiterklasse bieten sollen. Diese Entwicklung kontrastierte scharf zu den bürgerlich demokratischen Idealen, die doch in gewisser Weise der Jugend in der Ausbildung vermittelt werden.
Die Zunahme der Labilität des Imperialismus vertiefte auch die Krise der bürger-

lichen Ideologie. Der militante Antikommunismus der 50er Jahre verlor angesichts des erstarkenden Sozialismus an Wirkung. Zugleich ließen sich immer weniger die Widersprüche des Imperialismus verkleistern. Deshalb ist die Monopolbourgeoisie genötigt, ein ganzes System der geistigen Beeinflussung und Manipulation zu schaffen, um aus den Köpfen der Massen reale Alternativen zum Kapitalismus zu treiben und den Kapitalismus zum allein seligmachenden System zu erklären. Gleichzeitig versucht sie, neue, flexiblere Theorien zu entwickeln, um den Sozialismus zu diskreditieren und um die Klassenkämpfe im Inneren einzudämmen.

Da sich gerade die Studenten mit der Widerspiegelung der Realität beschäftigen (auch wenn ihnen durch die bürgerliche Ideologie Erkenntnisschranken gesetzt sind), intensiv mit den verschiedenen Spielarten der bürgerlichen Ideologie an der Hochschule konfrontiert sind, reagierten sie besonders empfindlich auf die Formierung der öffentlichen Meinung (siehe Spiegel-Affäre) und herrschaftssichernde Ideologien.

Die Antwort der Studenten auf die Gesamtheit dieser ideologischen Prozesse kulminierte in der Protestbewegung gegen den Springer-Konzern, der als das Zentrum der ultrareaktionären, arbeiter- und studentenfeindlichen Meinungsmanipulation und der antikommunistischen Hetze am ehesten erkennbar war. In Ansätzen wurde Springer jedoch durchaus als Bestandteil des gesamten Verschleierungsmechanismus der Ausbeuterklasse verstanden.

Insbesondere muß die Genese der Studentenbewegung verstanden werden als Resultat der Veränderungen von Wissenschaft und ihrer Träger, die sich in der BRD seit Mitte der 60er Jahre stärker herausbildeten. Zum einen ging es um die Anpassung der Hochschulen an die neuen Bedingungen der Kapitalverwertung. Um den steigenden Bedarf des Monopolkapitals an ausgebildeten Wissenschaftlern zur Modernisierung der Produktionsmittel und -techniken, zur Realisierung des Mehrwerts in der Zirkulationssphäre, zur Qualifizierung und Reproduktion des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens zu decken und gleichzeitig die Kosten für die Ausbildung möglichst niedrig zu halten, entwickelten die Monopole Pläne zum Ausbau der Fachhochschulen zur Durchsetzung von Kurzstudiengängen. Wegen der großen Bedeutung, die die Wissenschaft im Reproduktionsprozeß heute spielt, versuchen die Monopole sich die Wissenschaft als Profitquelle nutzbar zu machen. Dies setzt allerdings voraus, daß die wissenschaftliche Arbeit zum Zwecke der Kapitalverwertung gelenkt und die Kosten auf die Werktätigen abgewälzt werden können. Daraus erklärt sich der zunehmende Eingriff des Staates in den Hochschulen zur „Beseitigung des kreativen Chaos" in der Forschung, um die Wissenschaft umfassend auf die Profitinteressen auszurichten.

Mit der Bedeutung von Wissenschaft und Technik für die Weiterentwicklung der Produktion, mit der generell zu beobachtenden Zunahme des Anteils der geistigen Arbeit an der gesellschaftlichen Gesamtarbeit, werden die Träger der wissenschaftlichen Arbeit einbezogen in den allgemeinen sozialen Polarisierungsprozeß der Gesellschaft. Ihre sozialökonomische Stellung verändert sich. „In unserer Epoche, in der die Wissenschaft zu einer unmittelbaren Produktivkraft wird, werden die Reihen der Lohnempfänger immer mehr durch Angehörige der Intelligenz aufgefüllt. Ihre sozialen Interessen verflechten sich mit denen der Arbeiterklasse. Ihre schöpferischen Bestrebungen geraten in Widerspruch zu den Monopolherren,

denen der Profit über alles geht. Trotz der sehr unterschiedlichen Lage, in der sich die einzelnen Gruppen der Intelligenz befinden, gerät ein immer größerer Teil in Konflikt mit den Monopolen und der imperialistischen Politik der Regierungen ... Das Bündnis der körperlich und geistig Schaffenden wird zu einer immer bedeutenderen Kraft im Kampf für Frieden, Demokratie, sozialen Fortschritt, für die demokratische Kontrolle der Produktion, der Kultureinrichtungen und der Massenmedien, für die Entwicklung des Bildungswesens im Interesse des Volkes."[1]

Diese Veränderungen stehen natürlich in enger Verbindung zu den Veränderungen an den Hochschulen und können daher von den Studenten sinnlich-manifest erfahren werden. Schon an den Hochschulen spüren die Studenten die Erhöhung des Konkurrenzdrucks, die Fremdbestimmung wissenschaftlicher Arbeit durch Kapitalinteressen. Diese Prozesse reflektierten sich durchaus im Bewußtsein der Studenten. Sie äußerten sich zunächst in einer diffusen Angst vor den Dequalifizierungsprozessen, vor der Verschlechterung der Studien- und Lebensbedingungen. Nicht umsonst wurde damals heftig über die Empfehlungen des Wissenschaftsrats diskutiert, die mit dem Kurzstudium eine Zwangsjacke für die Studienreform vorsahen. Die Antwort der Studenten war die Verdrängung dieser „Deklassierung", die Leugnung ihrer materiellen Interessen. Für die in ihrem „Freiheitsspielraum" bedrohten Studenten galt nur der politische Kampf für die Erhaltung ihrer akademischen Freiheiten.

Die „Ersetzung von antimonopolistischen Interessen" durch irgendwie gesetzte emanzipatorische Bedürfnisse war nicht die einzige Schwäche der damaligen Studentenbewegung. Ihr fehlten eigene Kampferfahrungen, sie war noch von verschiedenen bürgerlichen Ideologien beeinflußt. Die Aneignung marxistischer Theorie wurde erschwert durch das bürgerliche Meinungsmonopol an den Hochschulen. Die nur sehr schwach entwickelten Klassenkämpfe der Arbeiterklasse in der BRD bedingten, daß die entscheidende Rolle der Arbeiterklasse für gesellschaftliche Veränderungen nicht erkannt wurde, statt dessen bürgerliche Elitetheorien von der führenden Rolle der Intelligenz verbreitet waren. Durch die „direkten Aktionen einer entschlossenen Minderheit" glaubte man exemplarisch den Kampf für alle Unterdrückten führen zu können.

Der Voluntarismus, der den bloßen Willen losgelöst von den konkreten Bedingungen zum revolutionierenden Faktor erhebt, die revolutionäre Ungeduld – das waren wesentliche Kennzeichen der antiautoritären Studentenbewegung. Es erwies sich, daß ohne die praxisanleitende Theorie des Marxismus der Kampf in Sackgassen führen muß. Diese negativen Erscheinungen in der damaligen Stu-, dentenbewegung wurde entscheidend begünstigt durch das Fehlen einer starken organisierten Arbeiterbewegung und einer starken kommunistischen Partei.[2]

Dennoch hatte die antiautoritäre Studentenbewegung wichtige Funktionen bei der Mobilisierung von Teilen der Intelligenz. Indem sie die scheinbar versteinerten Verhältnisse in der BRD zum Tanzen brachte, hatte sie Initialfunktionen für Bewegungen gegen das Großkapital und die politische Reaktion in allen gesellschaftlichen Bereichen. Nicht zuletzt war sie temporäre Avantgarde in den demokratischen Bewegungen gegen Springerhetze, Notstandsgesetze und Neonazismus.

[1] Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau 1969, Dokumente S. 30.
[2] Lothar Peter, Thesen über Studentenbewegung und Arbeiterklasse in Marburger Blätter 3/4; 71.

Der objektive Widerspruch der Studenten zum Großkapital begann seinen subjektiven Ausdruck zu finden; die Studentenbewegung begann zum Teil der demokratischen Bewegung zu werden.

II.

Mittlerweile hat die Studentenbewegung ein bedeutend höheres Niveau erreicht. Unter dem Eindruck der anwachsenden Kämpfe der Arbeiterklasse, seit den Septemberstreiks und durch die bewußte Einwirkung von Marxisten beginnen die Studenten zu erkennen, welche wichtige Rolle die Arbeiterklasse bei der Durchsetzung des gesellschaftlichen Fortschritts hat. Spätestens seit der Bewegung für Frieden und Entspannung in Europa, für die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau, seit der Verhinderung des Rechtsputsches von Strauß und Barzel durch Aktionen der Arbeiter, wird die Arbeiterklasse als potentiell starke politische Kraft gesehen. Auf der anderen Seite ist der eigentliche Gegner der Studenten stärker ins Blickfeld geraten. Gefördert durch die Polarisierung im Bundestagswahlkampf, wenden sich viele Studenten nicht mehr gegen einen „autoritären Staat" oder bürokratische Apparate, sondern gegen die Herrschaft des Großkapitals. Nicht umsonst bemühen sich die Kapitalisten das angekratzte Unternehmerimage aufzupolieren. Doch ein exakter Einblick in das staatsmonopolistische Herrschaftssystem, in den Charakter des Staates ist den meisten Studenten bislang versperrt.

Der Gedanke des Bündnisses von Arbeitern und Studenten ist weit verbreitet, es existiert keine fortschrittliche Hochschulgruppe, die nicht zumindest verbal auf dieses Bündnis orientiert. Dennoch bestehen noch Unklarheiten über die führende Rolle der Arbeiterklasse, herrscht großes Mißtrauen in die revolutionären Fähigkeiten der Arbeiterklasse. Aus diesem fehlenden Vertrauen in die potentielle Stärke der Arbeiterklasse, der Volksmassen, resultieren auch der Hang zur Resignation, die Beschränkung auf den Abwehrkampf. Die Kehrseite dieser Medaille — Aktionismus und Utopismus — ist heute weniger sichtbar. Auch wenn diese Gefahr durch die Einbeziehung neuer, unerfahrener Studenten in den Kampf ständig gegeben ist, glaubt kaum jemand mehr daran, im direkten Anrennen, sozusagen auf einen Schlag, das System aus den Angeln heben zu können. Nur die schrulligsten Vertreter am Rande der Studentenbewegung vermeinen einen großen Sprung zum Sozialismus vollziehen zu können.

Es gibt keine relevante Gruppe, die nicht den demokratischen Kampf propagiert. Dieser demokratische Kampf hat seine objektive Grundlage in der Tendenz des Imperialismus zur Negation der Demokratie und dem Streben der Massen nach Demokratie. Der demokratische Kampf richtet sich also gegen die ökonomische und politische Macht der Monopole, er setzt an bei den Bedürfnissen der Volksmassen, führt sie in Auseinandersetzungen mit dem Imperialismus, schult und organisiert sie dabei.

Revolutionäre Politik heißt heute: eine Verbesserung der Lage der Werktätigen noch unter der Kapitalherrschaft zu erkämpfen und die Macht der Monopole einzuschränken. Revolutionäre Politik heißt, demokratische Alternativen zu entwickeln, die ein Gegenprogramm zur reaktionären Politik des Großkapitals darstellen, die breiten Massen zugänglich sein müssen und die praktikabel sind. In der Aufklärung und vor allem in der Aktion arbeiten die Marxisten auf die Vermittlung von Nah- und Fernzielen hin, verbinden sie demokratischen und sozialistischen Kampf. Wenn auch das Leben selbst beweist, daß die Bewegung heute den demokratischen Kampf führen muß, um zum Sozialismus voranzuschreiten, heißt das nicht, daß der Kampf schon allseits verstanden wird. Die einen — die Reformisten — vermengen die demokratischen und sozialistischen Aufgaben und meinen durch eine Summe von Reformen den Sozialismus zu erreichen. Ihnen halten wir entgegen: „... werden wir nicht darauf verzichten, für den Sozialismus zu kämpfen, weil wir davon überzeugt sind, daß keine demokratische Reform, mag sie auch noch so weitgehend sein, auf Dauer verhindern kann, daß die ökonomisch und damit auch politisch Mächtigen — um ihre Herrschaft und ihren Profit zu sichern — versuchen werden, die erkämpften demokratischen Rechte der Massen wieder einzuschränken und die Ausbeutung der Lohnabhängigen zu verschärfen."[3]

Die linken Opportunisten vermischen auf ihre Weise demokratischen und sozialistischen Kampf. Sie glauben, „demokratische Forderungen" provokativ stellen zu müssen, so daß sie innerhalb des Systems unerfüllbar sind. So die Forderung nach Volksbewaffnung, bezahlt durch die Kapitalisten. Oder es werden Forderungen erhoben, denen jeglicher reale Boden fehlt, wie die Wahl der Lehrer durch die Bevölkerung.[4] Damit verzichten die Linksopportunisten letztlich darauf, den demokratischen Kampf konsequent zu führen. Aber diese opportunistischen Strömungen können nicht verhindern, daß sich die richtige Linie im demokratischen Kampf bei den Studenten mehr und mehr durchsetzt.[5]

Die Entwicklung der Studentenbewegung ist nur vor dem Hintergrund der allgemeinen Entwicklung der Klassenkämpfe in der BRD zu sehen. In breiten Teilen des Volkes entwickeln sich Initiativen gegen die Auswirkungen monopolkapitalistischer Verhältnisse: immer mehr Bürgerinitiativen entfalten sich gegen Mietwucher und Bodenspekulation, gegen die Umweltverschmutzung durch die großen Konzerne. In Aktionen gegen die NATO-Truppenübungsplätze beginnt sich der antimilitaristische Kampf zu entwickeln. Bisher unpolitische Teile der Intelligenz, wie Ärzte und Architekten usw., erheben progressive Forderungen, die den Interessen aller Werktätigen entsprechen und treten ein für antimonopolistische Veränderungen. Die Aufzählung ließe sich noch fortsetzen. Was schon im Bundestagswahlkampf deutlich wurde, das wachsende antikapitalistische Engagement von Teilen der nichtmonopolistischen Klassen und Schichten verstärkt sich. Die Erwartungen und Hoffnungen, die im Wahlkampf artikuliert wurden und sich im Wahlergebnis niederschlugen, beginnen sich in Aktivitäten umzusetzen. Diese Entwicklung steht in engem Zusammenhang mit der größeren Kampfbereitschaft und Bewußtheit der Arbeiterklasse. Die aktivsten Teile der Arbeiterklasse spielen eine wachsende Rolle in den genannten demokratischen Einzelbewegungen. Als Beispiel sei hier nur die Initiative „Freiheit im Beruf — Demokratie im Betrieb" genannt, in der die Verbindung von Arbeitern, Lehrlingen und Studenten gegen den Abbau demokratischer Rechte praktisch wurde.

Dennoch ist vor Illusionen über einen stürmischen Aufschwung der Klassen-

[3] Studentenaktionsprogramm des MSB SPARTAKUS, S. 15.
[4] Siehe: Programm der westdeutschen Kommunisten, Neues Rotes Forum 1/2; 73.
[5] Vgl. dazu: Antimonopolistische Alternative — sozialistische Perspektive. Probleme des wissenschaftlichen Kommunismus, Berlin, 1972.

kämpfe und die baldige Revolution zu warnen. Die Arbeiter- und demokratische Bewegung in der BRD steht noch am Anfang. **Dem Niveau der Klassenkämpfe in der BRD entsprechen gegenwärtig noch primär ökonomisch bestimmte Kämpfe der Arbeiterklasse und demokratische Teilbündnisse gegen bestimmte Auswirkungen des Kapitalismus.** Unter solchen Teilbündnissen verstehen wir den Zusammenschluß verschiedener politischer Kräfte zur Erreichung von Teilzielen, z. B. die Verhinderung von Mieterhöhungen, die Abwehr undemokratischer Berufsverbote. Höhere Stufen des Klassenkampfes werden dann erreicht, wenn es gelingt, solche zunächst relativ selbständigen Ein-Punkt-Aktionen zusammenzufassen, zu vereinheitlichen und zu umfassenderen politischen Plattformen zu kommen.

Dies wird dadurch möglich, daß in diesen Bewegungen die Einsichten in den Charakter des Kapitalismus umfassender, tiefer werden und in diese Bewegungen eine klare politische Stoßrichtung gegen das Monopolkapital und sein Herrschaftssystem getragen wird.

Ein entscheidender Schritt, der nicht nur die Durchsetzung grundlegender antimonopolistischer Reformen, sondern die Ablösung der kapitalistischen Ausbeuterordnung überhaupt auf die Tagesordnung setzt, kann der Zusammenschluß starker kommunistischer, sozialistischer, radikal-demokratischer Parteien und Kräfte in einer Art Volksfront sein.[6]

Wenn wir festgestellt haben, daß in der BRD sich die fortschrittliche Bewegung in Aktionseinheiten für eng begrenzte Ziele manifestiert, so darf das nicht zu dem Trugschluß verleiten, langsam aber sicher steige die Bewegung zu höheren Formen des Klassenkampfes auf, bis schließlich eines schönen Tages die Revolution ausbricht. Eine solche Art deterministischer Geschichtsauffassung, die keine Sprünge im Geschichtsverlauf kennt, führt notwendigerweise zum Opportunismus und zur Nachtrabpolitik. Zu beachten ist der Hinweis von Marx, man solle nicht glauben „daß in dergleichen großen Entwicklungen 20 Jahre mehr als ein Tag sind, obgleich nachher wieder Tage kommen können, worin sich 20 Jahre zusammenfassen".[7]

Gerade unter den heutigen Kampfbedingungen im staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD ist leicht ein schnelles Umschlagen kleinerer Auseinandersetzungen von Teilen des Volkes mit der Monopolbourgeoisie in heftige nationale Kampfaktionen möglich. Es sollen nur zwei Faktoren genannt werden, die die Klassenkämpfe in ihrer nationalen Form heute beschleunigen können: 1. Die Einwirkungskraft internationaler Entwicklungen auf die BRD ist heute direkter als früher; zu diesen Entwicklungen gehören vor allem der unaufhaltsame Vormarsch der nationalen Befreiungsbewegungen in Asien, Afrika, Lateinamerika; der Aufschwung der Arbeiterkämpfe in den entwickelten kapitalistischen Ländern; die allseitige Stärkung des Sozialismus, die Herausbildung seiner Vorzüge, die Auswirkungen der Friedenspolitik der staatlich organisierten Arbeiterklasse. 2. Durch die volle Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus wird das Verhältnis von Ökonomie und Politik immer enger. So sind die Arbeiter in Lohnkämpfen immer

[6] Als Beispiel können betrachtet werden die Regierung der Volkseinheit in Chile und die Einigung der französischen Kommunistischen Partei und der Sozialistischen Partei auf ein gemeinsames Regierungsprogramm.

[7] Marx-Engels, Werke, Bd. 30, S. 342.

direkt mit den staatlichen Lohnleitlinien und Schlichtungsversuchen zugunsten der Kapitalisten konfrontiert.

III.

Mit der Entwicklung der Studentenbewegung wurde prinzipiell die Frage nach der Realisierbarkeit fortschrittlicher Politik im Teilbereich Hochschule gestellt. Die Beantwortung kann sich nur ergeben aus der Bestimmung des Verhältnisses von demokratischer Bewegung an der Hochschule und der Arbeiterbewegung. Dabei besteht das Problem in dem relativ fortgeschrittenen Entwicklungsstand der Bewegung an den Hochschulen im Vergleich zur gesamtgesellschaftlichen Bewegung. Man kann also von einem **nach links verschobenen Kräfteverhältnis an den Hochschulen** sprechen.

Daß dies nicht verwunderlich ist, wird daraus ersichtlich, daß, neben den schon genannten Ursachen der Studentenbewegung, die Studenten der feinfühligste Teil der Intelligenz sind, der Teil, der am empfindlichsten auf politische Vorgänge reagiert. Wie relativ diese Verschiebung des Kräfteverhältnisses ist, zeigte sich in den Aktionen gegen den Versuch der Regierungsübernahme durch die äußerste Reaktion im Sommer 1972: Die Arbeiter reagierten schneller und entschlossener als die Studenten.

Allen falschen Schlußfolgerungen, die die Studenten auf eine Abwartehaltung, oder bloßen Abwehrkampf festlegen wollen, oder die Studenten zu direkten Führern des Proletariats machen wollen, gilt es entgegenzuhalten:

1. **Es gibt eine in der Tendenz gleiche Entwicklung in allen gesellschaftlichen Bereichen.**

Schon in der Kampagne für die Ratifizierung der Verträge deutete sich an, daß sich das Verhältnis „umzukehren" beginnt, die Arbeiterbewegung die Studentenbewegung quasi zu überholen beginnt. Mit der subjektiven Entwicklung der werktätigen Bevölkerung, mit dem Entstehen von Klassenbewußtsein wird die Arbeiterklasse immer stärker die Rolle einnehmen, die ihr objektiv zukommt. Dadurch wird ein entscheidender Beitrag zur Änderung des Kräfteverhältnisses geleistet – auch für die Hochschulen. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann und wird das Werk der Arbeiterklasse sein. Die Garantie, daß die Arbeiterklasse ihren Emanzipationskampf erfolgreich beenden wird, sehen wir in dem Erstarken der Partei der Arbeiterklasse, der Deutschen Kommunistischen Partei.

2. Die Arbeiterklasse hat prinzipiell ein Interesse am Bildungswesen, denn Wissen ist Macht, Unwissen Ohnmacht. Ein bestimmtes Bildungs- und Kulturniveau der Massen ist notwendige Voraussetzung für eine siegreiche proletarische Revolution. Nicht nur im Ringen um die Brechung der Macht der Monopole hat das Bildungswesen große Bedeutung, sondern vor allem beim Aufbau des Sozialismus. Das Bildungswesen ist zur Festigung der Herrschaft der Arbeiterklasse eine strategische Kampfposition.

Unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution wächst das Interesse der Arbeiterklasse an Ausbildung und Wissenschaft stark an.

Zur Reproduktion ihrer Arbeitskraft ist für die Arbeiter ein höherer Bildungsgrad erforderlich.

Da die Wissenschaft ein wichtiges Instrument ist, um die Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen zu effektivieren und sie gleichzeitig zur Verschleierung

dieses Sachverhaltes genutzt wird, ist der Kampf gegen diese imperialistische Pervertierung der Wissenschaft für die Arbeiterklasse eine Bedingung zur Durchsetzung ihrer Interessen. Dieses objektive Interesse der Arbeiterklasse beginnt ansatzweise in ein subjektives Bedürfnis umzuschlagen: Indikatoren dafür sind das gestiegene bildungspolitische Engagement der DGB-Gewerkschaften und die Aktivitäten der Arbeiterjugend gegen kapitalistische Ausbeutung, für eine qualifizierte und demokratische Berufsausbildung.

Das bedeutet vereinfacht ausgedrückt: Unter den heutigen Kampfbedingungen wird sich die Arbeiterklasse nicht erst, wenn sie auf bewußten antimonopolistischen oder gar revolutionären Positionen steht, intensiv um das Bildungswesen kümmern. Wir können sicher sein, daß die Arbeiterklasse mit der stärkeren Entfaltung der Klassenkämpfe ihren Einfluß auch an den Hochschulen stark geltend machen wird. **Mit der steigenden Bedeutung von Wissenschaft und Ausbildung wächst auch das Bedürfnis der Arbeiterklasse, auf deren Entwicklung entscheidenden Einfluß zu nehmen.**

3. Die Unangemessenheit von Resignation der Studenten ergibt sich aus der Bedeutung des Kampffeldes Hochschule selbst: Schon allein quantitativ betrachtet, sind viele Hochschulen heute mittelgroßen Betrieben vergleichbar. Auf dichtem Raum sind manchmal Zehntausende von Arbeitern, Angestellten und Studenten und Hochschullehrern zusammengefaßt. Aufgrund der Bedeutung der Wissenschaft im Produktivkraftsystem, aufgrund der Stellung der verschiedenen Intelligenzgruppen in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit, ist die Hochschule auch qualitativ ein äußerst wichtiges Feld der Auseinandersetzung geworden. Das heißt, an den Hochschulen kann eine machtvolle Bewegung entwickelt werden, die Druck auf die Herrschenden auszuüben in der Lage ist. Zumal für die herrschende Klasse die Gefahr besteht, daß der Protestfunke an den Hochschulen auf andere Bereiche, vor allem dort, wo die Intelligenz tätig ist, überspringt.

Eine starke demokratische Bewegung an der Hochschule, die sich auf die Sympathie vieler Arbeiter stützt, kann der Monopolbourgeoisie Zugeständnisse abringen.

Die Praxis hat schon bestätigt, daß selbst beschränkte Hochschulbewegungen Erfolge erzielen können. 1968 konnte in Bayern ein reaktionäres Hochschulgesetz verhindert werden. Bei der Novellierung von Landeshochschulgesetzen konnte 1968/69 die Auflösung der verfaßten Studentenschaft und die Einführung eines Ordnungsrechts durch Massenaktionen abgewehrt werden. Studenten setzten im Bündnis mit fortschrittlichen Dozenten an einigen Hochschulen progressive Studien- und Prüfungsordnungen durch. Es muß natürlich hinzugefügt werden, daß die Bourgeoisie teilweise verschreckt über die damals ungeahnte Revolte war, vor allem aber der Bewegung durch Teilzugeständnisse den Wind aus den Segeln zu nehmen glaubte. Heute stellt sich die Situation etwas anders dar, wie noch zu zeigen sein wird. Aber auf jeden Fall haben sich die Kampfbedingungen für die Studentenbewegung gegenüber ihrer Anfangsphase wesentlich verbessert.

Für die Studentenbewegung folgt aus der oben gegebenen Einschätzung:

a) Sie muß in erster Linie auf das Bündnis mit der Arbeiterklasse hinarbeiten. In jeder Frage muß die Verbindung zu den Interessen der Arbeiterklasse aufgezeigt, müssen Bündnisbeziehungen hergestellt werden. Beispielsweise muß sich der Kampf um die Verbesserung der materiellen Studienbedingungen und Lebens-

bedingungen der Studenten einordnen in den Kampf der Arbeiterklasse, gegen die Preistreiberei der Großkonzerne, für eine allgemeine Anhebung des Lebensniveaus der werktätigen Bevölkerung. Dadurch muß es auch gelingen, bei den Studenten die Solidarität mit Kampfaktionen der Arbeiter für ihre berechtigten Lohnforderungen herzustellen.

b) Sie muß sich in die gesamte demokratische Bewegung einordnen. Das Studentenaktionsprogramm des MSB SPARTAKUS hat einen äußerst wichtigen Beitrag geleistet, um die Lösung dieser Aufgabe aufzuzeigen. – Es beinhaltet Enthüllungen über wichtige Ausschnitte der realen gesellschaftlichen Verhältnisse, mit denen gerade Teile der Intelligenz direkt konfrontiert sind. – Es formuliert, ausgehend von Studienproblemen, Aufgaben, wie Ausbildung und Berufspraxis im Interesse der werktätigen Bevölkerung verändert werden müssen. Gerade mit der Erarbeitung demokratischer Ausbildungsziele hat der MSB SPARTAKUS einen gewaltigen Schritt nach vorne gemacht.

c) Sie muß auf das Bündnis mit allen Hochschulangehörigen orientieren. Die Bedeutung des Bündnisses von Dozenten und Studenten ergibt sich daraus, daß zur unmittelbaren Durchsetzung demokratischer Forderungen an den Hochschulen Teile der Hochschullehrer auf fortschrittlichen Positionen stehen müssen und dadurch insbesondere die Kraft der Bewegung gegen die staatliche Fachaufsicht potenziert wird. Zur Verteidigung der Kampfposition „demokratische Selbstverwaltung der Hochschule" ist das Bündnis aller Hochschulangehörigen absolut notwendig. Dabei muß gesehen werden, daß sich die objektive Grundlage für ein Bündnis von Studenten und Hochschullehrern verbreitern wird. Die Lage der Hochschullehrer ist immer mehr gekennzeichnet durch den Eingriff des Staates in alle Fragen der Forschung und Lehre, dadurch, daß der Staat versucht, die materielle Misere auch auf ihrem Rücken auszutragen. Gleichzeitig wäre es ein Fehler zu übersehen, daß die Professoren durch ihre hohe Bezahlung vom Kapital materiell korrumpiert sind, eine große Anzahl von Professoren direkt abhängig ist von Aufträgen der Einzelkapitale oder vom Staat, daß sie besondere Funktionen bei der Verbreitung und Produktion bürgerlicher Ideologie haben. Durch diesen Widerspruch und die Aufspaltung der Hochschullehrer durch die geplante Personalstrukturreform ergibt sich notwendigerweise die politische Polarisierung innerhalb der Hochschullehrerschaft. Diese Polarisierung hat ihren organisationspolitischen Ausdruck gefunden in der Entstehung des Bundes „Freiheit der Wissenschaft" einerseits, der heute Hauptagent zur Durchsetzung der staatsmonopolistischen Formierung an den Hochschulen geworden ist, und dem Bund demokratischer Wissenschaftler andererseits, in dem sich gewerkschaftlich orientierte Hochschullehrer zusammengeschlossen haben. Für die Studentenbewegung wird für die nächste Zeit eine sehr wichtige Aufgabe sein, die Ansatzpunkte für das Bündnis von Hochschullehrern und Studenten auszubauen und den Bund demokratischer Wissenschaftler bei der Bekämpfung der Reaktion unter den Professoren zu unterstützen.

IV.

Die progressive Entwicklung der Studentenbewegung einerseits und die vom Monopolkapital diktierten Interessen andererseits zwingen die herrschende Klasse zum Versuch der beschleunigten Durchsetzung der Hochschulformierung.

Dabei kalkulieren sie den wachsenden Widerstand der Studenten ein und damit auch eine schärfere Konfrontation. Sie glauben an die Brechung des Widerstands vor allem durch die Isolierung der Studenten von der arbeitenden Bevölkerung. Darauf ist gegenwärtig ihre öffentliche Propaganda ausgerichtet: Emotionen in der Arbeiterklasse gegen die Kämpfe der Studenten zu wecken, um damit die Bewegung an den Hochschulen selbst auf die Dauer entscheidend zu schwächen.

Bei allen bildungspolitischen Maßnahmen der Monopole ist zunächst davon auszugehen, daß sie unfähig sind, die materielle Bildungsmisere zu beseitigen. Das gilt für alle Bereiche des Ausbildungssektors. Die Herrschenden haben sich darauf eingerichtet, mit dem Status quo des Bildungsnotstands zu leben. Detailverbesserungen werden mit Verschlechterungen in bestimmten Bereichen einhergehen. Welche Detailverbesserungen gemeint sind, geht aus dem Prioritätenkatalog der Bund/Länder-Kommission für Bildungsplanung hervor: Als Prioritäten werden genannt: Vorschulerziehung, Primarstufe und die Lehrlingsausbildung. Dabei geht es vor allem um das Ziel – vor allem auch erzwungen durch die Auseinandersetzung mit dem sozialistischen System – größere Bildungsreserven in der Bevölkerung auszuschöpfen. Das Monopolkapital sucht nach verschiedenen Wegen, um die Begabungsreserven der werktätigen Klassen aufzudecken, sie auszusondern, für sich nutzbar zu machen. Diese Pläne widersprechen nicht dem Ziel, das Bildungsmonopol der Monopolbourgeoisie aufrechtzuerhalten. Es geht um seine Modifizierung entsprechend dem Druck der Produktivkraftentwicklung und den Erfordernissen der Herrschaftssicherung. „Das Bildungswesen soll in zweifacher Hinsicht eine stabilisierende Funktion für die spätkapitalistische Gesellschaft ausüben: Es soll das herrschende Monopolkapital durch Integration der Begabungen und Talente der werktätigen Klassen und Schichten stärken und gleichzeitig diese Klassen und Schichten ihrer potentiellen politischen und geistigen Führung berauben."[8]

Die stärkere Förderung der Vorschulerziehung erklärt sich auch daraus, daß relevante Teile der weiblichen Bevölkerung für Lohnarbeit freigesetzt werden sollen. Die Zahl der Frauen im Produktionsprozeß, die heute bestimmte Funktionen einer industriellen Reservearmee erfüllen, kann sich damit erhöhen.[9]

Warum die Lehrlingsausbildung „verbessert" werden soll, verrät der Bildungsgesamtplan: „Maßnahmen zur Intensivierung der beruflichen Bildung, insbesondere der beruflichen Weiterbildung, führen zu einer schnelleren Erhöhung der beruflichen Leistungsfähigkeit der Erwerbstätigen; sie wirken sich daher auf das Wirtschaftswachstum früher aus."[10] Die unter dem Zwang der Produktivkraftentwicklung notwendig gewordene Verbesserung der Berufsausbildung verursacht im Lehrlingsbereich durch die relativ kurze Ausbildungszeit geringere Kosten; durch ihre Arbeit in den kapitalistischen Unternehmen tragen die Lehrlinge bereits in ihrer Ausbildungszeit zur Profitsteigerung bei.

Partiellen Verbesserungen stehen einschneidende Verschlechterungen für die

[8] U. Ludwig/H. Mewe/J. Wahse: Bildung als ökonomische Potenz, Berlin 1972, S. 30/31.

[9] Da die Frauen meist in besonders niedrigen Lohngruppen eingestuft sind, ermöglichen sie dem Kapital, das Lohnvolumen zu senken und Druck auf das Lohnniveau der anderen Werktätigen auszuüben. Die Frauen stellen für das Kapital höchstgradig „bewegliche Arbeitskräfte" dar, die je nach Bedarf – beispielsweise in einer Konjunkturkrise – abgestoßen werden können.

[10] Zwischenbericht zum Bildungsgesamtplan, Bonn, 5. 11. 71, S. IV/3.

Masse der Lehrlinge gegenüber. Der Beweis dafür ist die kapitalistische Stufenausbildung, die für die Mehrheit der Lehrlinge minderqualifizierte, unmittelbar praxisorientierte Ausbildung bedeutet.

Wie sieht das Konzept der Herrschenden für den tertiären Bildungssektor aus?

1. Der Numerus clausus wird verschärft. Entsprechend der These des BDI von der „Kopflastigkeit des bundesdeutschen Bildungswesens" sollen die Schranken vor den Hochschulen höher gezogen werden. Für die Mehrheit der Studenten werden sich die materiellen Studien- und Lebensbedingungen nicht verbessern, eher verschlechtern.
2. Durch die Einführung von Kurzstudiengängen und Regelstudienzeit soll das Studium reglementiert werden (s. u.).
3. Mit den Hochschulgesetzen soll eine Zusammenfassung der einzelnen reaktionären Maßnahmen erreicht werden. Die generelle Tendenz der Hochschulgesetze ist:

– Der Einfluß des Staates in den wesentlichen Fragen soll maßgeblich gestärkt werden, in Fragen der Finanzplanung und der Hochschulplanung allgemein, in Fragen der Studien- und Prüfungsordnung. Mit Hilfe der Staatsmacht soll dementsprechend das Monopol bürgerlicher Ideologien gesichert werden. Durch die Aufnahme entsprechender Bestimmungen in die Hochschulgesetze will man sich eine strafrechtliche Handhabe schaffen, um gegen kritische Studenten vorgehen zu können.
– Studentische Mitbestimmung soll generell begrenzt werden, durch Friedens- und Schweigepflicht und entsprechende Paritäten.
– Die Reglementierung des Studiums soll gesetzlich abgesichert werden.
– Die verfaßte Studentenschaft soll politisch kastriert werden.

Wenn auch alle Maßnahmen der Herrschenden zusammenhängend betrachtet werden müssen, so steht doch im Vordergrund ihrer Politik gegenwärtig:

– Die Durchsetzung der Reglementierung des Studiums, mit der Folge der Dequalifizierung der Ausbildung eines Großteils der Studenten und der Erhöhung der Konkurrenz unter den Studenten, die direkt mit Unterdrückungsmaßnahmen und dem Ausbau der staatlichen Kompetenzen verbunden ist.
– Der Versuch, gegen den Marxismus ideologisch in die Offensive zu kommen und, da man der Durchschlagskraft seiner Argumente nicht vertraut, gleichzeitig dafür zu sorgen, den Einfluß des Marxismus im Lehrkörper abzublocken.
– Der unmittelbare Kampf gegen die fortschrittlichen Studenten durch vielfältigste Repressionsmaßnahmen.

Die Funktion der Studienreglementierung ist im Studentenaktionsprogramm des MSB SPARTAKUS richtig charakterisiert worden: 1. „Die Reglementierung des Studiums erweist sich als eine Antwort der Herrschenden auf ihre Unfähigkeit, Mittel für den Ausbau der Hochschulen zur Verfügung zu stellen." 2. „Die derart reglementierte Ausbildung dient dem Interesse der Herrschenden – an kurzfristig verfügbarer Arbeitskraft der wissenschaftlichen Intelligenz bei möglichst niedrigen Ausbildungskosten."[11] Mit der Einrichtung von Kurzstudiengängen wird die Masse der Studenten dequalifiziert werden. Sie werden eng spezialisiert und einseitig ausgebildet werden. Daß sich eine solche Ausbildung gegen eine wissenschaftliche

[11] Studentenaktionsprogramm des MSB SPARTAKUS, S. 36/37.

Grundlagenausbildung wendet und damit der wissenschaftlich-technischen Entwicklung nicht gerecht wird, zeigen Aussagen der Vertreter des Kapitals selbst: „Dasselbe, was für andere Wissenschaftler gilt, soll auch für die Ingenieurwissenschaftler gelten: Der Ingenieur soll als Ingenieur ausgebildet werden und nicht als Mathematiker, Physiker, Wirtschaftler oder Sozialwissenschaftler ... Der Mann der theoretischen Wissenschaften darf mit extremer Genauigkeit Schlußfolgerungen aus seiner Theorie ableiten und muß seine Ergebnisse immer wieder von neuem in Frage zu stellen in der Lage sein. Im Gegensatz dazu hat der Ingenieur die Aufgabe, eine Antwort auf konkrete Probleme zu finden: Für ihn zählt nur die Effektivität und nicht der Respekt vor der wissenschaftlichen Orthodoxie."[12] Praxisbezogene Ausbildung heißt hier, direkt auf die unmittelbaren Bedürfnisse des Kapitals zugeschnitten. Diesen Rezepteanwendern steht eine Minderheit gegenüber, die an Bundeswehr- oder Verwaltungshochschulen ausgebildet wird oder die ein forschungsbezogenes Langzeitstudium absolvieren darf.

Die Dequalifizierung der Masse der Studenten entspricht dem Interesse des Monopolkapitals, den Preis der Ware Arbeitskraft, die „Lohnkosten" ständig zu drücken.

4. Mit der Hierarchisierung der Ausbildung durch Kurzstudiengänge wird in Verbindung mit dem Numerus-clausus-Staatsvertrag ein Instrument geschaffen, um die Studentenströme besser lenken zu können. Nach Fächern, nach Hochschulordnung, nach Abschlüssen — je nach dem Bedarf des Großkapitals.

5. Durch die Hierarchisierung der Ausbildung wird auch eine Erhöhung der Mobilität der Arbeitskräfte intendiert.[13] D. h. neben den festen Arbeitskräften, die relativ privilegierte Positionen in Staat und Wirtschaft einnehmen, und den direkten Führungskadern sollen bewegliche Arbeitskräfte in größerer Zahl aus dem Bildungswesen hervorgehen, die leicht von Entlassungen bedroht sind, deren Arbeitskraft aufgrund auch mangelnder Fortbildung entwertet wird. „Der einzelne Hochschulabsolvent kann nicht mit den gleichen abgesicherten Berufsbedingungen für die beruflichen Anfangspositionen und Besoldung rechnen, wie der Akademiker früherer Zeiten, denn auf längere Sicht ist eine zahlenmäßig härtere Konkurrenz auf der akademischen Berufswelt unvermeidlich."[14]

Die oben gemachten Bemerkungen beziehen sich natürlich vorwiegend auf die naturwissenschaftlich-technische Intelligenz. Bei den Lehrern geht es bei der Aufspaltung einmal darum, eine einheitliche Besoldung für alle Lehrer zu verhindern, den einheitlichen Kampf zu erschweren. Vor allem soll damit die Hierarchie im Bildungssektor gefestigt werden, die Hierarchie, die ja nur die soziale Hierarchie reproduzieren hilft.

6. Vertieft werden soll die Spaltung der Studentenschaft.[15] Durch die weitere Aufsplitterung des Studiums wird die Konkurrenz unter den Studenten gefördert. Die Studenten sind eher bereit, eine Verschlechterung ihrer Studien- und Lebens-

[12] Die Ingenieurausbildung in der Europäischen Gemeinschaft, Institut der Europäischen Gemeinschaft für die Hochschulstudien, Vorausbericht Dezember 1970, S. 12.

[13] Vgl. dazu: Der staatsmonopolistische Kapitalismus, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt 1972; besonders Kapitel 4.

[14] Klaus von Dohnanyi, zitiert nach: Dokumentation zur Bildungspolitik und Hochschulmisere des MSB SPARTAKUS Münster.

[15] Darüber kann auch die Gründung von Gesamthochschulen nicht hinwegtäuschen. Die Gesamthochschule soll die Spaltung der Studenten verschleiern durch den psycholo-

bedingungen hinzunehmen und reaktionäre Lehrinhalte kritiklos zu schlucken. Diese Absicht, die Studenten politisch zu disziplinieren und ideologisch zu indoktrinieren wird zusätzlich durch die Verschulung des Studiums begünstigt.

7. Die Instrumente der Studienreglementierung haben einen deutlich undemokratischen Charakter. An erster Stelle ist das allgegenwärtige staatliche Aufsichts- und Interventionsrecht zu nennen. Damit kann jede fortschrittliche Veränderung blockiert werden. Die wichtigsten Institute zur Konzipierung und Durchsetzung der staatsmonopolistischen Studienreform sind die Studienreformkommission nach § 60 HRG auf Länderebene. In ihnen sollen die Vertreter der Berufspraxis, Kapitalisten und die Vertreter des Staates erarbeiten, wie das Studium aussehen soll, die Hochschullehrer haben dafür zu sorgen, daß die Pläne an den Hochschulen umgesetzt werden und ein paar Studenten dürfen zuhören. Besondere Transmissionsriemen zu den Hochschulen sollen didaktische Zentren werden, in die möglicherweise der eine oder andere Student von der Kultusbürokratie kooptiert wird. Die direkteste Form der Einflußnahme wollte die BASF jüngst in Karlsruhe praktizieren. Am Fachbereich Chemie, Ingenieurausbildung sollte ein Beraterkreis der Industrie eingesetzt werden.

8. Die Reglementierung hat für die herrschende Klasse noch einen Vorteil. Sie läßt sich gut „verkaufen". Den Arbeitern erklärt man, es sei nicht länger tragbar, daß Studenten über 10 Semester auf Kosten der Arbeiter studieren könnten, deshalb Studienzeitverkürzung und Regelstudienzeit. Den Studenten erklärt man, ihren Wünschen nach einem klar gegliederten Studium, das man möglichst schnell hinter sich bringen kann, würde Rechnung getragen.

Trotz des Aufschwungs der studentischen Massenkämpfe im letzten Semester haben die Herrschenden ihre Pläne zur beschleunigten Durchsetzung der staatsmonopolistischen Formierung der Hochschulen nicht aufgegeben. Die Entwicklung der Hochschulpolitik der Herrschenden muß unweigerlich zur Verschärfung der Auseinandersetzungen an den Hochschulen führen. Die auslösenden Momente für den Aufschwung des studentischen Massenkampfes — die Zementierung der materiellen Misere, die versuchte Verwirklichung der Reglementierung des Studiums und die politische Disziplinierung — werden sich weiter verschärfen. Die Grundlagen für einen weiteren Aufschwung des studentischen Massenkampfes werden sich verbessern.

V.

Auf dem 2. Bundeskongreß des MSB SPARTAKUS wurde die Aussage getroffen, die Bildungspolitik wird zunehmend zu einem Brennpunkt der Klassenauseinandersetzungen.[16] Diese zutreffende Einschätzung gründet sich auf den, durch die

gischen Effekt des „Zusammenseins": „Es wird viel leichter sein, einen Studenten zu einem Kurzstudium zu bewegen, wenn er dies an der Uni ebenso ableisten kann wie alle anderen. Er ißt in derselben Mensa, hat den gleichen Studentenausweis und besucht denselben Medizinerball. Eigene Einrichtungen hätten notwendigerweise einen gewissen diskriminierenden Charakter." (Ralf Darendorf, in: Neue Wege zur Hochschulreform: Differenzierte Gesamthochschule — autonome Universität, Bergedorfer Protokolle, Bd. 20, Hamburg 1967, S. 32) Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß die Bildung von Gesamthochschulen durchaus widersprüchlich zu betrachten ist. So wird der Kampf der Studenten für die Einheitlichkeit des Studiums durch die Errichtung von Gesamthochschulen begünstigt.

[16] Siehe Referat Arbeitsgruppe 1 des 2. Bundeskongresses des MSB SPARTAKUS, Vorabdruck des Protokollauszugs.

wissenschaftlich-technische Revolution verschärften, Widerspruch von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen im staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Schon Karl Marx hat die Produktivkraftentwicklung, die in der wissenschaftlich-technischen Revolution zu einer Umwälzung von Arbeitsmitteln und Arbeitskräften führt, prognostiziert. „In dem Maße aber, wie die große Industrie sich entwickelt, wird die Schöpfung des wirklichen Reichtums abhängig weniger von der Arbeitszeit und dem Quantum angewandter Arbeit, als von der Macht der Agentien, die während der Arbeitszeit in Bewegung gesetzt werden . . ."[17] Unter diesen „Agentien" verstand Marx den allgemeinen Stand der Wissenschaft in der Technik und ihre Anwendung in der Produktion.

„Es ist nicht mehr der Arbeiter, der modifizierten Naturgegenstand als Mittelglied zwischen das Objekt und sich einschiebt; sondern der Naturprozeß, den er in einen industriellen umwandelt, schiebt er als Mittel zwischen sich und die anorganische Natur, deren er sich bemeistert. Er tritt neben den Produktionsprozeß, statt sein Hauptagent zu sein."[18] Und weiter führte Karl Marx aus: „In dieser Umwandlung ist es weder die unmittelbare Arbeit, die der Mensch selbst verrichtet, noch die Zeit, die er arbeitet, sondern die Aneignung seiner allgemeinen Produktivkraft, sein Verständnis der Natur und die Beherrschung derselben durch sein Dasein als Gesellschaftskörper – in einem Wort, die Entwicklung des gesellschaftlichen Individuums, die als der große Grundpfeiler der Produktion und des Reichtums erscheint."[19]

Doch hier zeigt sich gerade der Widerspruch im Kapitalismus. Die kapitalistische Produktionsweise entwickelt die Produktivkräfte des gesamten Produktionsprozesses „durch die Verarmung des Arbeiters an individuellen Produktivkräften".[20] Die kapitalistische Produktionsweise entwickelt „die gesellschaftliche Produktivkraft der Arbeit nicht nur für den Kapitalisten, statt für den Arbeiter, sondern durch die Verkrüppelung des individuellen Arbeiters."[21] Der Kapitalismus ist nicht imstande, den Widerspruch zu lösen zwischen der durch die Produktivkraftentwicklung geforderten allseitigen Entwicklung der ersten Produktivkraft – der Arbeiterklasse – und dem politischen und ökonomischen Zwang, diese allgemeine Anhebung des Bildungsniveaus der Werktätigen zu verhindern.

Die mit dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt verbundene Senkung des notwendigen Aufwands an Arbeitszeit unter Freisetzung von disponibler Arbeitszeit führt im Sozialismus zur freien, allseitigen Entwicklung der Individuen. In der spätkapitalistischen Gesellschaft führt dieser Prozeß zur Verschärfung der grundlegenden Widersprüche: Die Reduktion der notwendigen Arbeitszeit wird von den Kapitalisten genutzt, um noch mehr Profit aus den Arbeitern herauszupressen. Die Senkung des notwendigen Aufwands für die gesellschaftliche Reproduktion erscheint in unausgelasteten Produktionskapazitäten, im Brachliegen von Arbeitspotential, in der verstärkten Militarisierung der Wirtschaft.

Die veränderten Reproduktionsbedingungen, die u. a. eine höhere Qualifizierung

[17] K. Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Dietz-Verlag, Berlin 1953, S. 592.
[18] Ebenda, S. 592 f.
[19] Ebenda, S. 593.
[20] Karl Marx, Das Kapital, Bd. 1, MEW Bd. 23, S. 391.
[21] Ebenda, S. 286.
[22] Vgl. Arbeiterklasse – Konsumtion – Klassenkampf, IPW-Forschungshefte 1/72, S. 70 ff.

der Arbeiter erfordern, stoßen an die Schranken kapitalistischen Profitstrebens, an die Schranken der kapitalistischen Warenproduktion.[22]

Denn die für die gesellschaftliche Konsumtion der Arbeiterklasse erforderlichen Mittel treten nicht – wie die Mittel zur Befriedigung der individuellen konsumtiven Bedürfnisse – auf dem kapitalistischen Markt als Waren auf, die über die individuelle Nachfrage durch eine Kaufhandlung der Arbeiter realisiert werden. Sie können in der Regel nicht mehr von Einzelpersonen auf dem Markt gekauft werden. Aus seinen ökonomischen Interessen heraus sperrt sich deshalb das Monopolkapital, soweit es nicht die Kapitalverwertung und das Profitsystem in Frage stellt, gegen die Aufwendungen für die gesellschaftliche Konsumtion.

Notwendig ist „die Schaffung eines solchen Systems der Qualifizierung, das die Arbeiter optimal auf einen notwendigen Wechsel der Arbeit vorbereitet und ihnen einen der Dynamik der Entwicklung der Produktivkräfte weitgehenden entsprechenden Grad von Disponibilität verleiht."[23] Der Imperialismus ist immer weniger in der Lage, die neue Reproduktionsbasis für die Arbeitskraft sicherzustellen. „Es geht . . . darum, daß durch dieselbe wissenschaftlich-technische Revolution objektiv neue Bedürfnisse der Arbeiterklasse entstehen, die für die Reproduktion der Arbeitskraft als Ware notwendig werden und den Wert der Ware Arbeitskraft erhöhen. Diese neuen Bedürfnisse entstehen einmal durch die Veränderung der Anforderungen an die Arbeitskraft als Produktivkraft in der Produktion – qualifiziertere Bildung und Ausbildung. Sie entstehen zum anderen durch die Veränderung der Lebensbedingungen, die die Entwicklung des Verkehrswesens, des Gesundheitswesens, der Einrichtungen für aktive Erholung und für die Sicherung und Wiederherstellung gesunder Umweltbedingungen verlangen. Sie entstehen schließlich durch die Wirkung des Gesetzes der wachsenden Bedürfnisse.

Es geht schließlich darum, daß mit der Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Revolution, die, wie bereits festgestellt, auch eine Umwälzung der Arbeitskraft bewirkt, der Warencharakter der Arbeitskraft in absoluten Widerspruch zu den kapitalistischen Produktionsverhältnissen gerät. Die allseitige Entfaltung der wissenschaftlich-technische Revolution ist im Kapitalismus vor allem deshalb unmöglich, weil dieser die Entwicklung der Hauptproduktivkraft hemmt und verhindert, daß die schöpferischen Fähigkeiten der Arbeiterklasse sich voll entfalten können.

Der Widerspruch zwischen dem Warencharakter der Arbeit und den kapitalistischen Produktionsverhältnissen äußert sich im staatsmonopolistischen Kapitalismus erstens darin, daß die Reproduktion der Ware Arbeitskraft nicht mehr durch den Arbeitslohn und individuelle Konsumtion gewährleistet werden kann. In zunehmendem Maße müssen staatliche Mittel eingesetzt werden, um die Reproduktion der Arbeitskraft der Arbeiter als Ware zu sichern.

Der Widerspruch zwischen dem Warencharakter der Arbeit und den kapitalistischen Produktionsverhältnissen äußert sich zweitens darin, daß die wissenschaftlich-technische Revolution an Bildung, Ausbildung, Qualifizierung Anforderungen stellt, die durch eine einfache Schulbildung nicht mehr befriedigt werden können. In immer größerer Anzahl werden Arbeiter von größerer „Mobilität" verlangt, bei denen der Anteil der geistigen Arbeit hoch ist, um diese sich rasch verändernde Technik und Technologie meistern zu können. Dabei werden nicht nur Anforderungen an

[23] Ebenda, S. 14.

das technische und wissenschaftich-technische Wissen und Können gestellt, sondern auch Führungseigenschaften gefordert, wie Verantwortung, Entscheidungsfindung und Entscheidung, Anforderungen, die ganz der sozialen Stellung der Arbeiter als Lohnarbeiter widersprechen.

Diese Entwicklung ist von einer massenhaften Entwertung, Dequalifizierung der Arbeitskraft der Arbeiter durch den Strukturwandel der Wirtschaft, der Industrie, der Produktion begleitet, bei der Hunderttausende und Millionen Arbeiter ihren Beruf oder ihre bisherige Tätigkeit verlieren und einen neuen Beruf erlernen, eine neue Qualifikation erwerben müssen."[24]

Indem durch die Produktivkraftentwicklung der Anteil der geistigen Arbeit an der Gesamtarbeit zunimmt, wird ein wachsender Teil der geistigen Arbeiter lohnabhängig, prägt sich der Warencharakter ihrer Arbeitskraft stärker aus. Ihre Stellung in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit wird immer weniger durch die Partizipierung an Herrschafts- und Aufsichtsfunktionen bestimmt. Ein Teil der Intellektuellen wird reell unter den Verwertungsprozeß des Kapitals subsumiert; ihr Arbeitsprozeß ist durch die Abspaltung komplizierter von einfachen Tätigkeiten bereits so aufgegliedert, daß ihre Tätigkeit primär aus Routinearbeiten besteht – und ihre Arbeitskraft so leicht substituierbar ist. Mit diesen Prozessen gerät die Mehrheit der Intelligenz in einen ähnlichen Widerspruch zu den kapitalistischen Produktionsverhältnissen wie die Arbeiterklasse: Die wissenschaftlich-technische Entwicklung macht eine durch breite Grundlagenqualifikation und permanente Weiterbildungsmaßnahmen vermittelte Disponibilität erforderlich; stattdessen werden sie von Dequalifizierung und Entwertung ihrer Arbeitskraft bedroht. Die Mehrheit der Intelligenz ist also betroffen von dem Streben der Kapitalisten, den Preis der Ware Arbeitskraft, die sie einkaufen, möglichst zu drücken, die Arbeitskraft zu verbilligen und die Kosten für die Ausbildung der Intellektuellen zu senken. Schon jetzt ist nicht auszuschließen, daß in der BRD, wie in anderen kapitalistischen Staaten, sich ein akademisches Arbeitslosenheer bildet.

So ergibt sich tendenziell ein gemeinsames Interesse von Arbeiterklasse und großen Teilen der Intelligenz an der Sicherung ihrer Reproduktionsbedingungen. Dieses zunächst ökonomische Interesse am bestmöglichen Verkauf der Ware Arbeitskraft steht im Widerspruch zu den Möglichkeiten des Kapitalismus, die vergesellschafteten Reproduktionsbedingungen zu gewährleisten. Durch den Kampf für die Aneignung von Fähigkeiten und Kenntnissen, die durch die Produktivkraftentwicklung gefordert werden, für eine qualifizierte Ausbildung werden die Bedingungen der Intellektuellen für den Verkauf ihrer Ware Arbeitskraft verbessert. Selbstverständlich bleibt davon unberührt, daß der Preis der Ware Arbeitskraft (Lohn) unmittelbar im Klassenkampf durchgesetzt wird, wie auch Arbeitsplatzsicherheit nicht primär durch qualifiziertere Ausbildung gewährleistet wird, sondern eine Frage des Klassenkampfes ist.

Festzuhalten ist:

1. „Für den Lohnarbeiter erhöht der Erwerb eines erweiterten Wissens den Wert seiner Arbeitskraft. Das ist für ihn die objektive Voraussetzung für eine höhere

[24] Alfred Lemnitz, Warum kann die wissenschaftlich-technische Revolution im staatsmonopolistischen Kapitalismus nicht verwirklicht werden? In: Wirtschaftswissenschaft 3/73, S. 394/395.

Bezahlung. Das Recht auf eine zum Entwicklungsstand der Produktivkräfte im Verhältnis stehende Ausbildung und Erziehung ist fester Bestandteil der Kämpfe gegen die kapitalistische Ausbeutung. Es ist auch ein Mittel der Entfaltung der Persönlichkeit. Umgekehrt ist eine hinter der ökonomischen und historischen Entwicklung zurückbleibende Berufsausbildung und Erziehung ein Mittel zur zusätzlichen Ausbeutung der Arbeitskraft durch das Kapital."[25]

2. Der antimonopolistische Kampf der Studenten für eine wissenschaftliche Ausbildung muß eingeordnet werden in die Kämpfe der Werktätigen für die allgemeine Verbesserung des Bildungs- und Qualifizierungssystems. Das heißt, die Studenten müssen die Forderungen nach der Brechung des Bildungsprivilegs der Monopolbourgeoisie, nach einem einheitlichen demokratischen Bildungssystem, nach mehr Arbeiterkindern an den Hochschulen etc. unterstützen. Sie müssen sich dafür einsetzen, daß die Aufwendungen des Staates für das Bildungs- und Gesundheitswesen, die in die gesellschaftliche Konsumtion der Werktätigen eingehen, nicht auf den Rücken der Werktätigen abgewälzt werden, sondern aus den parasitären Staatsausgaben wie Rüstung, Polizei bestritten werden.

3. Der Kampf für eine wissenschaftliche Ausbildung erhält unmittelbar politisch-ideologische Dimensionen dadurch,

– daß er sich gegen die Unterdrückung der schöpferischen Fähigkeiten der Intellektuellen, gegen eine eng spezialisierte, fachbornierte Ausbildung richtet,

– daß er sich gegen die mit der Studienreglementierung verbundene Disziplinierung richtet,

– daß die Forderungen direkt an den Staat als politische Agentur des Monopolkapitals gerichtet werden. Da dieser Kampf eine antimonopolistische Stoßrichtung hat, kann er real gar nicht abgelöst vom Kampf um demokratische Ausbildungsziele geführt werden, die die Studenten auf das Bündnis mit den Werktätigen orientieren. Dabei muß man davon ausgehen, daß es für die Mehrheit der Studenten ein einheitliches Interesse an qualifizierter Ausbildung und der Kenntnis von den Gesetzen von Natur und Gesellschaft gibt.

Diese objektive Einheit von Ökonomie, Politik und Ideologie muß von den Marxisten gerade im Kampf gegen die Reglementierung des Studiums immer wieder hergestellt werden.[26]

4. In diesem Kampf müssen ständische Ideologien und berufsständische Verbände, die Aufstiegsillusionen predigen, permanent bekämpft werden. Denn es ist zu beachten, daß die Verbreitung solcher Ideologien nicht nur auf bewußtseinsmäßige Relikte bei den Studenten gründet, sondern ihre reale Basis auch darin hat, daß ein geringer werdender Teil der Intelligenz noch die Möglichkeit hat, in die Bourgeoisie aufzusteigen. Die Aufnahme ständischer Ideologien durch Angehörige der Intelligenz erklärt sich schließlich daraus, daß im kapitalistischen Reproduktionsprozeß materielle und geistige Arbeit voneinander geschieden sind. Selbst unter den Bedingungen der Verwissenschaftlichung der Produktion, der Zunahme der geistigen Elemente im Arbeitsprozeß, durch die immer mehr An-

[25] Der staatsmonopolistische Kapitalismus. a.a.O. S. 230.

[26] Im Rahmen dieses Aufsatzes ist es nicht möglich, genau auf den politisch-ideologischen Kampf an der Hochschule einzugehen. Es sei deshalb auf das Einleitungsreferat des Genossen Heinemann in der Arbeitsgruppe 2 des 2. Bundeskongresses und auf seinen Beitrag im gleichen Heft verwiesen.

gehörige der Intelligenz in der Produktion oder in der Nähe der Produktion arbeiten, versuchen die Kapitalisten körperliche und geistige Arbeit künstlich voneinander zu distanzieren. Deshalb müssen marxistische und fortschrittliche Studenten die antimonopolistische Zielsetzung des Kampfes um höhere Qualifikationen herausarbeiten, ihn mit dem Eintreten für antiimperialistische Bildungsinhalte verbinden und jederzeit ständische Ideologien, sowie die Vermittlung von „Managements und Führungsqualifikationen" im Studienbetrieb angreifen.

Gegen die Vertretung der Qualifikationsinteressen der Studenten werden von linkssektiererischen Gruppen „schwerwiegende" Einwände erhoben.

1. Argument: Das Kapital besorgt sich schon die qualifizierten Arbeitskräfte, die es braucht und trägt dafür Sorge, daß diese Arbeitskräfte entsprechend ausgebildet werden. Beweis dafür sei gerade die Hochschulreform der Herrschenden, die auf die Anpassung der Studieninhalte auf die Berufspraxis hinziele. Der MSB SPARTAKUS unterstütze also nur die „Reformpläne" des Monopolkapitals.[27]

Mit dieser Argumentation wird in letzter Konsequenz der Widerspruch von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen geleugnet. Gerade dort, wo sich die Widersprüche im Kapitalismus heute besonders vertiefen — im Bereich der gesellschaftlichen Konsumtion — sollen sie auf einmal verschwunden sein? Die Kapitalisten zaubern zugleich ein potzblitzsauberes Bildungs- und Gesundheitswesen hervor. Schließlich brauchen die Kapitalisten hochqualifizierte und gesunde Werktätige. Wer mit solchen (Märchenwelt)-vorstellungen wohl den Plänen und der Propaganda der Herrschenden aufgesessen ist? Und daß die Durchsetzung der Qualifikationsinteressen mit dem reellen Gang der monopolkapitalistischen Hochschulreform identisch sei, beruht auf einer schlichten, aber entscheidenden Verwechslung: Wie die kapitalistische Studienreform vorsieht, soll tatsächlich die Ausbildung stärker an die unmittelbaren Arbeitsplatzforderungen angepaßt werden. Dazu soll jeglicher „Ballast", der die Ausbildungszeit und die Reproduktionskosten der zukünftigen Lohnarbeiter erhöht, abgeworfen werden. Kern dieser ganzen Reformpläne ist die Minderqualifizierung eines Großteils der Studenten, die Verschlechterung ihrer längerfristigen Berufsperspektive. Es geht also keineswegs den Herrschenden darum, eine wissenschaftliche Ausbildung durchzusetzen.

Wer diese wichtige Seite des Widerspruchs von Studenten — nichtmonopolistischer Intelligenz zur Monopolbourgeoisie unterschlägt, der kann nur noch moralisch zur „Errichtung einer Kampffront gegen die bürgerliche Wissenschaft" durch alle individuellen Klassenverräter aufrufen. Gegen das Kurzstudium kämpft man, weil es irgendwie im Kapitalinteresse ist.[28]

2. Argument: Es würden überkommene Privilegien der Intelligenz verteidigt. Wer gegen die Dequalifizierung kämpfe, wendet sich gegen unabwendbare ökonomische Gesetzmäßigkeiten.[29]

[27] Kommunistische Hochschulzeitung, herausgegeben von der KHG (NRF), Sondernummer 3. 4. 73.

[28] Wohin solche Auffassungen führen können, zeigt die Politik der derzeitigen SVI-Führung: Der Kampf gegen die Dequalifizierung wird abgelehnt, da sich die Studenten ja immerhin noch qualifizieren könnten. Die Losung „Für eine Wissenschaft und Ausbildung im Interesse der Werktätigen" ist erst im Sozialismus zu erreichen und schafft — aktuell aufgestellt — Illusionen; wird daher fallengelassen. Durch die alleinige Parole „Für freie politische Betätigung in Ausbildung und Beruf" ist der SVI-Bundesvorstand mittlerweile auf die Position eines normalen bürgerlichen Liberalen abgesackt.

[29] Kommunistische Hochschulzeitung, Sondernummer S. 19 ff.

Richtig ist, daß sich im staatsmonopolistischen Kapitalismus eine starke Polarisierung der Klassenverhältnisse entwickelt: Einer kleiner werdenden Zahl von Monopolkapitalisten steht eine stark anwachsende Zahl von ausgebeuteten Lohnempfängern gegenüber. Die Macht des Monopolkapitals weitet sich aus durch die Ausplünderung aller nichtmonopolistischen Klassen und Schichten, durch den Druck auf das Lebensniveau der Volksmassen in Form der chronischen Inflation, der starken zunehmenden Steuerbelastungen und die Einschränkung deren gesellschaftlicher Konsumtion. Gerade unter den Bedingungen des Beginns der wissenschaftlich-technischen Revolution werden relevante Teile der Intelligenz von diesen Polarisationsprozessen erfaßt. Eine bedeutende Anzahl von Intellektuellen gehört zu den neuen Lohnarbeiterschichten, ihre Arbeits- und Lebensbedingungen gleichen sich denen der Arbeiter mehr und mehr an. Das bedeutet für sie:

— Die Erweiterung der Arbeitsteilung, die Entfremdung von den Produkten ihrer wissenschaftlichen Arbeit;

— eine Dequalifizierung, die die Konkurrenz unter ihnen erhöht und ihre Berufsperspektive verunsichert;

— durch den Druck auf das Lohnniveau zugleich eine Verschlechterung ihrer gesamten Lebensbedingungen.

Der Kampf der Intellektuellen richtet sich nun nicht gegen die Gesetzmäßigkeit der Polarisierung, konkret gegen den Verlust ihrer Privilegien (wie der Teilhabe an Leitungsfunktionen); sondern gegen die kapitalistische Formbestimmtheit dieser Prozesse. Er ist Widerstand gegen die Fesselung der Produktivkraft Wissenschaft und ihrer Träger durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse.

Die Aufgabe der Marxisten ist es, diesen Kampf einzureihen in die Gesamtbewegung gegen die Erscheinungsformen imperialistischer Verhältnisse, ihn zur bewußten Bekämpfung der Kapitalherrschaft schlechthin weiterzuführen.

Die Position der linken Sektierer hat absurde Konsequenzen: Bevor die Interessen der nichtmonopolistischen Schichten vertreten werden können, müssen sie erst ins Proletariat „hinabgesunken" sein. Die Position der linken Sektierer treibt unweigerlich dahin, jegliche Bündnispolitik der Arbeiterklasse gegenüber den nichtmonopolistischen Schichten aufzugeben: „Der Abwehrkampf gegen die untergeordneten Funktionen der Intelligenz unter die Gesetze der Lohnarbeit, gegen die kapitalistische Vergesellschaftung und die tendenzielle Entwertung der wissenschaftlichen Tätigkeit ist illusionär und ganz in dem Sinne reaktionär, wie der Kampf der traditionellen kleinen Warenproduzenten, gegen ihre Vernichtung im Prozeß der Konzentration des Kapitals."[30] Was bei dieser Position der Gruppe Neues Rotes Forum herauskommt, ist übelster Ökonomismus! Die Vergesellschaftung der Wissenschaft wird von ihrer kapitalistischen Form getrennt und damit ihr reaktionärer Charakter unter imperialistischen Bedingungen unterschlagen. Die tendenzielle Entwertung der wissenschaftlichen Tätigkeit, die ja dazu beiträgt ein gemeinsames antimonopolistisches Interesse von Studenten und Arbeitern zu konstituieren, darf nicht mehr angegriffen werden. Der Kampf gegen die Hochschulgesetze, die ja in Form von Kurzstudiengängen diese Entwertung vorantreiben, muß ab sofort eingestellt werden.

Verräterisch ist der letzte Halbsatz im Zitat der „Kommunistischen Hochschul-

[30] Ebenda, S. 21.

zeitung": Wie will die Arbeiterklasse die kleinen Warenproduzenten, vor allem die Bauern gewinnen, wenn sie nicht gegen das „kapitalistische Bauernlegen" auftritt, wenn sie nicht die Vertreibung der Bauern von ihrem Eigentum zugunsten großkapitalistischer Besitzverhältnisse bekämpft? Die Aufgabe der Partei der Arbeiterklasse muß es sein, die Bauern gegen ihre Ausplünderung durch das Monopolkapital und gegen ihre Expropriation durch Großgrundbesitzer zu unterstützen und ihnen gleichzeitig klarzumachen, daß ihr Kleineigentum unrettbar verloren ist[31], sie zu genossenschaftlichen Formen der Produktion übergehen müssen.
Der Genosse Dimitroff hat auf dem 7. Weltkongreß der Komintern das Grundsätzliche proletarischer Bündnispolitik herausgearbeitet. Nachdem er entwickelt hat, wie die Faschisten mit ihrer Demagogie die Zwischenschichten zu gewinnen suchten, stellt Dimitroff fest: „Wir müssen den Spieß umdrehen und den werktätigen Bauern, den Handwerkern sowie der Intelligenz zeigen, woher ihnen die wirkliche Gefahr droht; wir müssen ihnen konkret zeigen, wer den Bauern die Last der Steuern und Abgaben aufbürdet, wer aus ihm Wucherzinsen herauspreßt; wer selber den besten Boden und alle Reichtümer besitzt, aber den Bauern und seine Familien von seiner Scholle vertreibt und sie der Arbeitslosigkeit und dem Elend preisgibt. Wir müssen konkret aufzeigen und beharrlich erklären, wer die Handwerker und Gewerbetreibenden durch Steuern, Gebühren, hohen Pachtzins und Konkurrenz, die für sie unerträglich sind, ruiniert; wer die breiten Massen der werktätigen Intelligenz auf die Straße wirft und arbeitslos macht.
Aber das genügt nicht.
Das Grundlegende, das Entscheidende für die Herstellung der antifaschistischen Volksfront ist die entschiedene Aktion des revolutionären Proletariats für die Verteidigung der Forderungen dieser Schichten und insbesondere der werktätigen Bauernschaft. Diese Forderungen, die mit den Grundinteressen des Proletariats übereinstimmen, muß man im Prozeß des Kampfes mit den Forderungen der Arbeiterklasse verbinden."[32]
Es kommt also darauf an, für die Bündnisschichten ein positives Aktionsprogramm zu entwickeln, daß ihre gegen das Monopolkapital gerichteten Forderungen mit den Forderungen der Arbeiterklasse verbindet, ihren Kampf einordnet in den gesamten Kampf der Arbeiterklasse für die Beseitigung der Macht des Monopolkapitals. Für die Hochschulen liegt ein solches positives Aktionsprogramm vor: Das Studentenaktionsprogramm des MSB SPARTAKUS.

VI.

Auf dem 2. Bundeskongreß des MSB SPARTAKUS wurden einige Probleme und Schwächen der Massenarbeit des MSB offengelegt und auf ihre Beseitigung hingearbeitet. Besonders wurde hingewiesen auf die Gefahr des Administrierens der Bewegung. „Administrieren der Bewegung" – das darf nicht zu eng verstanden werden, etwa nur bezogen auf das Auftreten des MSB SPARTAKUS.
Ich verstehe darunter:
– Die Vorstellung, Massenbewegungen, ihre auslösenden Momente und ihren Verlauf etc. genau vorher festlegen zu wollen;

[31] Friedrich Engels, Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland, MEW, Bd. 22, S. 483–505.
[32] Georgi Dimitroff, Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus, 7. Weltkongreß der KI 1935, Moskau, zitiert nach: 7. Weltkongreß, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt 1971, S. 97.

– den Versuch einer Bewegung, über das Bewußtsein der Beteiligten hinweg politische Ziele aufpfropfen zu wollen;
– die Ausschaltung der Studenten von der Planung konkreter Aktionsziele und Aktionen.
Zu letzterem wurde auf dem 2. Bundeskongreß und der 2. Bundesvorstandstagung des MSB SPARTAKUS recht ausführlich diskutiert. Es sind viele Vorschläge entwickelt worden, wie die Studenten in die Diskussion politischer Maßnahmen einbezogen werden können, wie die Initiative der Massen geweckt werden und von den Massen gelernt werden kann.
Was ist unter der ersten Erscheinungsweise des „Administrierens" zu verstehen? Das Problem besteht darin, zu glauben, Bewegungen nach dem Taktstock des jeweiligen MSB-SPARTAKUS-Vorstandes dirigieren zu können. Aber andererseits stellen wir doch den Anspruch, Avantgarde des studentischen Kampfes zu sein?
Bemerkenswert ist, was Rosa Luxemburg zur Leitung des Kampfes der Arbeiterklasse formulierte: Was heißt die Initiative haben und die Bewegung leiten? „. . . besteht die Initiative und Leitung nicht in dem Kommandieren aus freien Stücken, sondern in der möglichst geschickten Anpassung an die Situation und möglichst engen Fühlung mit den Stimmungen der Masse."[33]
Weiter heißt es: „Die Parole, die Richtung dem Kampfe zu geben, die Taktik des politischen Kampfes so einzurichten, daß in jeder Phase und in jedem Moment des Kampfes die ganze Summe der vorhandenen und bereits ausgelösten, betätigten Macht des Proletariats realisiert wird und in der Kampfstellung der Partei zum Ausdruck kommt, daß die Taktik der Sozialdemokratie nach ihrer Entschlossenheit und Schärfe nie unter dem Niveau des tatsächlichen Kräfteverhältnisses steht, sondern vielmehr diesem Verhältnis vorauseilt, das ist die wichtigste Aufgabe der ‚Leitung' . . ."[34]
Und: „Eine konsequente, entschlossene vorwärtsstrebende Taktik der Sozialdemokratie ruft in der Masse das Gefühl der Sicherheit, des Selbstvertrauens und der Kampflust hervor; eine schwankende, schwächliche, auf der Unterschätzung des Proletariats basierte Taktik wirkt auf die Masse lähmend und verwirrend."[35]
Das bedeutet wiederum nicht, mit verschränkten Armen fatalistisch darauf zu warten, daß eine spontane Bewegung vom Himmel fällt. Die Revolutionäre müssen der Entwicklung der Dinge vorauseilen, sie beschleunigen.
Zur richtigen Festlegung der Taktik muß eine revolutionäre Studentenorganisation folgende Fragen beantworten: Wo spitzt sich der Interessengegensatz von Studenten und Monopolbourgeoisie zu, im allgemeinen Maßstab, und wie kann die Studentenbewegung an diesen Fragen weiterentwickelt werden? Diese Frage muß die Wechselbeziehungen von Hochschule und gesellschaftlichen Kämpfen berücksichtigen, deshalb stets auch die Hauptkonfliktpunkte zwischen den Massen und den Großkapitalisten herausarbeiten. Danach ist auch die Frage zu beantworten, wie sich die Verbindung zur Arbeiterklasse am besten herstellen läßt.

[33] Rosa Luxemburg, Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, Gesammelte Werke. Bd. 2 S. 132.
[34] Ebenda, S. 133/134.
[35] Ebenda.

Die nach dieser Fragestellung immer wieder vorzunehmende Schwerpunktsetzung ist wichtig, um nicht an konkreten, evtl. sogar hochschulspezifischen Erscheinungen kleben zu bleiben und um bei Veränderungen der Verhältnisse genügend flexibel zu sein. Gegenwärtig drehen sich diese Schwerpunkte der Studentenbewegung um Teilbewegungen, in denen sich ein breites demokratisches Bündnis herstellen läßt. Diese Teilbewegungen, die schon einen gewissen einheitlichen Nenner darstellen, müssen von den marxistischen Studenten auf eine höhere Stufe gehoben und politisch zugespitzt werden. An einem Beispiel läßt sich das verdeutlichen: Ein Schwerpunkt ist aktuell der Kampf gegen den materiellen Bildungsnotstand. Er stellt insofern bereits eine Vereinheitlichung dar, als ähnliche Erscheinungen im gesamten Ausbildungssektor als zusammenhängend begriffen werden und die Notwendigkeit des Bündnisses aller vom Bildungsnotstand Betroffenen anerkannt ist. Auf eine höhere Stufe gehoben wird dieser Kampf, wenn die Verbindung der materiellen Seite der Hochschulmisere zur politisch-ideologischen Seite aufgezeigt wird und daraus eine einheitliche Stoßrichtung im Kampf gegen die staatsmonopolistische Formierung entwickelt wird; wenn die Ursachen des Bildungsnotstands erklärt und auf gemeinsame Aktionen von Studenten und Arbeitern z. B. gegen die Wohnungsmisere hingearbeitet wird.
Zugespitzt werden muß der Kampf auf die Finanzierung der Bildungsausgaben auf Kosten der Rüstung und der Monopolprofite. Dadurch erhält diese Bewegung eine klare antiimperialistische, antimonopolistische Stoßrichtung. Indem so die materielle Interessenvertretung verbunden ist mit dem Kampf um Frieden und Abrüstung, erreicht sie eine qualitativ neue Stufe. Gleichzeitig wird damit die Einbeziehung des studentischen Kampfes in die allgemeine demokratische Bewegung realisiert.
Doch nicht allein durch das Emporklimmen von Stufe zu Stufe wird die Einheit und Bewußtheit im Kampf gegen das imperialistische Herrschaftssystem hergestellt. Dazu muß auf marxistischer Grundlage der Gesamtzusammenhang aller gesellschaftlicher Erscheinungen – für die Hochschulen also besonders der Hochschulformierung – erklärt und die Gesamtalternative der Organisation der Revolutionäre propagiert werden. Der MSB SPARTAKUS hat sich mit seinem Studentenaktionsprogramm einige wichtige Waffen in die Hand gegeben, um eine Gesamtalternative zur reaktionären Bildungspolitik des Großkapitals zu verbreiten, dieses Programm als Teil der gesamten antimonopolistischen Alternativen der fortschrittlichen Bewegung in der Bundesrepublik darzulegen und das Programm für den offensiven Kampf der Studenten zu nutzen.
Durch diese Darlegung des Zusammenhangs der Maßnahmen der herrschenden Klasse und unsere Alternative dazu werden die „sozialpsychologischen" Voraussetzungen geschaffen, damit aus einzelnen Konflikten und Auseinandersetzungen zentrale Kämpfe werden. Die Solidarität mit einzelnen Kämpfen der Studenten kann dann leicht geweckt werden und in Eigenaktivität umschlagen, da der Bezug zur eigenen Lage deutlicher erkennbar ist.
Gleichzeitig können bei zentralen Angriffen der Herrschenden die Kräfte der demokratischen Studenten eher zusammengefaßt werden.
Die Einheit in der Vielfalt studentischer Kämpfe wird nicht hergestellt durch das krampfhafte Suchen nach immer neuen zentralen Kampagnen. Sie wird nicht hergestellt durch Einzelmaßnahmen der herrschenden Klasse, wie das HRG

zum Beispiel, die wohl zentrale Aktionen erleichtern. Die „Einheit in der Vielfalt" hat zur Grundlage den Interessenwiderspruch der Studenten zum Monopolkapital. Sie realisiert sich durch die umfassende, zähe Arbeit der Revolutionäre in der lebendigen Klassenauseinandersetzung.

VII.

Eine wichtige Frage der Taktik ist die richtige Anwendung der verschiedenen Kampfformen und -methoden. Nicht von ungefähr hat der 2. Bundeskongreß des MSB SPARTAKUS auf die Vielfältigkeit der Möglichkeiten, den Imperialismus zu bekämpfen, hingewiesen. Im Hauptreferat wird festgestellt: „Wie die Arbeiterbewegung, so hat auch die Studentenbewegung eine ganze Reihe verschiedener Kampfformen und -methoden hervorgebracht, von Demonstrationen über Streiks bis hin zu Vorlesungs- und Seminarkritik. Spontan ausbrechende Protestaktionen, aber auch der relativ rasche Wechsel der Massenstimmung bis hin zum Ablaufen der Aktionsbereitschaft sind für die Situation an den Hochschulen heute kennzeichnend. Wir müssen dabei den Hinweis Lenins beachten: ‚Der Marxismus lehnt alle abstrakten Formen, alle doktrinären Rezepte entschieden ab und fordert ein aufmerksames Eingehen auf den sich tatsächlich abspielenden Massenkampf, der mit der fortschreitenden Entwicklung der Bewegungen, mit dem wachsenden Bewußtsein der Massen, mit der Verschärfung der ökonomischen und politischen Krisen immer neue und mannigfaltigere Methoden in der Verteidigung und des Angriffs hervorbringt.'"[36] Lenin hat die Arbeiterbewegung immer wieder darauf aufmerksam gemacht, daß sie es verstehen muß, alle Kampfformen zu beherrschen, und bei schnellem Wechsel der politischen Ereignisse von einer Kampfform zur anderen übergehen können muß. Entscheidend ist also, daß Formen und Methoden des Kampfes nicht willkürlich festgelegt werden können, sondern den inhaltlichen Zielen und der jeweils konkreten Klassenkampfsituation adäquat sein müssen. Das bedeutet auch, daß es in bestimmten Perioden der Klassenauseinandersetzungen bestimmte Hauptformen des Kampfes gibt. Die Geschichte der Arbeiterbewegung gibt dafür gute Beispiele: In der Phase der bürgerlichen Revolution, in der es um die Beseitigung des Absolutismus ging, war die vorherrschende Kampfform die direkte Auseinandersetzung mit den Gewaltorganen des feudalistischen Staates – die Barrikadentaktik. Marx und Engels konnten nach der französischen Julirevolution und der Märzrevolution in Deutschland feststellen, daß die Barrikadentaktik veraltet sei.[37] Rosa Luxemburg bemerkt dazu: „Die frühere Hauptform der bürgerlichen Revolutionen, die Barrikadenschlacht, die offene Begegnung mit der bewaffneten Macht des Staates, ist in der heutigen Revolution nur ein äußerster Punkt, nur ein Moment in dem ganzen Prozeß des proletarischen Massenkampfes."[38] In der Phase der relativ friedlichen Entwicklung des Kapitalismus in Deutschland 1870 bis 1914 etwa, trat die Ausnutzung des allgemeinen Wahlrechts für die Agitation und Sammlung des Proletariats in den Vordergrund. Bekanntlich führte dies dazu, daß die Revisionisten und Reformisten in der Arbeiterbewegung sich in diese Kampfform vergafften, sie verabsolutierten und die Klassenbewegung des Proletariats in die Sackgasse der bloßen Eroberung von Parlamentssitzen führen wollten.

[36] Vorabdruck . . . S. 13, zit aus: W. I. Lenin, Werke, Bd. 11, Berlin 1958, Der Partisanenkrieg.
[37] Siehe MEW, Bd. 22, S. 513 ff.
[38] Rosa Luxemburg, a.a.O.

In der russischen Revolution traten zum ersten Male in großem Ausmaße Massenstreiks in Erscheinung. Der politische Generalstreik, vorher zu Recht als typisches Produkt des Anarchismus gegeißelt[39], der auf einen Schlag das Übel aus der Welt schaffen wollte – war zur Realität geworden. Es ist das Verdienst von Rosa Luxemburg, herausgestellt zu haben, daß die Massenstreiks in der russischen Revolution nicht künstliches Produkt einer absichtlichen Taktik der revolutionären Sozialdemokratie waren, sondern eine natürliche geschichtliche Erscheinung. Die Ursache dafür liegt in folgendem: Zwar ging es in der russischen Revolution von 1905 vor allem um die Herstellung eines bürgerlich-parlamentarischen Rechtsstaates, aber der entscheidende Unterschied zu den früheren bürgerlichen Revolutionen war, daß der Zyklus der kapitalistischen Entwicklung in Rußland bereits abgelaufen, die Großindustrie zur herrschenden Produktionsform geworden war. Der entscheidende Unterschied war, daß das russische Proletariat bereits die führende Rolle in der demokratischen Revolution spielte, schon ein relativ starkes Klassenbewußtsein entwickelt hatte und der Gegensatz Kapital–Arbeit entwickelt, ja stark zugespitzt war. „Dieses widerspruchsvolle Verhältnis findet seinen Ausdruck in der Tatsache, daß in dieser formal bürgerlichen Revolution der Gegensatz der bürgerlichen Gesellschaft zum Absolutismus von dem Gegensatz des Proletariats zur bürgerlichen Gesellschaft beherrscht wird. Daß der Kampf des Proletariats sich mit gleicher Kraft gleichzeitig gegen den Absolutismus und gegen die kapitalistische Ausbeutung richtet, daß das Programm der revolutionären Kämpfe mit gleichem Nachdruck auf die politische Freiheit und auf die Eroberung des 8-Stunden-Tages sowie einer menschenwürdigen materiellen Existenz für das Proletariat gerichtet ist."[40]

Das Aufkommen der Massenstreiks bedeutet nicht, daß diese nun ausschließliche Form des Kampfes geworden wären – alternativ zu schon bestehenden. Die Massenstreiks werden in Phasen entfalteter Massenkämpfe und in revolutionären Situationen eine Ergänzung zu Straßendemonstrationen, die unaufgeklärte Teile der Bevölkerung über die Ziele der Bewegung informieren, die Unentschlossenen kampfbereit machen und die Entschlossenheit der Massen demonstrieren sollen; sie werden eine Ergänzung zur Ausnutzung bürgerlich-parlamentarischer Einrichtungen.

Es kommt also auch darauf an, nicht nur bestehende Kampfformen zum gegebenen Zeitpunkt richtig einsetzen zu können, sondern sie auch miteinander richtig zu verbinden. Dabei ist immer der Hinweis Lenins zugrundezulegen: „Zu versuchen, die Frage der Anwendbarkeit eines bestimmten Kampfmittels zu bejahen oder zu verneinen, ohne eingehend die konkrete Situation der gegebenen Bewegung auf der gegebenen Stufe der Entwicklung zu untersuchen, heißt den Boden des Marxismus völlig zu verlassen."[41] [42]

[39] Friedrich Engels, Zur Lage der arbeitenden Klasse in England, MEW Bd. 2 Berlin 1970, S. 447.
[40] R. Luxemburg, a.a.O., S. 147.
[41] W. I. Lenin: Der Partisanenkrieg, in Werke Bd. 11, Berlin 1958, S. 203.
[42] Die Genossen Gerns und Steigerwald haben völlig recht, wenn sie schreiben: „Das Studium konkreter Klassenkämpfe und folglich die Geschichte der revolutionären Bewegung erleichtert das Verständnis solcher Hinweise (siehe Lenin-Zitat, der Autor) sehr. Schon darum ist es notwendig in weit stärkerem Maße, als das gegenwärtig geschieht, die Geschichte vor allem solcher kommunistischer Parteien zu studieren, die eine besonders vielseitige Kampferfahrung sammeln konnten, also vorrangig die Geschichte der KPdSU, aber auch die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung." (Gerns/Steigerwald: Probleme der Strategie des antimonopolistischen Kampfes, Verlag Marxistische Blätter. Frankfurt 1973, S. 83) Meine Bemerkungen sollen auch dazu dienen, das Studium der Geschichte der Arbeiterbewegung und die Diskussion darüber voranzutreiben. Als Schwäche erscheint mir auch die nicht zureichende Aufarbeitung der jüngsten Kampferfahrungen der demokratischen Bewegung in der BRD – auch im Hinblick auf die Entwicklung von Kampfformen.

Formen und Methoden des Hochschulkampfes

Auf dem 2. Bundeskongreß wurden exakt die Kriterien bestimmt, die die Grundlage für die korrekte Festlegung von Kampfformen bilden. Die Leitsätze waren: „Das heißt für die Studentenbewegung, jede Aktion ist sinnvoll und wird uns im Kampf voranbringen, wenn sie dazu beiträgt, Verständnis für die Forderungen der Studenten in der arbeitenden Bevölkerung zu wecken. Jede Aktion muß das Ziel haben, die gemeinsamen Interessen von Arbeitern und Studenten hervorzuheben."[43] Um die Gemeinsamkeit von Studenten und Arbeitern in die Öffentlichkeit zu tragen, sind Flugblattverteilen vor Betrieben, Infostände in der Stadt und Demonstrationen geeignete Aktionsformen.

Zum zweiten muß es uns darum gehen, möglichst viele Studenten in den Kampf einzubeziehen, bei ihnen das Bewußtsein von den gemeinsamen Interessen mit der Arbeiterklasse gegen das Großkapital verbreiten, und sie durch ihre eigenen Erfahrungen an weitergehende Forderungen heranzuführen.

Drittens muß in den Aktionen der Organisationsgrad der Studenten erhöht werden. Zu oft erleben wir es noch, daß die Masse der Studenten nach Demonstrationen wieder im Studienalltag verschwindet. Um den Kampf wirklich zu verbreitern und zu effektivieren, müssen die mobilisierten Studenten zu kontinulerlicher politischer Arbeit gebracht werden, müssen sie organisatorisch erfaßt werden. D. h. zu allererst, sie in dem marxistischen Studentenverband zu organisieren, der an der Seite der Arbeiterklasse den Kampf für den Sozialismus führt. „Je stärker der MSB SPARTAKUS, desto wirksamer der Kampf der Studenten, desto größer die Chance, Sektierertum und Isolierung zu überwinden . . . Mitglied im MSB zu werden, das heißt den Imperialismus wirksam zu bekämpfen, heißt Genossen zu haben, auf die man sich verlassen kann."[44]

Zwei Kampfformen hat der 2. Bundeskongreß intensiver behandelt: Zum einen wurde die Verbindung von Studium und Politik „entdeckt". Darunter soll verstanden werden:

– Die qualifizierte Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie und der imperialistischen Pervertierung der Wissenschaft;

– der Kampf für die im Programm formulierten demokratischen Ausbildungsziele in der Konfrontation mit der großkapitalistischen Studienformierung; da sich diese demokratischen Ausbildungsziele primär von praktisch politischen Aufgaben der antiimperialistischen Bewegung leiten lassen, ist der Kampf für ihre Durchsetzung eine wirksame Verbindung von Studium und Politik;

– das Hineintragen politischer Aufgaben und Ziele während bestimmter Aktionen bzw. Kampagnen in Vorlesungen und Seminaren.

Als Kampfform bezeichnen wir die Verbindung Studium und Politik deshalb, weil damit neue Möglichkeiten eröffnet werden, durch die Kritik des reaktionären

[43] Studentenaktionsprogramm des MSB SPARTAKUS, S. 86.
[44] Studentenaktionsprogramm, S. 90/91.

Studienbetriebs neue Studenten in den demokratischen Kampf einzubeziehen, umgekehrt mobilisierte Studenten zu kontinuierlicher antimonopolistischer Praxis zu bringen.[45]

Zum Streik an der Hochschule

Im Hauptreferat des 2. Bundeskongresses wird zum studentischen Streik eine im Kern richtige Aussage getroffen, die m. E. weiterentwickelt werden muß: „So übersehen wir beim studentischen Streik natürlich nicht, daß Studenten, die ja nicht in der materiellen Produktion tätig sind, nicht wie die Arbeiterklasse die Möglichkeit haben, durch kollektive Verweigerung der Arbeitskraft einen starken Druck auf den Klassengegner auszuüben. Studentische Streiks sind kein ökonomisches Druckmittel, sondern eine politische Demonstration des einheitlichen und geschlossenen Auftretens der Studenten für ihre Forderungen . . ."[46] Damals wurde gesagt, der Streik sei für uns „kein Allheilmittel", jedoch könne die Streikparole Studenten „mitreißen". Nicht geklärt wurde die Frage, warum das so ist.

Tatsache ist: Während des Aufschwungs der studentischen Massenkämpfe im letzten Semester wurde in bisher nicht gekanntem Ausmaße gestreikt. Bei allen Auseinandersetzungen hat die Frage „Streik oder nicht" eine Rolle gespielt. Ich halte diese Erscheinung für nicht zufällig.

Der Streik als Form des studentischen Massenkampfes fand deshalb große Resonanz – **weil die Studentenbewegung insgesamt eine höhere Stufe erreicht hat.** Der Gegner wird klarer im kapitalistischen Staat und seinen Kultusbürokratien anstelle der verhutzelten Ordinarien erkannt. Vor allem drückt der Streik aus, daß die Studenten konkrete Forderungen zu entwickeln gelernt haben und diese auch unbedingt durchsetzen wollen. Gleichzeitig drückt er aus, daß mit der Entfaltung der Kämpfe das Gefühl, bei geschlossenem Handeln etwas erreichen zu können, wächst, – **weil die Studentenbewegung sich zunehmend auf die Arbeiterklasse orientiert.**

Das hat auch zur Konsequenz, daß Kampfformen der Arbeiterbewegung übernommen werden.

Der Massenstreik an der Hochschule ist deshalb zum Moment der allgemeinen Bewegungsweise studentischen Kampfes geworden. Das heißt nicht mehr und nicht weniger, als daß zukünftig der Massenstreik in vielen Bewegungen gegen die staatsmonopolistische Unterwerfung der Hochschulen Anwendung finden wird.

Meiner Meinung nach gibt es zwei falsche Positionen zum studentischen Streik: Die eine, die in Überschätzung der Kraft eines Streiks meinen, in jeder Zeit und dann unbegrenzt anwenden können. Das Paradebeispiel ist die Politik des „K"SV, der im letzten Semester überall zum unbefristeten Streik aufrief und für dieses Semester einen Generalstreik für alle Hochschulen proklamierte (auf den allerdings noch gewartet wird). Einmal abgesehen von dem generellen Voluntarismus und Putschismus dieses konterrevolutionären Studentenverbandes, beruht eine

[45] Da mir die im gleichen Heft vom Genossen Heinemann gegebene Bestimmung, was unter der Verbindung von „Studium und Politik" zu verstehen sei, zu eng scheint, bedarf es zu diesem Problem einer intensiven klärenden Diskussion.

[46] Siehe Vorabdruck des Protokollauszugs, S. 14/15.

solche Position auf einer Fehleinschätzung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses im allgemeinen und an den Hochschulen im besonderen. Man vermeint kraft Kampfeswillen der „Kommunisten" der Bourgeoisie entscheidende Zugeständnisse abringen zu können. Es wird die konkret herstellbare Einheit der Studenten ebenso überschätzt, wie deren Bereitschaft, über Semester hinweg auf Scheine und Examina zu verzichten.

Die andere falsche Position ist diejenige, die allein auf den demonstrativen Effekt des Streiks abstellt. Selbst wenn der studentische Streik kaum ein ökonomisches Druckmittel darstellt, so ist er ein wichtiges politisches Druckmittel.

Streik an der Hochschule ist eine Kombination aus Demonstrations- und Kampfstreik. Zum einen geht es darum, die Ziele der jeweiligen Bewegung in der Öffentlichkeit zu demonstrieren. Zum anderen soll damit die Herrschaftsseite mit den Forderungen der Studenten konfrontiert werden, sollen diese Forderungen durchgekämpft werden!

Mit Streiks nur etwas demonstrieren zu wollen, heißt die Bewegung von vornherein zu schwächen und zu lähmen. Wer kämpft, will auch etwas erreichen.

Im übrigen signalisieren reine Demonstrationsstreiks, allgemein betrachtet, eine gewisse Unentwickeltheit der Bewegung. Wenn der Streik an den Hochschulen kein ökonomisches Druckmittel ist und dennoch erfolgreich sein soll, muß er für die Herrschenden politisch bedrohlich sein. Zu einer politischen Bedrohung wird der Streik dann, wenn die Masse der Studenten einbezogen ist, Forderungen aufgestellt werden, die bei Zusammenfassung aller fortschrittlichen Kräfte aktuell durchsetzbar sind und die Gemeinsamkeiten mit der arbeitenden Bevölkerung aufzeigen. Wenn die Mehrzahl der Studenten passiv bleibt, nach Haus fährt, können die politischen Geschäftsführer des Monopolkapitals beruhigt sein. Bedrohlich wird ein Streik für sie, wenn sich während des Streiks die Studenten besser in die Lage versetzen, reaktionäre arbeiter- und gewerkschaftsfeindliche Lehrinhalte zu bekämpfen, indem sie Alternativen zum Studienbetrieb diskutieren und praktizieren.

Bedrohlich wird ein Streik für sie, wenn die Studenten über die nächsten praktischen Schritte und die weitere Perspektive ihres Kampfes debattieren, auf die Notwendigkeit des Bündnisses mit der Arbeiterklasse gestoßen werden und die daraus erwachsenden Schlußfolgerungen zu ziehen beginnen.

Bedrohlich wird ein Streik für sie, wenn die Studenten dabei politische Disziplinierungsmaßnahmen praktisch durchbrechen und demokratische Rechte, wie Versammlungs- und Diskussionsfreiheit, durchsetzen.

Eine solche Form des Streiks ergibt sich ja schon daraus, daß es den Studenten nicht um die Verweigerung ihrer Arbeitskraft, sondern gerade um ihre fachliche und politische Qualifizierung geht.

Daraus folgt: **Streiks an den Hochschulen müssen konsequenterweise aktive Streiks sein.**

„Sie müssen Ausgangspunkt sein, um die Studentenbewegung politisch-ideologisch weiterzubringen."[47]

Streiks dürfen nicht dazu führen, daß sich die Studenten in ihren Instituten und

[47] Ebenda.

Fachbereichen abkapseln, die fachliche und politische Qualifizierung während eines Streiks muß verbunden werden mit der Aufklärung der Bevölkerung.
Streiks müssen zur Stärkung der verfaßten Studentenschaft beitragen. Das heißt, Spalterorganisationen, wie die ominösen Streikkomitees oder Kampfaktivs des „K"SV „um die Organe der verfaßten Studentenschaft herum", sind abzulehnen. Stattdessen müssen die Streiks organisiert werden über Vollversammlungen und die Organe der verfaßten Studentenschaften — AStA und Fachschaftsräte.

Neuerscheinung

Beiträge zur sozialistischen Literatur der Weimarer Republik

Herausgeber: FACIT e. V., 148 Seiten, 6,— DM

Arbeitsgespräch mit Prof. Alfred Klein

Alfred Klein / „Unsere Front". Zur Entwicklung der sozialistischen Literaturbewegung in der Weimarer Republik.

Friedrich Albrecht / Deutsche Schriftsteller in der Entscheidung. Aus der Zeit der Weimarer Republik.

Friedrich Albrecht / „Ein Mensch unserer Zeit". Der Weg Johannes R. Bechers zum Schriftsteller der Arbeiterklasse.

Alfred Klein / „Von unten auf". Zur literaturgeschichtlichen Stellung der revolutionären Arbeiterschriftsteller:

Klaus Kändler / Drama und Klassenkampf. Zur Entwicklung der sozialistischen Dramatik in der Weimarer Republik.

Bestellungen an:

Weltkreis-Verlags-GmbH, 46 Dortmund, Brüderweg 16

Karlheinz Heinemann:

Marxismus kontra bürgerliche Ideologie

Aufgaben des ideologischen Kampfes an den Hochschulen der BRD

Auf dem 2. Bundeskongreß des MSB SPARTAKUS wurde betont, daß die notwendige Entwicklung des marxistischen Studentenverbandes zu einem Massenverband damit verbunden ist, die Masse der Studenten in die Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie auch im Wissenschaftsbetrieb einzubeziehen und keineswegs eine Herabminderung oder Verwässerung der Bedeutung der Lehren von Marx, Engels und Lenin als weltanschauliche, politische und ideologische Grundlage der Politik des Verbandes bedeutet. In einer Situation, in der sich die politischen Auseinandersetzungen vervielfachen und zuspitzen, besteht immer die Gefahr, daß die ideologische Arbeit, die eigene Schulung, die theoretische Weiterentwicklung unserer Strategie, Politik und Ideologie und die Propaganda des Marxismus vernachlässigt wird. Jeder Marxist, besonders, wenn er mit der Geschichte der Arbeiterbewegung vertraut ist, wird wissen, daß die Vernachlässigung dieser Seite des Kampfes letztlich zur Entwaffnung der revolutionären Bewegung, zu Opportunismus und Sektierertum führt. Bekanntlich hat W. I. Lenin, gewiß kein weltabgewandter Seminarmarxist, gerade in Zeiten zugespitzter politischer Auseinandersetzungen richtungweisende theoretische Werke verfaßt und damit der Notwendigkeit entsprochen, auf neue Bedingungen einzugehen, die Strategie weiterzuentwickeln an Wendepunkten der Entwicklung, beim Auftauchen neuer Fragestellungen, in Situationen also, die verstärkt Möglichkeiten der Abweichung vom Marxismus bieten[1].

Der MSB SPARTAKUS sieht die „konkrete Anwendung des Marxismus (als) von entscheidender Bedeutung für den erfolgreichen Verlauf der politischen Bewegung an den Hoch- und Fachhochschulen[2]" an. „Nur in Verbindung mit dem Marxismus und den Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung und der gesamten antiimperialistischen Bewegung können die Studenten in der Aktion politisches Bewußtsein entwickeln, sich bewußt und konsequent auf die Seite der Arbeiterklasse und des gesellschaftlichen Fortschritts stellen und die geistige Manipulation durch die bürgerliche Wissenschaft durchbrechen[3]."

Damit stellt sich der SPARTAKUS auf die Grundlage der Ideologie der Arbeiterbewegung, die die Teile des Proletariats, die sie sich angeeignet haben, befähigt, „in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung (zu) vertreten. Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weiter treibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen

1 Vgl. W. I. Lenin: Die Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung. Werke, Bd. 10, S. 353 ff.
2 Grundsatzerklärung des MSB SPARTAKUS. In: Mit Spartakus im Spartakus, Protokoll des 1. Bundeskongresses. . ., Bonn, o. J. S. 231
3 ebd.

Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus[4]".

Was hier die besondere Qualität der Kommunistischen Partei beschreibt, gilt als Ziel auch für eine marxistische Studentenorganisation, die sich als Schule des Marxismus für die eigenen Mitglieder, als Propagandist des Marxismus an den Hochschulen versteht.

Das Bewußtsein davon, daß der Kampf für die Interessen der Studenten nur an der Seite der Arbeiterklasse erfolgreich geführt werden kann, daß der Sozialismus objektiv notwendig ist, daß die Errichtung der Macht der Arbeiterklasse und die Beseitigung kapitalistischen Eigentums letztlich die Schlüsselfragen dauerhaften gesellschaftlichen Fortschritts sind, das Bewußtsein schließlich davon, wie der Sozialismus erkämpft werden muß, entwickelt sich nicht spontan. Im Gegenteil: spontan, hinter dem Rücken der Produzenten, reproduziert sich die kapitalistische Produktionsweise, ihre spezifischen Herrschaftsverhältnisse, ihre Beseitigung bedarf der bewußten Tat. So kann sich sozialistisches Bewußtsein nicht spontan herausbilden, es bedarf vielmehr der Organisation und des ideologischen Klassenkampfs. Natürlich reproduziert ein antagonistisches System wie der Kapitalismus zugleich seine eigenen Widersprüche, die dem Individuum nach seiner sozialen Lage in je spezifischer Form auch konkret und unmittelbar erfahrbar sind. Die Erkenntnis, daß das staatsmonopolistische System im Widerspruch steht zu den Interessen und Bedürfnissen der Menschen, daß man für die Durchsetzung seiner Interessen selbst kämpfen muß, läßt sich noch aus der eigenen Erfahrung gewinnen; um zu erkennen, wie dieser Kampf erfolgreich, mit Richtung, Ziel und Perspektive geführt wird, dazu bedarf es der Aneignung und Entwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus.

Marxisten werden in der ideologischen Arbeit an den konkret erfahrbaren Widersprüchen, an den Aktionen und spontanen Bewegungen anknüpfen, denn die Aneignung des Marxismus durch die Studenten bedeutet eine Bewußtseinsveränderung, die oft gegen tiefsitzende Überzeugungen und Haltungen, Produkte einer bürgerlichen Erziehung, auf die Persönlichkeit einwirkt. Diese Veränderungen lassen sich leichter in der eigenen Praxis, in der aktiven Veränderung der Umwelt vollziehen[5].

Deswegen bieten die gegenwärtigen Aktionen der Studenten gegen reaktionäre Hochschulgesetze, gegen die materielle Misere etc. gute Ansatzpunkte, um sie in die Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie einzubeziehen. Die Vertiefung der Verbindungen zu den Studenten, die Verbreitung der Forderungen des Studentenaktionsprogramms des MSB sind dafür entscheidende Voraussetzungen. Die gemeinsamen Interessen der Studenten und der Arbeiterklasse, die in dem Studentenaktionsprogramm dargelegt werden, sind auch Anknüpfungspunkte der ideologischen Auseinandersetzung mit falschen Auffassungen über die soziale Lage und die Interessen der Studenten und der Intelligenz im staatsmonopolistischen System. Die gesellschaftliche Funktion des jeweiligen Studienfaches und des späteren Berufs, der ideologische Gehalt der Studieninhalte und -ziele sind

4 K. Marx/F. Engels: Das Manifest der Kommunistischen Partei. In: MEW 4, S. 474

5 vgl. K. Marx, die dritte „These über Feuerbach": „Das Zusammenfallen des Ändern(s) der Umstände und der menschlichen Tätigkeit oder Selbstveränderung kann nur als revolutionäre Praxis gefaßt und rationell verstanden werden." In: MEW 3, S. 6

für uns Anknüpfungspunkte, an denen die Kritik bürgerlicher Ideologie und des bürgerlichen Wissenschaftsbetriebes zusammenfällt mit der Kritik der realen Unterordnung von Wissenschaft, Ausbildung und späterer Berufsausbildung unter das Interesse des Monopolkapitals und seines Staates[6].

Ideologie ist mehr als Interesse

Wir verbinden den Kampf für ein konkretes, der gegenwärtigen Kampfetappe entsprechendes Aktionsprogramm, für demokratische Ausbildungsziele etc. mit prinzipieller ideologischer Arbeit. So können die von den Studenten gesammelten Erfahrungen auf eine höhere Stufe der Bewußtheit gehoben werden, können organisiert werden und in Einsichten in den tatsächlichen Geschichtsverlauf transformiert werden.

Diese Einsicht, die die Grundlage für das parteiliche Eintreten für den Sozialismus auch in den aktuellen Bewegungen ist, entsteht nicht aus der Bewegung selbst, sondern muß in sie hineingetragen werden. „Wir haben gesagt, daß die Arbeiter ein sozialdemokratisches Bewußtsein gar nicht haben konnten. Dieses konnte ihnen nur von außen gebracht werden. Die Geschichte aller Länder zeugt davon, daß die Arbeiterklasse ausschließlich aus eigener Kraft nur ein tradeunionistisches Bewußtsein hervorzubringen vermag, d. h. die Überzeugung von der Notwendigkeit, sich in Verbänden zusammenzuschließen, einen Kampf gegen die Unternehmer zu führen, der Regierung diese oder jene für die Arbeiter notwendigen Gesetze abzutrotzen u.a.m. Die Lehre des Sozialismus ist hingegen aus den philosophischen, historischen und ökonomischen Theorien hervorgegangen, die von den gebildeten Vertretern der besitzenden Klassen, der Intelligenz, ausgearbeitet wurden[7]." Was Lenin hier allgemein für die Arbeiterbewegung feststellt, gilt um so mehr für die Studenten: Aufgrund ihrer widersprüchlichen sozialen Lage, ihrer widersprüchlichen Erfahrungen stellt sich auch die Einsicht in ihre Interessen nur unter größeren Schwierigkeiten her als in der Arbeiterklasse. Es ist daher ein mit großen Anstrengungen verbundener Prozeß, die sozialistische Ideologie in die Studentenbewegung zu tragen.

Wie sich aus dem angeführten Zitat ergibt, wandte sich Lenin auch gegen eine Identifizierung des Interesses der Arbeiterklasse und sozialistischer Ideologie. „§ 2 beginnt mit der äußerst ungenauen, zweideutigen und gefährlichen Erklärung: ‚den Sozialismus als das Klasseninteresse des Proletariats betrachtend'. Diese Worte identifizieren gleichsam den Sozialismus mit dem ‚Klasseninteresse des Proletariats'. Eine solche Identifizierung ist aber **völlig falsch...** Das ‚Klasseninteresse' zwingt die Proletarier, sich zu vereinigen, gegen die Kapitalisten zu kämpfen, über die Bedingungen ihrer Befreiung nachzudenken. Das ‚Klasseninteresse' macht sie für den Sozialismus empfänglich. Aber der Sozialismus, als Ideologie des proletarischen Klassenkampfes, ist den allgemeinen Bedingungen der Entstehung, Entwicklung und Festigung einer Ideologie untergeordnet, d. h. er

6 siehe dazu das Einleitungsreferat in der AG 2 des 2. Bundeskongresses des MSB, in: Auszüge aus dem Protokoll, Vorabdruck

7 W. I. Lenin: Was tun? Ausgewählte Werke Bd. I (sechsbändige Ausgabe von 1970, im Folg.: AW), S. 365
siehe auch: K. T. Schuon: Arbeiterbewegung und Wissenschaft. In: Sopo 22, S. 77 ff.

fußt auf dem gesamten Rüstzeug des menschlichen Wissens, setzt eine hohe Entwicklung der Wissenschaft voraus, erfordert wissenschaftliche Arbeit usw. usf.[8]."
Der Kommunismus baut auf der Verarbeitung aller wissenschaftlicher Erkenntnisse, der Erfahrungen der gesamten Menschheit auf. Diese gesamten Erfahrungen werden vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus kritisiert und „umgearbeitet[9]", in den Dienst der Arbeiterbewegung gestellt.
Die Intelligenz ist nicht der „kollektive Theoretiker des Proletariats" wie es etwa H. J. Krahl annahm, denn es ist nicht die besondere soziale Erfahrung der Intelligenz, auf der die Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus aufbaut, sondern es ist die intellektuelle Arbeit im Dienste und vom Standpunkt der Arbeiterklasse. Wichtig ist aber die besondere Bedeutung, die Lenin nicht nur der Agitation und Propaganda, sondern der theoretischen Arbeit, der Weiterentwicklung der Wissenschaft der Arbeiterklasse beimaß, die sich in der kritischen Aufarbeitung aller wissenschaftlichen Ergebnisse, auch derer, die die Bourgeoisie sich angeeignet hat, vollzieht.
Die als Gegenbewegung gegen den Seminarmarxismus in den maoistischen Zirkeln verankerte Theoriefeindlichkeit, die meint, mit der Verallgemeinerung ihrer Erfahrungen, einigen Versatzstücken aus der Geschichte der Arbeiterbewegung auskommen zu können, die im übrigen aber die Ergebnisse der gegenwärtigen Wissenschaft und Forschung der Aufarbeitung für ebenso unwürdig hält wie überhaupt neuere Erscheinungsformen bürgerlicher Ideologie ist nicht zuletzt eine der Ursachen für ihre Unfähigkeit, selbst eine politische Linie zu finden, die sie wissenschaftlich begründen könnten und dafür, daß sie, statt die Studenten zur kritischen Auseinandersetzung mit diesen Ideologien zu befähigen, ihr Bewußtsein zu entwickeln, allenfalls ihre „Umerziehung" auf der Grundlage von als Glaubenssätze fungierenden Losungen zu bewerkstelligen suchen. Kurz: Wer glaubt, auf die Kritik der bürgerlichen Ideologie in ihren jeweiligen Erscheinungsformen, auf die kritische Aneignung der Wissenschaft und schließlich die ständige Ausarbeitung der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse verzichten zu können, der wird keine sozialistische Ideologie in die Studentenbewegung hineintragen können, der überläßt die Studenten dem Einfluß der bürgerlichen Ideologie.

Keine marxistische Politik ohne marxistische Theorie

Die marxistische Theorie ist die Grundlage, auf der wir konkrete Forderungen in den einzelnen Bewegungen so stellen, daß sie Schritte auf dem Weg zur Überwindung des staatsmonopolistischen Systems, auf dem Wege zum Sozialismus markieren. Durch die historisch-konkret richtige Bestimmung der Forderungen und Kampfformen kann der SPARTAKUS seinem Anspruch gerecht werden, die marxistische Studentenorganisation, die Avantgarde der Studentenbewegung zu sein.
Die mit der Entwicklung der politischen Kämpfe gewachsenen Aufgaben sind längst über solche Auffassungen hinweggeschritten, die in der Theorie die einzig mögliche Praxis der Studenten sahen, die die Studenten zum „kollektiven Theoretiker des Proletariats" erheben wollten. Sicher mag man dann und wann der Zeit nachtrauern, als es noch möglich war, still in seinem Zirkel oder in hitzigen Dis-

8 W. I. Lenin: Brief an den „Nordbund" W. 6, S. 155
9 W. I. Lenin: Die Aufgaben der Jugendverbände, AW V, S. 685

kussionen im soziologischen Oberseminar vor sich hinzutheoretisieren. Wir haben kein Recht, die Leistungen der antiimperialistisch gesonnenen Studentengeneration Anfang der sechziger Jahre geringzuschätzen, die nicht nur in der Aneignung der Marxschen Theorie gewisse Grundlagen für den Aufschwung der Studentenbewegung gelegt hat, sondern die auch die Studentenbewegung mit für ihre Zeit durchaus fortschrittlichen theoretischen Arbeiten weitergebracht hat[10]. Dennoch stellt die politische Entwicklung heute andere, höhere Anforderungen an die theoretische und ideologische Arbeit. Vieles, was Mitte der sechziger Jahre fortschrittlich war, wäre heute reaktionär, weil es von den Fragestellungen ablenkt, die die politische Bewegung heute stellt. Die mit der Reform von Studiengängen und Prüfungsordnungen einhergehende Studienreglementierung, die reaktionären, den Einfluß des monopolkapitalistischen Staats auf Wissenschaft und Ausbildung erhöhenden Hochschulgesetze sind ebenso Fragen von hoher politischer Aktualität wie die Ableitung der Interessen der Studenten, der Möglichkeit und Notwendigkeit des Bündnisses mit der Arbeiterklasse, die Entwicklung des Kampfes um demokratische Forderungen.
Die Antwort auf Fragen nach dem Reproduktionsmechanismus des staatsmonopolistischen Systems, der Klassenstruktur etc., die Einordnung der verschiedenen Kräfte im weltrevolutionären Prozeß, die Bestimmung der für die gegenwärtige Etappe im Weltmaßstab bestimmenden Widersprüche und Entwicklungslinien, das sind ideologische Probleme, von deren richtiger Lösung es abhängt, ob man dem Interessenkampf der Studenten eine Perspektive geben kann. Die Antwort auf strategische Fragen kann nur mit der Methode des dialektischen und historischen Materialismus gegeben werden. Gerade angesichts der stürmischen wissenschaftlich-technischen und gesellschaftlichen Entwicklung und den dabei entstehenden neuen Problemen kommt der Herausarbeitung des weltanschaulichen Charakters des Marxismus-Leninismus als allgemeiner Theorie und Methode hohe Bedeutung zu[11].
Der ständige Bezug auf die marxistische Philosophie kann in der Weiterentwicklung und Anwendung des Marxismus seine Einheitlichkeit und damit seine Parteilichkeit wahren.
Ebenso, wie sich aus der politischen Entwicklung die Aufgaben des ideologischen Kampfes konkretisieren lassen, ist der politische Kampf, die Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiterbewegung in der Lage, die entscheidenden institutionellen Voraussetzungen für die Verbreitung des Marxismus zu schaffen und das Bedürfnis nach theoretischen Einsichten in den Geschichtsverlauf zu verstärken. Für den SPARTAKUS steht daher nach wie vor als eine bedeutende politische Kampfaufgabe die Verankerung des Marxismus an den Hoch- und Fachhochschulen, der Kampf um „Marx an die Uni". In der von den Marxisten an den bürgerlichen Hoch- und Fachhochschulen geführten Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie, durch das Anbieten marxistischer Alternativen zur herrschenden bürgerlichen Lehrmeinung wird das Interesse der Studenten und das Bedürfnis geweckt, sich den Marxismus anzueignen, ebenso wie durch die praktischen Erfahrungen, die die Studenten im Kampf um ihre Rechte und Interessen

10 etwa die Hochschuldenkschrift des SDS und die darauf beruhende Schrift von Gerhardt, Nitsch, Offe, Preuß: Hochschule in der Demokratie, Neuwied 1965
11 FACIT wird die Diskussion um die angesprochenen Fragen weiter intensivieren.

sammeln. Die Intensivierung des ideologischen und des politischen Kampfes bedingen sich gegenseitig.

Ideologischer Kampf und Wissenschaft

Bestimmte Akzentsetzungen im ideologischen Kampf eines Studentenverbandes ergeben sich aus der sozialen Lage der Studenten und ihrer spezifischen Situation im Wissenschaftsbetrieb sowie ihrer Vorbereitung auf bestimmte Herrschafts- und ideologische Funktionen im kapitalistischen Reproduktionsprozeß.

Ganz besonders auf Studenten und die Intelligenz trifft zu, was Lenin allgemein als Ursache taktischer Differenzen innerhalb der Arbeiterbewegung ansah. Die Einbeziehung neuer Schichten der Werktätigen führt zu Schwankungen in Theorie und Taktik, zur Wiederholung alter Fehler etc. Studenten sind nie – auch später in Intelligenzberufen nicht – total dem Kapitalverhältnis subsumiert wie die Angehörigen der Arbeiterklasse. So neigen sie dazu, „sich lediglich gewisse Seiten des Marxismus, lediglich einzelne Teile der neuen Weltanschauung oder einzelne Losungen und Forderungen zu eigen (zu) machen, ohne imstande zu sein, mit allen Traditionen der bürgerlichen Weltanschauung im allgemeinen und der bürgerlich-demokratischen Weltanschauung im besonderen entschieden zu brechen[12]".

Von ihrer sozialen Herkunft, sozialen Bindung und Perspektive ist die Studentenschaft sehr heterogen, das drückt sich auch in den widersprüchlichen politischen und ideologischen Strömungen in der Studentenschaft aus. Das bestimmende Moment ist dennoch die sich verschärfende Frontstellung gegen das staatsmonopolistische System: „In der Konfrontation ihrer gruppenspezifischen Interessen an der Qualifikation ihrer Arbeitskraft und an deren Realisierung im Interesse des Volkes, mit der Verschlechterung der Studienbedingungen, der materiellen Lebenslage und der Perspektive für breite Studentengruppen offenbart sich der Konflikt mit dem staatsmonopolistischen System[13]." Einerseits machen die angesprochenen Widersprüche die Studenten besonders aufgeschlossen gegenüber dem Marxismus, andererseits sind sie aber im bürgerlichen Wissenschafts- und Ausbildungsbetrieb besonders stark den ideologischen Bemühungen der Monopolbourgeoisie ausgesetzt. Nun operiert die bürgerliche Ideologie seit der Existenz des Marxismus, besonders aber seitdem er als proletarische Staatsmacht in der Sowjetunion materielle Gewalt geworden ist, aus der Defensive, was sich im bürgerlichen Wissenschaftsbetrieb darin manifestiert, daß ihre Anstrengungen sich darauf konzentriert, den parteilichen Charakter von Wissenschaft überhaupt zu leugnen. Wissenschaft und Ideologie werden als völlig unverbunden gegenübergestellt. Die postulierte Ideologiefreiheit der Wissenschaft stößt sich jedoch ständig an der Erfahrung der Studenten und der Wissenschaftler, daß nämlich wissenschaftliche Ergebnisse den herrschenden Interessen dienen, ja, daß wissenschaftliche Ergebnisse im Sinne der herrschenden Ideologie verfälscht werden, daß die bürgerliche Ideologie die wissenschaftliche Erforschung von Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung ebenso verhindert wie die Herstellung des

12 W. I. Lenin; Die Differenzen. . ., a.a.O.
13. H. Jung: Zu den klassentheoretischen Grundlagen einer sozialstatistischen Analyse der Klassen- und Sozialstruktur der BRD. In: Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950—1970, Teil I: Klassenstruktur und Klassentheorie. Ffm 1972, S. 139

Zusammenhangs von natur- und gesellschaftswissenschaftlichen Erkenntnissen. Die Erfahrung dieses Widerspruchs stößt auf eine Lücke: Die angebliche Wert- und Ideologiefreiheit der Wissenschaft verbietet es, im Kontext des bürgerlichen Wissenschaftsverständnisses hier positive Erklärungen anzubieten. Hier hilft nur noch die Flucht in den Irrationalismus, die Unbegründbarkeit letzter Werte, die Freiheit des Menschen etc. Das finden wir selbst bei Wissenschaftlern, die auf ihrem Gebiet Hervorragendes leisten, wie etwa Heisenberg[14]. Hier sollte man sich an die Warnung Lenins erinnern, daß man „keinem einzigen dieser Professoren, die auf Spezialgebieten der Chemie, der Geschichte, der Physik, die wertvollsten Arbeiten liefern können, . . .auch nur ein einziges Wort glauben (darf), sobald er auf Philosophie zu sprechen kommt. Ebenso wie man keinem einzigen Professor der politischen Ökonomie, der auf dem Gebiete spezieller Tatsachenforschung die wertvollsten Arbeiten liefert, auch nur ein einziges Wort glauben darf, sobald er auf die allgemeine Theorie der politischen Ökonomie zu sprechen kommt. Denn die letztere ist eine ebenso parteiliche Wissenschaft in der modernen Gesellschaft wie die Erkenntnistheorie[15]."

Die Lücke, die die Ideologie der Ideologiefreiheit gelassen hat, die besonders unter Intellektuellen verbreitet ist, begünstigt die Verbreitung des Marxismus unter den Studenten.

Gerade unter diesem Gesichtspunkt ist die Beschäftigung mit den Wissenschaftsinhalten, mit den Möglichkeiten des Erkenntnisfortschritts, die die bürgerliche und die marxistische Ideologie bieten, ein wichtiger Gesichtspunkt des ideologischen Kampfes an den Hochschulen. Die marxistische Wissenschaftskritik ist also keine akademische Angelegenheit, sondern bezieht sich durchaus auf die Organisation von Erfahrungen, die Studenten im bürgerlichen Wissenschaftsbetrieb sammeln, sie ist Teil einer massenorientierten Politik unter den Studenten.

Für die marxistische Wissenschaftskritik und die Entwicklung unserer Alternativen ist es wichtig zu klären, wieweit bürgerliche Erkenntnisinteresse in die Wissenschaft, den Forschungsprozeß, seine Ergebnisse und deren Darstellung eingeht und wieweit es verfälschend und hemmend auf den Fortschritt wissenschaftlicher Erkenntnis einwirkt. Wissenschaftliche Arbeit ist eine gesellschaftliche Tätigkeit, die durch die materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmt ist, die immer geleitet von Interessen betrieben wird, die sich letztlich an den Klassenverhältnissen, der Stellung im System der gesellschaftlichen Produktion festmachen lassen. Insofern hängt der Aufschwung der Naturforschung mit der Entstehung des Kapitalismus und der Bourgeoisie ursächlich zusammen. Tomberg[16] bezeichnet die mit der aufstrebenden Bourgeoisie sich entwickelnde Wissenschaft als „bürgerlich" und belegt das in dreierlei Hinsicht:

1. Das erkenntnisleitende Interesse richtet sich auf die Beherrschung der äußeren Natur, zum Zwecke der kapitalistischen Verwertung.
2. Der forschende Bürger richtet analog zum warenproduzierenden Bürger sein Interesse auf die Quantifizierung von Gegenständen und Prozessen, und ist gleich-

14 vgl. seine Rede vor der Katholischen Akademie in Bayern bei der Entgegennahme des Guardini-Preises: Naturwissenschaftliche und religiöse Wahrheit, in: FAZ vom 24. 3. 1973, S. 7 f.
15 W. I. Lenin: Materialismus und Empiriokritizismus, W 14, S. 347
16 F. Tomberg: Was heißt bürgerliche Wissenschaft? In: Das Argument 66, S. 461 ff.

gültig gegenüber der Qualität. Dieses gleichgerichtete Vorgehen in der Warenproduktion und der Wissenschaft führt zur Herausbildung eines mechanistischen Weltbildes.

3. Schließlich wird das Verhältnis des Forschers zu seiner Arbeit von der bürgerlichen Freiheitsideologie geprägt, d. h. des nur durch die Freiheit des anderen begrenzten, auf der Grundlage seines materiellen und geistigen Vermögens in seiner Arbeit freien forschenden Bürgers.

Nachdem die bürgerliche Klasse ihre zivilisatorische Mission erfüllt hat, sie nicht mehr Vertreterin des gesellschaftlichen Fortschritts ist, stößt auch die „bürgerliche Wissenschaft" an ihre Grenzen:

Die bürgerliche Ideologie des freien Einzelnen und die Realität treten mit dem Entstehen des Proletariats eklatant auseinander, die Illusion privater Freiheit muß im immer umfassenderen Herrschafts- und Abhängigkeitssystem des staatsmonopolistischen Kapitalismus vollends zerstört werden: „Die Konsequenz... liegt auf der Hand: Wir werden aus dem Rädchen am gesellschaftlichen Getriebe, das wir jetzt sind, nur dann zu Herren unserer selbst, wenn wir es lernen, nicht nur die äußere Natur, sondern auch das gesellschaftliche System, dem wir angehören, nach unserem freien Willen und in unser aller Interesse zu beherrschen.

Ergab sich dem aufsteigenden Bürgertum als gesellschaftliche Notwendigkeit die Beherrschung der äußeren Natur, so wächst den proletarisierten Bürgern mit der industriellen Revolution und der gegenwärtig sich vollziehenden wissenschaftlich-technischen Revolution eine weitere unabdingbare Aufgabe zu: die Beherrschung auch unserer gesellschaftlichen Natur, die Selbstbeherrschung der Gesellschaft als ganzer[17]."

Dies verhindere, so Tomberg, die „bürgerliche Wissenschaft": Sie hält an der bürgerlichen Freiheitsillusion fest, d. h. sie leugnet ihre Interessengebundenheit und lehnt es von daher ab, bzw. postuliert die Unmöglichkeit der Erforschung und Aufdeckung von Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung analog den in der Natur wirkenden Gesetzen, die entsprechend die „Selbstbeherrschung der Gesellschaft" ermöglichen würde.

So, wie das bürgerliche Klasseninteresse zum Erkenntnishemmnis geworden ist, ist das Interesse der Arbeiterklasse der Motor fortschreitender Erkenntnis gesellschaftlicher Zusammenhänge — denn die Arbeiterklasse als der Träger der vergesellschafteten Produktion hat ein Interesse an der rationellen Gestaltung und Beherrschung dieser gesellschaftlichen Verhältnisse. Die weitere Entwicklung der Gesellschaftswissenschaft setzt also die Identifikation des Wissenschaftlers mit dem proletarischen Klasseninteresse voraus.

Dieser Gedankengang Tombergs enthält ganz wesentliche Elemente einer Kritik bürgerlicher Ideologie — die Frage nach der „Freiheit der Wissenschaft", ihre Interessengebundenheit, nicht nur als Hemmnis, sondern auch als Motor der Erkenntnis, die Unfähigkeit bürgerlicher Erkenntnistheorie, die Einheit von Natur und Gesellschaft, von Natur- und Gesellschaftswissenschaft zu erkennen. Dabei handelt es sich letztlich nicht um Fragen der falschen Methode, sondern um die soziale Funktion: d. h. die Ideologie der Wertfreiheit und der Freiheit der Forschung wird nicht ins Feld geführt, um die Abhängigkeit des staatsmonopolisti-

17 ebd. S. 470

schen Wissenschafts- und Forschungsbetriebes vom Kapitalinteresse zu entlarven oder um die Schranken aufzuzeigen, die heute der Erforschung gesellschaftlicher Gesetzmäßigkeiten gesetzt werden.

Das Postulat der Wertfreiheit und der Freiheit der Wissenschaft, wie sie von der bürgerlichen Wissenschaftstheorie vorgebracht werden, sind offensichtlich falsch, in der Realität zu widerlegen. Es wird gebraucht, um den Ausschluß demokratischer Kontrolle über die Verbindungen des Wissenschafts- und Forschungsbetriebes mit den Monopolinteressen durchzusetzen und die Verbreitung von Erkenntnissen zu verhindern, die einer wissenschaftlichen Anleitung der gesellschaftlichen Praxis dienen könnten.

Dieser Zusammenhang wird bei Tomberg nicht ganz deutlich, weil er auf den Gebrauch des Ideologiebegriffs verzichtet. So ist es eben nicht das genuin bürgerliche Wesen der wissenschaftlichen Erkenntnis, das die rationelle Gestaltung der Gesellschaft verhindert, sondern es sind die kapitalistischen Produktionsverhältnisse und die an ihrer Aufrechterhaltung interessierte Klasse. Zwar kann man eine relative Eigendynamik der Wissenschaftentwicklung annehmen, ihren eigenständigen Einfluß auf die gesellschaftliche Entwicklung sollte man aber nicht überschätzen, wenn man nicht idealistisch an das Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft herangehen will.

Die Unterordnung der Wissenschaften unter das bürgerliche Klasseninteresse, das in die Gewinnung der Erkenntnis eingeht und so Ideologie produziert, bestimmt ihren Klassencharakter. Sicher beeinflußt ihr Interesse auch die wissenschaftliche Methode und bestimmt so dauerhaft den Charakter der „Wissenschaft", dies jedoch unterschiedlich in den verschiedenen Erkenntnisgebieten, da das Interesse der Bourgeoisie an der Wissenschaft ein durchaus widersprüchliches ist.

Zudem birgt der Gebrauch des Begriffs „Wissenschaft" bei Tomberg die Gefahr in sich, daß er mit der bürgerlichen Erkenntnistheorie identifiziert wird, daß er sich eher auf das bezieht, was die Wissenschaft in der kapitalistischen Gesellschaft von sich selbst erklärt, oft in rein apologetischer Absicht, als auf das, was sie tatsächlich, objektiv ist.

Wissenschaft und Forschung im staatsmonopolistischen System entwickeln sich auf der Grundlage des Profitinteresses und des Interesses an der Stabilisierung des Herrschaftssystems. „Angesichts der zunehmenden Verwandlung der Wissenschaft in eine unmittelbare Produktivkraft muß der Zusammenhang von kapitalistischen Produktionsverhältnissen und Wissenschaft vor allem als Teilaspekt der Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen begriffen werden. Daraus ergibt sich, daß das Interesse des Monopolkapitals an der Entwicklung der Produktivkräfte das Interesse an der Entwicklung der Wissenschaft, insbesondere der Natur-, technischen und bestimmter Sozialwissenschaften einschließt. Es ist durchaus nicht so, daß das Privateigentum an den Produktionsmitteln nur als Hemmnis der Wissenschaftsentwicklung auftritt."[18]

Der Antagonismus von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen wirkt sich nun nicht nur so aus, daß es im Kapitalismus zunehmend unmöglich wird, die Wissenschaft den gewachsenen Anforderungen entsprechend zu organisieren, son-

18 F. Fiedler/H. Seidel: Der Marxsche Wissenschaftsbegriff und die sozialen Grundlagen des wissenschaftlichen Erkennens. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Sonderheft 1968, S. 83

dern daß die Wissenschaft selbst sich äußerst widersprüchlich entwickelt, da sie einerseits die kapitalistische Produktivkraftentwicklung vorantreiben soll, andererseits die Produktionsverhältnisse stabilisieren und der Unterdrückung der größten Produktivkraft, der vergesellschafteten Produzenten, dienen soll. Aus diesem Widerspruch heraus verbinden sich auf den verschiedenen Gebieten, und zwar einerseits nach Natur- und Gesellschaftswissenschaften und nach den Stufen der Allgemeinheit der Aussagen andererseits unterschieden, herrschende Interessen unterschiedlich mit wissenschaftlichen Erkenntnissen. So können wir feststellen, daß auch im bürgerlichen Wissenschaftsbetrieb nach wie vor wissenschaftliche Erkenntnisse gewonnen werden, daß diese Erkenntnisse allerdings nicht den Grad der Allgemeinheit erreichen werden, den nur die marxistische Philosophie und Erkenntnistheorie ermöglicht. Wir verkennen nicht den Klassencharakter der wissenschaftlichen Erkenntnis, ihre Interessenbedingtheit, deren Ergebnis Ideologie ist, andererseits sehen wir aber auch, daß sie zu relativ wahren Aussagen fähig ist, auch wenn sie von bürgerlichem Interesse geleitet ist[19]. Diese Differenzierung ist wichtig, um die Entwicklungsfähigkeit der Wissenschaft im staatsmonopolistischen Kapitalismus nicht zu unterschätzen, um die Notwendigkeit, sich die „Summe des menschlichen Wissens" anzueignen, richtig zu verstehen[20], um schließlich die Kritik der Wissenschaft auf die ideologischen Kernfragen zuzuspitzen.

Um den parteilichen Charakter der Wissenschaft herauszuarbeiten und unwissenschaftliche Verfälschungen zu entlarven, muß man die differenzierten Beziehungen zwischen Erkenntnis, Interesse und Ideologie beachten[21]. In diesem Sinne halten wir es für treffender, von der Kritik der bürgerlichen Ideologie als von der Kritik bürgerlicher Wissenschaft zu sprechen:

„Das wissenschaftliche Erkenntnisgut ist weder wissenschaftlich noch proletarisch, es ist wahr — und daher eins —, und das Kriterium seiner Wahrheit ist die Übereinstimmung mit seinem Gegenstand, nicht aber mit dieser oder jener philosophischen Auffassung oder mit den Interessen dieser oder jener Gesellschaftsklasse.

19 Genauso verkehrt wie eine Identifizierung von Wissenschaft und Ideologie wäre es, wollte man deren Unterschiede verabsolutieren. Ideologie, auch als bürgerliche, enthält immer das Moment der Erkenntnis, der — möglicherweise falschen — Widerspiegelung der Realität. „Insbesondere für die sozialistische Ideologie gilt, daß Erkenntnis vermittelnd zwischen Interessen und Ideologie treten muß, daß die Konstituierung der Ideologie einen wissenschaftlichen Ausdruck der Interessen erfordert. Und die Rolle des Interesses als Vermittler der Ideologie (auch diese Beziehung trifft selbstverständlich auf die sozialistische Ideologie zu), genauer gesagt, die Rolle des Interesses bei jenen Erkenntnis- bzw. Widerspiegelungsprozessen, die Ideologie konstituieren, ändert nichts daran, daß in die Ideologie das Ergebnis des Erkennens, die Erkenntnis, eingeht." (E. Hahn: Ideologie, Bln DDR 1969, S. 122)

20 vgl.: W. I. Lenin: Die Aufgaben der Jugendverbände AW V, S. 683. Auf die Frage, wie Marx die revolutionäre Theorie zustande brachte, die das Handeln der Massen anleitet, antwortet Lenin:„ Das war deshalb möglich, weil Marx sich auf das feste Fundament des menschlichen Wissens stützte, das unter dem Kapitalismus errungen worden war; indem Marx die Entwicklungsgesetze der menschlichen Gesellschaft erforschte, erkannte er die Unvermeidlichkeit der Entwicklung vom Kapitalismus zum Kommunismus, und, was die Hauptsache ist, er erbrachte den Beweis dafür allein aufgrund des exaktesten, gründlichsten und tiefsten Studiums dieser kapitalistischen Gesellschaft, dank der völligen Beherrschung dessen, was die frühere Wissenschaft zu bieten hatte. Alles, was von der menschlichen Gesellschaft geschaffen worden war, hat Marx kritisch verarbeitet und nicht einen Punkt unbeachtet gelassen. Alles, was das menschliche Denken hervorgebracht hatte, hat er umgearbeitet, der Kritik unterworfen, an der Arbeiterbewegung überprüft und dann jene Schlußfolgerungen gezogen, die die in den bürgerlichen Rahmen eingezwängten oder an bürgerlichen Vorurteilen gefesselten Menschen nicht zu ziehen vermochten."

21 vgl. E. Hahn: Ideologie. Bln 1969, S. 120 ff.

In diesem Sinne ist die Idee, daß es zwei Wissenschaften gebe, ein gründlicher Fehler von schwerwiegender Tragweite. Überdies leistet sie dem Marxismus als wissenschaftlicher Philosophie einen Bärendienst, weil sie die Wissenschaft unweigerlich in den Rang einer historisch relativen Ideologie herabsetzt. Die wissenschaftliche Arbeit aber hat durch die Ideologien verschiedener Stufen, von denen sie durchdrungen (oder frei) ist, und durch die gesellschaftlichen Praktiken, mit denen sie (sei es auch sehr mittelbar) verknüpft ist, aller Notwendigkeit nach eine ideologische Orientierung und Klassencharakter, vor allem dann, wenn es sich um die Wissenschaften vom Menschen handelt."[22]

So kann man, um die ideologische Beschränktheit ihrer Erkenntnismöglichkeiten zu kennzeichnen, durchaus von einer bürgerlichen politischen Ökonomie oder einer bürgerlichen Psychologie sprechen. Hier, auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften, charakterisiert nämlich das Stehenbleiben auf einer Stufe der Wahrheit, die die Erkenntnis auf marxistischer Grundlage schon überschritten hat, indem sie zu einer umfassenderen Erkenntnis des Gegenstandes vorgestoßen ist, die gesamten Ergebnisse des bürgerlichen Wissenschaftsbetriebs im jeweiligen Fachgebiet.

Auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften und der Philosophie hat die Bedrohung der Herrschaft der Bourgeoisie durch die Klassenkämpfe, durch die Existenz des sozialistischen Lagers, durch die zur materiellen Gewalt gewordenen wissenschaftlichen Ideologie der Arbeiterklasse zu deren Niedergang geführt[23].

Die Defensivposition bürgerlicher Ideologie drückt sich sowohl in der Ideologie der Ideologiefreiheit aus als auch darin, daß sie ihre Positionen – explizit oder implizit – in der „schlechten Absicht der Apologetik" immer in Abgrenzung zum Marxismus definiert. Demgegenüber kritisieren wir die Verfälschungen wissenschaftlicher Erkenntnis nicht im Sinne bürgerlicher Ideologiekritik, daß nämlich gesellschaftliche Interessen per se ein Erkenntnishemmnis seien — Ideologie, d. h. interessierte Erkenntnis immer falsch sei, sondern wir arbeiten die Notwendigkeit der Parteilichkeit der Erkenntnis, parteilich für die fortschrittliche, an Wahrheit interessierte Klasse heraus.

Auch dieser Gedanke ist bei Tomberg richtig entwickelt. Wenn wir das Verhältnis von Ideologie und Wissenschaft darlegen, fragen wir nicht, ob es ein ideologiefreies Erkennen gibt, sondern, welche Ideologie hemmt oder fördert Wissenschaft, welche Ideologie stimmt mit der Wissenschaft überein? Daß diese weltanschauliche Frage eine praktische ist, leuchtet unmittelbar ein, denn die wissenschaftliche Ideologie der Arbeiterklasse verwirft den Kapitalismus nicht einfach als schlecht, sie erklärt vielmehr seine inneren Bewegungsgesetze und damit die Bedingungen, die Möglichkeit und Notwendigkeit seiner Beseitigung in der praktischen Aktion.

22 L. Seve: Marxismus und Theorie der Persönlichkeit, Ffm 1972, S. 47 f.

23 vgl. K. Marx: Das Kapital, Nachwort zur zweiten Auflage, MEW 23, S. 21: „An die Stelle uneigennütziger Forschung trat bezahlte Klopffechterei, an die Stelle unbefangener wissenschaftlicher Untersuchung das böse Gewissen und die schlechte Absicht der Apologetik." F. Engels: Ludwig Feuerbach. . ., MEW 21, S. 307: „Und auf dem Gebiet der historischen Wissenschaften, die Philosophie eingeschlossen, ist mit der klassischen Philosophie der alte theoretisch-rücksichtslose Geist erst recht verschwunden; gedankenloser Eklektizismus, ängstliche Rücksicht auf Karriere und Einkommen bis hinab zum ordinärsten Strebertum sind an seine Stelle getreten. Die offiziellen Vertreter dieser Wissenschaft sind die unverhüllten Ideologen der Bourgeoisie und des bestehenden Staats geworden — aber zu einer Zeit, wo beide im offenen Gegensatz stehen zur Arbeiterklasse."

Jede Ideologiekritik, die nicht bis zu diesen Schlußfolgerungen vorstößt, bleibt zahnlos, unmarxistisch, weil sie nicht zur Darlegung der wesentlichen historischen Gesetzmäßigkeit, der Notwendigkeit des Sozialismus, vordringt[24].
Lenin wies schon darauf hin, „daß der theoretische Sieg des Marxismus seine Feinde zwingt, sich als Marxisten zu verkleiden."[25] Es wird daher immer notwendiger, „... in der Auseinandersetzung mit den verschiedenen Spielarten der bürgerlichen Ideologie und Philosophie vom Marxismus-Leninismus auf dem Niveau unserer Epoche auszugehen, also von einer Entwicklungsstufe des Marxismus-Leninismus, auf der die Erfahrungen der höchsten Errungenschaft der kommunistischen Bewegung, die Erfahrungen des Aufbaus des Sozialismus etc. schöpferisch verarbeitet sind[26]". Gerade angesichts der verschiedenen „Marxologien", die einzelne Seiten des Marxismus herausgreifen etc., muß die Kritik der bürgerlichen Ideologie den einheitlichen Charakter des Marxismus betonen. Wenn wir die Inhalte des bürgerlichen Wissenschaftsbetriebes exakt analysieren und kritisieren, hat das keineswegs etwas mit irgendwelchen „taktischen" Abstrichen am Marxismus zu tun — die kann und wird es nicht geben.

Marxistische Ideologie und der Kampf um demokratische Ausbildungsziele

Wir führen den ideologischen Kampf in den Instituten und Seminaren, in allen politischen Aktionen, um das Bewußtsein der Studenten voranzubringen. Dabei werden wir den Graben zwischen bürgerlicher und marxistischer Ideologie deutlich kennzeichnen, denn bekanntlich gibt es zwischen beiden kein Mittelding.
Dennoch werden wir innerhalb des bürgerlichen Denkens differenzieren zwischen offen menschenfeindlicher und antikommunistischer Ideologie einerseits, die rein apologetische Funktion hat und solchen Positionen, die durchaus mit antiimperialistischen Einstellungen verbunden sein können oder sie sogar hervorrufen, die vom Bemühen um wahre Erkenntnis durchdrungen sind[27]. Solange sie aber von idealistischen Grundpositionen ausgehen, stützen sie objektiv als Ideologie den Herrschaftsanspruch der Bourgeoisie. Sie werden in entscheidenden politischen Situationen nicht die richtigen politischen Schlußfolgerungen angeben. Sehr deutlich wird das etwa an der Entwicklung der sog. „Frankfurter Schule", deren Vertreter, ja, auch deren wissenschaftliche Anschauungen in bestimmten Phasen des Klassenkampfs durchaus fortschrittlich waren — in der Zeit des Faschismus etwa — die sich aber in Situationen zugespitzter Kämpfe durchaus als hemmend erwiesen.
Weiter ist es sehr wichtig, zwischen dem Klassenwesen von Ideologien und den subjektiven Absichten ihrer Vertreter zu differenzieren. Man könnte den ideologischen Kampf kaum sektiererischer führen, als wenn man mit allen Spielarten

24 vgl. K. Marx an J. Weydemeyer, 5. 3. 1852, MEW 28, S. 507 f.: „Bürgerliche Geschichtsschreiber vor mir hatten längst vor mir die historische Entwicklung dieses Kampfes der Klassen und bürgerliche Ökonomen die ökonomische Anatomie derselben dargestellt. Was ich neu tat war 1. nachweisen, daß die Existenz der Klassen bloß an bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion gebunden ist; 2. daß der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führt; 3. daß diese Diktatur selbst nur der Übergang zur Aufhebung aller Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft bildet."
25 W. I. Lenin: Die historischen Schicksale der Lehre von Karl Marx. In: Werke 18, S. 578
26 W. Jopke: Ideologischer Klassenkampf und sozialistisches Bewußtsein. Reihe: Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie, Ffm 1971, S. 29 f.
27 vgl. dazu K. H. Heinemann, Einleitungsreferat zu AG 2, a.a.O., und A. Gedö: Von der bürgerlichen Philosophie zum Marxismus. In: FACIT 28

bürgerlicher Ideologie auch deren bewußte und unbewußte Vertreter verwerfen würde. Es ist ja gerade ein Ziel der ideologischen Auseinandersetzung, Anhänger bürgerlicher Ideologie zu überzeugen, sie für den Marxismus zu gewinnen, und das heißt, sie davon zu überzeugen, daß ihr Standpunkt falsch ist. Eine wissenschaftliche Auseinandersetzung in dieser Art suchen wir mit all jenen, mit denen wir das Interesse am Erkenntnisfortschritt teilen, das Marxisten und bürgerlichen Wissenschaftlern durchaus gemeinsam sein kann. Ganz anders ist die Auseinandersetzung natürlich mit den bezahlten Klopffechtern des Systems zu führen, die selbst nur von der „schlechten Absicht der Apologetik" geleitet sind. Mit den anderen Studenten und Wissenschaftlern haben wir auch zahlreiche objektive Interessen gemeinsam — das Interesse an einer wissenschaftlichen Qualifikation und ihrer Realisierung im Interesse des Volkes[28]. Ihnen gegenüber weisen wir auf, wie die heutige Praxis der Wissenschaft und ihres späteren Berufs in Widerspruch tritt zur Förderung der Erkenntnis im Interesse der überwiegenden Bevölkerungsmehrheit, zu dem humanistischen Ethos, mit dem auch die Wissenschaft des aufstrebenden Bürgertums und ihre besten Vertreter angetreten sind.

Mit diesen Studenten kämpfen wir gemeinsam gegen die Entqualifizierung, für eine wissenschaftliche Ausbildung, gegen die Bestimmung der Ausbildungsinhalte im Monopolinteresse, für eine Ausbildung, die an der Befähigung zur bewußten Berufspraxis orientiert ist. Dabei gehen wir davon aus, daß Praxis immer bewußtes Handeln zur Veränderung seiner gesellschaftlichen Umwelt bedeutet, die Wahrnehmung der Subjektrolle des Menschen, und nicht bewußtlose Anpassung an bestehende Verhältnisse und festgefügte, nicht zu reflektierende Berufsrollen — was von den Hochschulformierern fälschlich unter dem Begriff des „Praxisbezugs" angestrebt wird. Das würde bedeuten, daß den Studenten das wissenschaftliche Rüstzeug mitgegeben werden müßte, das sie befähigt, ihre konkrete Arbeit unter dem Gesichtspunkt dabei relevanter gesellschaftlicher Interessen zu reflektieren und entsprechend auszuüben — dabei darf nicht übersehen werden, daß die Möglichkeiten zur Ausgestaltung der konkreten Tätigkeit — etwa als Lehrer — immer abhängig sind vom Stand der Klassenauseinandersetzung, daß zudem nicht jeder Intelligenzberuf im Interesse der werktätigen Bevölkerung ausgeübt werden kann.

Anknüpfend an den gemeinsamen Interessen der überwiegenden Mehrzahl der Studenten führen wir den politischen Kampf um demokratische Ausbildungsziele. Ausgehend vom gemeinsamen Interesse an Erkenntnisfortschritt gewinnen wir auch bürgerliche Kräfte für die Verankerung des Marxismus an den Hochschulen, weil die wissenschaftliche Auseinandersetzung dem wissenschaftlichen Fortschritt dient. Wir wollen uns mit den demokratischen Ausbildungszielen nicht „tarnen", sondern wir verbinden den Kampf um diese Ziele mit der Propagierung marxisti-

28 vgl. H. Jung, a.a.O. Dabei unterscheiden wir sehr wohl das Interesse an der Realisierung der Qualifikation im Interesse des Volkes von der Parole der „Wissenschaft und Ausbildung im Dienste des Volkes". Denn ebenso sehr, wie das Bündnis aller werktätigen Klassen und Schichten und das Tätigwerden in deren Interesse dem objektiven Interesse der großen Mehrheit der Intelligenz entspricht, ist die „Indienstnahme" von Wissenschaft und Ausbildung durch das Volk erst das Ergebnis der Entmachtung der Monopolbourgeoisie. Wie Wissenschaftler bis dahin sich in ihrem bürgerlichen Beruf, in ihrer Lohnabhängigkeit von der Bourgeoisie und ihres Staates verhalten sollen, darauf kann die maoistische Parole keine Antwort geben.

scher Alternativen, mit der Kritik der bürgerlichen Ideologie in Ausbildung und Wissenschaft.

Der Kampf für die Qualifikationsinteressen der Studenten, gegen die materielle Misere, für politische Rechte und Mitbestimmung bilden eine Einheit mit dem ideologischen Kampf. Gerade der ideologische Kampf, die Gewinnung der Studenten für den Marxismus, für unsere politischen Ziele, läßt sich weder in irgendwelchen Gremien noch allein auf Vollversammlungen oder mit Flugblättern führen. Dazu ist es notwendig, die Verbindungen mit den Studenten zu intensivieren, ständig dort präsent zu sein, wo die Studenten arbeiten, an den Fragen anzuknüpfen, die sich, auch auf ideologischem Gebiet aus ihrer Arbeit, im Ausbildungsprozeß, in den Vorlesungen und Seminaren ergeben. Hierbei wird es uns auch zunehmend besser gelingen, konkret und unmittelbar an den Interessen und Vorstellungen der Studenten anzuknüpfen und sie in noch größerem Maße dafür zu gewinnen, selbst für ihre Interessen aktiv zu werden. Das sind die inhaltlichen, die politischen Probleme, um die es geht, die wir diskutieren sollten, wenn wir über die engere Verbindung von Studium und Politik sprechen.

Evolution und Revolution in der Weltgeschichte

Facit-Reihe 7, 204 Seiten, 6,– DM

Ernst Engelberg: Fragen der Evolution und Revolution in der Weltgeschichte

Rigobert Günther: Revolution und Evolution im Weströmischen Reich zur Zeit der Spätantike

Max Steinmetz: Reformation und Bauernkrieg in Deutschland als frühbürgerliche Revolution

Bernhard Töpfer: Die frühbürgerliche Revolution in den Niederlanden

Gerhard Heitz: Der Zusammenhang zwischen den Bauernbewegungen und der Entwicklung des Absolutismus in Mitteleuropa

Gerhard Schilfert: Die englischen Independenten und die deutschen Sekten in der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts

Walter Schmidt: Die internationale Stellung der deutschen Revolution von 1848/49 in der Sicht von Marx und Engels

Günter Schmidt: Revolution und Konterrevolution vor dem November 1918

Hans Schleier: Zur Diskussion des Revolutionsbegriffes in der deutschen bürgerlichen Geschichtsschreibung während der Weimarer Republik

Karl Reißig: Die historische Bedeutung des Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR

Bestellungen an:

Weltkreis-Verlags-GmbH, 46 Dortmund, Brüderweg 16

Michael Wilmes

Marxismus und bürgerlich-demokratisches Kulturerbe

Fragen des Verhältnisses zum Kulturerbe, zur literarischen Tradition, zur „Geschichte" sind nicht zufällig Gegenstand intensiver Diskussion nicht nur unter marxistischen, sondern auch anderen demokratischen Wissenschaftlern in der DDR als auch in der BRD geworden. Es geht dabei vor allem um die Frage eines auf wissenschaftlicher Objektivität und Parteilichkeit beruhenden **lebendigen** Aneignens, des „Arbeitens" (Lenin) mit dem demokratischen und sozialistischen Kulturerbe. Das aber erfordert nicht nur ein äußerst differenziertes Herangehen an so komplizierte Erscheinungen wie der Kunst und Literatur; darüber hinaus sind die jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen die Aneignung erfolgt entscheidend mitzuberücksichtigen, weil nicht zuletzt von ihnen abhängt, wie welche Werke der Vergangenheit für den gegenwärtigen Kampf überhaupt nutzbar gemacht werden können.

„Die Wahrheit – so Brecht – kann auf viele Arten verschwiegen und auf viele Arten gesagt werden. Wir leiten unsere Ästhetik wie unsere Sittlichkeit von den Bedürfnissen unseres Kampfes ab."[1]

Aktuell und wichtig ist die Frage deshalb, weil unter der Monopolherrschaft die Tendenz zur Zerstörung jeglichen Geschichtsbewußtseins, zur Negierung selbst klassischer bürgerlich-demokratischer Traditionen gesetzmäßigen Charakter hat und sich auch konkret materialisiert in der herrschenden Kultur- und Bildungspolitik. Es wäre wirklichkeitsfremd anzunehmen, daß das Monopol als gesellschaftliches Gewaltverhältnis, das sich **alle** Gebiete des gesellschaftlichen Lebens unterwirft, das **überall** demokratische Bestrebungen unterdrückt, haltmachen würde vor der Zerstörung oder Pervertierung von halbwegs demokratischen Traditionen der **eigenen** Klasse. Und so ist auch – konstatiert Claus Träger – „gegen die essentiell klassisch-humanistischen Werke... längst – direkt oder indirekt – grundsätzlicher Ideologieverdacht ausgesprochen worden. Der in ihnen über die Zeiten befestigte, aber unabgegoltene Glaube an die Würde und Souveränität des Menschen bildete den immer gegenwärtigen und lebendigen Widerspruch zu einer Gesellschaft, die nur in **der dauernden Negation ihrer eigenen Postulate** (Hervorh. v. Verf.) sich am Leben zu erhalten vermochte."[2]

Ich will und kann hier nicht auf alle Fragen der marxistisch-leninistischen Kulturerbetheorie eingehen. Meine Beschränkung auf die Frage des Verhältnisses Marxismus – klassisch-humanistische Literatur resultiert aus zwei Überlegungen. Einerseits ist es schon fast „modern" geworden, nicht nur gegen die „Klassiker" zu polemisieren, sondern gleich ihre Abschaffung zu fordern[3], eine Tendenz, die

1 B. Brecht, Schriften zur Literatur und Kunst, Berlin-Weimar 1966, Bd. 2, S. 95
2 Claus Träger, Studien zur Literaturtheorie, Reclam 1970, S. 12/13
3 vgl. die Position von H. J. Grünwaldt in „Sind Klassiker etwa nicht antiquiert?" in J. Vogt, Literaturdidaktik, Bertelsmann Universitätsverlag 1972, S. 148—162 und den Aufsatz von H. Holzhauser „Von Sieben, die auszogen, die Klassik zu erlegen", in „Sinn und Form",

– von verschiedenen Positionen aus – sowohl von linksliberalen als auch reaktionären Kräften geduldet bzw. unterstützt wird. Zum anderen stellt sich auch für Marxisten die Frage, ob „denn eine der bürgerlichen Epoche entsprungene und verhaftete Dichtung für die revolutionäre Arbeiterbewegung und die sozialistische Gesellschaft noch ästhetische ‚Ansteckungskraft' entwickeln[4]" kann.

Fragen, die für den ideologischen Kampf wesentliche Bedeutung haben. Keine „germanistischen Fachfragen" also, sondern Probleme, die geklärt sein müssen, will man nicht ins so geschickt angesteckte Messer „moderner" großkapitalistischer Kulturpolitik laufen.

Ich habe versucht, die Thematik auf folgende Art und Weise anzugehen. Im ersten – größten – Teil behandele ich das Verhältnis der Klassiker zum Erbe bürgerlicher Kunst und Literatur, die Erbetheorie Lenins und seine – gerade auch heute wieder aktuell werdende – Auseinandersetzung mit den „Proletkult"-Theoretikern. Dieser erste Teil soll das äußerst differenzierte Herangehen der Klassiker des Marxismus-Leninismus an Phänomene wie der Kunst und Literatur unter Beweis stellen. Im zweiten – kürzeren – Teil werde ich auf das Verhältnis Brechts zur Klassik eingehen. In den Fußnoten habe ich auf die sehr intensiv geführte Diskussion – oft mehr germanistischen Charakters – in Fragen Erbeaneignung hingewiesen. Mir ging es vor allem darum, auch anhand ausführlicher Zitate die Positionen von Marx, Engels und Lenin **verständlich** zu verdeutlichen, weil gerade in dieser Frage äußerste Differenzierung nottut; und die können wir immer noch am besten dort lernen.

Der Marxismus als wissenschaftliche Ideologie der Arbeiterklasse ist natürlich nicht „abseits von der Herrschaft der Entwicklung der Weltzivilisation entstanden" (Lenin). Im Gegenteil. „Der Marxismus hat seine weltgeschichtliche Bedeutung als Ideologie des revolutionären Proletariats dadurch erlangt, daß er die wertvollsten Errungenschaften des bürgerlichen Zeitalters keineswegs ablehnte, sondern sich umgekehrt alles, was in der mehr als zweitausendjährigen Entwicklung des menschlichen Denkens und der menschlichen Kultur wertvoll war, aneignete und verarbeitete[5]." Lenin spricht hier von „aneignen" **und** „verarbeiten". Es handelt sich also offensichtlich nicht um eine einfache Fortführung bürgerlichen und vorbürgerlichen Denkens, nicht um eine einfache Kontinuität in der Entwicklung z. B. von Hegel zu Marx, sondern um einen dialektischen Prozeß des „Aufhebens" im Sinne eines „materialisierten" Hegel. Das bedeutet einerseits die Aufhebung der Mythen und der oft genialen aber doch falschen Spekulationen, andererseits die Bewahrung alles Positiven und damit zugleich – und das ist wesentlich – die Entwicklung der jeweilig aufgeworfenen Problematik[6] mit dem Ziel einer richtigen Problemstellung und seiner **praktischen** Lösung. Denn – so Engels – gerade „ein so gewaltiges Werk wie die Hegelsche Philosophie, die einen so ungeheuren Einfluß auf die geistige Entwicklung der Nation gehabt hat, ließ sich nicht dadurch beseitigen, daß man sie kurzerhand ignorierte. Sie mußte **in ihrem eigenen Sinn** ‚aufgehoben' werden, d. h. in dem Sinn, **daß ihre Form kritisch vernichtet, der durch sie gewonnene neue Inhalt aber gerettet wurde.**"[7]

Lenin schrieb in „Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus": „Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist."[8] Was bringt uns dann eigentlich noch die Beschäftigung mit bürgerlichen Theorien, die doch immer zumindest Momente von Unwahrheit und Apologetik enthalten? Dazu ein etwas längeres anschauliches Beispiel: „Der bekannte deutsche Gelehrte Arthur Drews widerlegt in seinem Buch ‚Die Christusmythe' die religiösen Vorurteile und Märchen, er beweist, daß es einen Christus niemals gegeben hat, spricht sich aber zum Schluß des Buches für die Religion aus, freilich für eine erneuerte, frisch aufgeputzte, schlau zurechtgemachte Religion, die fähig wäre, ‚der täglich immer mächtiger anschwellenden naturalistischen Flutwelle' zu widerstehen(. . .) Hier haben wir es mit einem direkten, bewußten Reaktionär zu tun, der den Ausbeutern unverhüllt hilft, die alten und verfaulten religiösen Vorurteile durch funkelnagelneue, noch widerlichere und niederträchtigere Vorurteile zu ersetzen. Das bedeutet nicht, daß man Drews nicht übersetzen sollte. Das bedeutet, daß die Kommunisten und alle konsequenten Materialisten, wenn sie bis zu einem gewissen Grade ihr Bündnis mit dem progressiven Teil der Bourgeoisie verwirklichen, diese unentwegt entlarven müssen, sobald sie ins Reaktionäre verfällt. Das bedeutet, daß es Verrat am Marxismus und Materialismus wäre, wenn man ein Bündnis mit den Vertretern der Bourgeoisie des 18. Jahrhunderts, d. h. der Epoche, da diese revolutionär war, verschmähen wollte, denn im Kampf gegen die herrschenden religiösen Dunkelmänner ist es unsere Pflicht, mit den Drews ein ‚Bündnis' in dieser oder jener Form, in diesem oder jenem Grade einzugehen."[9]

Denn – so Lenin im gleichen Artikel –: „Es wäre der größte und schlimmste Fehler, den ein Marxist begehen kann, zu glauben, die Millionenmassen des Volkes (besonders der Bauern und Handwerker), die von der ganzen modernen Gesellschaft zu geistiger Finsternis, Unwissenheit und Befangenheit in Vorurteilen verdammt sind, könnten aus dieser Finsternis nur auf dem geraden Weg rein marxistischer Aufklärung herauskommen."[10]

In seiner Rede zu den „Aufgaben der Jugendverbände" nahm Lenin zur Frage der Erbeaneignung eindeutig und klar Stellung. „Es wäre irrig zu glauben", sagte Lenin dort, „daß es genüge, sich die kommunistischen Losungen, die Schlußfolgerungen der kommunistischen Wissenschaft anzueignen, ohne sich jene Summe von Kenntnissen anzueignen, deren Ergebnis der Kommunismus selbst ist."[11]

1/1973, S. 169—188; vgl. auch „Kulturpolitik im Schatten der Atomrüstung", Dietz Verlag Berlin, 1961.
So hieß es noch 1960 auf einem Kulturkongreß der CDU: „Unsere Schule darf nicht mehr die alten schwärmerischen Träume weiter nähren vom edlen Menschen, vom aufrechten Menschen, vom autonomen Menschen. . ." S. 87 vgl. S. 73—101
4 vgl. ebd. S. 254. In der DDR wird die Diskussion um eine lebendige Erbeaneignung in den letzten Monaten sehr intensiv geführt. vgl. dazu v. a. folgende Bücher: W. Mittenzwei, Brechts Verhältnis zur Tradition, Akademie Verlag, Berlin 1972; R. Weisbach, Wir und der Expressionismus, Akademie Verlag, Berlin 1972; R. Weimann, Literaturgeschichte und Mythologie, Aufbau Verlag, Berlin und Weimar 1972, v. a. S. 5—111, außerdem die Reclam-Bände: „Revolution und Literatur", 1971 „Positionen", 1971, J. Rudolph: „Lebendiges Erbe", 1972. v. a. S. 11—68 u. S. 141—170 und die Zeitschrift „Sinn und Form 1/1973 sowie Weimarer Beiträge" (WB) 1 u. 3/1973 und die sowjetische Zeitschrift „Kunst und Literatur" 1 u. 2/1973
5 LW 31, S. 308

6 „Daß das Hegelsche System die Aufgabe nicht löste, die es sich gestellt, ist hier gleichgültig, sein epochemachendes Verdienst war, sie gestellt zu haben." MEW 19, S. 204
7 MEW 21, S. 273, Hervorh. von mir. M.W.
8 LW 18, S. 576
9 LW 33, S. 217/218
10 ebd. S. 216
11 LW 31, S. 275

Vor allem in der Auseinandersetzung mit den kulturtheoretisch reformistischen Strömungen und den „Proletkult"-Theoretikern entwickelte Lenin seine Kulturtheorie weiter.
Während von den „Linken" die Ansicht vertreten wurde, eine proletarische Kultur könne sich nur im Gegensatz zu dem entwickeln, was bisher in der Geschichte an Leistungen auf kulturellem Gebiet hervorgebracht wurde, wollten die Reformisten die Arbeiterklasse weiterhin der bürgerlichen Kultur ausgeliefert lassen, d. h. sie versuchten „der Arbeiterbildung unter dem Deckmantel der Verbreitung von Allgemeinwissen einen kleinbürgerlichen Inhalt zu geben und sich jeder ernsthaften theoretischen Schulung in Grundfragen des Marxismus zu widersetzen[12]".
Für die Bewegung des „Proletkult" war das Nichtbegreifen der Negation als Moment jeder und damit auch der gesellschaftlichen Entwicklung eine der charakteristischen theoretischen Wurzeln. Lenin wies in seinen Konspekten zu Hegels Logik darauf hin, daß „nicht die bloße Negation, nicht das skeptische Negieren, Schwanken, Zweifeln (. . .) charakteristisch und wesentlich in der Dialektik (ist). . ., nein, sondern die Negation als Moment des Zusammenhangs, als Moment der Entscheidung, bei Erhaltung des Positiven, das heißt ohne irgendwelche Schwankungen, ohne jeden Eklektizismus[13]".
Nicht das Alte an sich wird negiert, sondern nur diejenigen seiner Eigenschaften, die die Durchsetzung des Neuen verhindern. Zusammenfassend stellt Lenin fest: „Nicht **Erfindung** einer neuen Proletkultur, sondern **Entwicklung** der besten Vorbilder, Traditionen und Ergebnisse der **bestehenden** Kultur vom **Standpunkt** der marxistischen Weltanschauung und der Lebens- und Kampfbedingungen des Proletariats in der Epoche seiner Diktatur[14]."

Marx, Engels — bürgerliche Kunst und Literatur

Marx wollte bei der Ausarbeitung des „Kapital" auch gesondert auf einen Punkt eingehen, der „das unegale Verhältnis der Entwicklung der materiellen Produktion z. B. zur künstlerischen" behandeln sollte[15].
„Bei der Kunst bekannt, daß bestimmte Blütezeiten derselben keineswegs im Verhältnis zur allgemeinen Entwicklung der Gesellschaft also auch der materiellen Grundlage, gleichsam des Knochenbaus ihrer Organisation, stehen[16]." Deshalb fordert er bei der Analyse solcher Erscheinungen „überhaupt (den) Begriff des Fortschritts nicht in der gewöhnlichen Abstraktion zu fassen[17]".
Die eigentliche Schwierigkeit sah Marx auch nicht darin, „zu verstehen, daß griechische Kunst und Epos an gewisse gesellschaftliche Entwicklungsformen geknüpft sind. Die Schwierigkeit ist, daß sie für uns noch Kunstgenuß gewähren und in gewisser Beziehung als Norm und unerreichbare Muster gelten[18]". Aber — so fragt er dann — „warum sollte die geschichtliche Kindheit der Menschheit, wo sie am schönsten entfaltet, als eine nie wiederkehrende Stufe nicht ewigen Reiz ausüben? Es gibt ungezogene Kinder und altkluge Kinder. Viele der alten Völker gehören in

12 Zit. nach: „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", Bd. 2 Berlin 1966, S. 219
13 LW 38, S. 218
14 W. I. Lenin: „Über Kunst und Literatur", Berlin 1960, S. 373
15 MEW 13, S. 640
16 ebd.
17 ebd.
18 ebd. S. 641

diese Kategorie. Normale Kinder waren die Griechen. Der Reiz ihrer Kunst für uns steht nicht im Widerspruch zu der unentwickelten Gesellschaftsstufe, worauf sie wuchs. Ist vielmehr ihr Resultat und hängt vielmehr unzertrennlich damit zusammen, daß die unreifen gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen sie entstand und allein entstehen konnte, nie wiederkehren können[19]."
Diese Aussagen von Marx haben gerade auch für die Einschätzung und Analyse der klassisch humanistischen Literatur methodologische Bedeutung, und zwar in zweierlei Hinsicht.
Erstens gilt es für historisch — konkretes Herangehen an Phänomene des Überbaus, jeden mechanischen Determinismus zu vermeiden; d. h. z. B. aus einem relativen Stagnieren der gesellschaftlichen Entwicklung auf ein entsprechendes Stagnieren bzw. auf einen absoluten Mangel an geschichtlich veränderungsbereiten Kräften im Bereich der Politik, Philosophie und Literatur zu schließen. Einmal verzichtet ein solches Herangehen auf die wesentliche Unterscheidung zwischen Wirklichkeit und ideellem Abbild[20], zum zweiten unterschlägt sie — konkret am Beispiel der sog. „Misere-Konzeption"[21] — die Eingliederung der **deutschen** Entwicklung in die **europäische** Klassenkampfsituation und daraus resultierend den Zusammenhang der deutschen Ideologie- und Geschichtsentwicklung mit der europäischen antifeudalen Bewegung. Solche auch von „Linken" vertretene Positionen gehen hinter die bereits von Goethe erreichte Einsicht in den Zusammenhang von Epochenentwicklung und eigenem Werk zurück.[22]
Zweitens ergibt sich weiter daraus, daß jede Analyse der Kunst an die Klärung der Frage gehen muß, was die in ihr dargestellte Welt vom Standpunkt der gesamten Menschheitsentwicklung bedeutet. Darüber hinaus ist für die Analyse natürlich die Art und Weise und die Methode der Widerspiegelung der jeweiligen Stufe der menschlichen Gesellschaft von großer Relevanz. Wie wichtig z. B. Marx und Engels **die Bedeutung der Kunst für die Erkenntnis der Welt** hielten, machen ihre Einschätzungen über die englischen Romanciers und Balzac deutlich. „Die derzeitige glänzende Bruderschaft der Romanschriftsteller Englands — deren anschauliche und beredte Seiten der Welt mehr politische und soziale Wahrheiten vermitteln, als alle Berufspolitiker, Publizisten und Moralisten zusammengenommen von sich gegeben haben — hat jede Schicht der Bourgeoisie beschrieben. . .[23]" Ähnlich äußerte sich Engels. In seiner „Menschlichen Komödie" gibt Balzac „eine vollständige Geschichte der französischen Gesellschaft, aus der ich ‚sogar in den ökonomischen Einzelheiten (zum Beispiel die Umverteilung des realen und persönlichen

19 ebd. S. 642
20 „Sowenig man das, was ein Individuum ist, nach dem beurteilt, was es sich selbst dünkt, ebensowenig kann man eine solche Umwälzungsepoche aus ihrem Bewußtsein beurteilen, sondern muß vielmehr dies Bewußtsein aus den **Widersprüchen des materiellen Lebens,** aus dem **vorhandenen Konflikt** zwischen gesellschaftlichen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen erklären." MEW 13, S. 9 (Hervorh. v. Verf.)
21 vgl. dazu P. Müller, Angriff auf die humanistische Tradition Teil I und II, in WB 1 u. 3/73. Bei der Miserekonzeption handelt es sich um „die Auffassung einer totalen, alle Bereiche gesellschaftlichen Lebens bestimmenden Stagnation als Bestimmungsbasis der Literatur" WB 1/73, S. 110. Zu der hier von einem „Linksbürger" vertretenen Konzeption hatte schon Brecht bemerkt: „Wir müssen unbedingt ausgehen von der Wahrheit des Satzes: ‚Eine Konzeption, der die deutsche Geschichte nichts als Misere ist und in der das Volk als schöpferische Potenz fehlt, ist nicht wahr!'" B. Brecht, Literatur II, S. 344 a.a.O.
22 vgl. WB 10/73, S. 119 a.a.O.
23 MEW 10, S. 648

Eigentums nach der Revolution) mehr gelernt habe als von allen berufsmäßigen Historikern, Ökonomen und Statistikern dieser Zeit zusammengenommen'[24]".

Es ergäbe jedoch eine einseitige Schlußfolgerung, hieraus zu schließen, der ästhetische Reiz eines Kunstwerks läge einzig in seiner erkenntnisvermittelnden Widerspiegelung gesellschaftlicher Zusammenhänge. Die mehr rhetorische Frage Ilja Ehrenburgs bezieht ihre Berechtigung aus der relativen Beschränktheit rein sozial-genetischer Untersuchung der Literatur. „Sollten wirklich Millionen Menschen ‚Rot und Schwarz' lesen", so fragte er, „um zu erfahren, wie die französische Gesellschaft am Ende der zwanziger Jahre aussah? Wer wagt zu behaupten, daß ‚Don Quichote' die Menschheit viele Jahrhunderte deshalb bewegt hat, weil er eine Satire auf die Ritterromane darstellt, an denen sich die Spanier im 16. Jahrhundert ergötzten."[25]

Der Verzicht auf die Untersuchung der gesellschaftlichen und ästhetischen Wirksamkeit literarischer Erscheinungen führt so zur Herabminderung der aktiven Rolle der Literatur und zu ihrer Reduzierung auf eine bloß passive, wenn auch spezifische Widerspiegelung der Welt.

Gerade in diesem Zusammenhang ist Marx' Darlegung über die **wahrheitsgetreue Gestaltung** von Politikern sehr interessant. Marx fand es nämlich wünschenswert, wenn Politiker „... endlich einmal mit derben rembrandtschen Farben geschildert werden, in ihrer ganzen Lebendigkeit. Die bisherigen Darstellungen malen uns diese Persönlichkeit nie in ihrer wirklichen, nur in der offiziellen Gestalt, mit dem Kothurn am Fuß und der Aureole um den Kopf. In diesen verhimmelten raffaelschen Bildern geht alle Wahrheit der Darstellung verloren."[26]

Für Engels bedeutet wahrheitsgetreue, lebendige Gestaltung von Geschehnissen und Personen „außer der Treue des Details die getreue Wiedergabe typischer Charaktere unter typischen Umständen..., die sie umgeben und sie handeln lassen."[27]

Nach Marx und Engels ist demnach das Typische keine dürftige Abstraktion irgendeines Charakterzugs, „sondern die dialektische Einheit, in der sich das Leben mit seinen wichtigsten gesellschaftlichen, moralisch-philosophischen, ideologischen **Widersprüchen** der Epoche in seinem ganzen Reichtum widerspiegelt."[28]

Entschieden wandten sich Marx und Engels gegen jene Form künstlerischer Darstellung, die sich in der reinen Moralisierung, offener Didaktik und Verwandlung der Charaktere in bloße „Sprachröhren des Zeitgeistes" Genüge zu tun glaubt. Scharf kritisierten sie gerade wegen der künstlerischen Unvollkommenheit ihrer Werke jene Dichter des „Neuen Deutschland", die „den Mangel an Geist in ihren Werken durch politische Anspielungen wettzumachen" suchten[29].

Gerade in der Beurteilung der „Klassiker" – beispielhaft aufgezeigt an der Einschätzung Goethes – wird deutlich, welch wesentliche Bedeutung Marx und Engels der Weltanschauung eines Künstlers beimaßen. Sie gingen davon aus, daß wirklich realistische Kunst nur auf der Grundlage einer progressiven Weltanschauung möglich ist. Nur dann also, wenn der Schriftsteller mit den Interessen der ausgebeuteten Klassen verbunden ist, oder sich die bürgerliche Klasse noch im Kampf um den Aufstieg befindet und dessen progressiven Tendenzen widergespiegelt werden. So schlug sich auch konkret in dem Schaffen Goethes und Hegels nieder, daß ihnen beiden „ein Stück Philisterzopfs hinten hing"[30].

Goethe zum Beispiel „verhält sich in seinen Werken auf eine zweifache Weise zur deutschen Gesellschaft seiner Zeit. Bald ist er ihr feindselig; er sucht der ihm widerwärtigen zu entfliehen, wie in der ‚Iphigenie' und überhaupt während der italienischen Reise, er rebelliert gegen sie als Götz, Prometheus und Faust, er schüttet als Mephistopheles seinen bittersten Spott über sie aus. Bald dagegen ist er ihr befreundet, ‚schickt' sich in sie, wie in der Mehrzahl der ‚Zahmen Xenien' und vielen prosaischen Schriften, feiert sie, wie in den ‚Maskenzügen', ja, verteidigt sie gegen die andrängende geschichtliche Bewegung, wie namentlich in allen Schriften, wo er auf die französische Revolution zu sprechen kommt... es ist ein fortwährender Kampf in ihm zwischen dem genialen Dichter, den die Misére seiner Umgebung anekelt, und dem behutsamen Frankfurter Ratsherrnkind, resp. Weimarschen Geheimrat, der sich genötigt sieht, Waffenstillstand mit ihr zu schließen und sich an sie zu gewöhnen. So ist Goethe bald kolossal, bald kleinlich; bald trotziges, spottendes, weltverachtendes Genie, bald rücksichtvoller, genügsamer enger Philister... Wir werfen Goethe nicht à la Börne und Menzel vor, daß er nicht liberal war, sondern daß er zuzeiten auch Philister sein konnte, nicht, daß er keines Enthusiasmus für deutsche Freiheit fähig war, sondern daß er einer spießbürgerlichen Scheu vor aller gegenwärtigen großen Geschichtsbewegung sein stellenweise hervorbrechendes, richtigeres ästhetisches Gefühl opferte; nicht, daß er Hofmann war, sondern daß er zur Zeit, wo ein Napoleon den großen deutschen Augiasstall ausschwemmte, die winzigsten Angelegenheiten und menus plaisirs eines der winzigsten deutschen Höflein mit feierlichem Ernst betreiben konnte. Wir machen überhaupt weder vom moralischen, noch vom Parteistandpunkte, sondern höchstens vom ästhetischen und historischen Standpunkte aus Vorwürfe; wir messen Goethe weder am moralischen, noch am politischen, noch am ‚menschlichen' Maßstab."[31]

Wesentlich scheint mir bei dieser Charakterisierung Goethes durch Engels folgendes zu sein: Wenn sich Engels hier gegen eine unzulässige Geringschätzung des klassischen Erbes wendet, so verbindet er das mit einer fundierten historisch-materialistischen Kritik an Goethe. Er weist nach, daß Goethes politische Positionen – sein ambivalentes Verhältnis zur Französischen Revolution, zur „Misére" in Deutschland – Auswirkungen auf sein künstlerisch ästhetisches Schaffen hatten, daß seine jeweilige weltanschauliche Position konkreten Niederschlag fand in der Tiefe und Verallgemeinerungsfähigkeit seiner Werke.

Welche Kriterien sind nun entscheidend für die Beurteilung von künstlerischen Werken, speziell literarischen Werken, hier vor allem in der Phase des Aufstiegs der bürgerlichen Klasse? Nicht in der Gegenüberstellung von hier weltanschaulichen, sozialen, da ästhetischen Kriterien, sondern in ihrer Einheit liegt das mit den Prinzipien der Objektivität und Parteilichkeit verbundene Herangehen an so komplizierte Erscheinungen wie der Kunst und der Literatur begründet.

Lenin stellte der reaktionären bürgerlichen Losung der nationalen Kultur die prole-

24 MEW 37, S. 42—44
25 Zit. nach Kunst und Literatur Heft 1/1973, S. 4
26 MEW 7, S. 266
27 MEW 37, S. 42—44
28 Grundlagen der marxistisch leninistischen Ästhetik, Dietz Verlag Berlin, 1962, S. 174
29 Zit. nach ebd. S. 177
30 MEW 21, S. 269
31 MEW 4, S. 232—233

tarische Losung der internationalen Kultur gegenüber. Dabei nimmt die internationale Kultur „nicht die nationale Kultur (irgendeiner nationalen Gemeinschaft) als Ganzes in sich auf, sondern entnimmt **jeder** nationalen Kultur **ausschließlich** ihre konsequent demokratischen und sozialistischen Elemente."[32]
Denn – so entwickelte Lenin diese These später weiter – „in jeder nationalen Kultur gibt es – seien es auch unentwickelte – **Elemente** einer demokratischen und sozialistischen Kultur, denn in **jeder** Nation gibt es eine werktätige und eine ausgebeutete Masse, **deren Lebensbedingungen unvermeidlich eine demokratische und sozialistische Ideologie erzeugen** (Hervorhebung vom Verf.). In **jeder** Nation gibt es aber auch eine bürgerliche (und in den meisten Fällen noch dazu erzreaktionäre und klerikale) Kultur, und zwar nicht nur in Form von ‚Elementen', sondern als **herrschende** Kultur. Deshalb **ist** die ‚nationale Kultur' schlechthin die Kultur der Gutsbesitzer, der Pfaffen, der Bourgeoisie."[33] So kann auch nur das zum Sozialistischen erhobene Nationale eine dialektische Einheit mit dem Internationalen bilden. Gerade in der Sowjetunion dienen „die leninschen Ideen von den Entwicklungswegen der sozialistischen Kultur (. . .) auch heute als zuverlässige Orientierung in der Praxis des kulturellen Aufbaus, im Kampf mit den verschiedenen Wirrköpfen, die die Bedeutung der fortschrittlichen Kulturtraditionen ignorieren oder sich zur Vergangenheit apologetisch im Geiste der Theorie vom ‚einheitlichen Strom' verhalten."[34]
In keiner seiner Arbeiten über die Frage der Erbeaneignung orientierte Lenin auf ein unbegrenztes Kulturgut der Vergangenheit, sondern auf das Beste, Progressive in dem Erbe der russischen Kultur und der Weltkultur. „Konsequent historische Betrachtungsweise, exakte soziale Kriterien und klassenmäßige Orientierung werden in ihnen als die wichtigste, bestimmende und lebensnotwendige Bedingung herausgestellt, um sich die überkommenen Traditionen produktiv anzueignen und zwischen dem, was die sozialistische Kultur insgesamt und vollständig übernimmt und dem, was einer schöpferischen Verarbeitung und einer kritischen Neubewertung unterzogen wird, unterscheiden zu können."[35]
Stets wandte sich Lenin gegen eine bloß buchstabenmäßige Aneignung; er forderte die aktive, schöpferische und kritische Verarbeitung und Neubewertung vom marxistischen Standpunkt aus: „Ihr sollt sie euch nicht nur aneignen, ihr sollt sie euch **kritisch** aneignen, damit ihr euer Denken nicht mit unnützem Kram belastet."[36]

Lenins Auseinandersetzung mit dem „Proletkult"

Hier soll noch einmal auf die Auseinandersetzung Lenins mit den „Proletkult"-Theoretikern eingegangen werden; die aktuelle Bedeutung ist leicht erkennbar. Lenin beweist vor allem durch sein konkret-historisches Herangehen, verbunden mit einem konsequenten Klassenstandpunkt, daß die Aneignung der gesamten bürgerlichen Kultur – für ihn eine der wichtigsten Fragen der sozialistischen Kulturrevolution – niemals abstrakt, sondern immer konkret, vom Stand der jeweiligen Produktivkraftentwicklung ausgehend, zu lösen ist. Immer wieder wies er die Fruchtlosigkeit und Abstraktheit rein theoretischer Kunstdebatten nach und zeigte

32 LW 19, S. 237
33 LW 20, S. 8/9
34 Kommunist Nr. 17/1970, S. 89 Zit. nach: Kunst und Literatur 2/1972, S. 119
35 ebd. S. 121
36 LW 31, S. 277

auf: „Während wir über proletarische Kultur und über ihr Verhältnis zur bürgerlichen Kultur geschwatzt haben, bieten uns die Tatsachen Zahlen dar, die zeigen, daß es bei uns um die bürgerliche Kultur sehr schwach bestellt ist."[37] Deshalb – so forderte Lenin noch 1923(!) – „sollte uns eine wirkliche bürgerliche Kultur genügen, für den Anfang sollte es uns genügen, wenn wir ohne die besonders ausgeprägten Typen vorbürgerlicher Kultur auskommen, d. h. der Beamten- oder der Leibeigenschaftskultur usw. In Kulturfragen gibt es nichts Schädlicheres als Übereile und Leichtfertigkeit. Das sollten sich unsere jungen Publizisten und Kommunisten gut hinter die Ohren schreiben."[38]
Schon vorher hatte Lenin darauf verwiesen, daß nur durch die genaue Kenntnis der in der gesamten Menschheitsentwicklung geschaffenen Kultur, nur durch ihre Umarbeitung die proletarische Kultur aufgebaut werden kann. Denn „die proletarische Kultur fällt nicht vom Himmel, sie ist nicht eine Erfindung von Leuten, die sich als Fachleute für proletarische Kultur bezeichnen. Das ist alles kompletter Unsinn. Die proletarische Kultur muß die gesetzmäßige Weiterentwicklung jener Summe von Kenntnissen sein, die sich die Menschheit unter dem Joch der kapitalistischen Gesellschaft . . . erarbeitet hat."[39]
Zu einer differenzierten Einschätzung der Proletkulttheorie gehört, sich nicht pauschal als bloße Bilderstürmer, als bloße Zerstörer und Ignoranten bürgerlicher Kulturgüter abzuqualifizieren, sondern ihr spezifisches Verhältnis zum Kulturerbe zu analysieren. Einerseits ist nicht daran zu zweifeln, daß sich gerade der Proletkult bedeutende Verdienste bei der Entwicklung der Laienkunst sowie bei der Heranziehung der Massen zur Aneignung der Kunst auf neue Art und Weise erworben hat[40].
Zum andern galt es, nach Bogdanow – Theoretiker des Proletkultes – außer dem selbständigen Schöpfertum auch die Aufgabe der Aneignung der überlieferten Kunstwerke zu lösen[41], deren Interpretation dann allerdings von einem einseitigen, vulgärsoziologischen Standpunkt vorgenommen wurde. So wurden zum Beispiel alle Ratschläge, bei Tschechow, Tolstoi oder anderen russischen Klassikern zu lernen, als Nonsens abgewiesen, da der Klasseninhalt ihrer Werke von der Form nicht zu trennen und infolgedessen auch ihre Form für die neue proletarische Literatur unbrauchbar sei[42]. Anschaulich belegt eine Erinnerung Majakowskis an die Diskussionen über die Erhaltung bzw. Nichterhaltung alter Kunstwerke den vulgärsoziologischen Charakter und die naive Logik der „Proletkult"-Argumente. „Jemand fordert die Schaffung einer Kommission zum Schutz der Altertumsdenkmäler. Und sogleich kommt der Vorschlag, ich glaube von dem Künstler Lew Brundi, ‚eine Kommission zur planmäßigen Zerstörung der Kunst- und Altertumsdenkmäler zu schaffen' . . . Jemand bittet, einen zerstörten Gutshof zu schützen: er sei doch auch ein Denkmal der alten Zeit. Und sogleich O. Brik: ‚Die Gutsbesitzer waren reich, daher sind ihre Herrenhäuser Altertumsdenkmäler.

37 LW 33, S. 448
38 LW 33, S. 474
39 LW 31, S. 276/77
40 Nyota Thun, Oktoberrevolution — Kulturrevolution, Lenin in: Revolution und Literatur, Reclam 1971, S. 70
41 ebd. S. 71
42 ebd.

Die Gutsbesitzer existieren seit langem, daher ist ihre Kunst alt. Die Altertumsdenkmäler schützen bedeutet, die Gutsbesitzer schützen. Nieder!"[43]
Folgerichtig protestierte dieser „linke Block" auch „gegen die Eroberung der Macht auf dem Gebiet der Kunst durch die Bolschewiki" und forderte, völlige Autonomie in allen Kunstfragen. Auch Majakowski schrieb noch 1918 in seinem „Offener Brief an die Arbeiter": „Die Revolution des Inhalts – der Sozialismus-Anarchismus – ist ohne die Revolution der Form – den Futurismus – undenkbar . . ."[44]
Gerade mit der Forderung nach Autonomie, nach absoluter Freiheit der Kunst setzte sich Lenin in seinem Aufsatz „Parteiliteratur und Parteiorganisation[45]" auseinander. Clara Zetkin hat in ihren „Erinnerungen an Lenin" die Einstellung Lenins in knapper und konkreter Weise festgehalten. „Jeder Künstler und jeder, der sich dafür hält, nimmt als sein gutes Recht in Anspruch, frei nach seinem Ideal zu schaffen, mag das nun etwas taugen oder nicht. Da haben sie die Gärung, das Experimentieren, das Chaotische. Aber natürlich, wir sind Kommunisten. Wir dürfen nicht Hände in den Schoß legen und das Chaos gären lassen, wie es will. Wir müssen auch diese Entwicklung bewußt, klar zu leiten und ihre Ergebnisse zu formen, zu bestimmen suchen. . . Wir sind viel zu viel ‚Bilderstürmer'. Man soll Schönes erhalten, zum Muster nehmen, daran anknüpfen, auch wenn es alt ist. Warum sich von wirklich Schönem abkehren und es als Ausgangspunkt weiterer Entwicklung ein für allemal verwerfen, nur weil es ‚alt' ist. Warum das Neue als Gott anbeten, dem man gehorchen soll: nur weil es ‚das Neue' ist? . . . Wir sind gute Revolutionäre, aber wir fühlen uns verpflichtet zu beweisen, daß wir auf ‚der Höhe zeitgenössischer Kultur' stehen. Ich habe den Mut, mich als ‚Barbar' zu zeigen. Ich kann die Werke des Expressionismus, Futurismus, Kubismus und anderer Ismen nicht als höchste Offenbarung der künstlerischen Genies preisen. Ich verstehe sie nicht. Ich habe keine Freude an ihnen."[46]
Nie hat sich Lenin abstrakt für die Einschränkung künstlerischer Freiheit in bezug auf Objekt- und Formenwahl ausgesprochen. Was er von den Künstlern forderte, war außer realistischer Gestaltungsweise, außer Volksverbundenheit und Verständlichkeit das richtige historische Verständnis für die jeweilige Aufgabenstellung auf den Gebieten der Kunst und Literatur. Denn „unsere Arbeiter und Bauern verdienen wirklich mehr als Zirkusspiele. Sie haben ein Anrecht auf echte, große Kunst. Darum vor allem: breiteste Volksbildung und Volkserziehung. Sie schafft den Kulturboden – gesichertes Brot vorausgesetzt –, auf dem eine wirklich neue, große Kunst erwachsen wird, eine kommunistische Kunst, **die ihrem Inhalt entsprechend auch die Formen gestaltet.**"[47]
In den gleichen Zusammenhang gehören Lenins Bemerkungen, in einer Fußnote zu „Was tun", wo er davon spricht, daß es den Arbeitern allmählich gelingen muß, „sich das Wissen ihres Zeitalters anzueignen und dieses Wissen zu bereichern. Damit aber den Arbeitern **dieses häufiger gelinge,** ist es notwendig, alles zu tun, um das Niveau der Bewußtheit der Arbeiter im allgemeinen zu heben, ist es notwendig, daß die Arbeiter sich nicht in dem künstlich eingeengten Rahmen einer ‚Literatur für Arbeiter' abschließen, sondern daß sie es immer mehr lernen, sich die **allgemeine** Literatur zu eigen machen".[48]
Was es **konkret** hieß, „sich die allgemeine Literatur zu eigen zu machen", zeigte Lenin am Beispiel Tolstois.
„Der Künstler Tolstoi ist selbst in Rußland nur einer verschwindenden Minderheit bekannt. Damit seine großen Werke wirklich zum Gemeingut **aller** werden, ist Kampf und noch einmal Kampf gegen eine Gesellschaftsordnung notwendig, die Millionen und aber Millionen zu Unwissenheit, Unterdrückung, Zwangsarbeit und Elend verurteilt, **ist der sozialistische Umsturz** notwendig[49]." (Hervorh. v. Verf.)
Sozialismus als unabdingbare Voraussetzung einer allseitigen, schöpferischen Aneignung Tolstois! Und Lenin analysierte auch sehr genau, **was** von Tolstoi zu lernen, **was** zu übernehmen sei. „Durch das Studium der belletristischen Werke Leo Tolstois wird die russische Arbeiterklasse ihre Feinde besser kennenlernen, bei der Untersuchung der **Lehre** Tolstois aber wird das ganze russische Volk begreifen müssen, worin seine eigene Schwäche bestand, die es ihm unmöglich machte, das Werk seiner Befreiung zu Ende zu führen. Wer vorwärts schreiten will, muß das begreifen. . .
Das russische Volk wird sich erst dann seine Befreiung erkämpfen, wenn es begreift, daß es nicht von Tolstoi zu lernen hat, wie man sich ein besseres Los erkämpft, sondern von der Klasse, deren Bedeutung Tolstoi nicht verstanden hat, die aber allein fähig ist, die Tolstoi verhaßte Welt zu zerstören – vom Proletariat."[50]

Brecht und klassisch-bürgerliches Literaturerbe

Niemals – das hat die Untersuchung bestätigt – war das Verhältnis der Klassiker des Marxismus zu den „großen" bürgerlichen Schriftstellern bestimmt durch ein rein museales, feierndes Verhältnis ihrer Werke, sondern durch eine äußerst lebendig-produktive Kritik, die in der Lage war, alles Progressive ihrer Werke „aufzuheben".
Natürlich konnte und ist z. B. Goethe erst unter sozialistischen Bedingungen auch von der Arbeiterklasse in einem oft widersprüchlichen Prozeß der Aneignung wirklich „beerbt" worden. Allerdings ist gerade in den fünfziger Jahren und teilweise auch heute noch der Aristokratismus Goethes von der marxistischen Literaturwissenschaft **im Unterschied zu den Klassikern des Marxismus** mehr heruntergespielt als kritisiert worden.[51]
Gerade Brecht, von Linksbürgerlichen gerne als der große Klassikzerstörer interpretiert[52], entwickelte ein Verhältnis zu den „Klassikern", das Lebendigkeit und produktive Kritik dialektisch miteinander verbindet. Wenn auch heute noch Marxisten meinen, „daß Brecht als Lehrmeister für ein richtiges Klassikverständnis nicht

43 W. Majakowski: Vollst. Werke Bd. 12, S. 150 f., aus: Nyota Thun, Oktoberrevolution, a.a.O. S. 52
44 aus ebd. S 52
45 LW 10, S. 29—34 wichtig!!
46 C. Zetkin, Erinnerungen an Lenin, Zit. aus: Marx, Engels, Lenin „Über Kultur, Ästhetik, Literatur", Reclam 1971, S. 377/378
47 aus: Oktoberrevolution. . . a.a.O. S. 69
48 LW 5, S. 395
49 LW 10, S. 327
50 LW 16, S. 359/360
51 vgl. dazu Werner Mittenzwei, Brechts Verhältnis zur Tradition, Akademie Verlag Berlin, 1972, S. 186—208 und seinen Aufsatz in „Sinn und Form" 1/1973, S. 135—169
52 vgl. dazu H. Holzhauer, Von Sieben, die. . . a.a.O.

geeignet ist[53]", so zeigt sich hier noch ein gewisses von Musealität und Monumentalität gekennzeichnetes Verständnis der Klassiker. Die — lange nachwirkende — von Lukacs vertretene Klassikkonzeption ging davon aus, daß sich Goethe und Schiller von der Französischen Revolution abwandten, ohne ihre fortschrittliche Position aufzugeben; wobei sowohl die politischen als auch die ästhetischen Folgen dieser Position verschwiegen wurden, die in der Preisgabe wesentlicher Gesichtspunkte einer wirklich volksverbundenen Poesie bestand. Brecht dagegen, immer wieder betonend, daß die Größe der klassischen Werke in ihrer menschlichen Größe und nicht in „einer äußerlichen Größe in Anführungszeichen"[54] bestehe, verfiel so nie in das Extrem, die konsequentere politische Haltung der größeren Kunstleistung der Klassiker vorzuziehen. Ihm ging es vor allem darum, in den praktischen Formen der Erbeaneignung (Theater) den Genuß an Werken der Vergangenheit gegen ihre „Pädagogisierung" zu setzen. Den eigentlichen Grund für die Genußmöglichkeit sah Brecht darin, „daß sie (die Menschheit — d. Verf.) gerne die Erinnerung an ihre Kämpfe und Siege pflegt und durchschauert wird, wenn sie sich der immer neuen Bemühungen, Erfindungen, Entdeckungen entsinnt, denn die großen Kunstwerke entstehen in diesen Zeiten der Kämpfe. Und die Fortschritte sind Schritte weg von Fortschritten. Die Verluste, die sie die neuen Gewinne gekostet haben, gedenkt sie nie zu verschmerzen."[55]

Das Moment der Erinnerung also — denken wir an Marx' Bemerkung über griechische Kunst — realisiert wesentlich den Kunstgenuß als ästhetisches Phänomen. So wird im ästhetischen Genuß des künstlerischen Erbes der Mensch sich nicht nur seiner Kämpfe bewußt, mehr noch: „In der Kunst **genießt** er die durchstandene Entwicklung, die zurückliegenden Niederlagen und Siege, die Erfahrungen über erreichte und nicht endgültige Lösungen, im Grunde das, was wir die **Kontinuität** und **Diskontinuität des historischen Prozesses,** den historischen Fortschritt nennen[56]."

Um der Produktivität der klassischen Werke auch wirklich genußfähigen Ausdruck zu verleihen, wandte Brecht eine Methode an, die er „ein Stück in die Krise bringen" nannte. Das bedeutete für ihn nicht etwa, irgendwelche Schwächen eines Werkes ausfindig zu machen, eher dessen Stärken zu prüfen und dessen Aussagekraft zu testen, also Fragen an das Werk zu stellen, die — vom literarischen Standpunkt — oft als unzulässig galten[57]. Damit wollte Brecht neben einer produktiven, genußvollen Aneignung überkommene Interpretationsmuster des literarischen Erbes zerstören. Zerstören allerdings nicht als bloßes Negieren der alten Muster,

53 ebd. S. 187, an anderer Stelle spricht er davon, „daß Brechts Verhältnis zur deutschen Klassik niemals über einen gewöhnlichen Utilitarismus hinausgelangt ist, so wie bestenfalls bei ihm von einem kruden historischen Materialismus gesprochen werden kann". ebd. S. 186. Mir scheint, von Holzhauer wird hier übersehen, daß Brechts Leseart der Klassiker sowie seine von Holzhauer falsch verstandene „Materialwerttheorie" als Ideologiekritik gegen die von der Bourgeoisie pervertierten „Klassiker" gerichtet war. Einmal suchte Brecht damit zu verhindern, daß die Bourgeoisie das weltliterarische Erbe benutzte, um die Widersprüche im Kapitalismus mit nationalistischen Leitbildern und falschen Idealen zu verkleistern und deshalb kam es ihm anfangs nicht darauf an, „zu zeigen, was die Klassiker eigentlich gewollt haben, sondern was die Herrschenden nicht aus den Klassikern machen durften". Sinn und Form, 1/1973, S. 142

54 B. Brecht, Schriften zum Theater, Berlin-Weimar 1964, Theater VI, S. 342

55 B B.recht, Literatur II, a.a.O. S. 369

56 W. Mittenzwei, Brechts Verhältnis zur. . . a.a.O. S. 202 (Herv. von mir M. W.)

57 vgl. dazu: Brechts Verhältnis zur. . . a.a.O. S. 202 (Herv. von mir M. W.)

da es für eine Gegenkonzeption nicht ausreicht, „den entgegengesetzten Weg zu gehen, da es nur Polemik des ‚gesetzten' Weges ist, das heißt, nur zusammen mit diesem verständlich. Die Negation des Falschen bleibt noch falsch. Ihr fehlt der dialektische Umschlag, die Aufhebung also[58]."

Hier ergibt sich auch der Anknüpfungspunkt für das Problem unseres Verhältnisses zu den Klassikern. Zunächst würde ich mit Oskar Neumann die Auffassung teilen, daß wir nicht die Illusion haben können, „unter den Verhältnissen des staatsmonopolistischen Kapitalismus lasse sich die ganze Klasse oder auch nur ihre Mehrheit mit dem ganzen humanistischen Erbe oder auch nur mit den bedeutendsten Zeugnissen der demokratischen und sozialistischen Kultur vertraut machen[59]". Unsere Parole wird nicht lauten: „Zurück zu Goethe", doch der Kampf gegen jedwede Verfälschung, gegen jeden Versuch der Indienstnahme der „Klassiker" für imperialistische, menschenfeindliche Ziele, sei es auf Gedenkfeiern, in Schulen, Universitäten oder in den Massenkommunikationsmedien, muß konkrete Formen annehmen. Die „Heine- und Brechtfeiern" haben den — oft plump, oft geschickt — agierenden Gegner auf diesem Gebiet gezeigt. Unsere kämpferischen Heine- und Brechtehrungen machten deutlich, wer in wessen Tradition steht. Den Kampf gegen bürgerliche und kleinbürgerliche Verfälschung, verbunden mit dem lebendigen Aneignen des demokratischen Erbes heißt: kein „in die Vitrine stellen", keine unnötige Ehrfurcht vor Monumentalität, aber auch kein undialektisches Negieren, sondern vom Standpunkt des Marxismus aus, alles Progressive — in seiner ganzen Widersprüchlichkeit — nutzbar machen für die Unterstützung des gegenwärtigen Kampfes.

Diese Wörterbücher aus der DDR

sind nicht nur Informationsspeicher, sie geben auch kurze Erklärungen über neue Wissensgebiete

Kleines Politisches Wörterbuch
2. überarbeitete und erweiterte Auflage
Etwa 950 Seiten, Leinen, etwa DM 11,80

Das „Kleine Politische Wörterbuch" enthält eine Auswahl von rund 1200 Grundbegriffen aus den Bereichen der marxistischen-leninistischen Philosophie, der politischen Ökonomie, des wissenschaftlichen Sozialismus, der Innen- und Außenpolitik und der Strategie und Taktik der marxistisch-leninistischen Parteien. Behandelte Themenkreise sind des weiteren Grundfragen der marxistischen-leninistischen Staats- und Rechtstheorie, der Kulturpolitik sowie wichtiger internationaler Verträge und Abkommen.

Wörterbuch der Ökonomie Sozialismus
Zahlr. Abb., 940 S., Ln. DM 14,80

Philosophisches Wörterbuch
Hrsg. v. Klaus/Buhr, 2 Bde., 1218 S., Ln. DM 22,—

Die Bücher sind über jede Buchhandlung zu beziehen.

Brücken-Verlag GmbH
Literaturvertrieb Import Export
4 Düsseldorf, Ackerstraße 3

58 Zit. nach: Sinn und Form 1/73, S. 164

59 Kürbiskern 2/73, S. 430

Das Manifest — Wissenschaft von der Zukunft

Den Erfolg von Büchern mißt man üblicherweise an ihren Auflagen. Beim „Manifest der Kommunistischen Partei" sind das rund tausend Ausgaben in hundert Sprachen, und auch das sagt längst nicht das Wesentliche über diese Arbeit von Marx und Engels, über ihre Bedeutung während der vergangenen 125 Jahre, über ihre gegenwärtige und künftige Aktualität.

Verboten und seit dem Kölner Kommunistenprozeß 1852 von der Polizei gesucht, auf den Scheiterhaufen des 10. Mai 1933 verbrannt, nach dem Verbot der KPD von 1956 wieder Gegenstand von Haussuchungen und Gerichtsverfahren in der Bundesrepublik — das alles nützt der Reaktion schon nichts mehr. Was da vor 125 Jahren als Gespenst umging in Europa, ist inzwischen eine Wirklichkeit, an der kein Weg mehr vorbeiführt: die Wirklichkeit des sozialistischen Systems und der kommunistischen Weltbewegung, die Wirklichkeit zunehmenden Interesses und Engagements für die Problemstellung und Lösungsvorschläge des Manifests. So sehen sich auch zahlreiche Ideologen des Imperialismus neuerdings veranlaßt, nicht mehr frontal gegen das Manifest vom Leder zu ziehen, sondern mit schulterklopfendem Wohlwollen festzustellen, die beiden jungen Leute hätten da eine stilistisch glänzende Arbeit hingelegt, für ihre Zeit voll wackerer Ideen und schöner Träume — und genau so wird mit einem Taschenspielertrick zum Verschwinden gebracht, worauf alles ankommt: das Kommunistische Manifest als entscheidender Schritt von der Utopie zur Wissenschaft.

I.

Im Manifest der Kommunistischen Partei wird ein neuer Begriff von Zeit, von Geschichte entwickelt. Vor Marx und Engels hat Zukunft immer etwas Schicksalhaftes; sie ist vorbestimmt: in Gott, oder auch als bloß mechanische Abfolge von Ursache und Wirkung. So konnte noch der utopische Sozialist Saint Simon Zukunft als letztes Glied einer mathematischen Reihe definieren, deren Beginn in der Vergangenheit liegt. Damit wird ein spezielles Kennzeichen der antagonistischen Klassengesellschaft, die Herrschaft von Vergangenheit über Gegenwart und Zukunft in der Ausbeuterordnung, als allgemeines Gesetz genommen. Dem entspricht bis heute die herrschende Linie jener bürgerlichen Futurologen, die Zukunft zu berechnen vorgeben unter der erklärten oder stillschweigenden Annahme, daß der Großteil der Haupttrends fortdauern werde — vor allem natürlich der alles bestimmende Trend des staatsmonopolistischen Systems, die Profite der größten Kapitalien zu maximieren.

So ist Zukunft nicht zu bewältigen, weil schon nicht wissenschaftlich vorauszurechnen. Wer sich davon überzeugen will, betrachte eine der „überraschungsfreien Zukünfte", wie sie sich nach trendanalytischen Methoden und Modellierungen etwa bei Kahn und Wiener in dem Buch „Ihr werdet es erleben" darbietet: das erste Drittel des zwanzigsten Jahrhunderts ohne Ersten Weltkrieg, ohne Sozialistische Oktoberrevolution in Rußland. Was vom Standpunkt des imperialistischen Interesses so nicht hätte sein dürfen, kann nicht stattgefunden haben und nicht stattfinden. So wird die bürgerliche Futurologie samt ihren Datenbanken und Com-

putern, kybernetischen Modellen und Denkfabriken zum Orakel von Delphi, zum faulen Zauber; ihre Aussagen degenerieren zu magischen Leer- und Beschwörungsformeln im Interesse der Verlängerung einer miserablen Vergangenheit voller Krisen und Kriege in eine immer fragwürdigere, schließlich vollends katastrophale Zukunft.

Auch dort, wo Auswege versprochen werden, sind die bürgerlichen Vorstellungen auf eine bestenfalls evolutionäre Entwicklung und damit auf das Verbleiben innerhalb des herrschenden Systems fixiert. So führt ein direkter Weg vom Zeitbegriff bei J. Huxley — geschichtlicher Ablauf als „cumulative evolution" — hin zu der offen apologetischen Absicht des Konzernmanagers Peter Drucker: „Die Zukunft bewältigen" (so der Titel seines Buches bei Econ 1969) müsse heißen, Bewegungen zu verhindern, die mit dem „Klassenkampf Ernst machen"; dagegen will er als Früh- und Vorwarnstelle funktionieren, wörtlich für „Ausbesserungsarbeiten" am alten Gewand, um so das Entwerfen eines neuen Gewandes für den neuen Menschen in neuen menschlichen Umständen überflüssig erscheinen zu lassen.

II.

Marx und Engels verstehen den Ablauf von Geschichte als Geschichte von Klassenkämpfen, die Entwicklung als revolutionären Prozeß, als Bruch mit der Vergangenheit, also auch als Bruch mit der Herrschaft dieser Vergangenheit über Gegenwart und Zukunft, als Herstellung einer neuen, der sozialistischen und kommunistischen Ordnung, in der schließlich die Gegenwart mehr und mehr von der Zukunft und ihren Bedürfnissen her bestimmt, auf diese hin geplant und damit menschlich gemacht wird.

An dieser Sicht von Geschichte, von Zeit, von Zukunft ist nichts mehr mystisch, weder im Sinn von Mechanismus noch von Messianismus. Gerade solcherart Erlösungsgläubigkeit hängen die Marxologen dem jungen Marx und Engels nur allzu gern an, bis an den Punkt, wo Iring Fetscher in der „Zeit" das Manifest und den utopischen Sozialismus wieder auf einen gemeinsamen Nenner bringt — im Glauben an die führende Rolle des Abendlands! Offenbar stand Fetscher, als er dieses Märchen erzählte, völlig unter dem Eindruck seiner jüngsten Forschungsrichtung: „Wer hat Dornröschen wachgeküßt?" Bei dem Thema, finde ich, sollte er bleiben.

Das Kommunistische Manifest ist Wissenschaft. Jede ernsthafte Beschäftigung mit ihm hat von daher ihre Kriterien zu beziehen. Die Kritik, der sich das Manifest wie jede andere wissenschaftliche Aussage zu stellen hat, hat die Wahrheit dieser wissenschaftlichen Aussage zum Gegenstand.

Dagegen wird eingewendet, die Wissenschaftlichkeit des Manifests im Sinn der modernen Theorie bestehe gerade darin, daß es nicht mehr die alte Einlinigkeit von Wahrheit postuliere, sondern mit der Dialektik Wahrscheinlichkeiten einführe und so den Blick auf ganze Felder oder Netze möglicher Zukünfte öffne, mit einer beliebigen Menge dann auch von verschiedenen Sozialismen, einem chinesierten in Peking, einem speziell „menschlichen" nach dem Prager Modell der Pelikan und Sik, und dann wohl auch einem SPD-„demokratischen" von Brandt und Schmidt, somit schließlich auch mit einer beliebigen Zahl von Wegen und Bewegungen zum Sozialismus, und das nicht nur international, sondern in jedem einzelnen Land.

Daß Marx und Engels die Dialektik so nicht gemeint haben, beweist ihr Kapitel III,

ihre vernichtende Auseinandersetzung mit dem feudalen und dem kleinbürgerlichen, dem wahren deutschen und dem konservativen, schließlich dem kritisch-utopistischen Sozialismus, um gerade im Gegensatz dazu die eindeutige und parteiliche Position des wissenschaftlichen Kommunismus herauszuarbeiten. Diese bietet keinen Raum für spekulative pluralistische Modelle; denn anders wäre ihr Prinzip, den verschiedenen philosophischen Interpretationen die revolutionäre Veränderung der Welt entgegenzustellen, nicht zu realisieren. So wäre ich auch gegenüber Liebhabern der mathematischen Logik durchaus bereit, etwa dem Zukunftsmodell des „demokratischen Sozialismus" unter SPD-Führung eine von Null verschiedene positive Wahrscheinlichkeit einzuräumen – in gleicher Weise, wie sie ja auch für den Versuch besteht, aus Ziegen Rennpferde zu züchten. Wer will mit mathematischer Stringenz ausschließen, daß dabei, wenn man die Sache nur oft und lange genug wiederholt, etwas herauskommen kann? Nur, erfolgreiche Pferdezüchter gehen anders vor, und auch der Sozialismus wird nach allen theoretischen Erkenntnissen und praktischen Erfahrungen anders gemacht, und zwar so, wie es Marx und Engels erstmals im Manifest der Kommunistischen Partei darstellen.

III.

Das Manifest erfüllt präzis den neuen Wissenschaftsbegriff, der davon ausgeht, daß Wissenschaft – wie es im „Galilei" von Bert Brecht heißt – mit beiden Kämpfen zu tun hat: mit dem Kampf um die Meßbarkeit des Himmels und mit dem Kampf der Frauen um die Milch für ihre Kinder. Von diesem Humanismus her kommen Marx und Engels zu ihrer eindeutigen klaren Alternative. Sie kennzeichnen den Kapitalismus als die Gesellschaft, die mit dem Leben der Gesellschaft nicht mehr verträglich ist. Wir müssen heute, im Zeitalter der Atom- und Raketentechnik, präzisieren: Der Kapitalismus ist die Gesellschaft, die mit der imperialistischen Anwendung der phantastischen wissenschaftlichen und technischen Mittel der Konstruktion für die profitablen Zwecke der Destruktion, für Kriegswissenschaft und Vernichtungstechnik bis hin zum Völker- und Umweltmord in Vietnam, immer mehr zur Barbarei, zu einer unerträglichen Gefährdung der menschlichen Existenz, der Qualität und selbst der Möglichkeit des Lebens wird. Und das gilt nicht nur im Extremfall, dem Krieg. Es kommt auch in solchen Rückfällen ins finsterste Mittelalter bei gleichzeitiger Modernität der angewendeten Mittel zum Ausdruck, wie wir das soeben mit der Tonbandaufnahme einer „Teufelsaustreibung" im bayerischen Wallfahrtsort Altötting vor der eigenen Haustür erleben mußten. Die Befreiung von dieser Ausbeutung und Unterdrückung, Entwürdigung und Vernichtung des Menschen durch den Menschen – das ist der Sozialismus. Er ist die menschliche Zukunft der Menschheit. Das ist die Entscheidung, die vom Subjekt der Geschichte, von der Arbeiterklasse mit ihren Verbündeten zu vollziehen ist.

Für diese Wahrheit gibt es einen Prüfstein. Bert Brecht definiert: „Eine Aussage oder Darstellung ist dann eine Wahrheit, wenn sie eine Voraussage gestattet. Bei dieser Voraussage muß aber der Aussagende als Handelnder auftreten. Er muß auftreten als einer, der für das Zustandekommen des Vorausgesagten nötig ist."

In der Tat, im Kommunistischen Manifest wird die Voraussage der revolutionären Veränderung, der Befreiung der Arbeiterklasse, des Siegs des Sozialismus gemacht. Und dafür sind Marx und Engels in ihrem ganzen bewußten Leben als

Handelnde, als Kämpfer in den Reihen der Arbeiterbewegung, an der Spitze ihres bewußten und organisierten Vortrupps, der Kommunistischen Partei, aufgetreten. So schließt sich denn auch der Kreis des Wahrheitsbeweises im geschichtlichen Kriterium der Praxis: Es ist diese Kommunistische Partei, diese von ihr geführte Arbeiterklasse, die mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution des Jahres 1917 in Rußland ein für allemal die Kette der alten Ordnung zerbricht, die dann die aggressivste und barbarischste Kraft der Vergangenheit, den Faschismus zerschlägt, und die nun als Zentrum des sozialistischen Systems, der Hauptkraft der revolutionären Bewegung und aller progressiven Prozesse in der Welt den Weg in die Zukunft weist – in eine Zukunft, deren Hauptlinien bereits nicht mehr der Imperialismus, sondern schon jetzt der Sozialismus bestimmt.

Was also keines der Modelle der bürgerlichen Futurologie leistet – ihre Konstrukteure selbst beklagen immer wieder den geringen operationellen Wert ihrer Ansätze und Konzepte –, gerade das leistet das Manifest der Kommunistischen Partei. Es benennt nicht nur das Wünschenswerte, sondern es zeigt, von wem und wie es als geschichtliche Notwendigkeit zu vollziehen ist: Die Arbeiterklasse ergreift die politische Macht und benutzt sie, um die entscheidenden Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum zu überführen, die sozialistische Kulturrevolution zu vollziehen, mit dem ganzen Bau der alten Gesellschaft auch ihren gesamten Überbau umzuwälzen. Das geschieht, und auch darauf weist bereits das Kommunistische Manifest hin, in den einzelnen Ländern unter verschiedenen Bedingungen und Formen des Kampfes, aber stets nach diesen allgemein und international gültigen Prinzipien – oder es geschieht nicht.

Es kann also keine Rede sein von einem Automatismus der Überwindung des kapitalistischen Systems, etwa von einem der wissenschaftlich-technischen Revolution als solcher und von selbst entspringendem grundsätzlichem gesellschaftlichem Wandel, wie uns die Verkünder einer „postindustriellen Gesellschaft" weismachen möchten. Es gibt keine Ablösung des Klassenkampfs als des Gesetzes der Geschichte durch andere, angeblich alles bestimmende Faktoren, wie es Roger Garaudy für die Höhe der Wissenschaftsinvestitionen oder Dennis Meadows für die Daten des Wachstums behaupten.

Wo sind denn die von Garaudy erwarteten großartigen sozialen Effekte der von ihm seinerzeit so hochgelobten 20 Milliarden Dollar für das Wissenschafts- und Forschungsprogramm der USA? Sie haben doch mit einem direkten Anteil von 80 Prozent gleich 16 Milliarden für Vernichtungswissenschaft und Kriegstechnik im wesentlichen nur die „Waffenkultur" und den Massenmord perfektioniert. Und selbst im Bereich ziviler Entwicklung und Anwendung von Computern und Automaten haben sie in der Gesellschaft der Superreichen dazu beigetragen, nicht etwa die Armut, die Gettos, das Rassenproblem zu liquidieren; statt dessen wuchs die Armutskultur der USA, das Gegenstück zu ihrer Waffenkultur, noch weiter in die Breite und in die Tiefe: „Je höher der technische Fortschritt, desto mehr hat der Anteil der Armen am Wohlstand abgenommen; ihr Anteil an Rezession und Elend hingegen ist größer geworden", und was der Soziologe M. Harrington hier feststellt, betrifft nicht eine kleine „Randgruppe", sondern jeden vierten Bürger der USA, davon mit dem höchsten Anteil Millionen junger Menschen, „die verlorene Generation".

Da sind Wachstumsfaktoren, auf die sich die Forschungsgruppen von Meadows

und Forrester konzentrieren sollten — zum Beispiel auf das krebsartige Auswuchern des militärisch-industriell-wissenschaftlichen Komplexes, das Wachstum seiner Machtfülle und seiner Profitmasse, seine Verflechtung mit der gesamten imperialistischen Expansionspolitik und Globalstrategie gegen die sozialistischen Länder und die Dritte Welt. Doch von all dem, und erst recht vom Widerstand dagegen ist in den „Grenzen des Wachstums" keine Rede; das ganze Modell, richtiger gesagt: dieses ganze imperialistische Denkspiel beruht darauf und läuft darauf hinaus, die politische Bewegung, die revolutionäre Veränderung und damit die gesellschaftliche Grundlage zur Lösung der Probleme der Ernährung, der Rohstoff- und Energiebilanzen, des Umweltschutzes und der Gesundheit von vornherein gar nicht stattfinden zu lassen — totale Manipulation im Interesse totaler Apologetik.

Weltmodelle und Weltbilder, in denen der gemeinsame Kampf der Arbeiter gegen die Ausbeuter in ihrem Land, der Wettstreit der beiden Systeme in allen Bereichen und die internationale proletarische und sozialistische Solidarität keinen zentralen positiven Platz haben, können nichts zu einer positiven Entwicklung beitragen. Das gilt auch für die Vorstellungen von einem evolutionären, durch Reformen getragenen, vom Staat harmonisierten Hineinwachsen in die von der SPD-Führung inzwischen so eifrig strapazierte und zitierte „höhere Lebensqualität". Was sich da angesichts der zunehmenden Systemkritik in der BRD und unter dem Druck der Systemauseinandersetzung mit dem Sozialismus als „soziale Planung" geriert, läßt nur Oberflächenkosmetik zu und schafft gleichzeitig eine immer tiefere Kluft zwischen den Folgen der staatsmonopolistischen Anwendung der wissenschaftlich-technischen Revolution und allem, was die arbeitenden Menschen brauchen, um ihre materiellen und geistigen Bedürfnisse zu erfüllen, um menschlich und sinnvoll zu leben, um ihre Fähigkeiten und ihre Mittel des Genusses so zu steigern, wie Marx es als Aufgabe der sozialistischen Entwicklung darstellt und wie es die sozialistische Gesellschaft real vollzieht. Was in der SPD-Propaganda zum Betrug an den arbeitenden Menschen wird, das nehmen wir Kommunisten ernst: In Anwendung der Erkenntnisse des Kommunistischen Manifests, im antimonopolistischen Kampf der DKP, in der Heranführung der Klasse und der Massen an die demokratische und sozialistische Umgestaltung der Bundesrepublik realisieren wir die neue Lebensqualität in einer Ordnung, die überlegen ist durch die Einheit von Planung und Menschlichkeit, in der wirklich der Mensch so im Mittelpunkt steht, wie es dem Grundsatz der DKP entspricht: Alles für den, der arbeitet.

Programm
für das gemeinsame Handeln der Studenten
Für die eigenen Interessen kämpfen —
mit der Arbeiterklasse verbünden

Einsenden an: MSB Spartakus 53 Bonn 1 Postfach

Ich bestelle ..... Exemplare des Studentenaktionsprogramms zum Preis von mindestens 50 Pfennig

Name .....
Anschrift .....
Hochschule .....
.....

André Leisewitz

Marx und Engels zum Verhältnis von Naturwissenschaften und Philosophie

Die folgenden Bemerkungen sollen auf eine 1969 erschienene Studie von Kurt Reiprich aufmerksam machen, die „die philosophisch-naturwissenschaftlichen Arbeiten von Karl Marx und Friedrich Engels" zum Gegenstand hat*. Der Autor bezieht sich in seiner Untersuchung nicht nur auf bereits veröffentlichte Schriften der Klassiker, sondern er hat auch alle für das Thema relevant erscheinenden bisher noch nicht veröffentlichten Exzerpte, Notizen und Briefe berücksichtigt. In einem Anhang wird der Inhalt bisher unveröffentlichter Exzerpte aus naturwissenschaftlichen Werken erläutert und eine chronologische Übersicht aufgeführt, in der die unveröffentlichten Materialien zeitlich gruppiert sind. Die Überlegungen Reiprichs sind nicht nur von philosophiehistorischem Interesse; sie sind deswegen lesenswert, weil sie anhand der Schriften von Marx und Engels auf eine oftmals ignorierte Seite in der Beschäftigung mit den Ergebnissen der Naturwissenschaften verweisen. Forschungsergebnisse werden nicht nur ökonomisch durch die Verwissenschaftlichung der Produktivkräfte verwertet, sondern sie werden auch ideologisch „verwertet" durch ihre philosophische Interpretation und den Versuch, auf scheinbar wissenschaftlicher Grundlage reaktionäre Gesellschaftskonzeptionen und -theorien zu stützen.

Reiprichs Darstellung ist ein guter Beweis dafür, welch große Bedeutung Marx und Engels dem streitbaren Materialismus zuerkannten.

I.

Im ersten Band des „Kapital" findet sich bei der Behandlung des für den Übergang vom Geld- oder Warenbesitzer zum Kapitalisten notwendigen Kapitalminimums folgende Bemerkung von Karl Marx: „Hier, wie in der Naturwissenschaft, bewährt sich die Richtigkeit des von Hegel in seiner ‚Logik' entdeckten Gesetzes, daß bloß quantitative Veränderungen auf einem gewissen Punkt in qualitative Unterschiede umschlagen."[1] Diese Bemerkung wird von Marx um eine Fußnote ergänzt, in der er ausdrücklich darauf verweist, daß „die in der modernen Chemie angewandte ... Molekulartheorie ... auf keinem anderen Gesetze" beruht[2]. Aus dem Briefwechsel zwischen Marx und Engels sind schließlich zwei Briefe erhalten, in denen — am 16. Juni 1867 — Engels seine Überlegungen zum Gesetz des Umschlags von Quantität in Qualität in der Natur andeutet und Marx — sechs Tage später, am 22. Juni — ihm zustimmend mit einem Hinweis auf die angeführte Notiz im „Kapital" antwortet.[3] Jürgen Habermas beklagt sich in diesem Zusammenhang über die „mechanische Pseudodialektik" Engels und äußert sich verwundert über die hier offen-

* Kurt Reiprich: Die philosophisch-naturwissenschaftlichen Arbeiten von Karl Marx und Friedrich Engels, Berlin 1969, Dietz-Verlag, 144 S., DM 5,80. Zitate und Hinweise auf Reiprichs Untersuchung sind durch Seitenangaben im Text kenntlich gemacht.

1 Karl Marx, Das Kapital, 1. Bd., in: Marx, Engels, Werke Bd. 23, S. 327
2 ebd.
3 vgl. Karl Marx, Friedrich Engels, Ausgewählte Briefe, Berlin 1953, S. 218—222

sichtlich zutage tretende „eigentümliche theoretische Nachgiebigkeit des ‚ökonomischen' Marx ... gegenüber dem ‚metaphysischen' Engels". So muß er zugeben: „Die Rede vom jungen Marx und vom alten verdeckt nur eine Verlegenheit." Es ist dies eine Verlegenheit nicht nur von Jürgen Habermas[4].

Die philosophische Tradition des Angriffs auf die von Marx und Engels zum Ausdruck gebrachte Erkenntnis der Wirkungsweise dialektischer Gesetzmäßigkeiten in der Natur und der Anwendung der dialektischen Methode auf die Naturwissenschaften reicht weit zurück. Folgt man Alfred Schmidt, so ist „die vom frühen Lukàcs zum ersten Mal ausgesprochene Notwendigkeit, den Geltungsbereich der Dialektik auf die geschichtlich-soziale Welt zu beschränken, ... unterdessen zur stillschweigenden Voraussetzung aller ernsthaften Marxinterpretation geworden[5]." Diese „Eingrenzung" der Dialektik ist stets begleitet von dem Bemühen, die Klassiker in dieser Frage auseinanderzudividieren und namentlich Engels und Lenin als Gewährsmänner der „Sowjetorthodoxie" gegen Marx auszuspielen. Dieses Motiv findet sich bei Anton Pannekoek[6] und Karl Korsch[7], die gegen Lenin polemisieren, ebenso, wie bei dem „Marxianer" J. P. Sartre[8] und den verschiedenen Autoren, die der „Frankfurter Schule" zuzurechnen sind[9]; es ist ebenso integraler Bestandteil der jugoslawischen „Praxis-Philosophen[10]". Sie alle treffen sich in diesem Punkt mit den offenen Anti-Marxisten wie Fetscher, Bochenski, Calvez, Wetter, Landgrebe, Thier, Steinberg u. a., für deren Position die Behauptung Fetschers steht, „daß durch Engels' verkürzte (wenn auch nicht überall verkürzte) Auffassung der

4 Jürgen Habermas, Zur philosophischen Diskussion um Marx und den Marxismus, in: Theorie und Praxis, Neuwied 1967 (2. A.), Anhang, S. 272

5 Alfred Schmidt, Henri Lefèbvre und die gegenwärtige Marxinterpretation. Nachwort zu: Henri Lefèbvre, Der dialektische Materialismus, Frankfurt am Main 1966, S. 153. Schmidt bezieht sich auf Georg Lukacs, Geschichte und Klassenbewußtsein, Berlin-Halensee 1923, S. 17, wo es in einer Fußnote heißt: „Die Mißverständnisse, die aus der Engelsschen Darstellung der Dialektik entstehen, beruhen wesentlich darauf, daß Engels — dem falschen Beispiel Hegels folgend — die dialektische Methode auch auf die Erkenntnis der Natur ausdehnt." Cf. auch ebd., S. 240 f. Bekanntlich hat Georg Lukacs später diese Position selbstkritisch revidiert und sie als ein Ergebnis des noch nicht vollständig vollzogenen Übergangs von Hegel zu Marx bezeichnet, wobei das Grundprinzip der Marxschen Erkenntnistheorie — eine vom Bewußtsein unabhängig existierende objektive Wirklichkeit und ihre Widerspiegelung im menschlichen Bewußtsein zwar angedeutet sei, meist jedoch vom Hegelschen idealistischen Subjekt-Objekt überlagert werde. Vgl. Georg Lukacs, Vorwort zur Neuausgabe von Geschichte und Klassenbewußtsein, Neuwied 1968.

6 vgl. Anton Pannekoek, Lenin als Philosoph (1938), Frankfurt am Main 1969, hrg. von Alfred Schmidt. Cf. besonders die Seiten 82—107

7 Karl Korsch, Zur Philosophie Lenins. Einige ergänzende Bemerkungen zu Anton Pannekoeks kürzlich erschienener Kritik von Lenins „Materialismus und Empiriokritizismus", abgedruckt in: A. Pannekoek, Lenin als Philosoph, a.a.O., S. 127—138.

8 Vgl. Existentialismus und Marxismus. Eine Kontroverse zwischen Sartre, Garaudy, Hyppolite, Vigier und Orcel. Mit einem Beitrag von Alfred Schmidt. Frankfurt am Main 1966, bes. S. 17—40

9 hierher gehören insbesondere die Veröffentlichungen von Alfred Schmidt. Vgl. Alfred Schmidt, Der Begriff der Natur in der Lehre von Marx, Frankfurt am Main 1967, 2. A.; Alfred Schmidt, Nachwort zu: Henri Lefèbvre, Probleme des Marxismus heute, Frankfurt am Main 1965; ders., Diskussionsbeitrag in: J. H. v. Heiseler, R. Steigerwald, J. Schleifstein, Die Frankfurter Schule im Lichte des Marxismus. Zur Kritik der Philosophie und Soziologie von Horkheimer, Adorno, Marcuse, Habermas, Frankfurt am Main 1970, S. 134—140. Dieser Diskussionsbeitrag ist durchaus widersprüchlich zu vorherigen Veröffentlichungen, wenn Schmidt davon spricht, daß „die Dialektik in den Sachen (ist), ob wir sie denken oder nicht".

10 Vgl. Revolutionäre Praxis. Jugoslawischer Marxismus der Gegenwart. Hrg. v. Gajo Petrovic, Freiburg 1969

Dialektik und deren Übertragung auf die Deutung der Natur und naturwissenschaftlicher Erkenntnisse der Weg für den Lenin-Stalin'schen ‚Diamat' geebnet wurde."[11] Diese Polemik gegen die von Engels vornehmlich im „Anti-Dühring" dargelegten philosophischen Auffassungen ist nun allerdings schon allein deswegen unqualifiziert, weil Marx selbst in seinem Vorwort zur französischen Ausgabe der wichtigsten Partien aus dem theoretischen Teil des „Anti-Dühring" diese „die treffendsten Auszüge" nennt, „die gewissermaßen eine Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus bilden."[12] Ein Blick genügt, um sich zu vergewissern, daß gerade die Ausführungen zur Naturdialektik zu diesen „trefflichsten Auszügen" gehören. Kurt Reiprich steuert zu der Auseinandersetzung um die Frage der Naturdialektik neues Material und Argumente im doppelten Sinne bei. Erstens gibt er einen Überblick über Inhalt und Umfang der Arbeiten von Marx und Engels, in denen sie sich mit Problemen der Naturwissenschaften und ihrer philosophischen Verallgemeinerung beschäftigen. Zweitens unternimmt Reiprich den wichtigen Versuch, zu analysieren, wie und mit welchem Ziel die Klassiker naturwissenschaftliche Forschungsergebnisse studierten und mit welcher Methode sie an das Problem der philosophischen Verallgemeinerung einzelwissenschaftlicher Erkenntnisse herangingen.

Es ist selbstverständlich, daß Marx und Engels die Ergebnisse der zeitgenössischen Naturforschung nicht als Naturwissenschaftler, sondern „rezeptiv" studierten (24). Als entscheidendstes Motiv für die Beschäftigung mit Ergebnissen der Naturforschung nennt Reiprich die Rolle von Wissenschaft und Technik im System der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse, also ihre Rolle im Rahmen des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur, im Prozeß der Aneignung der Natur. Dies gilt insbesondere für die Schaffensperiode der Klassiker bis in die Mitte der sechziger Jahre (25)[13]. Das Schwergewicht der gezielten Beschäftigung mit Ergebnissen der Naturwissenschaften und ihrer systematischen Erarbeitung fällt jedoch in die Periode von 1869 bis zum Tode Marxens, 1883. Danach bricht das Studium fast vollständig ab, verständlich, weil Engels nunmehr sich vollständig der Herausgabe des 2. und 3. Bandes des „Kapital" widmen und allein als Ratgeber der internationalen Arbeiterbewegung tätig sein mußte.

Als Ergebnis seiner philologischen Untersuchungen kann Reiprich folgendes zusammenfassen: Marx beschäftigte sich in dieser Periode intensiv mit den verschiedensten Seiten der naturwissenschaftlichen Entwicklungslehre. Er studierte spezielle Probleme der Physik, Kosmologie und Geologie sowie die Zellenlehre von

11 Iring Fetscher, Einleitung zu: Karl Marx, Friedrich Engels, Studienausgabe in 4 Bänden, hrg. von I. Fetscher, Bd. I, Frankfurt am Main 1966, S. 10

12 Karl Marx [Vorbemerkung zur französischen Ausgabe (1880)], in: Marx, Engels, Werke, Bd. 19, S. 185. „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft" entstand auf Bitten Lafargues aus drei Kapiteln des „Anti-Dühring". Die Ausführungen zur Naturdialektik finden sich im zweiten Abschnitt.

13 Diesem Interesse der Klassiker an den Ergebnissen von Naturwissenschaft und Technik gehen eine Reihe von Untersuchungen marxistischer Autoren nach. Hier seien nur erwähnt: M. Rubinstein, Marx über die Entwicklung der Technik, in: Bolschewik, Moskau 1932, H. 1/2 [russ.]; S. M. Grigorjan, Karl Marx über den technischen Fortschritt im Kapitalismus, in: wirtschaftswissenschaft, Berlin 1963, H. 12; A. Kraus, Zur Bedeutung des Marxschen Werkes für die Geschichte der Technik, in: die Technik, Berlin 1968, H. 10, 11; A. A. Kusin, Karl Marx und Probleme der Technik, Leipzig 1970; S. Heppener, Marxistisch-leninistische Produktivkrafttheorie und weltanschaulich-theoretische Probleme der wissenschaftlich-technischen Revolution, in: DZfPh, 1971, H. 4

Schwann und Schleiden (19). Engels, der Mitte der sechziger Jahre von Marx bei der Aneignung der notwendigen mathematischen Vorkenntnisse unterstützt worden war, studierte vor allem Ergebnisse der Physik und Chemie. Beide beschäftigten sich ausführlich mit dem Darwinismus (Marx stand mit Darwin in brieflichem Kontakt). Reiprich gelangt zu der Auffassung, daß Marx mindestens „ebenso intensiv" die Ergebnisse der Naturforschung seiner Zeit studierte wie Engels (22), und daß dieses Studium in starkem Maße gemeinsam erfolgte. Einen Anhaltspunkt für die Intensität der Marx'schen Studien gibt das 356 Seiten starke Exzerpt zu Fragen der Geologie, in dem er sich ausführlich mit der „chemischen Metamorphose der Minerale und Kristalle" befaßt und die „Abhängigkeit der Qualität der Minerale von ihrer chemischen Struktur" studiert (54). Weiterhin liegen umfangreiche Manuskripte Marxens zur Mathematik vor, die kürzlich weitgehend veröffentlicht wurden[14]. Die Tatsache, daß der Anteil Engels an der Darstellung der Dialektik der Natur und der Anwendung der dialektischen Methode auf die Naturwissenschaften ungleich größer ist, resultiert also keineswegs etwa daraus, daß nur er sich mit der zeitgenössischen Naturforschung beschäftigt hätte; sie findet vielmehr ihre Erklärung in der bekannten Arbeitsteilung zwischen Marx und Engels, die darauf hinauslief, daß Marx sich ganz dem „Kapital" widmete und — gegen seinen eigenen Wunsch — alle anderen Arbeiten zurückstellen mußte, um sein Hauptwerk „wenigstens im Manuskript ganz fertig zu machen".[15]

II.

Die Untersuchung der Einheit von Natur und Gesellschaft unter dem Aspekt ihrer tätig-praktischen Aneignung durch den Menschen war der Ausgangspunkt der Marx/Engels'schen Beschäftigung mit Resultaten der Naturforschung[16]. Besonders seit Mitte der sechziger Jahre wurde diese Fragestellung ausgeweitet in Richtung auf die systematische Untersuchung, inwieweit die Dialektik allgemeines Bewegungsgesetz in Natur und Gesellschaft ist. „Es ist keine Spekulation, daß das Studium dieser naturwissenschaftlichen Erkenntnisse beziehungsweise Gebiete bei Marx und Engels im Zusammenhang mit der Begründung der These von der materiellen Einheit der Welt stand." (62). Den konkreten Anlaß zur Ausarbeitung dieser Frage bot der wachsende Einfluß Eugen Dührings in der deutschen Sozialdemokratie. Die wesentliche politische Funktion des Anti-Dühring bestand in der — durch die Entwicklung des Klassenkampfes auf ideologischem Gebiet zwingend gewordenen — „intensiven weltanschaulichen Bildung der Sozialdemokratie, deren weitere Entwicklung zur proletarischen Massenpartei nur dadurch garantiert werden konnte". (41). Im vierten Kapitel untersucht Reiprich die Auswirkung der philosophisch-naturwissenschaftlichen Arbeiten von Marx und Engels auf die deutsche Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert (99—115).

Zur Verdeutlichung der Fragestellung stellt Engels dem Anti-Dühring in der Einleitung einen knappen Abriß der Geschichte des Materialismus und der Dialektik voran; die wichtigsten Punkte sollen hier zusammengefaßt werden[17].

Engels hebt zwei Dinge besonders hervor; erstens: Je deutlicher der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat in den Vordergrund der Geschichte der fortgeschrittensten Länder Europas zu Beginn des 19. Jahrhunderts sich drängte, desto drastischer machten sich „historische Tatsachen geltend..., die für die Geschichtsauffassung eine entscheidende Wende herbeiführten".[18] Der Aufstand der Lyoner Seidenweber im Jahre 1831 und die englische Chartistenbewegung waren diese neuen „Tatsachen", die zur Revision der Geschichtsauffassung zwangen, bei der sich herausstellte, „daß a l l e bisherige Geschichte die Geschichte von Klassenkämpfen war".[19]

Mit der Erkenntnis, daß die Existenz antagonistischer Klassen in den ökonomischen Verhältnissen ihrer Epoche wurzelte, war eine materialistische Geschichtsauffassung gegeben und der Idealismus aus „seinem letzten Zufluchtsort" vertrieben[20]. Damit war zugleich die Frage nach den inneren Bewegungsgesetzen der kapitalistischen Produktionsweise gestellt. „Diese beiden großen Entdeckungen: die materialistische Geschichtsauffassung und die Enthüllung des Geheimnisses der kapitalistischen Produktion vermittelst des Mehrwerts, verdanken wir Marx[21]."

Zweitens: Im Gegensatz zur bisherigen, vormarxschen Geschichtsauffassung, war die Naturforschung zwar wesentlich materialistisch gewesen, aber sie faßte „die Naturdinge und Naturvorgänge in ihrer Vereinzelung, außerhalb des großen Gesamtzusammenhangs..., nicht in ihrer Bewegung, sondern in ihrem Stillstand, nicht als wesentlich veränderliche, sondern als feste Bestände, nicht in ihrem Leben, sondern in ihrem Tod".[22] In dem Maße, „als die Forschung den entsprechenden positiven Erkenntnisstoff lieferte"[23], mußte diese klassische metaphysische Denkweise jedoch in Widersprüche sich verwickeln, wo es notwendig war, „die Dinge und ihre begrifflichen Abbilder wesentlich in ihrem Gesamtzusammenhang, ihrer Verkettung, ihrer Bewegung, ihrem Entstehn und Vergehn" aufzufassen.[24] Damit entstanden die Voraussetzungen für eine — dem französischen Materialismus ebenso wie Hegel widersprechende — Naturauffassung, derzufolge „die Natur ebenfalls ihre Geschichte in der Zeit hat, die Weltkörper wie die Artungen der Organismen ... entstehn und vergehn ..."[25] Engels faßt diese Entwicklung mit den Worten zusammen: „Die Natur ist die Probe auf die Dialektik, und wir müssen es der modernen Naturwissenschaft nachsagen, daß sie für diese Probe ein äußerst reichliches, sich täglich häufendes Material geliefert und damit bewiesen hat, daß es in der Natur, in letzter Instanz, dialektisch und nicht metaphysisch hergeht[26]."

Welches sind die neuen Tatsachen und Wissenschaften, die die Überwindung des

14 cf. Karl Marx, Matematiceskije rukopisi, Mosk'va 1968; S. A. Janovskaja, Karl Marx' „Mathematische Manuskripte", in: Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Berlin 1969, H. 1

15 Marx, Engels, Werke Bd. 31, S. 542. Vgl. auch den Brief von Marx an Engels vom 14. Januar 1858, wo er sich mit der Absicht trägt, „wenn je wieder Zeit für solche Arbeiten kommt", das Rationelle an der dialektischen Methode darzulegen. Marx, Engels, Ausgewählte Briefe, a.a.O., S. 121

16 Cf. K. Marx, Fr. Engels, Die deutsche Ideologie, in: Marx, Engels, Werke, Bd. 3, S. 43 f.

17 Dieser historische Aspekt kommt m. E. bei Reiprich — ebenso wie eine kritische Darstellung der Hegelschen Naturphilosophie — zu kurz.

18 Friedrich Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring), in: Marx, Engels, Werke, Bd. 20, S. 24

19 ebd., S. 25

20 ebd.

21 ebd., S. 26

22 ebd., S. 20

23 ebd., S. 24

24 ebd., S. 22

25 ebd., S. 24

26 ebd., S. 22

mechanischen Materialismus des 18. Jahrhunderts ermöglichten? Engels nennt hier im einzelnen: Mechanik der Gase, organische Chemie und Synthese organischer Substanzen aus anorganischen Stoffen, wissenschaftliche Embryologie, Geologie und Paläontologie, vergleichende Anatomie der Pflanzen und Tiere.[27] Als entscheidend hebt Engels drei Entdeckungen hervor: die Entdeckung des mechanischen Wärmeäquivalents durch Mayer, Joule und Colding, und damit die Zurückführung aller besonderen „wirkenden Ursachen in der Natur" „als besondere Formen, Daseinsweisen einer und derselben Energie, d. h. Bewegung[28]". Durch diese Entdekkung wird die Einheit der Bewegung in der Natur aus einer philosophischen Behauptung zu einer naturwissenschaftlich nachgewiesenen Tatsache. Die Schwann-Schleidensche Zellulartheorie ist die zweite entscheidende Entdeckung, die Engels nennt. Durch sie gelingt es, Entstehung, Wachstum und Struktur der Organismen ihres bisherigen mataphysischen Schleiers zu entkleiden. Schließlich wird durch die von Darwin begründete Entwicklungstheorie jene Gesetzmäßigkeit zumindest im Prinzip aufgefunden, die die Entwicklungsreihe der Organismen erklärt und damit die „Vorgeschichte des Menschengeistes", ohne deren Verständnis „das Dasein des denkenden Menschenhirns ein Wunder" bleiben müßte.[29] Während also noch im 18. Jahrhundert die entscheidenden wissenschaftlichen Kenntnisse und Theorien der Naturforschung sich auf irdische und Himmelsmechanik beschränkten und alle anderen Bereiche noch im Stadium des unverstandenen Sammelns einzelner Kenntnisse sich befanden, besteht der entscheidende Wandel in der Wissenschaftsentwicklung des 19. Jahrhunderts für Engels darin, daß es gelingt, die verschiedenen Disziplinen so weit einander anzunähern, daß die durch sie abgebildete „Natur als ein wenigstens in den großen Grundzügen erklärtes und begriffenes System von Zusammenhängen und Vorgängen vor uns ausgebreitet" liegt.[30] Es wird von daher verständlich, daß die Klassiker in ihren Studien sich bemühten, gerade jene „Nahtstellen" wissenschaftlicher Forschung ausfindig zu machen, an denen hinter dem Besonderen das Allgemeine im Zusammenhang der Dinge sich aufspüren ließ.[32]

III.

Die anregendsten Passagen widmet Reiprich der Frage, w i e und mit welchem Ergebnis Marx und Engels methodisch an das Problem der Verallgemeinerung einzelwissenschaftlicher Erkenntnisse herangingen. Denn im Gegensatz zur idealistischen Systemphilosophie Hegels konnte es sich für sie nicht darum handeln, „die dialektischen Gesetze in die Natur hineinzukonstruieren" und sich dabei in heillosen Widerspruch zu den naturwissenschaftlichen Tatsachen zu verstricken[32], es war vielmehr notwendig, „sie in ihr aufzufinden und aus ihr zu entwickeln"[33]. Reiprich erläutert zuerst die erkenntnistheoretischen Prämissen (45ff.). In seiner Polemik gegen den Agnostizismus stellt Engels heraus, daß wirkliches, erschöpfendes Erkennen einerseits nur darin bestehen kann, daß „wir das Einzelne im Gedanken aus der Einzelheit in die Besonderheit und aus dieser in die Allgemeinheit erheben".[34] Dabei kann sich andererseits das Erkennen von Gesetzmäßigkeiten (sie sind die Form der Allgemeinheit in der Natur) nur in einem „unendlichen asymptotischen Progreß" vollziehen[35]. Jede Erkenntnis hat damit konkret-historischen Charakter und ist auf Grund der Entwicklung des erkennenden Subjekts und des Erkenntnisobjekts stets unabgeschlossen. Hieraus folgt für Engels jedoch kein agnostizistischer Standpunkt; während für ihn einerseits klar war, daß aufgrund des konkret-historischen Charakters die theoretische Widerspiegelung die Realität z. B. in naturwissenschaftlichen Aussagen nie vollkommen und absolut zu erfassen vermag, so war andererseits mit der Praxis das Kriterium der Objektivität der Widerspiegelung gegeben. Es genügt, in diesem Zusammenhang auf die Feuerbachthesen zu verweisen. Die Ausführungen der Klassiker zur Bedeutung der Praxis für den Erkenntnisprozeß werden von Reiprich in einem gesonderten Kapitel untersucht (77—98).
Die erklärte Absicht Engels ist es, nachzuweisen, „daß in der Natur dieselben dialektischen Bewegungsgesetze im Gewirr der zahllosen Veränderungen sich durchsetzen, die auch in der Geschichte die scheinbare Zufälligkeit der Ereignisse beherrschen."[36] Die von Marx und Engels entdeckte Wirksamkeit dialektischer Gesetze in der Gesellschaft mußte noch nicht zur Folge haben, daß sie überall existieren; ihr universeller Charakter ließ sich erst dadurch beweisen, „daß die Hypothese durch einzelwissenschaftliche Erkenntnisse zur Theorie bestätigt wurde." (52). Reiprich stellt dabei heraus, daß die Klassiker die Methodik einer entsprechenden Verallgemeinerung einzelwissenschaftlicher Erkenntnisse erstmals vor 1848 bei der Begründung des historischen Materialismus entwickelt hatten. (49 f.; 53; 136, Anm. 21). Ein systematischer Vergleich der Methode der Abstraktion in der theoretischen Forschung von Marx und Engels wäre hier höchst interessant. Reiprich verfolgt dies an Engels Ausführungen zum Gesetz des Umschlags von Quantität in Qualität. Historisch bleibt anzumerken, daß — wie Engels im Anti-Dühring hervorhebt — die Formulierung dieses Gesetzes auf Marx zurückgeht, gegen dessen eingangs erwähnte Bemerkung im ersten Band das „Kapital" auch Eugen Dühring polemisierte, weswegen Engels sich zu diesem Problem im Anti-Dühring ausführlicher äußerte. Engels geht vom Studium der Hegelschen Dialektik und der bei Hegel „an Hunderten von Stellen" aus Natur und Geschichte angehäuften „Einzelbelege"[36] aus, das ihn zu der Annahme verleitet, daß das Gesetz des Umschlags von Quantität in Qualität existiert (54). Auf der zweiten Stufe seiner Untersuchung kritisiert Engels die Hegelsche Begriffsdialektik, „die diese Gesetze der Natur und Geschichte aufoktroyiert", nicht aus ihnen ableitet[37] und formuliert als Ausgangshypothese die Annahme, daß dieses Gesetz in allen Bereichen der objektiven Realität wirkt. Die von ihm entwickelte Aufgabenstellung formuliert Reiprich so: „Das Ziel bestand darin, solche Gesetze in allen Bewegungsformen der Materie zu finden und nachzuweisen, daß sie in allen Bereichen der objektiven Realität mit Notwendigkeit wirken

27 Friedrich Engels, Dialektik der Natur [Notizen und Fragmente], Ausgelassenes aus Feuerbach, in: Marx, Engels, Werke, Bd. 20, S. 467
28 ebd., S. 467. Vgl. auch Friedrich Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, in: Marx, Engels, Werke Bd. 21. S. 294/295
29 Friedrich Engels, Dialektik der Natur, a.a.O., S. 468
30 ebd., S. 469
31 ebd., S. 444—455
32 vgl. Die Beiträge zu Hegels Naturphilosophie in: Zum Hegelverständnis unserer Zeit, hrg. von Hermann Ley, Berlin 1972; Helmut Korch, Hegels Naturphilosophie, in: E. Lange (Hrg.), Hegel und wir, Berlin 1970
33 Friedrich Engels, Anti-Dühring, Vorwort zu der Auflage von 1885, a.a.O., S. 12
34 Friedrich Engels, Dialektik der Natur, a.a.O., S. 501
35 ebd., S. 502
36 ebd., S. 349
37 ebd., S. 348

müssen." (ebd.). Von diesem Standpunkt aus begannen die Klassiker mit dem eigentlichen Studium einzelwissenschaftlicher Erkenntnisse der Naturwissenschaften, wobei sie Hegels Hinweise folgten, „daß die chemische Wissenschaft am umfassendsten und reinsten die Wirkung des Gesetzes des Umschlags von Quantität in Qualität und umgekehrt beweist". (ebd.). Während Marx sich vornehmlich mit der chemischen Metamorphose der Minerale und Kristalle, also der Geochemie, befaßt, untersucht Engels den Umschlag von Quantität in Qualität anhand der Energieumsetzung bei chemischen Prozessen.[38] Aus diesen und anderen Untersuchungen schlußfolgert er, „daß in der Natur, in einer für jeden Einzelfall genau feststehenden Weise, qualitative Änderungen nur stattfinden können durch quantitativen Zusatz oder quantitative Entziehung von Materie oder Bewegung (sog. Energie)".[39] Der nächste Verallgemeinerungsschritt bewegt sich ebenfalls noch auf naturwissenschaftlicher Ebene, wenn Engels zum Ausdruck bringt, „daß alle qualitativen Unterschiede in der Natur auf verschiedene chemische Zusammensetzung oder auf verschiedene energetische Zustände zurückzuführen sind". (55).

In einem nächsten, vierten Schritt, wird sozusagen das Terrain der „rein naturwissenschaftlichen" Abstraktion verlassen und mit dem Nachweis, daß das Gesetz „mit Notwendigkeit in allen Bereichen der objektiven Realität wirken muß" (55) eine philosophische Aussage getroffen. Diese aus der Verallgemeinerung einzelwissenschaftlicher Aussagen aus allen Gebieten der Wissenschaften gewonnene These hat für ihre Gültigkeit zweierlei zur Voraussetzung: erstens, „daß die Bedingungen für sein (des Gesetzes; A. L.) universelles Wirken genau definiert sind"; dies ist, wie Engels im Anti-Dühring ausführlicher darlegt[40], dann der Fall, „wenn innerhalb einer Erscheinung diese beiden sich gegenseitig bedingenden Eigenschaften (Quantität und Qualität, A. L.) miteinander in einem bestimmten Stadium des Widerspruchs existieren". (56). Zweitens, daß nachgewiesen wird, „daß die spezifischen Wirkungsbedingungen dieses Gesetzes durch die jeweils konkrete materielle Struktur gegeben sind" (ebd.), also von den qualitativ unterschiedlichen Bewegungsformen der Materie abhängig sind.

Reiprich charakterisiert die von Marx und Engels angewandte Methodik der Abstraktion oder Verallgemeinerung einzelwissenschaftlicher Aussagen als „reduktive Methode" (46 f.). Ihr Kern besteht darin, daß vermittelt über die Praxis Aussagen des erkennenden Subjekts über die objektive Realität getroffen werden, aus denen unter Abstraktion vom Besonderen allgemeine Hypothesen gewonnen werden, die es erneut auf Objekte aus Natur oder Gesellschaft anzuwenden gilt und die hier ihre Gültigkeit unter Beweis zu stellen haben. Diese Methodik wird von Lenin in den „Philosophischen Heften" folgendermaßen charakterisiert: „Das Denken, das vom Konkreten zum Abstrakten aufsteigt, entfernt sich nicht ... von der Wahrheit, sondern nähert sich ihr. Die Abstraktion der Materie, des Naturgesetzes, die Abstraktion des Werts usw., mit einem Wort alle wissenschaftlichen ... Abstraktionen spiegeln die Natur tiefer, richtiger, vollständiger wider. Von der lebendigen Anschauung zum abstrakten Denken und von diesem zur Praxis – das ist der dialektische Weg der Erkenntnis der Wahrheit, der Erkenntnis der objektiven Realität".[41]

Bezüglich der Gesetze der Dialektik formuliert Engels demgemäß: „Es ist also die Geschichte der Natur wie der menschlichen Gesellschaft, aus der die Gesetze der Dialektik abstrahiert werden. Sie sind eben nichts anderes, als die allgemeinsten Gesetze dieser beiden Phasen der geschichtlichen Entwicklung, sowie des Denkens selbst."[42]

Die ständige Entwicklung der Naturwissenschaften liefert stets neue „Tatsachen", mit deren materialistischer Interpretation Marxisten sich zu befassen haben. Auch dabei gilt es Engels' Bemerkung im Auge zu behalten, daß der Materialismus „mit jeder epochemachenden Entdeckung schon auf naturwissenschaftlichem Gebiet ... seine Form ändern" muß[43]. Demzufolge wäre es „Hohn auf den Geist des dialektischen Materialismus ..., die Engelssche Methode diesem oder jenem Buchstaben bei Engels zum Opfer zu bringen".[44] Es ist vielmehr, wie Lenin betont, notwendig, ständig die „Form" des Engelsschen Materialismus mit dem Entwicklungsstand der Naturwissenschaften in Einklang zu bringen und systematisch den Nachweis zu führen, daß es keinen Widerspruch zwischen den Ergebnissen der Naturforschung und dem dialektischen Materialismus gibt.

In der Auseinandersetzung mit den vielfältigen Formen idealistischer Interpretation der modernen Naturwissenschaften an der Hochschule gestattet es insbesondere die Berücksichtigung der Methode der Verallgemeinerung einzelwissenschaftlicher Erkenntnisse, wie sie von den Klassikern entwickelt wurde, begründet jene Versuche zurückzuweisen, die die spezifische Form, unter der allgemeine Gesetzmäßigkeiten in der Natur auftreten, als gültig auch für die menschliche Gesellschaft erklären wollen. Die Bedeutung, die solche biologistischen Theorien nicht nur für das Selbstverständnis vieler Naturwissenschaftler, sondern als Herrschaftsideologie gewinnen, macht eine wachsende Beschäftigung marxistischer Studenten mit Fragen des Verhältnisses von Naturwissenschaft und Philosophie erforderlich.

Von besonderer Bedeutung ist hierbei die Auseinandersetzung mit der Geschichte der Naturwissenschaften. Solange die Naturwissenschaften nur als Reflexion über einen bestimmten Bereich der objektiven Realität verstanden und nicht im Zusammenhang mit ihrer praktischen Bedeutung gesehen werden, Instrument bei der Aneignung der Natur durch den Menschen zu sein, ist ihre eigentliche Bedeutung nicht erfaßt. Weil der Mensch sich die Natur aneignen muß, um existieren zu können, ist „die Industrie ... das wirkliche geschichtliche Verhältnis des Menschen zur Natur und daher der Naturwissenschaft zum Menschen".[45] Die Geschichte der Naturwissenschaften liefert das Material, das den Zusammenhang zwischen wissenschaftlicher Entwicklung und gesellschaftlichen Anforderungen belegt. Sie ist zugleich die Geschichte der Entdeckung der „neuen Tatsachen", die für die Überwindung des mechanischen und die Begründung des dialektischen Materialismus Voraussetzung waren.

38 vgl. Karl Marx, Exzerpte aus: Joseph B. Jukes, The Student's Manual of Geology, datiert vom Juni 1878 (unveröff.), nach Reiprich, S. 54 f., 129, 136; Friedrich Engels, Exzerpte aus: Gustav Heinrich Wiedemanns, Die Lehre vom Galvanismus und Elektromagnetismus, Bd. I u. II, datiert 1882/1883 (unveröff.), nach Reiprich, S. 55, 130, 136
39 Friedrich Engels, Dialektik der Natur, a.a.O., S. 349
40 vgl. Friedrich Engels, Anti-Dühring, a.a.O., S. 111—120
41 W. I. Lenin, Philosophische Hefte, in: W. I. Lenin, Werke Bd. 38, S. 160
42 Friedrich Engels, Dialektik der Natur, a.a.O., S. 348
43 Friedrich Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, a.a.O., S. 278
44 W. I. Lenin, Materialismus und Empiriokritizismus, in: W. I. Lenin, Werke Bd. 14, S. 250
45 Karl Marx, Ökonomisch-philosophische Manuskripte, in: Marx, Engels, Werke, Ergänzungsband 1, S. 543

Dieter Ewig

Ein Gespenst geht um in der SPD . . .

Der staatsmonopolistische Kapitalismus oder Warum es Johano Strasser „wurscht" ist, „von welchem großen Klassiker das kommt"

Die Veröffentlichung des Papiers „Zur Theorie und Praxis der Stamokap-Gruppe bei den Jungsozialisten" im JuSo-Informationsdienst Nr. 1/73 hat in der bürgerlichen Presse ein lebhaftes Echo gefunden. Hat man dort die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus (SMK) geflissentlich ignoriert, so stopft man nun die Spalten von „Welt", „FAZ" bis hin zur „FR" mit der Auseinandersetzung um die Theorie des SMK innerhalb der SPD und besonders bei den Jusos voll. Die Gründe, die die herrschende Klasse bewegen, der Auseinandersetzung um diese Theorie anscheinend mehr Aufmerksamkeit entgegenzubringen als bisher, lassen sich nur ausfindig machen vor dem Hintergrund zunehmender Differenzierungsprozesse in der SPD, die mit der Vorbereitung des Bundeskongresses der Jungsozialisten[1] und des Parteitages der SPD[2] an Schärfe gewonnen haben.
Im folgenden Beitrag soll es nun darum gehen, anhand des o. a. Strasser-Papieres verschiedene Strömungen innerhalb der Sozialdemokratie deutlich werden zu lassen und das eklektische Konglomerat verschiedener, teilweise dezidiert antikommunistischer Theoreme Strassers aus marxistischer Sicht einer inhaltlichen Kritik zu unterziehen.

Der Zweck des Strasser-Papiers

Die im Vorwort formulierte Absicht des Papiers, daß diese Stellungnahme „allerdings nicht dazu führen sollte, irgend jemanden anzuprangern"[3], erweist sich schon auf der ersten Seite als unglaubwürdig. So wird dort SHB-Genossen unterstellt, daß sie auf der „Linie des Bundeszentralrates (jetzt Bundesvorstandes) innerhalb der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten eine Politik der bewußten Fraktionierung (entfalten) und zum Teil mit anderen — meist DKP-nahen Organisationen, offen oder verdeckt gegen die Jusomehrheit und Beschlüsse der Juso-Gremien (arbeiten)"[4]. Und die im Vorwort sich selbst gestellte Aufgabe, „diese Auseinandersetzungen fair zu führen"[5], erweist sich ebenfalls als Phrase, wenn der Verfasser auf der nächsten Seite behauptet, „daß die Unterscheidung einer ‚Kaderlinie' (Theorie für die bewußte ‚Vorhut des Proletariats') von einer ‚Massenlinie' (Theorie für die bewußtseinsmäßig zurückgebliebene Masse) es den Außenstehenden nicht leicht macht, herauszubekommen, was die ‚Stamokap'-Vertreter selbst ernsthaft für richtig halten und was sie aus taktischen Gründen nach außen hin vertreten"[6].
Hat man so gleich zu Beginn den Gegner als „Agenten der DKP" entlarvt und seine verschwörerhafte und hinterlistige Taktik herausgestrichen, kann man nun dazu

1 Der Bundeskongreß fand vom 9.—11. 3. 1973 statt
2 Der Bundesparteitag vom 10.—14. 4. 1973
3 J. Strasser, Zur Theorie und Praxis der „Stamokap"-Gruppe bei den Jungsozialisten, in: Juso Informationsdienst 1/73 Seite 1
4 und 5 ebenda
6 a.a.O., Seite 2

übergehen, auf scheinbar theoretischer Ebene die Auseinandersetzung mit der Theorie der SMK und seiner Vertreter in und außerhalb der Jusos zu führen. Auf diese Weise versuchte man vor dem Bundeskongreß der Jungsozialisten der sogenannten Stamokap-Gruppe eins auszuwischen, um der rechten SPD-Führung zu demonstrieren, daß man mit dem „Stamopak"[7] nichts gemein hat. Anknüpfend an weit verbreitete antikommunistische Ressentiments von Agenten und Verschwörertum wollte und will man sich so taktische Vorteile in den innerparteilichen Auseinandersetzungen verschaffen.

„Das ökonomische Monopol, das ist der Kern der ganzen Sache"[8]

Die Kritik Strassers bezieht sich hauptsächlich auf das Hamburger Strategie-Papier, das von der Landeskonferenz der Jusos am 27. 11. 1971 beschlossen wurde. Die Tatsache, daß dieses Papier 14 Monate vor dem Strasser-Aufsatz erschienen ist, erst jetzt aber für den Bundesvorstand der Jusos aktuell und diskussionswürdig wird, erhärtet unsere Aussage über die Funktion des Strasser-Papiers. Die Auseinandersetzung um die Theorie des SMK begann jedoch laut Strasser schon auf dem Hannoveraner Bundeskongreß zur politischen Ökonomie und Strategie, wo „von seiten des Bundesvorstandes alles darangesetzt wurde, den Begriff des ‚Monopols'. . . in den Strategie-Thesen nicht erscheinen zu lassen, weil man befürchtete, mit der Übernahme dieses Begriffs sich der ‚Stamokap'-Theorie auszuliefern . . .'[9] Statt dessen wurde in These 3 die Monopolisierung der **kapitalistischen Wirtschaft** mit ihren Konsequenzen bezüglich einer weitgehenden Ausrichtung der Staatstätigkeit nach den Interessen der großen Konzerne beschrieben.
Dies ist laut Strasser kein „fauler Kompromiß" gewesen, sondern „spiegelt die Fähigkeit der Jusos (wider), eine komplexe gesellschaftliche Wirklichkeit auch differenziert darzustellen, statt sie über den Leisten einer vorgefaßten vereinfachten Theorie zu schlagen"[10].
Nun sind natürlich auch wir Marxisten um eine wissenschaftliche Analyse der **konkret-historischen** Widersprüchlichkeit des gegenwärtigen Kapitalismus bemüht. Im Gegensatz zu Johano Strasser jedoch, trennen wir nicht die „differenzierte Wirklichkeit" von der Theorie, sondern bedienen uns der marxistischen Methode des Aufsteigens vom Abstrakten zum Konkreten. In der Einleitung zur Kritik der politischen Ökonomie schreibt Marx: „Es scheint das richtige zu sein, mit dem Realen und Konkreten, der wirklichen Voraussetzung zu beginnen, indes zeigt sich dies bei näherer Betrachtung (als) falsch. Die Bevölkerung ist eine Abstraktion, wenn ich zum Beispiel die Klassen, aus denen sie besteht, weglasse. Diese Klassen sind wieder ein leeres Wort, wenn ich die Elemente nicht kenne, auf denen sie beruhen, zum Beispiel Lohnarbeit und Kapital, etc."[11]
Von diesem Ausgangspunkt konnte Marx schon im „Elend der Philosophie" die Dialektik von Monopol und Konkurrenz erkennen. „Das Monopol erzeugt die Konkurrenz, die Konkurrenz erzeugt das Monopol. Die Monopolisten machen sich Konkurrenz, die Konkurrenten werden Monopolisten[12]." Und nachdem er im dritten

7 a.a.O., Seite 5
8 W. I. Lenin, Werke Band 23, Berlin 1968, Seite 34
9 Strasser, a.a.O., Seite 2
10 ebenda
11 MEW 13, Seite 631
12 MES 4, S. 163

Band des „Kapitals" die Bewegungsgesetze des Kapitals ökonomisch begründet hatte, konnte er die „Ersetzung der Konkurrenz durch das Monopol" wissenschaftlich nachweisen[13].

Engels konnte aufgrund seiner empirischen Beobachtungen des Zentralisationsprozesses des Kapitals in England und Deutschland die Erkenntnisse Karl Marx' bestätigen: „In den Trusts schlägt die freie Konkurrenz um ins Monopol", heißt es in seiner Schrift „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft".[14]

Lenin war es, der an diese Erkenntnisse von Marx und Engels anknüpfte, als er zu Beginn des 20. Jh. feststelle, daß in den wichtigsten kapitalistischen Ländern die Entstehung von allmächigen wirtschaftlichen Monopolen Tatsache geworden war. Im „Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" weist er auch gleichzeitig darauf hin, daß monopolistischer Kapitalismus das Streben nach der Monopolisierung der Rohstoffquellen und des Bodens, nach Ausplünderung von Kolonien und nach Gewalt und Aggression nach außen wie nach innen beinhaltet

Die marxistische Monopoltheorie geht heute davon aus, daß es, durch die Jagd des Monopols nach Monopolprofit — entscheidendes ökonomisches Merkmal des kapitalistischen Monopols — den auf dem Durchschnittsprofit beruhenden Mechanismus untergräbt, der die einzelnen Produzenten spontan den ökonomischen Gesetzen gemäß handeln ließ und die Verteilung des Profits entsprechend der Kapitalgröße herbeiführte. An die Stelle der freien Konkurrenz in der Ökonomie, der die bürgerliche politische Freiheit und Demokratie entsprach, treten die ökonomische und außerökonomische Macht und Gewalt der Monopole. Diese bringen die inneren Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise den Produzenten gegenüber als Zwangsgesetze des Handelns zur Geltung.

Es ist das wesentliche Verdienst Lenins, in seiner Imperialismusanalyse das Monopol als Einheit von Ökonomie und Politik gefaßt zu haben. Scharf hat er deshalb Kautsky kritisiert, der den Imperialismus nur als eine besondere Form der Politik betrachtete: „Wesentlich ist, daß Kautsky die Politik des Imperialismus von seiner Ökonomik trennt... Es kommt so heraus, als ob die Monopole in der Wirtschaft vereinbar wären mit einem nicht monopolistischen, nicht gewalttätigen, nicht annexionistischen Vorgehen in der Politik."[15]

Das Streben der Monopole nach Realisierung des Monopolprofits jedoch, die wachsende innere und äußere Labilität des Imperialismus und das Schwinden seiner sozialen Basis auf der anderen Seite, mußte dazu führen, daß er in allen kapitalistischen Ländern seine Herrschaftsmechanismen von möglichen Einflüssen demokratischer Kräfte abschirmt und die bürgerliche Demokratie offen oder versteckt abbaut. Ist also in den kapitalistischen Ländern das Monopol einmal zustande gekommen, „so schaltet und waltet es mit Milliarden, so durchdringt es mit absoluter Unvermeidlichkeit alle Gebiete des öffentlichen Lebens . . ."[16].

„Der politische Überbau über der neuen Ökonomik, über dem monopolistischen Kapitalismus ist die Wendung von der Demokratie zur politischen Reaktion. Der

13 MEW 25, S. 454
14 MEW 19, S. 220
15 LW 22, S. 274
16 LW 22, S. 211

freien Konkurrenz entspricht die Demokratie. Dem Monopol entspricht die politische Reaktion . . . Sowohl in der Außenpolitik wie auch gleicherweise in der Innenpolitik strebt der Imperialismus zur Verletzung der Demokratie, zur Reaktion. In diesem Sinne ist unbestreitbar, daß der Imperialismus ‚Negation' der Demokratie, überhaupt der ganzen Demokratie ist".[17]

Die Geschichte ist hier der beste Beweis für die Falschheit der Kautsky'schen Auffassung des Monopols. Der Erste Weltkrieg, die Geschichte der Weimarer Republik, der Faschismus auf deutschem Boden haben die Aggressivität und Raubpolitik des deutschem Imperialismus dokumentiert und die Erniedrigungen, die die deutsche Arbeiterklasse im Faschismus erdulden mußte, die umfassenden Angriffe auf ihre sozialen und politischen Rechte waren Ausdruck der reaktionären und demokratiefeindlichen Politik des Monopolkapitals nach innen.

Diese Politik hat nach der Restaurationsperiode in der BRD ihren Fortgang gefunden durch verstärkte Aufrüstung, Entstehung des militärisch-industriellen Komplexes, durch die NATO-Treue aller bisherigen Bundesregierungen und die Politik gegenüber den Ländern der sogenannten „Dritten Welt". Und die Streikverbote in den 50er Jahren, das Verbot der FDJ und der KPD, die Notstandsgesetze, die verschärften Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der „inneren Sicherheit" und die Berufsverbote sind Beweis für die brutale Unterdrückung demokratischer Bestrebungen unter den Massen und die Richtigkeit der Leninschen Imperialismustheorie.

Die Hamburger Jusos, die das Monopol in seiner Einheit von Ökonomie und Politik begreifen[18] sind deshalb in der Lage, den Kampf um mehr Demokratie einzuordnen in den Kampf gegen das Monopolkapital[19]. Strasser jedoch trennt wie Kautsky Ökonomie und Politik. Jener trennt die Politik von der Ökonomik, Strasser die Ökonomik von der Politik. Indem er wie Baran, Sweezy und Mandel das Monopol nur unter dem Gesichtspunkt der Konzentration und Zentralisation betrachtet, verwandelt er damit unter der Hand die politische Ökonomie in eine reine ökonomische Theorie und muß sich deshalb den gleichen Vorwurf wie Kautsky gefallen lassen: „Das Resultat ist bürgerlicher Reformismus statt Marxismus."[20 21]

Dein Staat, das unbekannte Wesen

Ist Strasser nun schon einer im Kern nach bürgerlichen Auffassung des Monopols aufgesessen, so verwundert es nicht, wenn es ihm in der Staatsfrage genauso geht. Während die Hamburger Jusos in ihrem Papier richtig feststellen, daß „der Staat stets Instrument der herrschenden Klasse ist"[22], bezeichnet Strasser diese Vorstellung kurzerhand als „naiv".

„Der dieser Auffassung zugrunde liegende undialektische Systembegriff läßt als eine planvolle, im Profitinteresse der Monopole gesteuerte gesamtgesellschaftliche Entwicklung erscheinen, was in Wirklichkeit ein naturwüchsiger Prozeß mit all seiner inneren Widersprüchlichkeit ist. Diese Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Ge-

17 LW 23, S. 34
18 Hamburger Strategie-Papier der Jungsozialisten, Hamburg 1971, Seite 4
19 ebenda, Seite 26
20 LW 22, S. 274
21 Dies wollen wir im folgenden belegen
22 Hamburger Strategie-Papier, Seite 7

sellschaft haftet auch der Staatstätigkeit an und prägt die Struktur des Staatsapparates."[23]

Kann man hier nur vermuten, was für Strasser hinter diesen Äußerungen steckt, wird deren Aussage schon viel klarer in einem Streitgespräch zwischen ihm und Detlev Albers, Mitverfasser des Hamburger Strategie-Papiers, in der Zeitschrift „konkret":

Strasser: ... Die Mehrheit der Jusos hat die These, der Staat sei ein Instrument der Monopole, zwar abgelehnt. Aber sie war sich über das kapitalistische Wesen dieses Staates völlig klar. Worum es ging, war der Begriff ‚Instrument'! ...
Albers: Und das ist eine Erkenntnis, die seit über hundert Jahren im Mittelpunkt marxistischer Analyse steht.

Strasser: Das ist mir völlig wurscht ...
Albers: Gut, dann ist dir eine marxistische Position wurscht. Wir sind schon immer davon ausgegangen, daß hier von uns eine marxistische Position gegenüber reformistischen Vorstellungen des gegenwärtigen Bundesvorstandes formuliert wird.
Strasser: Laß mich mal ausreden – das ist eine These, die ich für falsch halte, und wenn ich was für falsch halte, ist es mir wurscht, von welchem großen Klassiker das kommt[24]...
Um Mißverständnisse zu vermeiden, sei hier angemerkt, daß der Begriff „Instrument" natürlich nicht impliziert, daß die herrschende Klasse die Staatsmacht beliebig einsetzen kann.
Die Geschichte der Arbeiterbewegung hat gezeigt, daß die Arbeiterklasse dem Staat ganz bestimmte Zugeständnisse abtrotzen kann. So hat sich das Proletariat bereits im 19. Jh. wichtige Verbesserungen seiner sozialen Lage mit den Sozialversicherungsmaßnahmen unter Bismarck erkämpft, in der Weimarer Republik den Acht-Stunden-Tag und überhaupt erst das Recht, daß seine Massenorganisationen, die Gewerkschaften, als Tarifpartner gesetzlich anerkannt wurden.

Dies hat aber nichts daran geändert, daß die kapitalistische Staatsgewalt weiterhin „nur ein Ausschuß (ist), der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisklasse verwaltet".[25] Solange es Klassen in unserer Gesellschaft mit widerstreitenden ökonomischen und politischen Interessen gibt, ist eine scheinbar über der Gesellschaft stehende Macht nötig, die Konflikte dämpft und innerhalb der Schranken der kapitalistischen Gesellschaftsordnung hält. Deshalb schrieb Engels im „Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates": „Da der Staat entstanden ist aus dem Bedürfnis, Klassengegensätze im Zaum zu halten, da er aber gleichzeitig mitten in diesem Konflikt der Klassen entstanden ist, so ist er in der Regel Staat der mächtigsten, ökonomisch herrschende Klasse, die vermittels seiner auch politisch herrschende Klasse wird und so neue Mittel erwirbt zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse."[26] Daß die Staatsfrage für Marx und Engels im Mittelpunkt ihrer Analyse stand, zeigt sich daran, daß sie im „Bürgerkrieg in Frankreich", im „Achtzehnten Brumaire", in der „Kritik des Gothaer Programms". in der „Kritik des Programms von 1891", im „Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates", im „Anti-Dühring" und nicht zuletzt im „Kommunistischen Manifest" diese Frage immer wieder in den Vordergrund gestellt haben.

23 Strasser, a.a.O., Seite 3
24 konkret Nr. 8 vom 15. 2. 1973
25 MEW 4, Seite 464
26 MEW 21, Seite 166/167

Nie wurde und wird die Scheidelinie zwischen Marxismus und Revisionismus bzw. Reformismus deutlicher als in dieser Frage. Wer leugnet, daß die Staatsgewalt stets Instrument der herrschenden Klasse zur Niederhaltung der unterdrückten Klasse ist, verbreitet Illusionen über den Charakter des Staates und konzediert damit die Möglichkeit, daß die Arbeiterklasse von innen heraus, ohne den Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie, ohne Eroberung der politischen Macht, den Staatsapparat übernehmen könnte. Er findet sich somit wieder in einer Reihe mit Bernstein, Kautsky, Scheidemann und Ebert, bis hin zu Kurt Schumacher, all denjenigen also, die in der Vergangenheit die Geschäfte der Bourgeoisie betrieben haben und die Arbeiterbewegung von ihrem eigentlichen Ziel – Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung – abgelenkt haben. Folgerichtig zeigte sich auch die großbürgerliche „FAZ" von den Äußerungen Strassers hell entzückt. Unter der Überschrift „Scheidewasser Stamokap" schrieb sie: „Ähnlich wie früher stets mit der Frage ‚Wie stehst du zur Sowjetunion?' Verbündete und Gegner unterschieden, können jetzt Demokraten mit der Frage ‚Was hältst du vom Staat?' die Linken erkennen und einordnen. Zufriedenstellend beantwortet hat sie der Bundesvorstand der Jungsozialisten, als er sich von der Stamokap-Lehre mit dem Bemerken abgrenzte, daß die Staatstätigkeit ‚auch in hochmonopolistischen Volkswirtschaften das widersprüchliche Ergebnis vieler verschiedener Kräfte und Absichten ist'. Das genügt vollkommen. Die Antwort zeugt sogar von mehr Staatsverständnis, als heute manche haben, die allzu lange auf der Suche nach einem Verständnis der ‚Gesellschaft' diese dem Staat überordnen, überstülpen wollten."[27]
Das genügt in der Tat vollkommen. August Bebel hatte recht, als er die Mitglieder seiner Partei ermahnte: „Wenn der Feind euch lobt, habt ihr einen Fehler gemacht."

Staat und Monopole

Haben wir bis jetzt also gesehen, daß Strasser im Kern dem bürgerlichen Monopol- und Staatsbegriff aufgesessen ist, wird es jetzt darauf ankommen, nachzuweisen, daß er das Verhältnis von Staat und Monopolen, wie es die Theorie des SMK faßt, falsch wiedergibt.
Seiner Meinung nach wird in dieser Theorie der Staat „zum bloßen Instrument der Monopole versimpelt und das, was in Wirklichkeit ein weitgehend naturwüchsiger Prozeß ist, scheint in der ‚Stamokap'-Theorie als eine planvoll im Profitinteresse der Monopole (in der Agitation zumeist personifiziert zu wenigen Monopolherren) gesteuerte gesamtgesellschaftliche Entwicklung ..."[28]
Wer hier jedoch den Staat zum bloßen Instrument der Monopole versimpelt, ist lediglich Strasser. Die Theorie des SMK ist niemals von solchen mechanischen Vorstellungen ausgegangen. Die Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau 1969 hat den SMK definiert als die „Vereinigung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates zu einem einheitlichen Mechanismus[29]", der gemäß eigenen Modalitäten funktioniert. Es gibt also weder eine Trennung von Staat und

27 FAZ vom 31. 1. 1973
28 Strasser, a.a.O. S. 11
29 zit. nach P. Boccara, Zum staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: SoPo 11, Seite 17

Monopolen, noch ordnet sich das eine dem anderen unter. Vereinigung der Macht des Staates mit der Macht der Monopole bedeutet vielmehr, daß es in diesem einheitlichen Mechanismus Widersprüche und Reibungen gibt. So haben verschiedene Monopolfraktionen oft verschiedene Interessen, die es in gegenseitiger Konkurrenz um den Einfluß auf den Staat durchzusetzen gilt. Die Sicherung der Existenz des Profitsystems als Ganzem kann jederzeit staatliche Maßnahmen erforderlich machen, die nicht direkt von unmittelbaren Profitinteressen ausgehen, ihnen sogar zuwiderlaufen können[30].

Diese „Vereinigung der Riesenmacht des Kapitalismus mit der Riesenmacht des Staates zu einem einzigen Mechanismus"[31] war notwendig geworden, weil die enorm gewachsenen Produktivkräfte schon nicht mehr mit dem dem Kapitalismus seinem Begriff nach gemäßen Profitmechanismus durch die freie Wirkung der Einzelkapitale aufeinander adäquat bewältigt werden konnten. Sie verlangten gesellschaftliche Anwendung, aber ihre Entwicklung hing und hängt nach wie vor vom Profit ab. Der Maßstab der Produktion erfordert deshalb zunehmend langfristige Dispositionen, größere Kontinuität, Planmäßigkeit, systematische und regional weitgreifende Organisation und Beschaffung, Produktion und Absatz, eine gewisse Sicherheit des Marktes als Voraussetzung der Kapitalanlage, eine Sicherung der Kapitalanlage durch Einschränkung der Konkurrenz. Der Maßstab der Produktion, der Umfang der Kapitalanlage erforderte, die Produktion und Realisierung von Profit langfristig zu sichern. Das Monopol entsprach den von den Produktivkräften gesetzten neuen Bedingungen für die Profitproduktion in einem bestimmten, durch seine eigene Kapitalmacht begrenzten Rahmen.

Auch dieser Rahmen wird bald zu eng. Der Widerspruch bestand darin, daß die Produktivkräfte, die längst entwickelt genug waren, um den eigentlich menschlichen Zweck der Produktion zu verwirklichen, nach wie vor aber in die Schranken des Profits gebannt waren[32].

Hinzu kommt, daß das Beispiel des siegreichen Sozialismus und seine politischen, sozialen, ökonomischen und militärischen Rückwirkungen auf die kapitalistischen Länder und die sich entfaltende nationale Befreiungsbewegung den kapitalistischen Grundwiderspruch aufs äußerste verschärft und zugespitzt haben. Eine kapitalistische „Lösung" dieser Widersprüche konnte nur in einer höheren Stufe der Monopolisierung bestehen. Die Monopolisierung im Maßstab des Privatmonopols mußte erweitert werden zu einer Monopolisierung im Maßstab der Gesellschaft, die dem gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte und den neuen Bedingungen des nationalen und internationalen Klassenkampfes Rechnung trägt. Diese höhere Stufe der Monopolisierung konnte nur der Staat verwirklichen. Das direkte und permanente Eingreifen des Staates in die ökonomischen Prozesse, seine Verwandlung in eine ökonomische Potenz wurden unvermeidlich.

Gleichzeitig beschleunigt der SMK die Herausbildung aller materiell-ökonomischen und organisatorischen Voraussetzungen für den Sozialismus. Er ist „die vollständige materielle Vorbereitung des Sozialismus, seine unmittelbare Vor-

30 vgl. Heininger/Hess, Die Aktualität der Leninschen Imperialismustheorie, Ffm 1970, Seite 51
31 LW 24, Seite 401
32 vgl. P. Hess, Monopol, Rationalität und gleichgewichtiges Wachstum, in: Marxismus Digest, 3/1971, Seite 58/59

stufe."[33] Trotz des geringen Grades der Entwicklung der Produktivkräfte zu Lebzeiten Marx' und Engels', konnten beide schon die Tendenz zu dieser Entwicklung erkennen. So schreibt Marx im dritten Band des „Kapital" im Abschnitt über die Rolle des Kredits in der kapitalistischen Produktion:

„Es ist dies (die Monopolisierung, D. E.) die Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise selbst und daher ein sich selbst aufhebender Widerspruch, der prima facie als bloßer Übergangspunkt zu einer neuen Produktionsform sich darstellt. Als solcher Widerspruch stellt er sich dann auch in der Erscheinung dar. Er stellt in gewissen Sphären das Monopol her und fordert daher die **Staatseinmischung** heraus."[34]

Und Engels in seiner Schrift „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft": „So oder so, mit oder ohne Trusts, muß schließlich der offizielle Repräsentant der kapitalistischen Gesellschaft, der Staat, die Leitung der Produktion übernehmen... Ich sage muß. Denn nur in dem Falle, daß die Produktions- und Verkehrsmittel der Leitung durch Aktiengesellschaften wirklich entwachsen sind, daß aber die Verstaatlichung ökonomisch unabweisbar geworden, nur in diesem Falle bedeutet sie, auch wenn der heutige Staat sie vorbereitet, einen ökonomischen Fortschritt, die Erreichung einer neuen Vorstufe zur Besitzergreifung aller Produktivkräfte durch die Gesellschaft selbst... Die Arbeiter bleiben Lohnarbeiter, Proletarier. Das Kapitalverhältnis wird nicht aufgehoben, es wird vielmehr auf die Spitze getrieben. Aber auf der Spitze schlägt es um. Das Staatseigentum an den Produktivkräften ist nicht Lösung des Konflikts, aber es birgt in sich das formelle Mittel, die Handhabe der Lösung."[35]

Die oben beschriebene Herausbildung des SMK, in der sich der heutige Kapitalismus noch einmal die Form schafft, in der sich seine Widersprüche bewegen können, und sein Charakter als unmittelbare Vorstufe des Sozialismus, widerlegen auch die Strassersche Behauptung, daß „die ‚Stamokap'-Theorie die Rationalität des kapitalistischen Systems und seine Möglichkeiten zur Rationalitätssteigerung (überschätzt)" und „die immanente Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Systems... kaum oder gar nicht berücksichtigt"[36].

Um es noch einmal ganz deutlich zu sagen: Alle einschlägigen wissenschaftlichen Arbeiten enthalten ausführliche Abschnitte über den SMK als Ausdruck der allgemeinen Krise des Kapitalismus, über die Widersprüche und Labilität seiner Entwicklung, über den Krisenzyklus in der heutigen kapitalistischen Wirtschaft. Gerade im „Imperialismus der BRD", den Strasser mehrmals für die „Beweiskraft" seiner Aussagen heranzieht, wird ausführlich darauf eingegangen, daß im SMK neben den zyklischen Krisen die permanente Nichtauslastung der Produktionskapazitäten, Finanz- und Währungskrisen, Inflation, permanente Agrarkrisen und Strukturkrisen immer mehr an Bedeutung gewinnen. Ein Blick aufs Inhaltsverzeichnis genügt, um das zur Kenntnis zu nehmen.

33 LW, 25, Seite 369/370
34 MEW 25, S. 454
35 MEW 19, S. 221/222
36 Strasser, a.a.O. S. 11

Das Privateigentum als Lebensstil

Ein zweiter Blick auf das Inhaltsverzeichnis müßte Strasser auch veranlassen, seinen Vorwurf zurückzunehmen, daß diese Theorie die Herrschaft des Kapitals „auf die direkte Ausübung ökonomisch-politischer Macht durch die Monopole reduziert und der vielfältigen ideologischen und strukturellen Vermittlungen von Herrschaft, das was Marx das ‚Privateigentum als Lebensstil' nannte, gänzlich außer Betracht läßt"[37].

Die Theorie des SMK leugnet nicht, daß die ökonomisch-politische Macht des Monopolkapitals und die gegenseitige Durchdringung und Vereinigung von Monopolen und Staat durch vielfältige ideologische, sozialstrukturelle, institutionell-organisatorische Faktoren vermittelt ist und diese Vermittlungen von Bedeutung sind, wenn es darum geht, eine sozialistische Politik zu entwickeln. Aber zu einer solchen Politik kann man überhaupt nicht kommen, wenn man gerade den grundlegenden Zusammenhang des gesamten Systems — die Macht des Monopolkapitals und den Charakter des Staates als sein Herrschaftsinstrument — negiert oder bagatellisiert.

Es wäre töricht zu behaupten, daß kapitalistische Herrschaft nicht wesentlich auf der „Stiftung und Erhaltung bestimmter Konsumgewohnheiten, auf der Manipulation von Bedürfnissen und Meinungen und auf dem komplizierten System gestufter Abhängigkeiten in Betrieb, Schule, Verwaltung, Familie, usw."[38] beruhe. Aber man muß sich auch fragen, warum das Kapital Konsumgewohnheiten stiften, Bedürfnisse und Meinungen manipulieren und hierarchische Strukturen erhalten kann.

Die Antwort darauf gab Marx schon 1845 in der „Deutschen Ideologie", wo er schreibt, daß „die Klasse, welche die herrschende materielle Macht der Gesellschaft ist, zugleich ihre herrschende geistige Macht (ist). Die Klasse, die die Mittel zur materiellen Produktion zu ihrer Verfügung hat, disponiert damit zugleich über die Mittel zur geistigen Produktion, so daß ihr damit im Durchschnitt die Gedanken derer, denen die Mittel zur geistigen Produktion abgehen, unterworfen sind."[39] Marx führt hier also die Erscheinungsformen kapitalistischer Herrschaft zurück auf ihr Wesen, auf die Macht des Kapitals als gesellschaftliches, in der Produktion begründetes Verhältnis, und der es verkörpernden Klasse, der Bourgeoisie.

Wer wie Strasser diese Erscheinungsformen von der Ökonomie trennt und die ökonomische Basis aller derartigen Erscheinungen und die politisch-ökonomische Konzentration im heutigen Staat nicht sieht oder unterschätzt, „kann auch an allen sich aus den Herrschaftsverhältnissen ableitenden Übeln nur als Symptomen herumkurieren, d. h. er bleibt in einer sozialreformistischen Praxis stecken. Man muß die ‚Vermittlungen', alle sozialen, politischen, geistigen Auswirkungen der monopolkapitalistischen Macht bekämpfen. Aber man wird sie konsequent und effektiv nur bekämpfen können, wenn man sie als Ausdruck des Systems faßt, wenn man in ihnen das System bekämpft."[40]

37 Strasser, a.a.O. Seite 4
38 ebenda
39 MEW 3, Seite 46
40 J. Schleifstein, Zur Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 4/73, S. 392

Basismacht und Selbstorganisation

Wie aber sieht nun die sozialistische Strategie der Jusos aus?
Vorrangiges Ziel im Rahmen der Doppelstrategie ist laut Strasser die „Entwicklung der Basismacht". Diese Strategie ist von den Jusos deshalb entwickelt worden, „weil für sie der Sozialismus nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann, ... und nicht aufgrund zentralisierter Entscheidungen einer selbsternannten Avantgarde des Proletariats ‚dekretiert' werden kann"[41].
Obwohl der Begriff Basis nirgendwo erläutert wird, kann man aus den Hannoveraner „Thesen zur politischen Ökonomie und Strategie 1971" entnehmen, daß damit die „schrittweise Organisation gewerkschaftlicher Gegenmacht im Produktionssektor"[42] gemeint ist. Der Grundwiderspruch der kapitalistischen Gesellschaft tritt aber auch außerhalb des Produktionsbereichs (Betrieb) im Reproduktionsbereich (Wohnen, Bildung, Erholung, Verkehr) auf[43], so daß die dort auftretenden Widersprüche ebenfalls zum Ausgangspunkt für Systemkritik gemacht werden müssen. Die Doppelstrategie stellt deshalb den Jusos die Aufgabe: — „auf der einen Seite: punktuelle Selbstorganisation von fallweise Betroffenen zu initiieren und durch Effektivität und Kontinuität zu gewährleisten, — auf der anderen Seite: durch den so entstehenden Druck die Partei und die Institutionen zu zwingen, die Bevölkerungsinteressen wirksam zu vertreten und durchzusetzen."[44] Praktisch wird dies in „Bürgerinitiativen, Aktionsausschüssen, Basisgruppen, Wohngemeinschaften, Arbeitskreisen, Mieterräten, etc."[45].
Natürlich begrüßen auch Marxisten Bürgerinitiativen, Mieterräte, Aktionsausschüsse, etc. als Ausdruck verstärkten antikapitalistischen Bewußtseins in der Bevölkerung der BRD und deren wachsender Bereitschaft, für ihre Interessen einzutreten.
Wir sind jedoch nicht der Meinung, daß durch „gewerkschaftliche Gegenmacht im Produktionssektor" und „Selbstorganisation von fallweise Betroffenen" allein der Sozialismus erkämpft werden kann, geschweige denn gar durch eine bürgerliche Arbeiterpartei wie die SPD, deren Führung heute fest auf den Positionen des staatsmonopolistischen Kapitalismus steht.
Weder Basismacht noch Selbstorganisation der Betroffenen kann heute den Kapitalismus stürzen, der seine ganze Macht im Staat zentralisiert. Der zentralisierten und organisierten Macht und Gewalt des Staatsapparates kann das Proletariat deshalb nur genauso zentralisiert und organisiert entgegentreten. Das sind auch die Lehren der Novemberrevolution von 1918/19 und der Niederlage der deutschen Arbeiterklasse, als die junge KPD damals noch zu schwach und ungefestigt war, um dem Kampf der Arbeiterklasse Richtung und Ziel geben zu können. So konnte die Noske-Soldateska die vereinzelt ausbrechenden Aufstände und die Räterepubliken in Bayern, Berlin und Bremen niederschlagen. Die zentralisierte Staatsgewalt erwies sich in der Novemberrevolution den zersplitterten Kämpfen der Arbeiterklasse überlegen.
Das Proletariat kann nur dann eine unbesiegbare Kraft werden, wenn seine

41 Strasser, a.a.O. Seite 4
42 Thesen zur politischen Ökonomie und Strategie, Hannover 1971, These 21
43 vgl. These 53
44 These 53
45 These 54

„ideologische Vereinigung aufgrund der Prinzipien gefestigt wird durch die materielle Einheit der Organisation, die Millionen Werktätiger zur Armee der Arbeiterklasse zusammenschweißt"[46]. Denn „das Proletariat besitzt keine andere Waffe im Kampf um die Macht als die Organisation."[47]

Und genau in diesem Sinne schrieb Engels 1889 an Gerson Trier: „Damit am Tage der Entscheidung das Proletariat stark genug ist zu siegen, ist es nötig — und das haben Marx und ich seit 1847 vertreten, daß es eine besondere Partei bildet, getrennt von allen anderen und ihnen entgegengesetzt, eine selbstbewußte Klassenpartei."[48]

Aufgabe dieser selbstbewußten Klassenpartei wird es aber zunächst sein müssen, die sozialistische Ideologie in die Arbeiterklasse hineinzutragen, denn weder durch Basismacht noch durch Selbstorganisation kann Klassenbewußtsein im Proletariat entstehen, geschweige denn von selbst.

Der Marxismus ist schon immer davon ausgegangen, „daß die Arbeiterklasse ausschließlich aus eigener Kraft nur ein tradeunionistisches Bewußtsein hervorzubringen vermag, d. h. die Überzeugung von der Notwendigkeit, sich in Verbänden zusammenzuschließen, einen Kampf gegen die Unternehmer zu führen, der Regierung diese oder jene für die Arbeiter notwendigen Gesetze abzutrotzen u.a.m".[49]

Klassenbewußtsein — also nicht nur die Widerspiegelung dessen, was das Proletariat ist, sondern auch dessen, was es „diesem Sein gemäß geschichtlich zu tun gezwungen sein wird"[50] — kann sich unter kapitalistischen Verhältnissen niemals spontan herausbilden.

Erstens, weil Klassenbewußtsein erst aus der Vereinigung der unmittelbaren Erfahrung mit der Erkenntnis des Wesens, der inneren Widersprüche und Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Gesellschaften, kurz, des wissenschaftlichen Sozialismus hervorgehen kann. Denn „ohne revolutionäre Theorie kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben".[51] Und zweitens, weil „die Gedanken der herrschenden Klasse in jeder Epoche die herrschenden Gedanken (sind)"[52], d. h. die Ideen, die die objektive Stellung der Arbeiterklasse im gesellschaftlichen Sein der kapitalistischen Gesellschaft widerspiegeln, müssen sich daher im Kampf gegen die bürgerliche, die sich von selbst immer wieder reproduziert, entwickeln. Da die bürgerliche Ideologie ihrer Herkunft nach viel älter ist als die sozialistische, weil sie vielseitiger entwickelt ist, und weil sie über ungleich mehr Mittel der Verbreitung verfügt, ist „jede Anbetung der Spontaneität der Arbeiterbewegung, jede Herabminderung der Rolle des ‚bewußten Elements'... ganz unabhängig, ob derjenige, der diese Rolle herabmindert, das wünscht oder nicht — die Stärkung des Einflusses der bürgerlichen Ideologie auf die Arbeiter."[53]

Aus beiden Gründen muß es eine Partei geben, die die sozialistische Ideologie in das Proletariat hineinträgt, die den spontanen Kampf des Proletariats zu einem bewußten Kampf gestaltet und ihm Weg und Ziel zeigt.

46 LW 7, Seite 419
47 ebenda
48 MEW 37, Seite 326
49 LW 5, Seite 385
50 MEW 2, Seite 38
51 LW 5, Seite 379
52 MEW 3, Seite 46
53 LW 5, Seite 394

Es ist die historische Mission der DKP in der BRD, im Prozeß der praktischen Organisation des Klassenkampfes die kämpferische Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse zu sein und ihrem Kampf Richtung und Ziel zu verleihen.

Der MSB Spartakus weiß deshalb um die Notwendigkeit der DKP, mit der er durch die gemeinsame marxistische Theorie, das sozialistische Ziel und die gemeinsame antimonopolistische Orientierung im Hochschulkampf solidarisch verbunden ist[54].

Wie Genosse Strasser sich den antimonopolistischen Kampf vorstellt

Gerade aber gegen die antimonopolistische Orientierung, die den MSB mit der DKP im politischen Kampf eint, polemisiert Strasser besonders. Seiner Meinung nach hat der antimonopolistische Kampf „mit der Aufgabe sozialistischer Bewußtseinsbildung nur sehr wenig zu tun"[55] und kann nicht „emanzipatorisch" sein, „das heißt nicht das Bewußtsein schaffen, das allein den Aufbau des Sozialismus ermöglicht".[56] Denn „ist es mit Hilfe dieses Bündnisses, in dem die Organisationen der Arbeiterklasse stets die Führung innehaben, gelungen, die Monopole zu entmachten, so treibt die Arbeiterklasse den Prozeß über das beschränkte Ziel der antimonopolistischen Demokratie hinaus zur Diktatur des Proletariats weiter, d. h. die Bundesgenossen im Kampf gegen die Monopole werden enteignet und alle Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum überführt".[57] Strasser schließt sich einer Bremer Kritik des Hamburger Strategiepapiers an, in dem man davon ausgeht, daß „die Erfindung ‚der antimonopolistischen Demokratie' und des ‚antimonopolistischen Kampfes' dem Interesse an der Köderung der ‚kleinbürgerlichen Zwischenschichten' zu verdanken ist, denn sie stellt einen faulen politischen Kompromiß zwischen Kleinkapitalisten... und der Arbeiterklasse dar. Diese Kleinkapitalisten sollen zum Kampf um eine Demokratie überredet werden, die ihnen den Rückweg zum Kapitalismus verbaut und ihnen in dem Moment, wo sie das merken, nur die Möglichkeit der Unterstützung des Marsches zum Sozialismus übrigläßt."[58]

Deshalb ist es nach Strasser klar, „daß dieses Bündnis nur unter der Bedingung herstellbar ist, daß die wahren Absichten der Initiatoren verborgen bleiben".[59] Dies wiederum ist aber nur möglich, „wenn man eine doppelbödige Politik mit strenger Trennung von ‚Kaderlinie' und ‚Massenlinie' betreibt, und zwar wird diese Politik der verborgenen Absichten auch gegenüber den Arbeitern notwendig sein, da sonst eine Geheimhaltung der wahren Absichten gegenüber den Angehörigen der ‚Zwischenschichten' gar nicht möglich ist".[60]

Sieht man von der Tatsache ab, daß Strasser hier erneut der Theorie des SMK Dinge andichtet, die diese niemals behauptet hat, macht sich die Kritik Strassers wesentlich fest an der Einbeziehung der Zwischenschichten in den antimonopolistischen Kampf und der nach ihm notwendig daraus folgenden „doppelbödigen Politik". Dabei sagt er zwar, daß die Theorie des SMK davon ausgeht, daß es zur

54 Protokoll des 1. Bundeskongresses des MSB SPARTAKUS, Seite 230
55 J. Strasser, Seite 6
56 ebenda, S. 5
57 ebenda
58 ebenda
59 ebenda
60 Strasser, a.a.O. Seite 5

Errichtung der antimonopolistischen Demokratie erforderlich ist, „ein Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und den ebenfalls von den Monopolen bedrohten Kleinkapitalisten, selbständigen Bauern etc. zustande zu bringen",[61] erwähnt aber mit keinem Wort, warum sie dies für notwendig hält.

Ein breites antimonopolisches Bündnis ist aber heute nicht nur notwendig, sondern auch objektiv möglich; sowohl ökonomisch wie auch politisch sind Ansatzpunkte dazu vorhanden. Der SMK beutet nicht nur die Arbeiterklasse aus, sondern auch die Bauern, die Handwerker, die kleinen Gewerbetreibenden und die große Masse der Intelligenz. Das geschieht z. B. durch die unsoziale Steuerpolitik, die den Mittelschichten in Stadt und Land immer größere Belastungen aufbürdet, während das Monopolkapital begünstigt wird; ferner durch die Benachteiligung dieser Schichten bei der Kreditvergabe sowie durch die wachsende Schere zwischen Erzeuger- und Betriebsmittelpreisen. Die gegen die Interessen der Bauern, Handwerker und der kleinen Gewerbetreibenden gerichtete Politik des Monopolkapitals findet weiter ihren Ausdruck in der zunehmenden Verschuldung dieser Gruppen und der permanenten Inflation, denen sie unterworfen sind, während die Monopole davon profitieren.

Die Lage der großen Mehrheit der Intelligenz wird dadurch charakterisiert, daß sie zu ausgebeuteten und kommandierten Lohnarbeitern des Kapitals degradiert werden oder sich dieser Situation annähern, bzw. als freiberuflich tätige Intelligenz in das Räderwerk der unsozialen Steuerpolitik und in immer größere Abhängigkeit vom Großkapital geraten[62].

Sogar kleine und mittlere Unternehmer geraten zunehmend in stärkere Widersprüche zum SMK, weil dieser durch den Mechanismus der Umverteilung des Nationaleinkommens über den Staatshaushalt diesen Profite abzwackt, die dann den Monopolen zugute kommen. Des weiteren fördert der Staat durch seine Subventionspolitik die Zentralisation des Kapitals und bringt so eine große Zahl kleiner und mittlerer kapitalistischer Unternehmen als Zulieferer in unmittelbare Abhängigkeit vom Monopolkapital. Dabei werden die mittleren und kleinen Kapitalisten faktisch völlig von der Machtausübung ausgeschlossen, da der monopolkapitalistische Staat heute zum Machtinstrument der kleinen Gruppe der Finanzoligarchie geworden ist.

Dabei übersehen Marxisten natürlich nicht die Widersprüche und Schwierigkeiten eines antimonopolistischen Bündnisses, die sich aus dem schwankenden Charakter der kleinbürgerlichen Schichten ergeben. Insbesondere die kleineren und mittleren Kapitalisten haben nicht nur widersprüchliche Interessen gegenüber dem Monopolkapital, sondern stehen gleichzeitig in wichtigen Fragen in Widerspruch zu den Interessen der Arbeiterklasse. So steht der Kleinkapitalist z. B. in jedem Lohnkampf in einer Front mit dem Monopolkapital, wenn es darum geht, Lohnerhöhungen für die Arbeiterklasse zu verhindern.

Erschwert wird dieses Bündnis auch durch den noch tief verwurzelten Antikommunismus — wie wir das auch gerade bei Strasser vorfinden —, der den bündnisfähigen Schichten suggeriert, daß sie für die Marxisten „nützliche Idioten" seien.

61 ebenda
62 vgl. Programm für das gemeinsame Handeln der Studenten, Entwurf, Seiten 11 und 22

Diese ganze widersprüchliche Entwicklung der Zwischenschichten hat schon Marx im „Kommunistischen Manifest" herausgearbeitet. Dort heißt es:
„Die Mittelstände, der kleine Industrielle, der kleine Kaufmann, der Bauer, sie alle bekämpfen die Bourgeoisie, um ihre Existenz als Mittelstände vor dem Untergang zu sichern. Sie sind also nicht revolutionär, sondern konservativ. Noch mehr, sie sind reaktionär, sie suchen das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Sind sie revolutionär, so sind sie es im Hinblick auf den ihnen bevorstehenden Übergang ins Proletariat, so verteidigen sie damit nicht ihre gegenwärtigen, sondern ihre zukünftigen Interessen, so verlassen sie ihren eigenen Standpunkt, um sich auf den des Proletariats zu stellen."[63]
Da von allen Klassen „nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse ist",[64] wird es auch von seinem Einfluß und seiner Kraft abhängen, ob ein solches Bündnis zustande kommt. Deshalb heißt es in der Grundsatzerklärung des MSB: „Der antimonopolistische Kampf wird in dem Maße vorankommen, wie Klassenbewußtsein, Kampfkraft und Organisiertheit der Arbeiterklasse in unserem Lande wachsen."[65] Dabei wird die Arbeiterklasse jedoch niemals auf eine selbständige Klassenpolitik verzichten. Ihre Aufgabe wird es vielmehr sein, den Bündnispartnern überzeugend nachzuweisen, daß ihr Ziel der Sozialismus, d. h. die politische Macht der Arbeiterklasse, auch im Interesse der grundsätzlichen Lösung der Probleme aller nichtmonopolistischen Schichten und Klassen ist. Dazu muß es der Arbeiterklasse gelingen, ihnen die Ausweglosigkeit des Strebens nach Wiederherstellung konkurrenzkapitalistischer Verhältnisse zu verdeutlichen, sowie ihnen die Möglichkeit des Aufbaus demokratischer Genossenschaften in der Landwirtschaft, im Handel und im Handwerk aufzuzeigen, die nur im gemeinsamen Kampf mit der Arbeiterklasse errichtet werden können.
Hier zeigt sich auch, daß genau umgekehrt, wie Strasser es behauptet, es Aufgabe von Marxisten ist, die Notwendigkeit des Sozialismus in den Zwischenschichten zu verankern, wenn man verhindern will, daß sie das „Rad der Geschichte" zurückdrehen. Dabei ist es Marxisten von jeher fremd gewesen, ihre Ansichten gegenüber anderen zu verbergen oder „eine doppelbödige Politik mit strenger Trennung von ‚Kaderlinie' und ‚Massenlinie'" zu betreiben. Ihre Politik ist nur „allgemeiner Ausdruck tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden Klassenkampfes, einer unter unseren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Entwicklung".[66] So stellen sie „keine besonderen Prinzipien auf, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen" und „sie haben keine von den Interessen des Proletariats getrennten Interessen". Im Gegenteil. Sie sind es, „die in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten".[67] Und weil dazu die objektiven Voraussetzungen gegeben sind, konnte die Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien auch hervorheben, daß „die zunehmende Übereinstimmung der Interessen der Bauernschaft, der städtischen Mittelschichten, der Intelligenz mit den Interessen der Arbeiterklasse sowie ihre verstärkte Zusammenarbeit... die

63 MEW 4, S. 472
64 ebenda
65 Protokoll..., Seite 228
66 MEW 4, Seite 475
67 ebenda, Seite 474

soziale Basis der Macht der Monopole ein(engen), deren innere Widersprüche (verschärfen) und die Mobilisierung breiter Massen zum Kampf gegen die Monopole und den Imperialismus (fördern)."[68]

Demokratie — Mittel oder Zweck?

Antimonopolistischer Kampf ist jedoch gleichzeitig demokratischer Kampf. Denn indem sich der Kampf aller fortschrittlichen Kräfte gegen das Monopolkapital wendet, wendet er sich gegen das Rückgrat des gegenwärtigen Kapitalismus, das die Demokratie, selbst die bürgerliche, in eine Illusion verwandelt: Umgekehrt hat Lenin jedoch darauf hingewiesen, daß das Monopolkapital als Antipode von Freiheit und Demokratie „zugleich demokratische Bestrebungen in den Massen"[69] schafft.

Alle, die aber um mehr Demokratie im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem kämpfen, können dies nur konsequent tun, wenn sie die Ursache der Demokratiefeindlichkeit, das Monopolkapital, bekämpfen.

Wenn Genosse Strasser nun meint, daß der demokratisch-antimonopolistische Kampf mit „sozialistischer Bewußtseinsbildung nur sehr wenig zu tun"[70] hat, ist dies einerseits Ausdruck der Tatsache, daß er die Kraft der Arbeiterklasse leugnet, auch nichtmonopolistische Schichten in ihren Kampf miteinzubeziehen — womit er sich übrigens auf die Position Lassalles stellt, für den alle Schichten außerhalb der Arbeiterklasse nur eine „einzige reaktionäre Masse" waren — andererseits Resultat seiner bürgerlichen Auffassung über die Rolle des Monopols, die ihn das Monopol als Rückgrat des gegenwärtigen Kapitalismus nicht erkennen läßt. Deshalb kann er auch keine sozialistische Strategie entwickeln, die gegen dieses Rückgrat zielt. Umgekehrt wird damit klar, weshalb er eine sozialistische Strategie, die auf dieses Rückgrat zielt, für nicht „emanzipatorisch"[71] hält.

Der demokratisch-antimonopolistische Kampf kann aber heute, wenn er konsequent geführt wird, vom Kampf für den Sozialismus nicht mehr getrennt werden.

Während sich der Kampf der Arbeiterklasse in der Revolution von 1848 vor allem gegen feudale Rückstände richtete, seinem Inhalt nach vorwiegend bürgerlich-demokratisch war, und im Mittelpunkt dieses Kampfes noch die Bourgeoisie stand — obwohl sie ihre eigene Revolution verraten hatte —, so änderte sich das mit Beginn der Epoche des Imperialismus und der damit historisch auf die Tagesordnung gesetzten sozialistischen Revolution. In dem Maße, wie mit dem Aufkommen des Imperialismus die Großbourgeoisie zur Reaktion auf der ganzen Linie überging, wie andererseits das Proletariat an Zahl, Organisation und Erfahrung stärker wurde, verlagerten sich allmählich die Tendenzen des Kampfes um Demokratie. Hauptgegner wurde die imperialistische Bourgeoisie, während die Arbeiterklasse zum Hegemon der demokratischen Revolution wurde. Demokratischer Kampf gegen den Imperialismus bedeutete aber damit, daß sein bürgerlich-demokratischer Charakter schwand, sein allgemein-demokratischer Charakter wuchs und er sich nicht mehr in Richtung auf eine bürgerlich-parlamentarische Demokratie, sondern auf eine fortschrittliche Demokratie der Arbeiter und Bauern entwickelte. Da sich der Kampf gegen das Rückgrat des modernen Kapitalismus, gegen die Herrschaft des Monopolkapitals richtet, also dem Wesen nach auch gegen Feinde der sozialistischen Revolution, entsteht eine enge Verflechtung zwischen dem Kampf um Demokratie und Sozialismus sowie die Möglichkeit eines organischen Hinüberwachsens der konsequent demokratischen in die Etappe der sozialistischen Revolution. Der Kampf um Demokratie weist also über sich selbst hinaus und wird immer mehr unmittelbarer Bestandteil des Kampfes um Sozialismus. Die Dialektik der ganzen Sache ist die, daß die Demokratie als gesellschaftliche Bewegung klassenbedingt ist. Als gesellschaftliche Kategorie gehört sie jenen „Daseinsformen, Existenzbestimmungen"[72] an, die an die Existenz von jeweiligen Klassen in der Gesellschaft gebunden sind. Indem so also die Arbeiterklasse zum Träger und Kämpfer für Demokratie wird, während die bürgerliche Demokratie für das Monopolkapital hinderlich geworden ist, ändert sich der Inhalt der Demokratie.

„Die Klasseninteressen der Arbeiterklasse, in der revolutionären Kampfpartei ihren prägnantesten Ausdruck findend, stimmen voll überein mit den allgemein-demokratischen und -humanistischen Interessen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung in den imperialistischen Ländern."[73]

Die demokratische Dimension für die Arbeiterklasse ist seit jeher der Sozialismus. Ihm soll die antimonopolistische fortschrittliche Demokratie den Weg öffnen.

Strasser versucht jedoch in gut antikommunistischer Manier, den marxistischen Kräften zu unterstellen, daß ihnen an der Demokratie nicht gelegen sei, daß sie „die Demokratisierung nur als Mittel, nicht aber als Zweck sozialistischer Politik"[74] ansehen. So polemisiert er gegen eine Stelle im „Imperialismus der BRD": „Daß die Demokratisierung nur als Mittel zur Durchsetzung der Machtergreifung der Organisationen der Arbeiterklasse verstanden wird, wird offenbar, wenn von ‚der Bedeutung demokratischer Formen, die das Proletariat zur Besitzergreifung der politischen Gewalt braucht', die Rede ist."[74a] Richtig heißt es jedoch im „Imperialismus der BRD": „Engels sagte voraus, daß am Ende für die Bourgeoisieherrschaft ‚die demokratische Republik... durch die bereits erreichte Entwicklung des Proletariats zu gefährlich' wird und aufhört, die ‚adäquate Form der Bourgeoisieherrschaft' zu sein.

Die Republik, so betonte Engels, die wie jede andere Staatsform durch ihren Inhalt bestimmt wird, verhält sich, solange sie die Herrschaftsform der Bourgeoisie ist, zu ‚uns genauso feindlich wie irgendeine Monarchie... es ist also eine völlig unbegründete Illusion, sie ihrem Wesen nach für eine sozialistische Form zu halten...', aber Engels ignorierte nie den Unterschied in den Formen dieser Feindseligkeit, sondern stellte einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Bedeutung **demokratischer Formen, die das Proletariat zur Besitzergreifung der politischen Gewalt braucht,** und der Tatsache her, daß ‚am Ende' die demokratische Republik als eine Form betrachtet werden muß, ‚in der sie (die Bourgeoisieherrschaft, d. Verf.) kaputtgeht'[75]."

68 Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, Moskau 1969, Berlin 1969, Seite 33
69 LW 23, Seite 14
70 Strasser, a.a.O. Seite 6
71 Strasser, a.a.O. Seite 5
72 Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin 1953, Seite 26
73 Autorenkollektiv Reißig. Antimonopolistische Alternative — Sozialistische Perspektive, Berlin 1972, S. 78
74 Strasser, a.a.O. Seite 10
74a ebenda
75 Autorenkoll.: Imperialismus der BRD, Ffm 1971, S. 561 f.

Was damit gesagt werden soll, ist nichts anderes, als daß die Herrschaft der Bourgeoisie besser und schneller überwunden werden kann, wenn das Proletariat sich mehr demokratische Rechte erkämpft.
Nach Strassers Zitierweise muß jedoch der Eindruck entstehen, daß die Vertreter der Theorie des SMK sich vor der Machtergreifung ein demokratisches Mäntelchen umhängen und es nach der Machtergreifung schnellstens abstreifen und ihr undemokratisches Antlitz enthüllen. So kann er denn auch konstatieren, „daß aber für die ‚Stamokap'-Theoretiker der Weg über die beschränkte bürgerliche Demokratie hinaus nicht in der von den Jusos konzipierten Richtung erfolgt, sondern in Richtung auf einen autoritären und bürokratischen ‚Sozialismus'".[76] Dies geht seiner Meinung nach aus einem weiteren Zitat aus dem „Imperialismus der BRD" hervor: „In ihm (dem staatsmonopolistischen Kapitalismus, d. Verf.) werden die Formen der Wirtschaftslenkung sowie andere gesellschaftliche Organisationsformen bis dicht an den Sozialismus herangeführt."[77] Und scharfsinnig schlußfolgert er: „An dieser Stelle wird deutlich, daß die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln für die ‚Stamokap'-Vertreter nicht in einer echten Vergesellschaftung besteht, sondern in der abstrakten Übertragung von Besitztiteln auf den Staat, wobei die entscheidende Frage der Demokratisierung der Verfügungsgewalt ungelöst bleibt."[78]
Strasser verwechselt aus Unfähigkeit oder bösem Willen auch hier Form und Inhalt und setzt **Heran**führen mit Übernehmen gleich, um den Marxisten unterstellen zu können, sie wollten mit den autoritären undemokratischen Lenkungs- und Planungsinstrumenten des monopolkapitalistischen Staats den Sozialismus aufbauen.

Kleinbürgerliche Demokratie contra Sozialismus

Wenn jedoch die Arbeiterklasse in diesem Land die politische Macht erkämpft haben wird, werden die Formen, die sich im SMK entwickeln, nicht nur einen anderen Inhalt bekommen, sondern diese Formen werden sich dem geänderten Inhalt anpassen müssen. Den Brief, den Marx am 12. April 1871 an Kugelmann schrieb, könnte er genauso an Johanno Strasser geschrieben haben: „Wenn Du das letzte Kapitel meines ‚18. Brumaire' nachsiehst, wirst Du finden, daß ich als nächsten Versuch der Französischen Revolution ausspreche, nicht mehr wie bisher die bürokratisch-militärische Maschinerie aus einer Hand in die andere zu übertragen, sondern sie zu zerbrechen . . ."[79] Hat also das Proletariat die bürokratisch-militärische Maschinerie der Bourgeoisie zerschlagen und die Kommandohöhen der Macht erkämpft, „wird es seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren und die Masse der Produktivkräfte möglichst rasch zu vermehren".[80]

76 Strasser, a.a.O. Seite 10
77 ebenda
78 ebenda
79 Marx/Engels, Ausgewählte Briefe, Berlin 1953, Seite 307
80 MEW 4, Seite 481

Und hier hat Strasser ausnahmsweise recht, wenn er behauptet, daß „für die ‚Stamokap'-Theoretiker der Weg über die beschränkte bürgerliche Demokratie hinaus nicht in der von den Jusos konzipierten Richtung erfolgt . . ."[81]
Als Marxisten halten wir nichts von einem angeblich „humanen und demokratischen Sozialismus" wie er von der rechten SPD-Führung in den 50er Jahren als Defensivideologie gegenüber den sozialistischen Staaten geboren wurde und auch nichts von der Strasserschen Variante dieses nirgendwo auf der Welt existierenden „Sozialismus", in dem autonome Gewerkschaften, Minderheitenschutz und die Möglichkeit einer organisierten Opposition möglich sein sollen.[82]
Denn wenn der Sozialismus die Herrschaft der Arbeiterklasse ist, gegenüber wem sollen dann die Gewerkschaften „autonom" bleiben? Für wen soll es da die „Möglichkeit einer organisierten Opposition" geben?
Für die Bourgeoisie und ihre Agenten und Ideologen doch wohl kaum; denn politische Macht der Arbeiterklasse, das heißt: „Aufhebung der Bourgeoispersönlichkeit, Selbständigkeit und Freiheit."[83]
Die Forderung Strassers nach autonomen Gewerkschaften, Minderheitenschutz und Möglichkeit einer organisierten Opposition sind für die **bürgerliche** Demokratie sinnvolle Forderungen, weil sie den Kampf der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie erleichtern, weil sie die „Luft sind, die die Arbeiterklasse zum Atmen nötig hat."[84]
Indem Strasser aber seine bürgerlichen Anschauungen über die Demokratie in den Sozialismus projiziert, erhalten sie damit zugleich eine antisozialistische Stoßrichtung.
Da es im realen Sozialismus keine „autonomen Gewerkschaften" gibt, weil sie wichtiger Bestandteil der Arbeiter- und Bauernmacht sind, und weil dort keine organisierte Opposition gegen die sozialistische Gesellschaftsordnung institutionalisiert ist, weil dies ja hieße, der Konterrevolution freies Spiel zu lassen, sind diese Forderungen Strassers gleichzeitig auch ein Angriff auf den real existierenden Sozialismus in den Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft. Ganz deutlich wird dies in seinem Einleitungsreferat auf dem Bundeskongreß in Bad Godesberg, wo er den „bestehenden nachkapitalistischen Übergangsgesellschaften wie der Sowjetunion" vorwirft, daß dort die „Einheit von Demokratie und Sozialismus" sich nicht entfaltet habe.[85]
Er begreift auch hier nicht das klassenmäßige Wesen der proletarischen Demokratie, die, wie Lenin feststellte, „millionenfach demokratischer (ist) als jene bürgerliche Demokratie".[86] Denn die Frage reduziert sich letztlich darauf, für welche Klasse Demokratie besteht, und im Interesse welcher Klasse die politische Macht ausgeübt wird. Politische Macht der Arbeiterklasse und Demokratie widersprechen sich deshalb nicht. Die politische Macht der Arbeiterklasse schafft überhaupt erst die Voraussetzungen zur Entfaltung der Demokratie für die Masse der Werktätigen

81 Strasser, a.a.O. Seite 10
82 vgl. J. Strasser, Planung und ökonomische Macht, in: Die Neue Gesellschaft 9/72 und Juso-Informationsdienst 11/12 1972; zit. nach: „Herrn Johanno Strassers Umwälzung der Wissenschaft", hrsg. vom SHB-Bundesvorstand, Bonn 1973
83 MEW 4, Seite 470
84 MEW 16, Seite 77
85 Vorabdruck, Seite 3
86 LW 28, Seite 247

im Sozialismus. In diesem Sinne schrieb auch Lenin, der sozialistische Staat müsse „unvermeidlich auf neue Art demokratisch (für die Proletarier und überhaupt für Besitzlose) und auf neue Art diktatorisch (gegen die Bourgeoisie) sein".[87]
Die sozialistische Staatsmacht wird niemals zulassen, daß die Bourgeoisie Möglichkeiten zur Restauration der einstigen Macht erhält. Sie wird aber sehr wohl Meinungsfreiheit und Kritik fördern, wenn es darum geht, die bürgerliche Ideologie am besten zu bekämpfen und das Bündnis von Arbeiterklasse und aller nichtproletarischen Schichten und Werktätigen zu festigen, „um den Sozialismus ein für allemal zu errichten und zu festigen"[88] und damit die Assoziation zu schaffen, „worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist".[89]

Demokratisierung der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel

Erst dann wird es auch möglich sein, die „Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel" zu demokratisieren, von der Strasser immer wieder fälschlicherweise behauptet, daß sie **„die** entscheidende Frage" sei.[90] Solange aber das kapitalistische Eigentum an Produktionsmitteln existiert, ist es nach wie vor der Fixpunkt der kapitalistischen Produktion und Herrschaftsverhältnisse. Ohne Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln kann es auch keine echte Demokratisierung der Verfügungsgewalt geben, weil, solange das Privateigentum besteht, die Bourgeoisie die ökonomisch und politisch herrschende Klasse sein wird.
Die Eigentumslosigkeit der Proletarier, betonten Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest", ist die Grundlage ihrer Unfreiheit, während das Eigentum der Bourgeoisie an den Produktionsmitteln ihr überhaupt erst die Freiheit verschafft, die Lohnarbeit auszubeuten.
Weil Freiheit und Eigentum an den Produktionsmitteln eben zusammenhängt, ist die Voraussetzung der Freiheit der Arbeiter, d. h. der ungeheuren Mehrheit des Volkes, die Überführung aller wichtigen Produktionsmittel in das Eigentum des Volkes. Deshalb heißt es auch im „Kommunistischen Manifest": „In diesem Sinne können die Kommunisten ihre Theorie in einem Ausdruck: Aufhebung des Privateigentums zusammenfassen."[91]
Voraussetzung dazu ist aber „Bildung des Proletariats zur Klasse, Sturz der Bourgeoisieherrschaft, Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat".[92]
Und das ist es auch, was die marxistische Theorie von jeher von allen reformistischen Ideologien, in welchem Gewande sie auch immer aufgetreten sind, unterscheidet.

Die Notwendigkeit der Aktionseinheit

Es gäbe in diesem Rahmen noch viel zu sagen über das, was den MSB auf der ideologischen Ebene von den Jungsozialisten trennt.
So sind wir bestimmt anderer Auffassung über die Rolle der SPD im SMK, über

87 LW 25, Seite 425
88 LW 29, Seite 570
89 MEW 4, Seite 482
90 Strasser, a.a.O. Seite 10 und 11
91 MEW 4, S. 475
92 ebenda, S. 474

die Klassenlage der Intelligenz, oder die Einschätzung der sozialistischen Staaten. Wichtiger jedoch erscheint es, aufzuzeigen, daß es trotz aller ideologischen Gegensätze genausoviel gibt, das uns eint im Kampf gegen den Imperialismus.
Gemeinsam haben Jungsozialisten und MSB Spartakus in der BRD gegen den Abbau demokratischer Rechte gekämpft, gegen Ausländergesetze, Berufsverbote, gegen die Verfolgung von Demokraten und Sozialisten.
Gemeinsam haben wir gekämpft gegen Erhöhungen von Nahverkehrstarifen und die Verschlechterung der sozialen und materiellen Lage der Studenten.
Und gemeinsam haben wir gekämpft für das Zustandekommen eines Friedensabkommens für Vietnam und gegen den portugiesischen Kolonialterror in Mozambique, Angola und Guinea-Bissau.
Das Bekenntnis des Bundeskongresses der Jungsozialisten in Bad Godesberg zu tiefgehenden gesellschaftlichen Umgestaltungen, für die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und Banken, für Mitbestimmung und demokratische Rechte, gegen die Unterstützung des US-Imperialismus und des faschistischen Regimes in Europa durch die Bundesregierung und gegen die israelische Aggression im Nahen Osten, muß zum Ausgangspunkt für das gemeinsame Handeln von Kommunisten und Sozialdemokraten, aller demokratischen Kräfte werden.
Die Aktionseinheit der linken Studentenbewegung hat auf der 25. o. MV des vds eine neue Qualität erreicht. Erstmals ist im neuen vds-Vorstand ein Mitglied der Jungsozialisten vertreten, der zusammen mit den Vertretern von MSB und SHB in einer gemeinsamen Presseerklärung feststellte: „Wie in der Arbeiterbewegung, so ist auch in der Studentenbewegung das gemeinsame Vorgehen von Kommunisten und Sozialdemokraten, aller fortschrittlichen Kräfte dort, wo es gemeinsame Interessen gibt, ein wichtiger Beitrag zur Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses, gegen die Macht des Kapitals, gegen die politische Reaktion."[93]
Obwohl es also dem BuVo der Jungsozialisten mit dem Strasser-Papier darauf ankam, den Parteiratsbeschluß der SPD theoretisch zu untermauern, um sich „vor den Augen der Partei-Oberen als brauchbare Sozialdemokraten zu profilieren und sich als Bewerber für höhere Ämter anzubieten",[94] war die gemeinsame Erarbeitung, Verabschiedung und Durchsetzung der Programme der VDS-MV durch MSB, SHB und Jungsozialisten ein Beweis für die Stärke der Aktionseinheit und eine Demonstration gegen die antikommunistischen Parteiratsbeschlüsse der SPD und gegen diejenigen Kreise im BuVo der Jungsozialisten, die sich darum bemühen, „daß die Jugendorganisation der DKP möglichst klein bleibt".[95]
Der MSB SPARTAKUS ist deshalb, trotz der wütenden Angriffe Strassers auf die Theorie des SMK, weiterhin an einer offenen und sachlichen Diskussion über die ideologischen Unterschiede, die es zwischen ihm und den Jungsozialisten gibt, interessiert, weil diese Diskussion mit dazu beitragen kann, gemeinsame Aktionen für die Forderungen der Jugend und der Studenten gegen das Monopolkapital und seinen „geschäftsführenden Ausschuß", den kapitalistischen Staatsapparat, zu entwickeln.
Die Einheit aller fortschrittlichen Kräfte an der Hochschule fällt nicht vom Himmel,

93 „uz", 6. 4. 1973
94 K. H. Walkhoff, MdB, Brief an den BuVO der Jungsozialisten, abgedr. in: SK 6/73, S. 11
95 Wolfgang Roth im Stern Nr. 47, 12. 11. 1972

sie ergibt sich auch nicht „auf einen Schlag, sondern nur um den Preis zäher Arbeit und unendlicher Geduld[96]".
Der MSB SPARTAKUS wird deshalb alles tun, um die Aktionseinheit mit den Jungsozialisten weiter zu festigen und damit seinen Beitrag zur Stärkung und Festigung der demokratischen Studentenbewegung leisten.

96 LW 8, S. 511

Internationaler Klassenkampf

INHALTSVERZEICHNIS

180 Seiten DM 5,–
facit-Reihe 5

Vorwort

Ota Lev
Lohnarbeit in Afrika: Erbe des Kolonialismus und Entwicklungsperspektive

Jean Suret-Canale
Stämme, Klassen und Nationen in Tropisch-Afrika

Pierre Gensous
Forum der Gewerkschaften Afrikas und Europas

Tunji Otegbeye
Die nationale Frage und die Einheit Nigerias

Abdel Khalek Mahjoub
Die Revolution vom 25. Mai im Sudan

Rostislaw Uljanowski
Zu einigen Fragen der nichtkapitalistischen Entwicklung afro-asiatischer Länder

Aus der Zeitschrift „Al Talia"
Fragen der sozialökonomischen Entwicklung der VAR

Georges Batal
Für eine kommunistische Kampf- und Massenpartei im Libanon

J. Enaruación Pérez
Mexiko: Studentenbewegung und Verteidigung der Demokratie

Narayana Kalyana Krishnan
Zu den politischen Ereignissen in Indien

C. Unni Raja
Interesse für den Marxismus in Indien

Sch. Nazagdorsh
Über die Wege der Umgestaltung der Agrarverhältnisse in der Mongolei

Longino Becerra
Charakter und Inhalt des revolutionären Prozesses in Lateinamerika

Francisco Mieres
Besonderheiten der ökonomischen Entwicklung und der rev. Prozeß in den Ländern Lateinamerikas
Probleme der wirtschaftlichen Integration Lateinamerikas und die Arbeiterklasse

Jose Cadematori
Lateinamerikas wirtschaftliche Integration und die Position der Arbeiterklasse

Julio Laborde
Für Bürgerfreiheiten in Argentinien

Julio Laborde
Das argentinische Volk kämpft gegen die Militärdiktatur

Teodosio Varela
Die wirtschaftliche Integration Lateinamerikas und Probleme Kolumbiens

Cheddi Jagon
Gegenwart und Zukunft Guayanas

Manuel Cepeda
Zehnter Jahrestag der Kubanischen Revolution

Alle Bestellungen an: Weltkreis-Verlags-GmbH, 46 Dortmund, Brüderweg 16

Ursachen und Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus

Der staatsmonopolistische Kapitalismus als gesetzmäßiges Produkt des kapitalistischen Grundwiderspruchs

Der Schlüssel zum Verständnis des staatsmonopolistischen Kapitalismus, seines Wesens und seiner Funktionen muß zwangsläufig im Charakter des Systems liegen, in dem er sich herausbildet und entwickelt, genauer gesagt, in den Gesetzen, die die Entwicklung dieses Systems bestimmen; er ist ein Resultat des Wirkens dieser Gesetze. Der staatsmonopolistische Kapitalismus ist ein Produkt des Imperialismus und wird ganz von den Wesensmerkmalen dieses Systems bestimmt. Er ist letztlich, wie der Imperialismus selbst, das Resultat des die ganze historische Entwicklung des Kapitalismus bestimmenden Konflikts zwischen den sich mächtig entwickelnden Produktivkräften, dem Vorantreiben der Vergesellschaftung der Produktion durch das schrankenlose Verwertungsstreben des Privatkapitals, und der Enge der nur auf den beschränkten Zweck der Kapitalverwertung gerichteten Produktionsverhältnisse. Mit anderen Worten, genau wie der Imperialismus überhaupt, ist der staatsmonopolistische Kapitalismus letztlich das Produkt der Entfaltung des kapitalistischen Grundwiderspruchs. Es ist der Widerspruch, der dazu zwingt, die privatkapitalstischen Schranken des Systems auf einem bestimmten Punkt immer wieder zu durchbrechen, um durch neue Formen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse die auf Anerkennung ihres gesellschaftlichen Charakters drängenden Produktivkräfte überhaupt privatkapitalistisch anwenden zu können.
Es ist nicht Zufall, daß schon die Klassiker des Marxismus diesen Prozeß voraussahen, obwohl er sich zu ihrer Zeit noch gar nicht so deutlich entfaltet hatte; denn die der Entfaltung der von ihnen entdeckten ökonomischen Gesetze innewohnende Dynamik kann zu keinen anderen Resultaten führen.[1]
Daraus wird klar, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus kein zufälliges Produkt ist und auch keine Erfindung der Imperialisten, um zusätzliche Quellen des Monopolprofits zu erschließen; er ist vielmehr ein gesetzmäßiges, objektives Resultat des inneren Zwanges (Verwertungszwanges), dem die kapitalistische Produktionsweise in ihrer historischen Entwicklung unterliegt. Der staatsmonopolistische Kapitalismus ist also ein Ergebnis der imperialistischen Entwicklung, eine Form der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, der deren Überlebtheit und damit historisch notwendige Überwindung sichtbar macht. Als unabdingbares Erfordernis der Entwicklung der modernen Produktivkräfte unter kapitalistischen Bedingungen und letztes Produkt kapitalistischer Entwicklung zeigt er, welche Rolle der Staat auf Grund des hohen Vergesellschaftungsgrads der Produktion bereits

[1] Vgl. K. Marx, „Das Kapital", K. Marx/F. Engels, „Werke", Dietz Verlag, Berlin 1956–1968, Bd. 25, Kapitel 27, und F. Engels, „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft", ebenda, Bd. 20, Abschnitt 3, Teil II.

in der letzten Phase des Kapitalismus spielt, die unmittelbar an den Sozialismus heranführt.

Aus diesen allgemeinen historischen Zusammenhängen werden bereits zwei Grundzüge der Existenz des staatsmonopolistischen Kapitalismus deutlich. Als Produkt der Entfaltung des kapitalistischen Grundwiderspruchs und der inneren Widersprüche der Kapitalverwertung, als monopolkapitalistische Lösung zur weiteren Existenzsicherung eines offensichtlich längst überlebten Systems ist sein Wesen und die Richtung seines Wirkens durch die Entfaltung dieser Konflikte bestimmt; dabei schafft er selbst die Voraussetzungen für deren Entfaltung – jetzt auf staatsmonopolistischer Grundlage. Sein Inhalt, seine ökonomischen Potenzen können nur in einer weiteren Ausdehnung und Vertiefung des Monopols bestehen. Wie schon in der Konsultation über die Theorie des Imperialismus[2] deutlich wurde, hat der gegenwärtige Kapitalismus nur eine Möglichkeit, auf die Zuspitzung seiner Grundkonflikte zu reagieren – durch Entfaltung der Monopolisierung. Deshalb ist das Monopol, wie im Imperialismus allgemein, auch im staatsmonopolistischen Kapitalismus, der höchsten Entwicklungsstufe des monopolistischen Kapitalismus, die Grund- und Zentralfrage, und zwar ein Monopol, das durch die *„Vereinigung der Riesenmacht des Kapitalismus mit der Riesenmacht des Staates zu einem einzigen Mechanismus, der viele Millionen Menschen in einer einzigen Organisation des Staatskapitalismus erfaßt“*,[3] charakterisiert ist. Beim Studium der Probleme des staatsmonopolistischen Kapitalismus geht es deshalb besonders darum, die neuen Wesenszüge der Monopolisierung, die durch die „Verschmelzung“ der Machtpotenzen von imperialistischem Staat und Monopolen entstehen, zu erfassen, ihren Wirkungsbereich und ihre Auswirkungen herauszuarbeiten.

Besonders zu beachten ist, daß diese Probleme nur verständlich werden, wenn die Entwicklung im Zusammenhang mit den jeweiligen konkreten historischen Bedingungen, den Bedingungen von Raum und Zeit, gesehen wird. Das gilt für den staatsmonopolistischen Kapitalismus besonders, weil es hier der imperialistische Staat, das politische Herrschaftsinstrument der Finanzoligarchie ist, durch den diese besondere Monopolisierung gekennzeichnet ist. Speziell gilt dies für das Verständnis der historischen Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die in den einzelnen imperialistischen Ländern unterschiedlich vor sich ging und von erheblichem Einfluß auf die in diesen Ländern spezifischen Züge des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist.[4]

Dies gilt generell und besonders für die allgemeine Krise des kapitalistischen Systems und ihre Entwicklung. Sie bestimmt nicht nur die Richtung des Wirkens des staatsmonopolistischen Kapitalismus, sondern ist die grundlegende konkrete historische Ursache und Triebkraft für sein Entstehen und seine Entwicklung.

Bei der Frage nach den theoretischen Hauptproblemen des staatsmonopolistischen Kapitalismus muß davon ausgegangen werden, daß es sich bei ihm um eine das Gesamtsystem des Imperialismus, dessen Charakter und Funktionsweise betreffende Erscheinung handelt. Das imperialistische System ist heute staatsmonopolistisch. Dies bedeutet, daß kein Problem des heutigen imperialistischen Systems losgelöst vom staatsmonopolistischen Kapitalismus betrachtet werden kann.

[2] Vgl. P. Hess, „Die Leninsche Imperialismustheorie“, „wirtschaftswissenschaft“, Heft 1/1973, S. 80.
[3] W. I Lenin, „Krieg und Revolution“, „Werke“, Dietz Verlag, Berlin 1955–1965, Bd. 24, S. 401.
[4] Vgl. Autorenkollektiv, „Der Imperialismus der BRD“, Dietz Verlag, Berlin 1971, Kapitel 1.

Das Verhältnis zwischen der Herrschaft der Monopole und der staatlichen Monopolisierung

Zur Erkenntnis des Wesens des staatsmonopolistischen Kapitalismus und seiner Wirkungsweise gehört die Klarheit darüber, daß staatliche Monopolisierung kein selbständiges, etwa neben den Monopolen und ihrer Herrschaft existierendes Monopol hervorbringt, das die Bedeutung der Herrschaft der Monopole herabmindern oder gar ersetzen würde (siehe Abschnitt über Inhalt und Potenzen der staatlichen Monopolisierung).

Die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus nach dem zweiten Weltkrieg, die Entwicklung seiner Institutionen und seiner Wirtschaftspolitik, hat sehr deutlich gezeigt, daß ihr zumeist eine Entfaltung oder Neuformierung der Monopolherrschaft vorausging, die erst die Voraussetzungen für Veränderungen in den Formen des staatsmonopolistischen Kapitalismus und deren Wirksamkeit schuf. Gegenwärtig stellt die wissenschaftlich-technische Revolution und die sie begleitende Zentralisationswelle und Neuformierung in der Monopolmacht nicht nur neue Anforderungen an die staatliche Monopolisierung, sondern schafft gleichzeitig erst die Voraussetzungen dafür, auf diese Anforderungen staatsmonopolistisch zu reagieren.

Der staatsmonopolistische Kapitalismus ist nicht nur ein Produkt der Monopolherrschaft, sondern kann auf der Basis dieser Eigentums- und Machtverhältnisse nur innerhalb und zugunsten dieser Verhältnisse wirken. Darin besteht ja auch sein Zweck.

Es ist aber wichtig zu erkennen, daß gerade dadurch, daß der Staat heute eine so große Rolle gegenüber den Monopolen spielt, viele neue Widersprüche entstehen, die ihrerseits ebenfalls den staatsmonopolistischen Kapitalismus charakterisieren. Von besonderer Bedeutung ist dabei die zunehmende Entfaltung des Konflikts zwischen den Gesamtinteressen des Monopolkapitals und den Einzelinteressen der Monopole und das Gewicht dieses Konflikts in der ökonomischen und sozialen Entwicklung. Besonders charakteristisch ist, daß der Staat im Interesse der Sicherung des Systems zunehmend Einzelinteressen den Gesamtinteressen – die durchaus nicht einfach parallel laufen – unterordnen muß. Bedeutungsvoll sind hier beispielsweise die Konflikte, die sich in den siebziger und achtziger Jahren zunehmend aus den neuen Reproduktionserfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution ergeben werden. Die vielfältigen neuen Probleme, aus der Infrastruktur, dem Umweltschutz, wie überhaupt der Sicherung der physischen Lebensbedingungen, der Raumordnung, der Bildung und anderen, können vielfach nur unter Berücksichtigung von gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen in Angriff genommen werden. Viele von ihnen bilden gleichzeitig qualitativ neue Elemente in der Reproduktion der wichtigsten Produktivkraft, der Arbeitskraft. Für die Reproduktion des Wertes der Ware Arbeitskraft, die sich, wie allgemein im Kapitalismus, nur gegen die Akkumulationsbedürfnisse des Kapitals durchsetzt, ist typisch, daß viele ihrer neuen Elemente nur durch

gesellschaftliche Konsumtion realisiert werden können. Es ist offensichtlich, daß die objektiven neuen Anforderungen an die gesellschaftliche Reproduktion an sich die Möglichkeiten eines Kapitalverwertungssystems übersteigen, vielfach schon in offenem Gegensatz zu diesem stehen und oft durch eine noch so große Kapitalmacht von Monopolen nicht bewältigt werden können.[5] Nur der imperialistische Staat kann die Bedingungen schaffen, die zur Inangriffnahme dieser Erfordernisse, soweit das innerhalb des kapitalistischen Systems überhaupt möglich ist, notwendig sind.

Diese heute sehr aktuellen Zusammenhänge bilden eine in vielem qualitativ neue Quelle von Klassenkonflikten und Interessengegensätzen, die die Bewegung des staatsmonopolistischen Systems bestimmen. Denn diese Reproduktionserfordernisse sind gleichbedeutend mit Forderungen der Produzenten an das Kapital und seinen Repräsentanten, den Staat. So entsteht beispielsweise die Frage, wer durch das „Staatsmonopol" zur Finanzierung dieser Aufgaben gezwungen wird, wie das geschieht, welche staatlichen monopolistischen Machtmittel zu wessen Gunsten und gegen wen eingesetzt werden sollen.

Genauso werden das Verhältnis Staat-Monopolkapital und die unterschiedlichen Interessen innerhalb des Monopolkapitals berührt. Daraus wird verständlich, warum die Inangriffnahme dieser neuen Reproduktionserfordernisse durch den Staat so heftige Klassenauseinandersetzungen auslöst. Das erklärt auch, warum zwischen den sozialen und den staatlichen Kräften, die ein gemeinsames Interesse an der Erhaltung des monopolkapitalistischen Systems haben und bemüht sind, die neuen Reproduktionserfordernisse den Erfordernissen des Systems unterzuordnen, mit neuen staatlich-monopolistischen Methoden in das System zu integrieren, soziale, politische und ideologische Auseinandersetzungen über den einzuschlagenden Weg stattfinden. Es ist ein Beispiel dafür, in welchen Maßstäben sich die Klassen- und Konkurrenzverhältnisse durch die monopolistische Rolle des Staates entfalten.

Mit der ökonomischen Rolle des Staates im Reproduktionsprozeß entsteht die Notwendigkeit von Veränderungen innerhalb der Staatsmacht, ihrer Funktions- und Arbeitsweise. Hierbei sind solche Fragen zu beachten wie das Entstehen eines ökonomischen Herrschaftsmechanismus des Staates und die Art und Weise seiner Organisierung; die Rolle der Eigengesetzlichkeit, die dieser Apparat entwickelt; die Konflikte zwischen den ökonomischen Erfordernissen einerseits und der Arbeitsweise sowie dem Machtmechanismus des imperialistischen Staatsapparates andererseits (sehr aktuell ist z. B. der Widerspruch zwischen der erforderlichen staatlichen Stabilität im Interesse der Kapitalverwertung der Monopole und den wechselnden Regierungsmehrheiten mit ihren unterschiedlichen Konzeptionen, oder die Rolle des bürgerlichen Parlamentarismus). Das ist ebenfalls nur eine spezifische Seite des Klassenkonflikts unter staatsmonopolistischen Bedingungen — Ausdruck dafür, daß jetzt auch der Staat zur Bedingung des Funktionierens der imperialistischen Kapitalverwertung geworden ist.

[5] Vgl. P. Hess/K. Zieschang, „Das Finanzkapital — Der Zusammenhang zwischen Kapitalverwertung und Kapitalmacht im heutigen Kapitalismus", „wirtschaftswissenschaft", Heft 11/1972, S. 1673.

Die neue Qualität des Verhältnisses von Ökonomie und Politik

Aus den bisher dargelegten Hauptproblemen des staatsmonopolistischen Kapitalismus wird deutlich, daß sich mit der Entfaltung der Herrschaft der Monopole zur staatlichen Monopolisierung eine qualitativ neue Rolle des Verhältnisses von Ökonomie und Politik ergibt, vor allem daraus, daß der imperialistische Staat bei der Wahrnehmung seiner ökonomischen Funktionen immer als Staat handelt, das heißt als politisches Machtinstrument. Es ist nicht möglich, auch nur eine einzige ökonomische Maßnahme des Staates außerhalb dieses Zusammenhangs zu betrachten, wie es umgekehrt nicht möglich ist, von den ökonomischen Zwängen und Erfordernissen zu abstrahieren, von denen der Staat abhängig ist.

So wie der Zusammenhang zwischen Ökonomie und Politik selbst, ist die sich daraus ergebende Problematik im staatsmonopolistischen Kapitalismus sehr vielschichtig. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß das notwendige Entstehen eines ökonomischen Herrschaftsmechanismus sich zwangsläufig auf den politischen Herrschaftsmechanismus auswirkt und auch dessen Wirkungsweise verändert. Die Kenntnis dieses Zusammenhangs und seiner hauptsächlichen Erscheinungsformen — in den einzelnen imperialistischen Ländern unterschiedlich — ist eine Grundvoraussetzung für das Verständnis des staatsmonopolistischen Kapitalismus.[6]

Im neuen Verhältnis von Ökonomie und Politik unter staatsmonopolistischen Bedingungen spielt besonders der Einfluß der Klassenauseinandersetzungen auf die staatliche Monopolisierung und ihre Funktionen eine bestimmende Rolle. Durch die ökonomische Rolle des Staates werden die ökonomischen Verhältnisse auch zu staatlichen Verhältnissen und die Auseinandersetzungen um sie auch zu einer Auseinandersetzung mit dem Staat und seiner Rolle. Da der Staat ein gesellschaftliches Organ ist, haben auf seine Tätigkeit — anders als in bezug auf die Privatmonopole — die verschiedensten gesellschaftlichen Kräfte Einfluß; sie ist deshalb auch abhängig von der jeweiligen Klassensituation und Kräftekonstellation der sozialen Kräfte.

Daraus ergibt sich einmal, daß die ökonomische Tätigkeit des Staates, wie sie beispielsweise in der Wirtschaftspolitik zum Ausdruck kommt, niemals nur von rein ökonomischen Zwängen diktiert sein kann, und die Reaktion des Staates auf ökonomische Widersprüche nicht nur von den jeweiligen Bedürfnissen der Monopole.

Zum anderen ergeben sich hieraus außerordentlich bedeutsame Schlußfolgerungen für die Strategie und Taktik des antimonopolistischen Kampfes. Der Einfluß der verschiedenen Klassenkräfte auf den imperialistischen Staat bedeutet, daß dieser unter bestimmten Bedingungen, vor allem bei einem bedeutenden Aufschwung des revolutionären Klassenkampfes, zu antimonopolistischen, demokratischen Maßnahmen partieller Natur gezwungen und benutzt werden kann. Daran knüpfen die Programme der kommunistischen und Arbeiterparteien in den imperialistischen Ländern an, die demokratische, antiimperialistische Alternativen

[6] Vgl. Autorenkollektiv, „Der Imperialismus der BRD", a.a.O., Kapitel 3, und M. Schmidt, „Thesen zur Entwicklung des imperialistischen Herrschaftssystems", „IPW-Berichte", Heft 3/1972, S. 6.

zum staatsmonopolistischen Kapitalsystem darstellen und gleichzeitig die Möglichkeiten eines friedlichen Weges zum Sozialismus zeigen.[7]

Die Rolle des Verhältnisses von Ökonomie und Politik geht bereits deutlich aus den Darlegungen über die Ursachen für das Entstehen des staatsmonopolistischen Kapitalismus hervor. Die Entfaltung des kapitalistischen Grundwiderspruchs im Imperialismus ist ja identisch mit der Zuspitzung der Klassensituation und der gesellschaftlichen Konflikte. Die Gesellschafts- und Systemkonflikte haben Dimensionen angenommen, die von den Monopolen selbst nicht mehr bewältigt werden können.

Am Beispiel des Entstehens neuer Reproduktionsbedingungen durch die wissenschaftlich-technische Revolution wurde schon gezeigt, welcher enge Zusammenhang zwischen den neuen gesellschaftlichen Maßstäben in der Produktion, der Klassenlage und den Klasseninteressen besteht, die ihrerseits Triebkräfte der gesellschaftlichen Auseinandersetzung sind. Es ist gerade für die Auswirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution typisch, daß sie komplex, als miteinander verflochtene ökonomische, soziale, politische und ideologische Probleme auftreten und insofern von vornherein als Gesellschaftskonflikte.[8] Die Rolle, die die Versuche, diesen Anforderungen der Produktivkraftentwicklung durch „Reformen von oben" staatsmonopolistisch zu entsprechen, in der politischen und ideologischen Auseinandersetzung, der Innen- und Außenpolitik sowie im realen Reproduktionsprozeß und bei der staatlichen Monopolisierung spielen, sind bezeichnend.

Einen direkten und zunehmenden Einfluß übt die Entwicklung des Sozialismus aus; kein imperialistischer Staat, vor allem in Westeuropa, kann heute Regelungen finden, die die Auswirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution unter anderen gesellschaftlichen Verhältnissen unberücksichtigt lassen (hier zeigt sich besonders deutlich die Bedeutung der bürgerlichen sowie der rechten und „linken" revisionistischen Ideologien bei den Versuchen, diese die Möglichkeiten des Kapitalverwertungssystems direkt übersteigenden Reproduktionsbedingungen eben diesem System staatsmonopolistisch unterzuordnen).

Aus diesen Zusammenhängen wird klar, welche komplexen Triebkräfte und Anforderungen der staatlichen Monopolisierung zugrunde liegen und sie bestimmen. Genauso wird aber auch eine der besonderen Schwierigkeiten des heutigen staatsmonopolistischen Kapitalsystems, warum es den Imperialisten und ihrem Staat heute schon nicht mehr immer gelingt, alle gesellschaftlichen Prozesse den Verwertungsbedürfnissen und Machtbedürfnissen unterzuordnen, erklärlich.

Es geht bei dem Verhältnis von Ökonomie und Politik nicht nur um die Frage des verstärkten Einflusses der Politik, die durch die ökonomische Rolle des Staates entsteht, sondern um eine neue Qualität, um die bestimmende Rolle dieses Verhältnisses bei der Durchsetzung der ökonomischen und der gesellschaftlichen Entwicklungen durch die staatliche Monopolisierung.

[7] Vgl. Autorenkollektiv, „Der Imperialismus der BRD", a.a.O., Kapitel 9.
[8] Vgl. K. Zieschang, „Zu den Entwicklungstendenzen des kapitalistischen Grundwiderspruchs unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution", „wirtschaftswissenschaft", Heft 6/1969, S. 871.

Das Wesen der staatsmonopolistischen Regulierung

Die Rolle des Staates im staatsmonopolistischen Kapitalismus, seine Auswirkungen auf die gesellschaftlichen Verhältnisse, beeinflußt erheblich die Durchsetzung der ökonomischen Gesetze. Diese Seite des staatsmonopolistischen Kapitalismus, seine direkte ökonomische Einwirkung auf den Profit- und Regulierungsmechanismus wird im allgemeinen staatsmonopolistische Regulierung genannt. Sie stellt sich zunächst als eine Vielzahl von Instrumenten und Maßnahmen dar, wobei in der BRD das Finanzsystem (Staatshaushalte, Staatseinnahmen- und -ausgaben, Steuersystem) eine zentrale Stellung einnimmt.

Es wäre jedoch falsch, diese staatsmonopolistische Regulierung nur als eine Vielzahl von „Maßnahmen" zu fassen und bei deren Beschreibung stehenzubleiben. Ebenso muß es zu falschen Einschätzungen führen, wenn die Widersprüche im Reproduktionsprozeß und in der Gesellschaft zwar dargelegt werden, aber dann einfach geschlußfolgert wird, daß der Staat deshalb, mehr oder weniger als eine Art „Segensspender", mit diesen oder jenen Maßnahmen reagiere. Diese Betrachtungsweisen führen unter anderem dazu, daß die staatsmonopolistische Regulierung faktisch mit dem Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus identifiziert wird. Letztlich kommt dabei heraus, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus eine Erfindung der Imperialisten sei, um ihre Widersprüche zu lösen.

Zunächst ist es wichtig, die historische Stellung dieser staatsmonopolistischen Regulierung richtig zu erfassen. Sie ist ein objektives, notwendiges Produkt der kapitalistischen Entwicklung, ohne die heute das kapitalistische Regulierungssystem nicht mehr funktionsfähig wäre, insofern ein Ausdruck für dessen Überlebtheit. Sie stellt in diesem System eine Art monopolistisches Vehikel dar, um die Produktivkraftentwicklung und deren Anforderungen an die gesellschaftliche Produktionsregulierung weiterhin in den Rahmen der Kapitalverwertungsverhältnisse zu pressen. Sie entsteht, weil dazu die dem Kapitalverwertungssystem eigenen Potenzen und Möglichkeiten allein schon nicht mehr ausreichen, erschöpft sind. Hierin zeigt sich der ganze Widersinn, diesen staatsmonopolistischen Regulierungsmechanismus als einen „marktwirtschaftlichen" Mechanismus, in dem die Marktkräfte entsprechend der „Leistungskraft" seiner Teilnehmer bestimmen, darzustellen, wie das heute in der BRD geschieht.

Weiter sind das Wesen und die Funktion der staatsmonopolistischen Regulierung nur dann zu erkennen, wenn sie im Zusammenhang mit dem Reproduktionsprozeß und dem ihn regulierenden Mechanismus betrachtet wird. Die staatsmonopolistische Regulierung ist nur innerhalb der kapitalistischen ökonomischen Beziehungen und nur auf der Grundlage und mit Hilfe der Wirkungskräfte des Kapitalismus möglich. Dies sind auch weiterhin die Gesetze und die Kategorien einer sich spontan und anarchisch regulierenden Produktionsweise, wenngleich sie auch mit deren Entwicklung erhebliche Veränderungen erfahren. Dem Wesen nach kann es sich also auch nur um eine Regulierung zugunsten des Profits und, unter den spezifischen staatsmonopolistischen Bedingungen, des Monopolprofits handeln. Dies ist die grundlegende Frage, von der bei der Untersuchung der Möglichkeiten und der Grenzen der staatsmonopolistischen Regulierung ausgegangen werden muß.[9]

[9] Vgl. R. Gündel/H. Heininger/P. Hess/K. Zieschang, „Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus", Akademie-Verlag, Berlin 1967, Kapitel 5.

Das bedeutet aber auch, daß aus den einzelnen Regulierungsmaßnahmen nicht nur vereinfachend geschlußfolgert werden kann, daß sie immer zugunsten des Monopolprofits wirken. Das würde ihrem Inhalt nicht voll gerecht. Nur wenn die Regulierungsmaßnahmen in ihrer Funktionsweise, in ihrer umfassenden Wirkung auf den Preis- und Profitmechanismus erfaßt werden, können ihre Auswirkungen deutlich gemacht werden. Nur dann wird sichtbar, wie die Bewegung der kapitalistischen Kategorien durch sie weiter monopolistisch beeinflußt wird, wie sie auf Konkurrenz und Anarchie, auf deren Grundlage sich die ökonomischen Gesetze im Kapitalismus durchsetzen, wirken.

Eine solche Betrachtungsweise macht deutlich, daß die staatsmonopolistische Regulierung sich nicht nur auf Maßnahmen der Profitstimulierung beschränken kann; in dem Maß, wie sie ihre Funktionen erfüllt, wird sie ebenso notwendig, um den Folgen dieser Profitstimulierung zu begegnen. Typische Bewegungsformen der heutigen kapitalistischen Widersprüche, wie Währungskrisen, Haushaltskrisen und Inflationierung, die einen wesentlichen Einfluß auf den Reproduktionsprozeß und die sozialen Verhältnisse und Klassenbeziehungen haben, können so erst richtig erklärt werden.

Festzuhalten wäre noch, daß dieses Regulierungssystem notwendigerweise mit der weiteren Produktivkraftentwicklung unter den Bedingungen der allgemeinen Krise des Systems einer Entwicklung unterliegt. So werden, wie schon erwähnt, mit der wissenschaftlich-technischen Revolution Anforderungen in ganz neuen Dimensionen an dieses System gestellt, was zu einer entsprechenden weiteren Entfaltung seiner Widersprüche führen wird. Dies kommt auch in der wirtschaftspolitischen Fragestellung, die von der bürgerlichen Ökonomie und Praxis immer mehr in den Vordergrund gerückt wird, zum Ausdruck. Diese wird zunehmend bestimmt von den alles beherrschenden sogenannten Zielkonflikten, so von der Frage, wie gleichzeitig stetiges Wachstum, Außenhandelsgleichgewicht, Stabilität der Währung, Vollbeschäftigung und Durchführung von „Reformprojekten" erreicht werden soll, wenn diese Ziele bei ihrer Durchsetzung im Gegensatz zueinander stehen. Während die staatsmonopolistische Regulierung noch Anfang der fünfziger Jahre im wesentlichen nur aus einer allgemeinen Profitstimulierung bestand, ist die staatsmonopolistische Wirtschaftspolitik inzwischen durch die Entfaltung der Widersprüche des Systems zu einem vielgliedrigen Gebilde geworden. Wachstums-, Konjunktur-, Stabilitäts-, Struktur- und neuerdings Gesellschaftspolitik kennzeichnen heute die Hauptbereiche der Wirtschaftspolitik und die notwendige Ausdehnung der staatsmonopolistischen Regulierung auf immer mehr Bereiche der Gesellschaft. Dabei ist es auch für die bürgerliche Theorie und Praxis kein Geheimnis, daß die Aufgaben dieser verschiedenen „Politiken" miteinander in unlösbare Konflikte geraten und daß, wenn man das eine will, man auf anderes verzichten muß.

Inhalt und Potenzen der staatlichen Monopolisierung

Aus der Betrachtung der Hauptprobleme des staatsmonopolistischen Kapitalismus wird die Bedeutung der eingangs getroffenen Feststellung erkennbar, daß der Ausgangspunkt und der Schlüssel zur Lösung der vielfältigen Fragen, die der staatsmonopolistische Kapitalismus aufwirft, das Monopol ist, und zwar in seiner

neuen Form, der staatlichen Monopolisierung. Es ist deshalb zweckmäßig, einige allgemeine Besonderheiten dieser Monopolisierung kurz zu charakterisieren. Damit sollen das Wesen und die besonderen Potenzen dieser Monopolisierung deutlicher gemacht werden, von denen ausgehend die verschiedenen konkreten Wirkungen und Auswirkungen beurteilt werden müssen.[10]

Geht man von den Ursachen des staatsmonopolistischen Kapitalismus aus, so besteht der objektive Zwang für sein Entstehen allgemein in der Notwendigkeit einer Ausdehnung der Monopolisierung über die Möglichkeiten der Privatmonopole hinaus. Das einzige und letzte Instrument, das dem Imperialismus hierfür zur Verfügung steht, ist sein Staat. Fragt man nach den Potenzen der staatlichen Monopolisierung, *wodurch* die Monopolisierung mit der Einbeziehung der imperialistischen Staaten in den Monopolisierungsprozeß ausgedehnt wird, so ergibt sich dies zweifellos aus der Tatsache, daß der Staat das umfassendste Machtinstrument ist, das es im Imperialismus gibt. Das Monopol findet im allgemeinen seine Grenzen in seiner eigenen Kapitalmacht, der Staat aber zunächst nur in der Staatsmacht. Die Staatsmacht der Imperialisten selbst, die die ganze Gesellschaft umfaßt, alle Klassen und Schichten — mehr oder weniger auch mit einem einheitlich organisierten Apparat — wird auf der Grundlage einer hochzentralisierten Wirtschaftsmacht, die von einer kleinen Gruppe Finanzkapitalisten beherrscht wird, zum Monopolisten. Damit ist die gesamte Macht des Staates gemeint, beispielsweise auch seine Außen- und Innenpolitik, die zur Durchsetzung der staatlichen Monopolisierung eingesetzt werden kann. Ihr Wirkungsfeld ist, im Unterschied zu einem noch so großen Privatmonopol, die ganze Gesellschaft. Dieser Unterschied zur Macht der Privatmonopole zeigt sich schon in den Mitteln, die der Staatsmacht zur Verfügung stehen. Die Hauptmittel zur Durchsetzung der ökonomisch-monopolistischen Funktionen des Staates sind:

1. staatliche Machtmittel, wie sie besonders in der Gesetzgebung und deren administrativen Durchführung zum Ausdruck kommen — kein Monopol könnte einfach durch Gesetz Monopolbedingungen konstituieren;
2. ökonomische Machtmittel, besonders Kapital, die der Staat angesichts der Konfliktsituationen *selbst* konzentrieren muß, mit denen er selbst im Reproduktionsprozeß agiert — Mobilisierung (z. B. durch Besteuerung) und Verwendung dieser Mittel unterscheiden sich ebenfalls von denen der Privatmonopole;
3. staatliche und halbstaatliche Institutionen, das heißt administrative staatliche Apparate, die jetzt auch ökonomische Macht ausüben und ökonomisch organisierte staatliche Institutionen, wie staatliche Banken oder das Zentralbankensystem.

Von entscheidender Bedeutung bei der Beurteilung der Potenzen und der Wirkungsweise der staatlichen Monopolisierung ist deren Stellung im Kapitalverwertungssystem. Wird hier von den Staatsbetrieben abgesehen, so ist zunächst klar, daß der Staat seine Rolle nicht als Produzent von Wert und Mehrwert spielt; ökonomisch handelt es sich bei der staatlichen Monopolisierung um monopolisti-

[10] Vgl. R. Gündel/H. Heininger/K. Zieschang, „Zu Problemen des staatsmonopolistischen Kapitalismus", in: „Probleme der politischen Ökonomie", Akademie-Verlag, Berlin 1965, Bd. 8, S. 115. und K. Zieschang, „Zu Problemen des staatsmonopolistischen Kapitalismus und seiner inflationistischen Wirkung auf die ökonomischen Gesetze", ebenda, Berlin 1961, Bd. 4, S. 124, und P. Hess/K. Zieschang, „Das Finanzkapital . . .", a.a.O., S. 1686 f.

sche Umverteilung von Einkommen und Profit. Es geht darum, daß durch die staatsmonopolistische Umverteilung aller Klassen und Schichten der Gesellschaft mit Mitteln und in einem Umfang, die keinem Privatmonopol zur Verfügung stehen, ein monopolistischer Tribut auferlegt wird. Der Staat verhält sich hierbei zunächst wie jeder monopolistische Ausbeuter. Aber auf Grund seiner besonderen monopolistischen Potenzen kann er diesen monopolistischen Ausbeutungs- und Ausplünderungsprozeß ausdehnen und vertiefen (darin besteht ja letztlich der Kern der Frage), und allein dadurch kann die heutige Produktionsentwicklung noch kapitalistisch bewältigt werden. Natürlich setzt sich dieser Umverteilungsprozeß kompliziert und besonders auch außerordentlich differenziert durch. Zum Beispiel führt die Besteuerung direkt zur Umverteilung von Profiten und Einkommen, wobei nachgewiesen werden kann, daß das System der Besteuerung immer zugunsten großer Einkommen und großer Profite wirkt. Derselbe Umverteilungseffekt, der aber in den Haushaltszahlen des Staates überhaupt nicht zum Ausdruck kommt, ergibt sich indierkt durch ein weitverzweigtes System der Steuerbefreiung und -ermäßigung.

Der Finanzoligarchie gelingt es, diese gesellschaftliche Ausbeuterrolle, gerade weil sie vom Staat gespielt wird, zu verschleiern, wird sie nur oberflächlich betrachtet. Beispielsweise wird der staatlichen Ausbeutung der Mantel des „Gemeinwohls" umgehängt, indem die monopolistische Umverteilung von Profiten und Einkommen als „Reformprojekte" deklariert wird. Dieser Schein verschwindet jedoch, wenn die Rolle des Staates richtig in den Rahmen des Kapitalverwertungssystems eingeordnet wird.

Als Ausbeuter, der durch monopolistische Umverteilung der Gesellschaft einen Tribut auferlegt, unterscheidet sich der Staat also nicht von den Monopolen, sondern nur durch die aus seinem besonderen Charakter sich ergebenden Maßstäbe und Mittel dieser Umverteilung. In diesem Zusammenhang entsteht die Frage, ob dadurch ein neuer oder besonderer Ausbeutungsmechanismus konstituiert wird, der neben dem des Kapitals bzw. des Monopolkapitals existiert. Diese muß entschieden verneint werden.

Die Rolle der Staatsmacht ist eine Seite der sich aus der staatlichen Monopolisierung ergebenden besonderen Monopolisierungspotenzen; die andere Seite besteht darin, daß der imperialistische Staat bei der Wahrnehmung seiner ökonomischen Funktionen im Unterschied zu allen anderen Kapitaleigentümern und Kapitalmächten nicht dem Zwang unterliegt, selbst Kapital zu verwerten. Das ist überhaupt nicht das Ziel seiner Funktionen (im Unterschied zu jedem anderen Kapitalisten). Seine Rolle im Kapitalverwertungsprozeß wird von den herrschenden Eigentumsverhältnissen und den daraus resultierenden Produktionsverhältnissen bestimmt, deren Sicherung und Aufrechterhaltung sein Ziel ist. Das ist der eigentliche springende Punkt zum Verständnis des Wesentlichen der staatlichen Monopolisierung: die Unterordnung der gesamten Bevölkerung unter die Verwertungsbedürfnisse des Monopolkapitals, um eine solche Ausbeutungsbasis zu schaffen, die das weitere Betreiben der Produktion als Profitproduktion gestattet. Die Bedeutung dieser Besonderheit in der ökonomischen Rolle des Staates im Kapitalverwertungsprozeß zeigt sich, wenn seine Wirkung auf den kapitalistischen Preis- und Profitmechanismus betrachtet wird. Hieran wird auch deutlich, warum der Staat *monopolistisch* auf den ganzen Reproduktionsprozeß wirkt, Monopol-

bedingungen im ganzen kapitalistischen Mechanismus konstituiert und dadurch diesen in seiner Bewegung verändert.

Es wurde bereits betont, daß es keinesfalls genügt, in der staatlichen Monopolisierung nur einzelne Maßnahmen zu sehen. Beispielsweise in bezug auf die Besteuerung, die heute ein Hauptinstrument dieser Monopolisierung ist, müssen sich vom Standpunkt ihrer Funktionen im Reproduktionsprozeß und ihrer Wirkung auf diesen sofort die Fragen ergeben: Woher kommen die Steuern? Welche Konsequenzen für Eigentum und Einkommen hat ihre Erhebung? Wie beeinflußt sie deren Bewegung? Wie wirkt die Art ihrer Erhebung auf Preis- und Profitmechanismus? Ähnliche Fragen ergeben sich bei der Verausgabung der durch die Besteuerung mobilisierten Mittel.

Aus der Rolle des Steuersystems bei der staatlichen Umverteilung ergibt sich, daß sich in demselben Verhältnis wie Steuern erhoben werden, die Konkurrenzverhältnisse verändern. Die durch die Besteuerung Begünstigten können Konkurrenz- und damit Verwertungsschranken durchbrechen und werden so kraft staatlicher Monopolisierung von den herrschenden allgemeinen Verwertungsbedingungen relativ unabhängig. Durchbrechung der Verwertungsschranken auf der Basis staatlicher Umverteilung, das heißt in Maßstäben, wie sie Monopole selbst nicht durchsetzen können, darin besteht das eigentliche Problem, das die staatliche Monopolisierung zu lösen hat. Diese Durchbrechung auf der Grundlage kapitalistischer Verhältnisse gilt nur für Begünstigte, die Schranken für die Nichtbegünstigten werden um so höher. In einem sehr differenzierten System werden damit in der ganzen Gesellschaft die staatsmonopolistischen Konkurrenzverhältnisse und die besonderen staatsmonopolistischen Kapitalverwertungsbedingungen konstituiert. Dies bedeutet, daß jetzt die Kapitalverwertung und ihre Entwicklung direkt auch vom Umfang der staatlichen Monopolisierung abhängt. Mehr noch: Die Ausnutzung der staatlichen Monopolisierung durch die Begünstigten wird zu einer Art Bedingung höchstmöglicher Kapitalverwertung. Besteht beispielsweise bei allgemein hoher Steuerbelastung die Alternative darin, entweder hohe Steuern zu zahlen oder diesen Teil der Profite zu akkumulieren (weil dann Steuerbefreiung eintritt), ist das gleichbedeutend mit einer Art staatlichem Zwang zur Akkumulation.

Auf diese Weise werden im Prinzip (hier handelt es sich natürlich nur um die Grundzüge dieser Wirkung der staatlichen Monopolisierung, die aber andererseits die Grundzusammenhänge und die Ausgangspunkte für die konkrete Untersuchung bilden) die kapitalistischen Einkommens-, Preis- und Profitkategorien letztlich zugunsten des Monopolprofits beeinflußt und verändert. Dies bedeutet gleichzeitig eine staatliche monopolistische Veränderung des kapitalistischen Verteilungsmechanismus. So wie Durchschnittsprofit und Produktionspreis als kapitalistische Formen der Wertverteilung und damit der Regulierung der Produktionsweise schon durch die Herrschaft der Monopole in anderer Gestalt erscheinen und sich durchsetzen, findet diese Veränderung jetzt durch die Dazwischenkunft des Staates auf einer höheren monopolistischen Stufe statt. Um nichts anderes handelt es sich im Prinzip auch, wenn von staatsmonopolistischer Regulierung gesprochen wird. Es geht nicht um einen Ersatz der kapitalistischen Regulierungsprinzipien durch andere oder etwa durch die Entstehung eines neuen Mechanismus neben diesem, sondern um die weitere monopolistische Untergrabung der Funktionsweise des kapitalistischen Regulierungsmechanismus, und ist deshalb Ausdruck der Labilität

dieses Systems. Sind diese Zusammenhänge klar, ist es auch ohne weiteres einleuchtend, daß es sich bei der staatlichen Monopolisierung nicht um eine Art Allmacht des Staates handelt, durch die die Widersprüche überwunden werden könnten. Verbreiterung und Vertiefung der Ausbeutungsverhältnisse als Inhalt der staatlichen Monopolisierung und deren Wirken innerhalb der Konkurrenz- und Kapitalverwertungsverhältnisse kann nur bedeuten, daß die Widersprüche auf einer höheren Ebene verschärft werden. Die Aufgabe für die Forschung kann dementsprechend nur lauten, ausgehend vom Wesen der staatlichen Monopolisierung, ihren Besonderheiten und ihrer Wirkungsweise die Art und Weise der Entfaltung der Widersprüche und die daraus resultierenden besonderen Erscheinungen aufzuspüren und aufzudecken.
Insgesamt ergibt sich, daß es bei der Beurteilung des staatsmonopolistischen Kapitalismus darauf ankommt, seine historische Stellung allseitig zu erfassen. Es kommt darauf an, seinen Übergangscharakter zu erkennen, der schon gänzlich die gesetzmäßig notwendige Überwindung des Imperialismus offenbart und sehr konkret zeigt, wie sich dieser Übergang vollziehen muß, seinen Inhalt als letzte Phase des sterbenden und parasitären Kapitalismus. Diese Erkenntnis kann nur gelingen, wenn die Wirkung des staatsmonopolistischen Kapitalismus auf die Klassenkräfte und Klassenauseinandersetzungen unter den heutigen Bedingungen berücksichtigt wird.

UNRUHE

Zeitschrift für Theorie und Praxis der Sozialarbeit/ Sozialpädagogik

Heft 1/73:

- **Hamburg: „Reform in Uniform"**
- **Das Elend der Fachhochschulen**
- **Sozialassistentenausbildung – ein Rückschritt**

UNRUHE ist die Informationsschrift der Studenten an Fachhochschulen für Sozialarbeit/Sozialpädagogik

Probehefte bei:

SVS e. V./Redaktion Unruhe, 28 Bremen, Am Dobben 69

VMB

Verlag Marxistische Blätter

A. F. Rumjanzew u. a.
Politische Ökonomie des Sozialismus
568 Seiten, Leinen, Schutzumschlag, DM 13,80

W. Menzel u. a.
Imperialistische Klassenpolitik unter Anpassungszwang
reformieren, manipulieren, integrieren
335 Seiten, Paperback, DM 9,50

K. H. Röder u. a.
Widersprüche und Tendenzen im Herrschaftssystem der BRD
111 Seiten, Taschenbuch, DM 2,40

Paul Boccara u. a.
Der staatsmonopolistische Kapitalismus
Zweite Auflage, 664 Seiten, Paperback, DM 18,50

Lucien Sève
Marxismus und Theorie der Persönlichkeit
Zweite Auflage, 452 Seiten, Paperback, DM 14,80

Erich Hanke
Mittelstand in der Bundesrepublik
Ein Beitrag zu Problemen der Bündnispolitik im antimonopolistischen Kampf
185 Seiten, Paperback, DM 7,50

Verlag Marxistische Blätter
6 Frankfurt/Main 50
Heddernheimer Landstr. 78 a

Bericht:

Bernd Moldenhauer

Meinungsumfragen als Instrument der Forschungs- und Technologiepolitik

Zum öffentlichen Hearing des parlamentarischen „Ausschusses für Forschung und Technologie und das Post- und Fernmeldewesen" vom 21. 3. 1973

Es deutet einiges darauf hin, daß auch in der Forschungspolitik der BRD die Phase des Aufholens und der Imitation der Entwicklung in anderen kapitalistischen Ländern, speziell auf den Gebieten der Kern-, Luftfahrt- und Kriegsforschung, abgeschlossen ist, so daß der Zwang zu risikoreichen Neuentwicklungen allenthalben ein verstärktes Eingreifen staatlicher Forschungsplanung notwendig macht. Gleichzeitig haben sich die Anforderungen an die nur mit staatlichen Mitteln zu bewältigenden Infrastrukturleistungen — Bildung, Gesundheit, Umwelt, Städtebau und Verkehr — verstärkt, ohne daß der Finanzierungsspielraum für diese Bereiche bisher wesentlich erweitert werden konnte. Aufgrund dieser Entwicklungen scheint sich selbst in der staatlichen Administration die Erkenntnis durchzusetzen, daß die Allokation der Forschungsausgaben nicht mehr wie bisher ohne eine globale Forschungspolitik erfolgen kann. Seit etwa zwei Jahren werden daher verschiedene Projekte finanziert und durchgeführt, von denen sich die staatliche Administration eine theoretisch fundierte Anleitung für die Festlegung geeigneter Prioritäten der FE-Mittel verspricht.

Eines der Instrumente zur Lösung des Prioritätenproblems sind Meinungsumfragen, in denen gewissermaßen die „Nachfrage" nach Forschungsresultaten ermittelt wird. Eine erste Umfrage startete das Wissenschaftsministerium im Zusammenhang mit der Verteilung des „Bundesforschungsberichts IV", eine weitere wurde vom „Parlamentarischen Ausschuß Wissenschaft und Forschung" — dem Vorgänger des gegenwärtigen — im Frühjahr 1972 angeregt. Während die Fragebogenaktion des Ministeriums die Meinungen vor allem der Wissenschaftler in Industrie, Großforschung und Universitäten erforschen sollte, ging es den Parlamentariern mehr um die Ansichten der herrschenden Kreise. Der Auftrag ging an die Heidelberger „Studiengruppe für Systemforschung", die bereits seit 1968 auf diesem Gebiet Erhebungen durchgeführt hat. Die Ergebnisse der Heidelberger Untersuchung wurden nun im März dieses Jahres von Krauch (Leiter der Studiengruppe) den Mitgliedern des Parlamentsausschusses im Beisein der Blüte der Wissenschaftsjournalisten und einer ausgesuchten Öffentlichkeit vorgetragen. Referat und anschließende Diskussion erlauben, einige Schlüsse auf den politischen Stellenwert solcher Meinungsbefragungen in der Auseinandersetzung über Ziele und Inhalte der staatlichen Forschungsfinanzierung zu ziehen.

Die jüngste Erhebung der „Studiengruppe" variierte die bereits früher angewandten Methoden: während früher lediglich die Aufstellung einer simplen Präferenzskala gefordert wurde, auf der die einzelnen Forschungsförderungsbereiche anhand einiger Vorinformationen nach ihrer subjektiv vermeinten Wichtigkeit geordnet werden sollten, verfuhr die neue Untersuchung insofern realistischer, als jetzt die Aufstellung eines Forschungsbudgets für das Jahr 1976 gefordert wurde, für das eine angenommene Gesamtsumme von 10 Mrd. DM zur Verfügung stand. Auf diese Weise kam nicht wie in den vorangegangenen Erhebungen eine unter praktischen

Gesichtspunkten illusionäre vollständige Umkehrung der offiziellen Prioritätenliste zustande, sondern eine Modifikation des tatsächlichen Budgets, gegen die der Einwand der Unrealisierbarkeit nicht mehr so leicht erhoben werden kann.

Das Sample der Umfragen bestand in den früheren Untersuchungen aus einem repräsentativen Bevölkerungsquerschnitt sowie einiger zufällig ausgewählten Studenten- und Beamtengruppen. In der vom Parlamentsausschuß angeregten Studie sollte dagegen der für die Forschungs- und Technologiepolitik allein relevante Personenkreis der führenden Industrie- und Verbandsvertreter erfaßt werden. Von den aufgrund ihrer Funktion und Stellung ausgesuchten 600 Personen antworteten 140, darunter waren 100 quantitativ auswertbare Antworten. Damit ließ sich zwar kein repräsentatives Bild der Einstellung der gesamten „Herrschaftselite" gewinnen, in der Gruppe der Forschungsmanager aus Verwaltung und Industrie war aber der Rücklauf so groß, daß man in bezug auf diese Gruppe von Repräsentativität sprechen kann.

Als interessantestes Erhebungsresultat kann man die Tatsache verzeichnen, daß trotz modifizierter Methode und verändertem Personenkreis eine erstaunliche Übereinstimmung in der allgemeinen Tendenz der subjektiven Präferenzen festgestellt werden konnte. Sowohl bei der Befragung der Bevölkerung und der Studentengruppen, als auch der Forschungsmanager zeigten sich — selbstverständlich mit gewissen Verschiebungen innerhalb der jeweiligen Prioritätenlisten — starke Abweichungen von der tatsächlichen Verteilung der FE-Mittel. Bei allen Umfragen wurden die Ausgaben für Kriegsforschung drastisch gekürzt, die Mittel zur Förderung der nichtmilitärischen industriellen Produktivität angehoben und die Ausgaben für kollektive infrastrukturelle Ziele wie Bildung, Gesundheitswesen etc. unverhältnismäßig stark erhöht. Die Abweichungen lassen sich anhand eines Vergleichs der prozentualen Anteile der einzelnen Förderungsbereiche am FE-Budget des Bundes 1971 und 1976 (Mittelwerte aus 100 Fragebogen) ermitteln:

FE-Budget 1971

Bereiche	Anteil am Budget (in %)
1. Verteidigung	24,2
2. Kernenergie	22,4
3. Gesundheit	16,7
4. Allg. Wissenschaftsförderung	11,5
5. Elektron. Datenverarb.	5,4
6. Förder. d. industr. Prod.	5,0
7. Luftfahrt	4,8
8. Ernährung/Agrarwirtsch.	3,6
9. Verkehrs- u. Nachrichtenw.	2,2
10. Umwelt	1,4
11. Rohstoffversorgung	1,2
12. Bildung	1,1
13. Städtebau	0,5

Die in der letzten Umfrage ermittelte Rangfolge der Bereiche und ihr Anteil am FE-Budget sehen dagegen folgendermaßen aus:

Vorgeschlagenes Budget 1976

Bereiche	Anteil am Budget (in %)
1. Gesundheit	16,6
2. Kernenergie	15,6
3. Verteidigung	14,0
4. Allgem. Wissenschaftsförderung	12,5
5. Umwelt	7,6
6. Förder. d. industr. Prod.	5,3
7. Elektron. Datenverarb.	5,1
8. Bildung	5,0
9. Verkehrs- u. Nachrichtenw.	4,7
10. Städtebau	3,9
11. Ernährung/Agrarwirtsch.	3,8
12. Luftfahrt	3,7
13. Rohstoffversorgung	2,4

Ein Vergleich der beiden Budgets zeigt, daß gerade die Bereiche die bisher den größten Teil der staatlichen FE-Ausgaben an sich gezogen haben – Kriegsforschung, Kernforschung, Luftfahrt – den stärksten Rückgang zu verzeichnen haben. Demgegenüber steigen die Ausgaben für FE zum Zwecke der Förderung von Gesundheit, Umwelterhaltung, Städtebau und Bildung sowohl in der Rangfolge, als auch in bezug auf die Höhe der aufzuwendenden Mittel. Vor allem die drastische Kürzung der Kriegsforschung ermöglicht, selbst solche Bereiche stärker zu fördern, die einen relativ niedrigen Platz in der Prioritätenskala einnehmen (vergl. etwa die Positionen 10 – 13).

Nun weist die Erhebungsmethode unleugbar eine Reihe von Schwächen auf; die Kritik an ihr ist allerdings von gegensätzlichen Standpunkten aus möglich und fällt dementsprechend auch ganz unterschiedlich aus. Die Diskussion im Hearing erweckte den Eindruck, daß mit den Angriffen auch die mangelnde Repräsentativität und vor allem die Undurchführbarkeit der vorgeschlagenen Verteilungsstruktur die im Erhebungsergebnis enthaltene massive Kritik an der bisherigen Forschungspolitik abgewehrt werden sollte. Es entstand der Eindruck, daß man lieber andere Methoden anwenden wollte, wenn bei Meinungsumfragen solche Resultate herauskommen.

Es ist daher zu vermuten, daß von Regierungsseite aus keine weiteren Anstrengungen unternommen werden, um die Meinungsbefragung so weit zu validieren, daß tatsächlich die Wünsche der Wissenschaftler und der Bevölkerung zur Grundlage der forschungspolitischen Allokationsentscheidungen gemacht werden können. Denn die Unbrauchbarkeit von Meinungserhebungen als Planungsinstrument ist ja unter staatsmonopolistischen Bedingungen nicht auf methodische oder verfahrenstechnische Probleme zurückzuführen, sondern auf die praktische Bedeutungslosigkeit einer Prioritätensetzung, die davon absieht, daß die entscheidenden forschungspolitischen Gremien (Fachkommissionen des BDI, Beratergremien etc.) fest im Griff der interessierten Monopole und der mit ihnen eng verbundenen Wissenschaftler sind.

Das Hearing ist daher als folgenlose Demonstration der Öffentlichkeitsbezogenheit von Regierung und Parlament einzuschätzen. Den Charakter solcher Öffentlich-

keitsveranstaltungen hat der Ausschußvorsitzende Lohmar selber treffend charakterisiert, als er sich zur Erheiterung der Anwesenden darüber beklagte, daß nach einem der vorangegangenen Hearings mehrere Sprecher der Industrie zu ihm gekommen seien um ihm anzuvertrauen, daß ihre öffentlich geäußerten Absichten nicht mit ihren wirklichen Auffassungen übereinstimmten, nur hätten sie die natürlich nicht darlegen können.

Diese Abweichung von subjektiven Meinungen und tatsächlicher Praxis sollte allerdings auch den Autoren zu denken geben, die die Ergebnisse der Heidelberger Studiengruppe – immerhin die ersten, in denen über die Einstellung verschiedener Teile der Bevölkerung zur Forschungspolitik überhaupt etwas zu erfahren ist – vorschnell als grundsätzlichen Dissenz interpretieren. Es mutet ja merkwürdig an, wenn nicht nur ein repräsentativer Bevölkerungsquerschnitt seine grundsätzliche Unzufriedenheit mit der bisherigen Verteilung der FE-Mittel zum Ausdruck bringt, sondern jetzt auch ausgerechnet der Personenkreis, der für diese Verteilungsstruktur verantwortlich ist. Daß weder für die Bevölkerung insgesamt noch für die speziellen Begrufsgruppen untersucht wird, inwieweit die Präferenzen auf dem Forschungssektor mit den allgemeinen gesellschaftlichen und politischen Einstellungen der Befragten übereinstimmen und ebensowenig die Frage angeschnitten wird, welche Vorstellungen sie von der praktischen Durchsetzung ihrer Verteilungsprinzipien haben, macht die entscheidende Schwäche des Ansatzes der Heidelberger Untersuchung aus. Auf diese Weise wird die Möglichkeit verspielt festzustellen, ob die Abweichungen von der Forschungspolitik der Regierung nur Ausdruck eines unverbindlichen Wunschdenkens sind oder ob dahinter eine auch in politischer Praxis zum Ausdruck kommende grundsätzliche Unzufriedenheit mit den bisherigen Ergebnissen der staatlich finanzierten Forschung steht. Die Vielzahl der Bürgerinitiativen, die sich gerade um Themen der Infrastruktur (Umwelt, Bildung, Städtebau) gebildet haben, legen diese Vermutung durchaus nahe. Auch bei der Gruppe der Wissenschaftler und Forschungsmanager, die täglich mit der offiziellen Forschungspolitik konfrontiert werden, wäre eine nähere Untersuchung ihrer – der Meinungsumfrage zufolge – schizoiden Einstellung von Interesse. Man erführe dann erst, ob ihre Präferenzen aufgrund einer aus ihren Erfahrungen gewonnen Kritik zustande gekommen sind, oder ob sie lediglich darauf zurückgehen, daß sie sich bei Meinungserhebungen nicht trauen, das stark rüstungslastige und in bezug auf die gesellschaftlich relevanten Bereiche völlig unzureichende Forschungsbudget der Regierung zu unterschreiben.

Auch von uns sollten daher die zitierten Umfrageergebnisse nur mit einiger Vorsicht als definitiv festgestellte Wünsche der Bevölkerung behandelt werden. Eine Politik, die auf die praktische Veränderung der staatsmonopolistischen Forschungspolitik abzielt, stützt sich ohnehin nicht primär auf Meinungsumfragen, sondern geht davon aus, welchen Interessen die Finanz- und Planungskapazitäten des Staates gegenwärtig unterworfen sind und welche Veränderungen der Interessenlagen angesichts der zunehmenden Schwierigkeiten der Reproduktion des kapitalistischen Systems zu erwarten sind, um zu zeigen, welche gesellschaftlichen Machtverhältnisse die objektiv gegen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung gerichtete Forschungspolitik der BRD ermöglichen. Auch noch so sehr verfeinerte Meinungsumfragen können im Hinblick auf deren praktische Veränderung nur auf Ansatzpunkte hindeuten, eine politische Perspektive ist aus ihnen nicht zu gewinnen.

SOZIALISTISCHE POLITIK

Politisch-ökonomische Analysen, Diskussion, Berichte und Dokumentation

21 Ilan Reisin: **Zur Diskussion neuerer Probleme der Imperialismus-Analyse (Teil II)**/Thomas Funke: **Zur Entwicklung Westberlins 1945—1972**

Georg Hauß, Volker Peschke, Peter Wille: Hochschulkampf in Westberlin/ Richard Albrecht: Wer wen? — Mehr als ein Ärgernis aus dem Verlag „neue kritik"/ Richard Albrecht: Märzkämpfe im Ruhrgebiet 1920/Volker Gransow: Informationen über die Kapitalismustheorie in der DDR?

22 Jürgen Ostrowsky, Karl Unger: **Zur Theorie des Neokolonialismus und zur Spezifik des südlichen Afrika** / Richard Albrecht: **Die gegenwärtige Korsch-Renaissance in der BRD und in Westberlin.**

Karl Theodor Schuon: Arbeiterbewegung und Wissenschaft / Dieter Boris: Zum revolutionären Prozeß in Chile / Bettina Gransow: Neue Entwicklungswege in der Politischen Ökonomie des Sozialismus / Aufruf der Comisiones Obreras an die internationale Arbeiterklasse

23 Julian Quijada, Hans W. Rachdorf: **Zur sozio-ökonomischen Entwicklung Spaniens (Teil I)** / Wilma Gensinger, Richard Albrecht: **Neuere Tendenzen der Widerstandsforschung in der BRD und Westberlin.**

Autorenkollektiv: 1. Mai und Aktionseinheit in Westberlin / Albert Engelhardt: Sozialistische Demokratie in der DDR / Peter Römer: Widersprüche im „Kapital" oder kapitalistische Widersprüche? / Heinrich Heims: Friedliche Koexistenz und revolutionärer Prozeß.

24 Produktivkraft-Entwicklung im Kapitalismus und Sozialismus. Fragen der wissenschaftlich-technischen Revolution / Die Jagd auf die „heilige Kuh" oder das Manöver „Lebensqualität" / Widersprüche und Antagonismen im Sozialismus / Ursachen und Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus / Kritik an E. Mandels Spätkapitalismus / Aktuelle Kritik des Sozialdemokratismus / Zur Geschichte des Arbeiterwiderstandes: Literatur im Widerstand. Antifaschistische Tarnschriften.

Einzelheft DM 4,—, Jahresabo DM 20,— (incl. Porto)

Verlag und Vertrieb SOZIALISTISCHE POLITIK GmbH
1 Berlin 41 Postfach 62010-107

Rezension:

Wissenschaft und Gesellschaft in der DDR. Eingeleitet von Peter Christian Ludz. Carl Hanser Verlag, München 1971, 316 Seiten, DM 19,80

Dieser Sammelband gibt einigen Aufschluß darüber, wie sich die westdeutsche „De-De-eR-ologie" auf die siebziger Jahre einstellt, welche Umorientierungen sie dabei vornimmt und welche unterschiedlichen Strömungen sich in ihr herausbilden. Keiner der zehn Autoren allerdings ist dem Lager des groben und wütenden Antikommunismus zuzurechnen; alle vermeiden sie eine direkte Verteufelung im Namen der „westlichen" Ideale und formulieren statt dessen ihre Urteile in einer mehr oder weniger „immanenten" Art und Weise. Im Zusammenhang damit steht der — verglichen mit früheren Publikationen — unzweifelhaft höhere Informationsgehalt der meisten Aufsätze. Politisch-ideologisch sind die Verfasser allesamt der Sozialdemokratie verpflichtet, allerdings — und das scheint uns das Bemerkenswerte an diesem Buch zu sein — mit gravierenden Differenzen untereinander. So spiegelt sich die innere Polarisierung der Sozialdemokratie auch wider in dem ihr zurechenbaren Teil der DDR-Forschung. Dieser Sachverhalt kann hier nur kurz angedeutet werden.

Peter Christian Ludz, in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre zu einem der maßgeblichen „DDRologen" der Sozialdemokratie aufgestiegen, schickt dem Band eine „Einleitung" voran, die keine ist, weil sie keinen Bezug zu den nachstehenden Aufsätzen herstellt, geschweige denn von dem widersprüchlichen Gesamtbild des Buches Notiz nimmt. Ludz distanziert sich von der herkömmlichen „Totalitarismus"-Doktrin, und zwar mit dem unschwer zu erkennenden Motiv, diese angesichts der Fortschritte des Sozialismus verschlissene Konzeption durch eine illusionslosere und zugleich psychologisch raffiniertere zu ersetzen. Die DDR firmiert nun bei Ludz als eine „autoritär-technokratische Gesellschaftsformation" (15). Die antikommunistische Grundeinstellung der „Totalitarismus"-Doktrin bleibt bestehen, nur daß man nun stärker die soziale Entwicklung der DDR ins Auge faßt (mit Vorliebe „konflikttheoretisch") und hier und da, auf Teilgebieten, zu positiven Eingeständnissen bereit ist.

Rüdiger Thomas weicht in seinem Beitrag über die Entwicklung der Philosophie in der DDR ganz erheblich von diesem ideologischen Rahmen ab. Er arbeitet sein Thema zu gewissenhaft auf, um noch antimarxistisch und antikommunistisch sein zu können. Er sieht das hohe wissenschaftliche Niveau der DDR-Philosophen zu deutlich, um noch — wie Ludz wenige Seiten davor — behaupten zu können, der Marxismus-Leninismus erginge sich in einem „System von Leerformeln" (18). Auch der historische Abriß, den Thomas voranstellt, zeichnet sich durch ungewöhnliche Unvoreingenommenheit aus. Dies äußert sich auch darin, daß er die DDR selbst ausführlich zu Wort kommen läßt, „weil die Art der Formulierung oft selbst Information vermittelt, die in der paraphrasierenden Wiedergabe verlorengeht". (29) Thomas faßt seine Untersuchung der DDR-Philosophiegeschichte lakonisch mit den Worten zusammen: „Die Erkenntnis ist der Wirklichkeit voraus." (68) Da bleibt bloß noch die Frage zu stellen: Spricht das nicht sehr für diese Wirklichkeit? Kann das etwas anderes heißen, als daß dieser Wirklichkeit die Zukunft gehört?

Freilich bleibt auch R. Thomas in sozialdemokratischen Vorstellungen befangen, so etwa wenn er sowohl „Totalitarismus" als auch „Imperialismus" als „denunziatorisch gemeinte Etiketten" (25) verurteilt und auf eine Stufe stellt, wenn er den antagonistisch sich gegenüberstehenden Gesellschaftsordnungen eine „wechselseitige Anregung" empfiehlt (ebd.), oder wenn er von der Sozialdemokratismus-Kritik der DDR gekränkt ist (61). Bezeichnend ist auch seine Scheu davor, die erfolgreiche Entfaltung der sozialistischen Demokratie in der DDR anzuerkennen; die Berufung auf das schon Erreichte mutet dem leicht utopistisch denkenden Intellektuellen bereits „konservativ" (68) an! Die Skepsis vor dem realen Sozialismus macht sich schließlich auch in Stereotypen wie dem folgenden Luft: „... Die Partei... wird aber immer der Versuchung ausgesetzt sein, ...das Erkenntnisinteresse dem eigenen Herrschaftsinteresse unterzuordnen." (28) Abgesehen davon, daß hier der historisch-gesellschaftliche Charakter der Partei und ihres daraus resultierenden Verhältnisses zum schrankenlosen Erkenntnisfortschritt verkannt wird, wird diese Behauptung von Thomas selbst keineswegs konkret bestätigt, sie bleibt also, was sie ist: ein übriggebliebener Angstreflex vor dem Sozialismus.

Auch der Autor des nächsten Beitrags — über die „Entwicklung der Wissenschaftspolitik in der DDR" — findet keine Bestätigung für die alte antimarxistische Behauptung, daß in der DDR „die wissenschaftliche Tätigkeit durch das Primat der Ideologie gehemmt" (116) werde. Ganz im Gegenteil kommt er in seiner — ebenfalls angenehm nüchternen — Untersuchung zum Ergebnis: „Daß die Wissenschaftler der DDR bemerkenswerte Leistungen vollbrachten — unter

zum Teil sehr viel schwierigeren Bedingungen, als sie im westlichen Deutschland gegeben waren —, steht außer Frage." (115)
Der Beitrag von Ludwig Bress über das gegenwärtige Wirtschaftssystem der DDR schwankt in unausgegorener Weise zwischen Verdammungsurteilen („Macht politischer Manager"/131) und Sympathieerklärungen („neues Verhältnis der Menschen als gesellschaftliche Individuen zu ihrer Gesellschaftsordnung"/142). Dennoch zeigt der Aufsatz, wieviel der ehemalige Schüler des berühmtberüchtigten Marburger Marktwirtschaftsapologeten Hensel inzwischen vom Marxismus und von der Wirklichkeit des Sozialismus gelernt hat. Unter anderem liefert er eine Kritik der apologetischen „Marktwirtschaft/Zentralverwaltungswirtschaft"-Doktrin, gibt eine sehr treffende Charakterisierung der Warenproduktion im Sozialismus (womit er mehr Niveau als alle ultralinken Dogmatiker beweist!) und gelangt zu folgender Schlußbemerkung: „... Trotz wirtschaftspolitischer Wechsellagen, Fehlverhalten von Wirtschaftssubjekten, Leitungsmängeln u. a. ist nicht zu übersehen, daß die mit der Konzeption des Ökonomischen Systems des Sozialismus eingeschlagene Entwicklung eine allseitige Herausforderung von Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik ist..." (160)
Die schärfsten antisozialistischen Attacken, wie man sie ansonsten in dem Sammelband nicht findet, reitet der Westberliner Professor Bütow in seinem Beitrag über die DDR-Soziologie, und zwar reitet er sie ausgerechnet im Namen einer gewissen „kritischen Theorie von Gesellschaft" (181). Die totale Verschmelzung rechtsopportunistischer, ultralinker, existentialistischer, antiautoritärer u. a. Gedankengänge macht dieses Pamphlet schon fast lesenswert. Bütow setzt bei seinen Lesern ein „gesundes" antikommunistisches Vorverständnis voraus, denn er macht sich nirgends die Mühe, die Prämissen seines wütenden Gemäldes vom DDR-Herrschaftssystem, das im Grunde noch viel schlimmer sei als der Kapitalismus, weil es nämlich noch besser funktioniert (und man z. B. „sich nicht einmal mit einem verbürgten Streikrecht herumschlagen muß..."/175), wissenschaftlich zu legitimieren. Die Logik seiner Verleumdungen ist stets dieselbe: Die Soziologie der DDR wird von „den Herrschenden" (den ominösen, nie definierten) benötigt und gefördert — was beweist, daß die Soziologie vom Interesse der Herrschenden geknebelt wird! Oder: Die DDR-Soziologie kritisiert wohl manche Seite der DDR-Wirklichkeit; aber weil „diese Kritik das bestehende System nicht transzendiert(!), mag sie zwar gelegentlich schmerzhaft sein, im ganzen aber ist sie eher hilfreich". (171) — Und eine Soziologie, die „das bestehende System" nicht „transzendiert", ist halt eine schlechte, hurenhafte Soziologie! Oder: Die DDR-Soziologie beschäftigt sich mit sozialen Konflikten — was sofort beweist, daß sie die „Harmonisierung gesellschaftlicher Widersprüche" betreibt (170), usw. usf.

Jedesmal werden also Formeln der Kapitalismuskritik, wie sie sich vor allem bei Teilen der studentischen Intelligenz eingeprägt haben, auf die DDR übertragen und erfüllen insoweit und so lange ihren antikommunistischen Zweck, wie gleichzeitig der wirkliche Systemcharakter der DDR erfolgreich vernebelt werden kann. Für die kleinbürgerliche Mentalität der „großen Verweigerung" wird so z. B. aus der **Indienstnahme** der Wissenschaft im Sozialismus per Kurzschluß ihre gewaltsame **Unterwerfung.**

Diese Variante der DDR-„Forschung" ist in ihrer Wirkung vor allem auf Teile der Intelligenz nicht zu unterschätzen, schlägt sie doch Kapital aus den ideologischen Übergangsschwierigkeiten dieser Intellektuellen, die **noch** nicht mit ihrer antikommunistischen Einstellung zum realen Kommunismus vollständig abgerechnet haben, aber sich **schon** mit marxistischen Gedankengängen identifizieren und deshalb besonders anfällig für marxistisch verpackte bürgerliche Ideologie sind. Die zunehmende Bedeutung linksrevisionistischer Konzepte in der ideologischen Kriegführung gegen die sozialistischen Länder führte schlagend die FAZ vom 28. 3. 1973 vor Augen, als sie auf der Suche nach einem glaubwürdigen, „nicht-primitiven" Antikommunismus geradenwegs auf die „in Westeuropa entwickelte neomarxistische Kritik" an der „Sowjet-Orthodoxie" verfiel...

Die restlichen in dem Buch versammelten Aufsätze betreffen die Pädagogik und Bildungspolitik, Geschichte und Geschichtsbewußtsein, das sozialistische Recht sowie die staatsbürgerlichen Schulbücher der DDR. Lohnend erscheint am ehesten der Beitrag über Pädagogik und Bildungspolitik. Insgesamt bleibt zu sagen, daß vorliegender Sammelband über manche — teilweise unbedingt begrüßenswerte — Entwicklungen in der westdeutschen DDR-Forschung Aufschluß gibt und auch wichtige Informationen über die DDR vermittelt, auf keinen Fall aber an die bei Pahl-Rugenstein erschienene Studie „BRD-DDR. Vergleich der beiden Gesellschaftssysteme" heranreicht. Wer sich über die DDR informieren will, halte sich getrost an diese Studie — abgesehen davon, daß die beste DDR-Forschung weiterhin in der DDR selbst betrieben wird.

Olaf Cless

Deutsche Volkszeitung

ein demokratisches Wochenblatt — unentbehrlich für den kritischen Zeitgenossen

Probeexemplare unverbindlich und kostenlos durch MONITOR-VERLAG GmbH, Düsseldorf, Oststr. 154, Postfach 5707 — Anforderungskarten liegen dieser Ausgabe bei —

FACIT

MSB SPARTAKUS — Beiträge zur marxistischen Theorie und Politik

erscheint fünfmal im Jahr

Die nächsten Schwerpunktthemen:

- **Demokratie und demokratischer Kampf**
- **Bildungsökonomie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und Bildungspolitik**
- **marxistische Psychologie und Persönlichkeitstheorie**

Fünf Hefte kosten im Abonnement 10,— DM + Porto. Bestellungen auf diesem Abschnitt an den Weltkreis-Verlag, 46 Dortmund, Brüderweg 16

Hiermit abonniere ich FACIT ab Heft Nr. .....

Name

Anschrift

Unterschrift

Sag mir, was Du liest . . .

Aus unserer Taschenbuchreihe:

WILHELM SCHWETTMANN / ULRICH SANDER

Jugend und Klassenkampf
oder
Antikapitalistische Jugendarbeit heute

Dieses Buch gibt Antwort auf aktuelle Fragen der Arbeiterjugendbewegung.
Mit Dokumentenanhang — Preis: DM 7,60

KARL LIEBKNECHT

Rekrutenabschied / Militarismus und Antimilitarismus

Zwei der bedeutendsten Schriften Liebknechts. Sie haben an Bedeutung nicht verloren. — Preis: DM 5,60

REINHARD JUNGE

Barras-Report — Tagebuch einer Dienstzeit

Ein aktuelles Buch über die Bundeswehr.
Mit Dokumentenanhang — Preis: DM 5,60

Schwarze Rose aus Alabama

Ein Buch über das Leben der amerikanischen Bürgerrechtskämpferin und Kommunistin Angela Davis. — Preis: DM 3,80

(In diesem Betrag ist eine Spende von DM 1,– zur Vorbereitung der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten, 1973, Berlin, Hauptstadt der DDR, enthalten.)

Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung

Erstmals wird hiermit ein Buch vorgelegt, das ausführlich (etwa 700 Seiten) über die Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung von 1900 bis 1945 informiert.

Preis: DM 10,80

NIKOLAI OSTROWSKI

Wie der Stahl gehärtet wurde

Aus dem Russischen
Illustriert von Kurt Zimmermann

Ostrowski wurde als Dreizehnjähriger mitten in die Stürme der Oktoberrevolution hineingeworfen. Was er erlebt und erlitten hat an Freuden und Kämpfen, an Enttäuschungen und Abenteuern, das hat er in diesem großen Roman mit bewundernswerter Meisterschaft gestaltet.

448 Seiten, Leinen, DM 6,00

Bücher aus dem sozialistischen Jugendverlag

Weltkreis-Verlags-GmbH

46 Dortmund, Brüderweg 16, Telefon (0231) 572010

Folklore und revolutionäre Lieder aus aller Welt

Aus unserem Angebot:

100 Jahre Deutsches Arbeiterlied

Eine Dokumentation (2 Langspielplatten)
Diese Schallplatten-Anthologie vermittelt einen Überblick über die Entwicklung des deutschen Arbeiterliedes von rund 100 Jahren — von 1844 bis 1945. Umfangreiche Textbeilage!
Bestell-Nr. 810015/16
Zum DDR-Preis: DM 24,20

BERTOLT BRECHT:

Die Tage der Commune

In der Bühnenfassung des Berliner Ensembles — Musik: Hans Eisler
Diese Schallplattenkassette (3 LP's) ist nicht nur für den Kenner Brechts gedacht. Sie stellt ein Stück Geschichte der Arbeiterbewegung dar.
Bestell-Nr. 860182/84
Zum DDR-Preis: DM 42,–

Irish Pubs Musik

Eine der interessantesten Interpretationen, die es zur Zeit auf dem Plattenmarkt gibt. Teilweise Original-live-Aufnahme aus Kneipen Irlands.
Bestell-Nr. FWX 53575
Preis: DM 22,–

Boulat Okoudjava

Okoudjava ist durch Buchveröffentlichungen auch hierzulande bekannt geworden. Die internationale Presse feierte ihn als den „russischen Villon". Tatsächlich ist der französische Einfluß unverkennbar. Okoudjava — ein Virtuose auf der Gitarre.
Bestell-Nr.: LDX 74358
Preis: DM 22,–

Fordern Sie unseren Schallplatten-Gesamtkatalog an!

Weltkreis-Verlags-GmbH

46 Dortmund, Brüderweg 16, Telefon (0231) 572010

facit Lieferbare Titel

Alle Bestellungen an:

Weltkreis-Verlags-GmbH, 46 Dortmund, Brüderweg 16

Ab facit Nr. 25 kostet das Heft im Abonnement nur 2,– DM

Ein Abonnement = 5 Hefte kostet 10,– DM + Porto

Beiträge zur sozialistischen Literatur der Weimarer Republik, 148 S., 6,– DM

Antiimperialistischer Kampf im Iran – die gegenwärtigen Aufgaben der Conföderation iranischer Studenten (CISNU), facit-Reihe 11, 80 Seiten, 2,50 DM

Israels Verflechtung mit dem Imperialismus, facit-Reihe 12, 48 Seiten, 2,– DM

Der Kampf gegen den Antikommunismus in der Schulpolitik und Analysen der bürgerlichen Pädagogik in der BRD, mit Dokumenten, facit-Reihe 13, 88 Seiten, 2,50 DM

facit 29: Ingo Hansen, Veränderungen in der gesellschaftlichen Qualifikationsstruktur und die soziale Lage der technischen Intelligenz; Günter Klimaszewsky/Eberhard Thomas, Marxistisch-leninistische Dialektik oder maoistische Pseudodialektik?; Hannelore Viehmann/Reinhard Hamel, Ostkunde im Schulunterricht – Antikommunismus in Aktion; E. Hexelschneider, Koexistenz, Kulturaustausch und Bonns „zwischenstaatliche Gesellschaftspolitik"; Wolfgang Bartels, Arbeiterjugend und Weltjugendfestspiele; u. a. 96 S., 2,50 DM

facit Nr. 26: G. Nurtsch, Arbeiterklasse und Gesetzmäßigkeit in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft; M. Volbers, Internationale sozialistische Arbeitsteilung und ökonomische Integration im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW); A. G. Jegorow, Die weitere Entwicklung der Sowjetgesellschaft auf dem Wege zum Kommunismus; Th. Mies, Die negative Utopie des „sozialistischen Studiums"; J. Reusch, Kultur und Kunst bei Mao Tse-tung; P. Schäfer, „K"SG (ML) – Korrekte Massenlinie als rechts-, linksopportunistischer Zickzackkurs u. a.; 82 S., 2,50 DM

facit Nr. 27: Prof. Dr. Gerhard Riege, Über das Verhältnis von Sozialismus und Kommunismus; Hartmut Geil, Uwe Günther, Friedhelm Hase, Zur Kritik der bürgerlichen Rechtswissenschaften; Prof. Walter Hollitscher, Marxismus – Ergänzungen und Entstellungen; Dr. Günter Krause, Durch eine neue Technik zu einer neuen Klasse? – Kritisches zur Theorie der „neuen Arbeiterklasse"; Wolfgang Bartels, Berufsbildung auf dem Wege in die Zukunft? Zum „Berufsbildungskongreß der Deutschen Wirtschaft"; H. H. Adler, H. Wienert, „Proletarische Aufklärung" oder sozialistischer Hochschulkampf – Zur Politik des maoistischen „K"SB. 96 S., 2,50 DM

Der historische Materialismus und die Parteilichkeit der realistischen Literatur von F. W. Plesken; **facit-Reihe 10,** 56 Seiten, 2,– DM

Protokoll des 1. Bundeskongresses des MSB SPARTAKUS, „Mit SPARTAKUS im SPARTAKUS", Taschenbuch mit Fotos, **facit-Reihe 9,** 308 Seiten, 6,– DM

Arbeiterklasse gegen Faschismus von Georgi Dimitroff
facit-Reihe 8, broschiert, 114 Seiten, 3,50 DM

Evolution und Revolution in der Weltgeschichte. Mit elf Beiträgen namhafter Historiker der DDR zur Dialektik von Evolution und Revolution in den verschiedenen Epochen der Geschichte von der Antike bis zur Gegenwart. 204 Seiten, **facit-Reihe 7,** 6,– DM

„Für die siebziger Jahre – eine Philosophie des Stückwerks? Kritische Anmerkungen zu einem Aufsatz des Mannheimer Neopositivisten Hans Albert" von Harald Wessel
facit-Reihe 6, 32 Seiten, 1,– DM

Internationaler Klassenkampf (Mit zahlreichen Beiträgen von Genossen aus Afrika, Asien und Lateinamerika, die dort selber mitten in den Klassenauseinandersetzungen stehen.) Neben Beiträgen über die einzelnen Erdteile insgesamt enthält der Band Artikel aus: Nigeria, Mexiko, Sudan, VAR, Libanon, Indien, Mongolei, Argentinien, Kuba, Kolumbien, Guayanas. Also: Informationen aus erster Hand!
facit-Reihe 5, broschiert, 180 Seiten, 5,– DM

Revolutionäre Strategie und antiimperialistischer Kampf in Westeuropa – Karl Marx und die inneren Widersprüche des modernen Imperialismus von Prof. Dr. Dieter Klein. Nach „Imperialismus heute" die zweite Analyse von Rang über die gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen des organisierten Kapitalismus. u. a. **Facit-Reihe 3,** broschiert, DIN A 4, 64 Seiten, 3,– DM

Woran starb der SDS? – Das Dilemma der Antiautoritären und die Konsequenzen marxistischer Studenten von Siegfried Wolff, **RK extra 9,** 32 Seiten, DIN A 4, 1,50 DM

Futurologie – Wer plant denn da? Was? – Zur wissenschaftlichen Gesellschaftsprognose spätkapitalistischer Entwicklungen – Kritisches zur bürgerlichen Futurologie von Prof. Dr. Dieter Klein (Im Anhang: Ein Gespräch während des Futurologenkongresses vom 10. bis 15. November 1969 in München mit den Tagungsteilnehmern Dr. Thomas Müller und Dipl.-Ing. Oskar Neumann), **RK extra 7,** 52 Seiten, DIN A 4, 2,50 DM

SDS in Sofia – Dokumentation zum Ausschluß von fünf Kommunisten aus dem SDS – Zur Vorgeschichte der zweiten Spaltung des SDS: **facit aktuell 3,** DIN A 4, 124 S., nur 1,– DM

Steffen Lehndorff: Grundlage der Einheit im VDS; Rechtskartell und Monopolkapital: Christof Kievenweim: Polititische Reaktion und faschistische Herrschaftsformen – Anmerkung zu einigen Tendenzen der Faschismus-Diskussion in der Deutschen Linken; Manfred Bosch: NLA – Portrait einer kommenden Rechtspartei; Johanna Hund: Materiallen zum Bericht zur Lage der Nation 1971, **facit Nr. 24,** 1,– DM

Steffen Lehndorff: Für Demokratie und sozialen Fortschritt; Christof Strawe: Perspektiven der demokratischen und sozialistischen Studentenbewegung; G. Matthiessen: Zum Rechtskartell in der BRD; B. Müller: Formierung der Rechtskräfte in der Universität; Jacques Nagels (KP Belgiens): Technokratische oder demokratische Strukturreform an der Universität; K. Peters: Ideologie und Methodologie in der bürgerlichen Philosophie; F. Adler: Wie kritisch ist Habermas' „kritische Theorie"?; u. a. – **facit Nr. 22/23 (Doppelheft), 2,– DM**

Walter Hollitscher: Aneignung der Natur und Natur der Aneignung; F. W. Plesken: Zur Literatur über den Naturdialektik-Streit; E. J. Hobsbawm: Lenin und die „Arbeiteraristokratie"; Robert Steigerwald: Brief an einen Genossen Studenten; P. Schäfer: Hochschulrahmengesetz – Baustein staatsmonopolistischer Formierung; M. Maercks: Die Bundeswehrschule – Schule der Nation, Geistige Militarisierung in Westdeutschland; Fred Schmid: Friedensforschung als Kriegsforschung; u. a. **facit Nr. 21,** 1,– DM

„Parteien in der BRD": G. Matthiessen: Zur Rolle der SPD im Spätkapitalismus und ihrem ideologischen Einfluß auf die Studentenbewegung; u. a. P. Schöttler: Die „linken" Sozialdemokraten in Frankreich – Zur Geschichte, Struktur und politischen Theorie der PSU; Fidel Castro: Kuba steht zu Lenin und zur Sowjetunion; D. Peukert: Über die Unwissenschaftlichkeit des ökonomischen „Antirevisionismus"; Rolf Geffken: Erscheinungsformen und Ursachen von Klassenjustiz im kapitalistischen Deutschland. **facit Nr. 20,** 1,– DM

„Leninismus heute": Fisch/Heiseler/Schütte: Lenin und die westdeutsche Schulphilosophie; G. Bessau: Marx versus Lenin?; Kurt Steinhaus: Systemauseinandersetzung im nachfaschistischen Deutschland; Staat und Absterben des Staates in der DDR; J. Hund: Zur Einschätzung linksradikaler Gruppierungen in der Studentenbewegung; G. Matthiessen: Zu einigen Fragen des antiimperialistischen Kampfes heute. **facit Nr. 19,** 1,– DM

Prof. Dr. Manfred Buhr: Die Menschen machen ihre Geschichte selbst; E. Bessau: Ideologische Fundamente westdeutscher Hochschulreform; G. Bessau: Die dritte Hochschulreform in der DDR als Beispiel fortschrittlicher Bildungspolitik; Grundsatzerklärung des SPARTAKUS; u. a., **facit Nr. 17,** 1,– DM

Martin Walser: Aktion ohne Vermittlung; Eberhard Czichon: Ein Beispiel: Hermann Josef Abs – Bankier und Politiker; Chr. K. Kievenheim: Zur Situation der Gewerkschaften im staatsmonopolistischen Kapitalismus; u. a., **facit Nr. 16,** 1,– DM

Prof. Dr. Dieter Klein: Revolution in Frankreich? – Was ist heute revolutionär?; Dr. J. H. v. Heiseler: Internationaler Klassenkampf – Zu den wesentlichen Grundbeziehungen im weltrevolutionären Prozeß; H. E. Schmitt: Möglichkeiten revolutionären parlamentarischen Kampfes; Dr. Heiseler: Zu eigenen Ursachen der Schwankungen in der theoretischen Bewegung im SDS; Högemann-Ledewohn/A. Nigbur: Liberalisierung und Demokratisierung? – Zur Entwicklung der Tschechoslowakei; u. a., **facit Nr. 13/14,** 1,– DM

BESTELLSCHEIN

..... Abonnement facit (5 Hefte) = 10,– DM + Porto ab Nr. .....

..... Expl. Facit Nr. 29, 28, 27, 26, 25, 24, 22/23, 21, 20, 19, 17, 16, 15, 13/14

..... Expl.: „Revolutionäre Strategie ...“ facit-Reihe 3; 3,– DM + Porto

..... „Internationaler Klassenkampf“ facit-Reihe 5; 5,– DM + Porto

..... facit-Reihe 6; 1,– DM + Porto

..... „Evolution und Revolution“ facit-Reihe 7; 6,– DM + Porto

..... „Arbeiterklasse gegen Faschismus“ (Dimitroff) 3,50 DM + Porto

..... „Der historische Materialismus und die Parteilichkeit der realistischen Literatur“, facit-Reihe 10; 2,– DM + Porto

..... „Futurologie“ (Prof. D. Klein) RK extra 7; 2,50 DM + Porto

..... „Woran starb der SDS? ...“ RK extra 9; 1,50 DM + Porto

..... „SDS in Sofia ...“ facit-aktuell 3; 1,– DM + Porto

..... „Protokoll des 1. Bundeskongresses des MSB SPARTAKUS“ Taschenbuch – 308 Seiten, 6,– DM + Porto

..... „Antiimperialistischer Kampf im Iran – Die gegenwärtigen Aufgaben der Conföderation Iranischer Studenten (CISNU)“, 80 Seiten, 2,50 DM

..... „Israels Verflechtungen mit dem Imperialismus“, facit-Reihe 12, 48 Seiten, 2,– DM

..... Der Kampf gegen den Antikommunismus in der Schulpolitik und Analyse der bürgerlichen Pädagogik in der BRD facit-Reihe 13, 88 Seiten, 2,50 DM

..... Beiträge zur sozialistischen Literatur der Weimarer Republik, 148 S., 6,– DM

Bestellungen an:

Weltkreis-Verlags-GmbH, 46 Dortmund, Brüderweg 16

UZ
Unsere Zeit
Zeitung der DKP

wird noch in diesem Jahr Tageszeitung

☐ Ich bestelle die UZ – UNSERE ZEIT – Zeitung der DKP – zum vierteljährlichen Bezugspreis von DM 6,50.

☐ Sobald die UZ als TAGESZEITUNG erscheint, abonniere ich sie zum monatlichen Bezugspreis von DM 7,–

Name, Vorname

PLZ Ort

Straße und Hausnummer

Unterschrift Datum

Wenn Ihre Bestellung für die Tageszeitung bis zum 30. 9. 1973 vorliegt, wird sie Ihnen einen Monat gratis geliefert.

Einsenden an:

DR.-WENZEL-VERLAG GMBH
41 Duisburg 12, Pothmannstraße 12

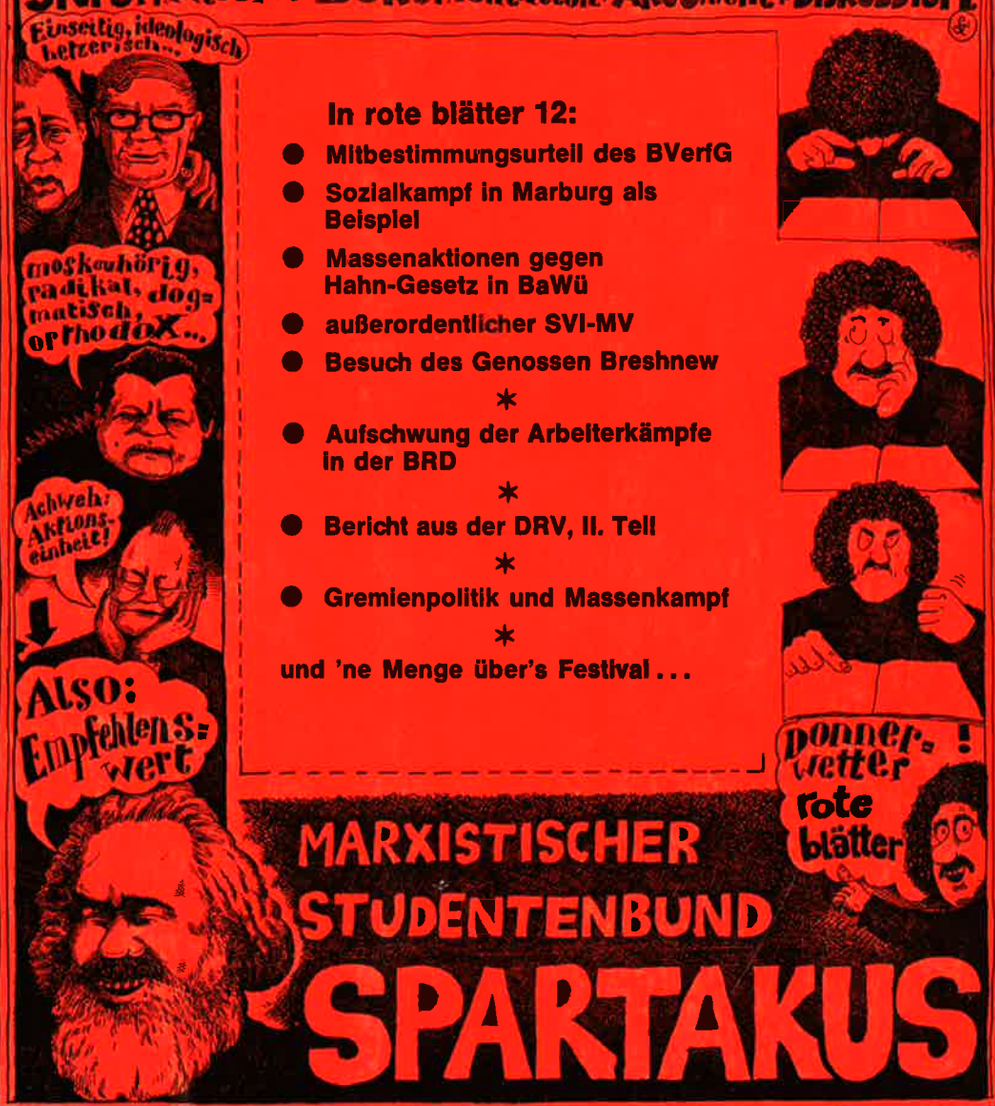
nur

rote blätter

1 Mark

Politik des MSB·SPARTAKUS aus 1.Hand!

JNFormation + DOKUmentation + ARGUment + DISKUSSION



In rote blätter 12:

- Mitbestimmungsurteil des BVerfG
- Sozialkampf in Marburg als Beispiel
- Massenaktionen gegen Hahn-Gesetz in BaWü
- außerordentlicher SVI-MV
- Besuch des Genossen Breshnew

*

- Aufschwung der Arbeiterkämpfe in der BRD

*

- Bericht aus der DRV, II. Teil

*

- Gremienpolitik und Massenkampf

*

und 'ne Menge über's Festival ...

MARXISTISCHER STUDENTENBUND

SPARTAKUS